

Metall.

1^{te}

Arndt

Zur Geschichte und Theorie
des
BERGREGALS
und der
Bergbaufreiheit.

Von
Dr. Ad. Arndt,
Privatdocent an der Universität Halle.

In longum tamen aevum
manserunt, hodieque manent.
Horatius.

Halle,
C. E. M. Pfeffer.
1879.



Inhalt.

	Seite
§. 1. Einleitung	1
§. 2. Bergregal und Bergbaufreiheit im Griechischen und Römischen Rechte	7
§. 3. Verhältniss des Römischen zum Deutschen Bergrecht . . .	16
§. 4. Die Bergbaufreiheit und die Allmende	22
§. 5. Die Bergwerksabgaben	27
§. 6. Waren die Bergwerke im Mittelalter ein rechtliches Zubehör zu Grund und Boden?	34
§. 7. Begriff der Regalien	37
§. 8. Begriff des Bergregals	46
§. 9. Begriff der Bergbaufreiheit	51
§. 10. Ueber das Alter des Bergregals	56
§. 11. Ueber den Beweis der Regalität der Bergwerke	61
§. 12. Das Ungarische (Schemnitzer) Bergrecht	63
§. 13. Das Böhmisches-Mährische Bergrecht	69
§. 14. Das Sächsische (Freiberger) Bergrecht	75
§. 15. Die schlesischen Goldrechte	79
§. 16. Die Tyrolischen Bergwerksordnungen	87
§. 17. Andere Bergordnungen	90
Die Bergwerksordnungen für Admont	94
§. 18. Bergregal und Bergbaufreiheit im Sachsen- und Schwaben- spiegel	95
§. 19. Bergregal und Bergbaufreiheit in England	108
§. 20. Die Berggewohnheiten in der Grafschaft Derbyshire . . .	118
§. 21. Die rechtlichen Verhältnisse der Salinen im Mittelalter . .	120
§. 22. Die Urkunden bei Böhlau betreffend das Salzregal bis zum Jahre 1300	128
§. 23. Ergebniss aus den im §. 22 aufgeführten Urkunden	171
§. 24. Die Urkunden, betreffend das Metallregal bis zum Jahre 1300	182
§. 25. Ergebniss aus den im §. 24 besprochenen Urkunden . . .	209

	Seite
§. 26. Das Bergregal, die Bergbaufreiheit und die Altgermanische Agrarverfassung	213
§. 27. Die Fortentwicklung des Bergregals und der Bergbaufreiheit vom 14. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts	223
§. 28. Die Bergbaufreiheit, das Erfinderrecht, der bergrechtliche Fund und die bergrechtliche Muthung im Verhältnisse zum Bergregale	256
§. 29. Die rechtliche Natur der regalen Mineralien vor und nach der Verleihung. Das Bergwerkseigenthum	270
§. 30. Bergregal und Bergbaufreiheit im heutigen Rechte	289

Einleitung.

§. 1. Das Recht zum Bergbaubetriebe kann einen dreifachen Ursprung haben. Es kann erstens ausgehen vom Rechte des Grundeigenthümers, in welchem Falle die Bergwerksmineralien (d. s. der Regel nach Salz und die Metalle) rechtlich als Bestandtheil des Grundeigenthums aufzufassen sind. Es kann zweitens ausgehen von dem eigenen Rechte des Finders der Bergwerksmineralien, in welchem Falle die Bergwerksmineralien als herrenlose und deshalb der Occupation freistehende Sachen aufzufassen sind. Es kann drittens ausgehen von dem Rechte des Staats, in welchem Falle die Bergwerksmineralien als dem Verfügungsrechte des Staats unterworfenen Sachen aufzufassen sind.

Die heutige Wissenschaft nimmt als den ursprünglichen Rechtszustand die rechtliche Zugehörigkeit der Bergwerksmineralien zum Grundeigenthum an. Gegen diese Annahme spricht aber der Umstand, dass in sehr vielen Ländern und z. B. auch in Deutschland, Frankreich und England der Bergbau erheblich älter als das private Grundeigenthum ist. Dazu kommt, dass die Bergwerksmineralien einst unendlich werthvoller als Grund und Boden gewesen sind, welche in Ueberfluss vorhanden waren und zur freien Occupation standen. Es widerspricht daher der Wahrscheinlichkeit, dass die Bergwerksmineralien z. B. eine Soolquelle oder eine Lagerstätte von Gold- und Silbererzen, einst dem Besitzer des Ackerstücks gehört haben sollen, auf welchem jene Quelle zu Tage trat, oder unter welchem jenes Lager entdeckt wurde. Man wird aus diesen Gründen eher annehmen dürfen, dass

die Bergwerksmineralien ehemals kein Zubehör des Grundeigenthums, als dass sie ein solches gewesen sind.

Jedenfalls beruht heute der deutsche Bergbau volkswirtschaftlich wie rechtlich auf der Trennung zwischen dem Grundeigenthum und den Bergwerksmineralien. Der deutsche Grundeigenthümer ist nicht berechtigt, über die auf oder unter seinem Grund und Boden befindlichen Bergwerksmineralien zu verfügen. Er ist nicht befugt, Jemandem das Aufsuchen solcher Mineralien auf oder unter seinem Eigenthum zu verwehren, und er muss es sich gefallen lassen, wenn die Staatsbehörde auf oder unter seinem Oberflächeneigenthum einem Anderen das Bergwerkseigenthum verleiht. Diese Trennung des Bergbaues vom Grundeigenthume, welche auch die Grundlage sowohl des französischen Berggesetzes vom 21. April 1810 wie des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bildet, wird ihrem geschichtlichen Ursprunge nach in Zusammenhang gebracht mit den Rechtsinstituten des Bergregals und der Bergbaufreiheit.

Im Allgemeinen wird unter dem Bergregale das dem Staate oder dem Staatsoberhaupte zustehende Recht verstanden, mit Ausschluss aller Anderen und auch des Oberflächeneigenthümers, über die Bergwerksmineralien verfügen zu dürfen¹⁾. Wie das Wort ergiebt, stand das Bergregal ursprünglich dem *rex* zu. Im Mittelalter schob sich zwischen den König und den Grundbesitzer, dessen Rechte durch das Bergregal beschränkt wurden, der Feudalherr ein. Der Streit über das Recht an den Bergwerksmineralien wurde zwischen dem König, dem Feudalherrn und dem Grundbesitzer in den verschiedenen Ländern mit verschiedenem Ausgange ausgefochten. In England siegte der Grundbesitzer über König und Feudalherr, in Frankreich der König über Feudalherr und Grundbesitzer und in Deutschland der zum Landesherrn emporsteigende Feudalherr über König und Grundbesitzer.

Vorbehaltlich weiterer Ausführungen soll schon jetzt der Satz aufgestellt werden, dass das Bergregal da anzunehmen ist, wo das Recht zum Bergbaubetriebe nicht vom Grundeigen-

1) Vergl. Achenbach, deutsches Bergrecht S. 98. Böhlau, *de regalium notione et de salinarum jure regali* p. 3, 4.

thümer, noch vom Finder der Bergwerksmineralien kraft eigenen Rechts, sondern vom Staate oder dem Staatsoberhaupt ausgeht. Das Bergregal setzt nicht voraus, dass der Staat oder sein Oberhaupt allen Bergbau allein betreibt, sondern nur, dass alles Recht zum Bergbaubetrieb von ihnen ausgeht, dass Niemand ausser ihnen kraft eigenen Rechts, vielmehr Jeder nur kraft des ihm vom Staate oder vom Staatsoberhaupt verliehenen Rechts Bergbau betreiben darf.

Unter der Bergbaufreiheit wird im Allgemeinen das Jedem zustehende Recht verstanden, überall, selbst auf und unter eines Anderen Grund und Boden nach Bergwerksmineralien suchen und die aufgefundenen nach vorheriger Beleihung mit denselben vom Staate sich zueignen zu dürfen¹⁾.

Die Bergbaufreiheit kann eine doppelte Grundlage haben. Einmal kann sie auf der Annahme der Herrenlosigkeit der Bergwerksmineralien beruhen, in welchem Falle jeder Finder solcher Mineralien kraft eigenen, kraft Finderrechts sich solche zueignen darf. Sie kann aber auch auf der Annahme des Bergregals beruhen, dann nämlich, wenn der Regalherr aus seinem Rechte, „in Kraft des Regals“ den Bergbau Jedem freigegeben hat.

Rücksichtlich der Entstehung des Bergregals sind die deutschen Rechtslehrer seit Thomas von Wagner²⁾ mit Ausnahme Steinbeck's³⁾ meines Wissens sämmtlich darüber einig, dass bis zum elften oder gar bis zum zwölften Jahrhundert das Bergregal in Deutschland nicht bestanden habe⁴⁾.

1) Vergl. Achenbach, deutsches Bergrecht S. 98 ff., Veith, Bergwörterbuch S. 65.

2) Ueber den Beweis der Regalität des deutschen Bergbaues. Freyberg 1794, S. 34 ff.

3) Geschichte des schlesischen Bergbaues. Breslau 1857, S. 28 ff.

4) Karsten, über den Ursprung des Bergregals in Deutschland. S. 70 a. a. O. Weiske, der Bergbau und das Bergregal S. 32 ff. Bessler, deutsches Privatrecht, Aufl. III, S. 842. Gerber, deutsches Privatrecht, Aufl. XI, §. 95. Anm. 2, S. 257, wonach noch im Sachsenspiegel die Mineralien eine *pars fundi* gebildet haben sollen. Zachariä in der Zeitschrift für deutsches Recht. Bd. 13, S. 338. Karl Dietrich Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland. Frankfurt a. O. 1806, S. 62 ff. Boehlau, *de regalium notione* p. 8 sequ. Grueter, *de regali metallorum jure*, p. 28. Achenbach, deutsches

Nur in Bezug auf untergeordnete Fragen herrschen Meinungsverschiedenheiten, so darüber ob das Salzregal, wie Böhlau behauptet, bereits vor dem allgemeinen Bergregale, nämlich schon seit dem Jahre 1016 vereinzelt vorgekommen sei, und ob, wie Weiske gegen Karsten auszuführen sucht, die Territorialherren in Deutschland das Bergregal schon einige Zeit vor den Kaisern ausgeübt haben.

Dagegen sind die Ansichten über den Ursprung der Bergbaufreiheit unter den neueren deutschen Juristen noch sehr getheilt. Während nämlich Karsten (S. 71) und Andere die Bergbaufreiheit als die uralte Form ansehen, unter welcher von jeher der Bergbau in Deutschland betrieben worden sei, unterscheiden Achenbach (S. 68 ff.), Dernburg (S. 559 ff.) und Andere zwischen der gemeinen Mark (der Allmende) und dem aufgetheilten Lande. Nur auf der ersteren und zwar zunächst nur den Gemeindegossen, so sucht insbesondere Achenbach auszuführen, habe das Recht zur freien Aufsuchung der Mineralien zugestanden, während auf dem letzteren ursprünglich nur der Oberflächeneigenthümer ein Recht hierzu besessen habe. Erst später, nämlich erst seit dem zwölften Jahrhundert, sei unter Miteinwirkung des inzwischen lokal entstandenen Bergregals, die Bergbaufreiheit von der ungetheilten auf die getheilte Mark ausgedehnt worden.

Das Beispiel der deutschen Könige und die aus Deutschland während des Mittelalters in Frankreich und England eingewanderten Bergleute haben, wie Achenbach¹⁾ ferner behauptet, die Institute des Bergregals und der Bergbaufreiheit auch nach diesen Ländern getragen.

Alle neueren deutschen Rechtslehrer sind seit Thomas v. Wagner der Ansicht, dass das Bergregal ursprünglich auf keinem begründeten Rechtstitel beruht habe, sondern von einer „Anmassung“ der deutschen Kaiser oder von einem Missverständnisse oder von beiden zugleich herrühre. Grütter (S. 26) und Weiske (S. 49) schreiben seine Entstehung einer blossen

Bergrecht S. 68 ff. Dernburg, preussisches Privatrecht S. 539 ff. Kommer in der Zeitschrift für Bergrecht. Jahrg. 10, S. 376 ff. Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. II, S. 554, Bd. VIII, S. 269 ff.

1) Französisches Bergrecht S. 28.

Anmassung „*arrogantia*“ zu. Wie dagegen Eichhorn¹⁾ vermuthet, habe der Umstand, dass die reichsten Silbergruben in jenem Zeitraume, die Harzbergwerke, unter Otto I. auf königlichem Grund und Boden eröffnet seien, zur Entstehung des Bergregals Veranlassung gegeben. Aehnlich ist die Ansicht Karstens (S. 5). Achenbach²⁾ hebt besonders hervor, dass fast alle Beleihungen ursprünglich auf dem Grund und Boden der Beliehenen stattgefunden haben. Er glaubt mit Kommer³⁾, dass, da es Sitte gewesen, unter den übrigen Zubehörungen der Grundstücke auch die Mineralien aufzuführen, die Idee von einer rechtlichen Selbständigkeit der letzteren allmählich entstanden sei, und dass aus der ferneren Gewohnheit, unter seinen übrigen Gerechtsamen auch das Bergbaurecht durch den Kaiser bestätigen zu lassen, sich die Vorstellung von einem Bergregale der Kaiser gebildet habe.

Kommer nimmt noch ausserdem (S. 483/4) auf den „gewaltthätigen Charakter der Hohenstaufen“, namentlich Friedrich II. Bezug, welcher letztere hergebrachte Rechte nicht geachtet und überall die kaiserlichen Befugnisse zu erweitern gesucht habe.

Die neueren deutschen Juristen mit Ausnahme Steinbeck's sind ferner darüber einig, dass sowohl das Bergregal wie die Bergbaufreiheit ohne Zusammenhang mit dem römischen Rechte stehen und, wie die übrigen bergrechtlichen Gewohnheiten, einen autochthonen und rein deutschen Ursprung haben. Nur Hüllmann bemerkt rücksichtlich der von ihm in das elfte Jahrhundert gesetzten Entstehung des Bergregals, dass dabei auch die „Nachahmung der habsüchtigen Römischen Kaiser“ mitgewirkt habe (S. 72).

Die deutschen Bergrechtslehrer sind endlich darin übereinstimmend, dass die Bergbaufreiheit entweder ganz oder doch theilweise unabhängig von dem Bergregal entstanden sei⁴⁾.

1) Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte §. 297.

2) Deutsches Bergrecht §§. 25—29.

3) Zeitschr. f. Bergrecht X, S. 376 ff.

4) Ersteres nimmt z. B. Karsten S. 71, letzteres Achenbach, deutsches Bergrecht S. 68 ff. an.

Verschieden hiervon waren die Anschauungen der meisten deutschen Rechtslehrer des vorigen Jahrhunderts.

Zunächst entwickeln sie das deutsche Bergregal und die deutsche Bergbaufreiheit aus Einrichtungen des römischen Rechts¹⁾. Noch weniger halten sie das Bergregal für eine Anmassung oder ein Missverständniss. Die Bergbaufreiheit ist ihnen endlich kein neben dem Bergregale hergehendes Rechtsinstitut, sondern lediglich dessen Folge. Die Bergbaufreiheit beruht ihrer Ansicht nach allein auf dem Willen des Regalinhabers: sie ist von diesem „in Kraft des Regals“ erklärt²⁾.

Auf dem nämlichen Standpunkte wie die deutschen Juristen des vorigen Jahrhunderts steht die überwiegende Mehrzahl der französischen, englischen und italienischen Schriftsteller. Von ersteren ist hier besonders zu nennen Migneron³⁾, Regnauld d'Epercy⁴⁾, de Pastoret⁵⁾, von englischen ist namentlich Bainbridge⁶⁾, und von italienischen Ciotti⁷⁾ zu erwähnen. Doch sind die geschichtlichen Nachrichten der fremdländischen Rechtslehrer über diesen Gegenstand nur sehr dürftig.

1) Vgl. besonders Johann Georg Lori, Sammlung des bayerischen Bergrechts. München 1764. Einleitung p. I—V.

2) Köhler, sächs. Bergrecht. 2. Ausg. S. 125 ff.

3) *Annales des mines, IIIième série tome 3, Paris 1833 p. 633 suiv.*

4) In seinem Berichte vor der französischen Nationalversammlung am 20. März 1791, der in theilweiser Uebersetzung von Achenbach in der Zeitschrift für Bergrecht I. S. 603 ff. mitgetheilt ist.

5) In den von ihm mit herausgegebenen *Ordonnances des rois de la troisième rare. Tome XV, p. XXXIV suiv.*, dagegen indess *Merlin, Recueil alphabétique* zum Worte *mine* tome VIII p. 195 und *Recueil des questions de droit* zu demselben Worte §. 1. Merlin sagt an ersterer Stelle von der ihm entgegenstehenden Ansicht: *qu'elle n'avait pour base qu'une erronée interprétation des lois romaines et des anciennes ordonnances.*“

6) *A treatise of the law of mines and minerals by William Bainbridge, 4th edition by Archibald Brown, London 1878, p. 120 ff.*

7) *Sulla legislazione delle miniere pp. di Bonaventura Ciotti, Cagliari 1869 p. 33 ff.*

Bergregal und Bergbaufreiheit im Griechischen und Römischen Rechte.

§. 2. Alles, was wir über den Bergbau bei den Griechen wissen, spricht dafür, dass sie die Bergwerksmineralien nicht als ein rechtliches Zubehör zum Grundeigenthum, sondern als der Verfügung des Staats unterworfenen Sachen aufgefasst haben. So ist bekannt, dass die Verfügung über die Silbergruben um Laurion, mit Ausschluss der Oberflächenbesitzer, dem Atheniensischen Staate zustand. Derselbe betrieb den Bergbau nicht unmittelbar für eigene Rechnung, sondern überliess die einzelnen Grubenfelder — *ἐργαστήρια* — Privaten gegen ein einmaliges Einstandsgeld und die Abgabe eines Vierundzwanzigstel vom Bruttoertrage. Auch nach der Ueberlassung blieb der Staat Eigenthümer der Bergwerke, deren Betreiber nur ein erbliches und veräusserliches Pachtrecht hatten, welches sie im Falle nicht pünktlicher Zahlung des vorbezeichneten Pachtzinses an den Staat verloren¹⁾.

Der Bergbau um Laurion war in dem Sinne dieses Worts frei, dass Jeder und namentlich auch der Nichtoberflächen-eigenthümer nach Erzen suchen und die aufgefundenen nach vorhergegangener Zumessung eines Grubenfeldes innerhalb desselben gewinnen konnte. Diese Freiheit beruhte nicht auf der Herrenlosigkeit dieser Mineralien (Silbererze), sondern auf dem Willen und dem Rechte des Regalherrn. Der Atheniensische Staat hat nämlich in seinem eigenen Interesse den Bergbau frei erklärt²⁾.

Dieselbe Verfassung wie für die Bergwerke um Laurion galt auch für die Goldgruben am Pangäus³⁾.

1) Böckh über die Laurischen Silberbergwerke in den Abhandlungen der K. Akademie der Wissenschaften, historisch-philologische Klasse 1814/15, S. 110 ff.

2) Xenophon *Ἡ περὶ προσόδων* IV, 12 δοκεῖ δὲ μοι καὶ ἡ πόλις ταῦτα προτέρα ἐμοῦ ἐγνωκέναι — dass nämlich der Bergbau zumal wegen der Abgaben dem Staate vortheilhaft sei —: παρέχει γοῦν ἐπὶ ἰσοτελείᾳ καὶ τῶν ξένων τῷ βουλευμένῳ ἐργάζεσθαι ἐν τοῖς μετάλλοις. S. auch Böckh S. 119.

3) Büchschütz, Besitz und Erwerb im griechischen Alterthum. Halle 1869, S. 103.

Im Gegensatze von den Atheniensern betrachteten die Römer bis zur späteren Kaiserzeit die Bergwerksmineralien auf Italischem Boden als rechtliches Zubehör zum Grundeigenthum und die Erträge des Bergbaues als „Früchte“ des Bodens wie das Holen von Sand, das Brechen von Feldsteinen oder den Obst- und Weinbau¹⁾.

Es konnte hiernach bis zur späteren Kaiserzeit auf Italischem Boden nur vom Grundeigenthümer oder nur mit seinem Willen Bergbau betrieben werden²⁾.

Dieser Rechtszustand dürfte sich besonders daraus erklären lassen, dass nach Vertreibung der Könige die Grundeigenthümer, die Römischen Bauern, dem Staate seine Rechtsverfassung gegeben haben.

Allem Anscheine nach fanden die Römer den entgegengesetzten Rechtszustand in den Provinzen vor und sie haben denselben fortbestehen lassen.

So wissen wir aus dem Fragmente der Bergwerksordnung für Vipaska³⁾, dass die Verfügung über die Bergwerke im Bergwerksbezirke von Vipaska nicht vom Grundbesitzer, noch vom Finder kraft Finderrechts, sondern vom Staate ausging. Der vom Staate eingesetzte Vorsteher des Bezirks, *procurator metallorum*, verkaufte oder verpachtete die einzelnen Bergbaufelder — *putei* — zum Abbau an Private gegen bestimmte Preise — *pretia* — und unter gewissen Bedingungen. Die von den Privaten für die Ueberlassung der *putei* zu zahlenden Preise waren verpachtet.

Neben dem Verkaufe der einzelnen Gruben durch den *procurator metallorum* kam auch, so scheint es, eine Art Berg-

1) 1 77 D. *de Verb. Signif.* (50, 16). *Frugem pro reditu appellari, non solum quod frumentis aut leguminibus: verum et quod ex vino, silvis caeduis, cretifodinis, lapidicinis capitur.*

1 7 § 14 D. *solut. matrim.* (24, 3). *Sed si cretifodinae, argentifodinae vel auri vel cujus alterius materiae sint vel arenae utique in fructu habebuntur.*

2) 1 8 § 1 D. *de acquir. rer. dom.* (41, 1), 1 77 D. *de contrah. empt.* (18, 1), 1 9 § 3 D., 1 13 §§ 5, 6 D. *de usufructu* (7, 1), 1 4 § 7 D. *de cens.* (50, 15), 1 5 § 1 D. *de rebus eorum qui sub tutela* (27, 9), 1 7 § 14 D. *soluta matrimonio* (24, 3).

3) Dasselbe ist unter Anderen von Wilmanns in der Zeitschrift für Bergrecht Jahrgang XIX, S. 217 ff. veröffentlicht.

baufreiheit im Bergwerksbezirke von Vipaska vor. Es konnte nämlich Jeder ohne Erlaubniss des Oberflächenbesitzers wie desjenigen, welcher die Erträge des Bergbaues gepachtet hatte, aber freilich nur mit Genehmigung des *procurator* innerhalb des Bergwerksbezirks bergmännische Arbeiten für eigene Rechnung vornehmen lassen; doch musste er dies dem Pächter der Bergwerkserträge anzeigen und für jeden von ihm beschäftigten Sklaven oder Lohnarbeiter gewisse Abgaben leisten¹⁾.

Es ist klar, dass diese Bergbaufreiheit nicht auf der Herrenlosigkeit der Bergwerksmineralien, noch auf dem eigenen Rechte des Bergbaubetreibers, sondern auf dem Willen und dem Rechte des Staats, als des Eigenthümers der Bergwerksmineralien beruhte. Dieselbe lässt sich vergleichen mit der Occupationsfreiheit am *ager occupatorius*²⁾, welchen Jeder gegen gewisse Abgaben in Besitz und Nutzung nehmen durfte, obwohl derselbe nicht herrenlos sondern Eigenthum des Römischen Staats war und dies selbst nach der Occupation blieb.

Die „Preise“, welche die Bergwerksbetreiber für die Ueberlassung der einzelnen *putei* und die Abgaben, welche sie für die von ihnen beim Bergbau verwandten Sklaven und Lohnarbeiter zahlen mussten, sind nicht als Steuern für einen Gewerbebetrieb, sondern als Vergütung für die Gestattung des Bergbaues anzusehen; ähnlich, wie die von den Occupanten des *ager occupatorius* zu entrichtenden Abgaben keine Steuern waren.

Der Römische Staat blieb auch nach der Ueberlassung der einzelnen *putei* an Private Eigenthümer der Bergwerke um Vipaska.

1) § 7 des Fragments nach Wilmanns: *Qui in finibus metallorum permissu procuratoris scaurias argentarias aerarias pulveremve ex scaureis, rutramina ad mensuram pondusve coempta coquere expedire frangere cernere lavare volet, . . . quos ad id faciendum servos mercenariosque mittent, in triduo proximo profiteantur et solvant in capita singula denarios conductori quoque mense, ...* Aehnlich § 9. *Qui intra fines metalli Vipascensis puteum locumque putei juris retinendi causa usurpabit occupabitve e lege metallis dicta, biduo proximo quod usurpaverit occupaverit apud conductorem socium actoremve hujus vectigalis profiteatur.*

2) S. hierüber Walter, Geschichte des Römischen Rechts Aufl. III, Thl. I, S. 61 ff., Marquardt, Römische Staatsverwaltung II, S. 150 ff. und Rodbertus in seinem Aufsatz: „Zur Geschichte der Römischen Tributsteuern seit Augustus“ in Hildebrand's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik V, S. 252.

Auch die Bergverfassungen, welche schon zur Römerzeit in den englischen Grafschaften Cornwall, Devonshire und Derbyshire aller Wahrscheinlichkeit nach gegolten haben, zeigen, dass sich auch in anderen Theilen der Römische Staat als Eigenthümer der Bergwerksmineralien angesehen hat und dass diese weder herrenlos noch der Verfügung des Oberflächenbesitzers unterstellt waren¹⁾.

Eine überall gleichmässige Bergwerksverfassung hat indess im Römischen Reiche bis zur späteren Kaiserzeit schwerlich gegolten; vielmehr scheint man ursprünglich auf die natürlichen Verhältnisse und namentlich auch auf die Rechtszustände des unterworfenen Gebiets Rücksicht genommen zu haben. So hatte der Römische Staat einst einzelnen Provinzen das Recht des Bergbaubetriebes belassen, z. B. den Macedoniern, denen er nur die Gold- und Silbergruben untersagte²⁾.

Ob in den Provinzen, welche das Recht des Bergbaubetriebes behielten, die Bergwerksmineralien als rechtliches Zubehör zur Oberfläche oder als herrenlose Sachen aufgefasst wurden, wissen wir mit Sicherheit nicht; wahrscheinlich war keines von Beiden der Fall.

Es lassen sich nun ausser dem Vorangeführten noch zahlreiche Quellenzeugnisse dahin beibringen, dass im Römischen Reiche wenigstens auf Provinzialboden nicht der Grundeigenthümer sondern der Staat über die Bergwerksmineralien, zu welchen im Römischen Reiche auch der Marmor gerechnet wurde, verfügen konnte und dass sich der Grundeigenthümer den Bergbau Anderer auch ohne seine Einwilligung unter seinem Grundstücke — und nur nicht unter seinen Gebäuden — gefallen lassen musste.

In der *Const. 1 Cod. Theod. de metallis et metallariis* (X, 19) verfügten die Kaiser Constantin und Maximian an den *Rationalis Africae*:

Secundorum marmorum ex quibuscunque metallis (also nicht blos aus den auf eigenen Grundstücken belegenen) *tribuimus* (nämlich wir die Kaiser) *facultatem, ita, ut qui caedere metallum atque ex eo quodcunque decreverint, etiam distrahendi habeant facultatem.*

1) S. unten §. 19.

2) *Livius lib. 45, cap. 29.*

Diese Erlaubniss wurde durch die *lex 2 Cod. Theod. de met.* v. J. 363 vom Kaiser Julian auch auf den Orient ausgedehnt. In Macedonien und Illyrien hatten die Kaiser den Marmorbergbau vor dem Jahre 376 freigegeben; denn es heisst in der *Const. 8 Cod. Theod. de met.* aus dem genannten Jahre:

Potestatem eruendi vel exsecandi de privatis lapidicinis¹⁾ jam pridem per Macedoniam et Illyrici tractum certa sub condicione permisimus.

Hierher gehört ferner die *Const. 10* im citirten Titel des Theodosianischen Codex:

Cuncti, qui per privatorum loca saxorum venam laboriosis effossionibus persequuntur, decimas fisco, decimas domino repraesentent, cetero modo suis desideriis vindicando.

Würde diese Stelle voraussetzen²⁾, dass der Bergbaubetreiber sich zuvor mit dem Grundeigenthümer über die Gestattung des Bergbaues geeinigt habe, so dürfte nicht abzu sehen sein, warum nicht auch die Höhe der an jenen zu zahlenden Entschädigung dem Privatabkommen überlassen ist.

Desgleichen kommt die *Const. 11* v. J. 384 desselben Titels in Betracht:

Hi, quibus ad exercenda metalla privata dives marmorum vena consentit, excidendi exsecandi juxta legem dudum latam habeant facultatem, ita ut decima pars fisci nostri utilitatibus, decima ei, cujus locus est, deputetur.

Ganz unzweideutig ist aber die nachfolgende Constitution der Kaiser Valentinian, Theodosius und Arkadius aus dem Jahre 393 (*Const. 14, Cod. Theod. de met.*):

Quosdam operta humo esse saxa dicentes, id agere cognovimus ut defossis in altum cuniculis, alienarum aedium fundamenta labefactent. Qua de re si quando hujusmodi marmora sub aedificiis latere dicantur, perquirendi eadem copia denegetur; ne dum cautium ementita nobilitas cum aedificiorum qualitate taxatur et pretium, domus ne diruatur, offertur, non tam publicae rei studium quam privati causa videatur fuisse dispendj.

1) Hier Marmorgruben.

2) Dies nimmt allerdings Achenbach, französisches Bergrecht S. 18, 19 an.

Als Grund, weshalb die Constitution erlassen wurde, ist die Besorgniss angegeben, dass jene Bergbaufreiheit nicht des allgemeinen Nutzens, d. h. der von den Bergwerksbetreibern zu zahlenden Abgaben halber, noch mit der ernstlichen Absicht, Bergbau zu treiben, sondern überhaupt nur zu dem Zwecke ausgeübt werden könnte, um durch die Vorspiegelung des Vorhandenseins edlerer Mineralien den Grundeigenthümer zur Zahlung einer Abfindungssumme dafür zu bestimmen, dass sein Haus nicht durch den Bergbau zusammengestürzt werde. Eine solche Besorgniss dürfte aber nicht obgewaltet haben können, wenn überhaupt nur mit Einwilligung des Oberflächeneigenthümers Bergbau betrieben werden durfte.

Diese Constitution ist mit einer sachlich unerheblichen Abkürzung in den nämlichen Titel des Justinianischen Codex (XI, 6) und in *lib. X. tit. 11* der *lex Romana Visigothorum* (des sogenannten *breviarium Alaricianum*¹⁾ übernommen. Die *interpretatio*²⁾ im Breviar lautet hierzu:

Quicumque metallum dicentes latere sub alienis aedificiis quaelibet saxa vel marmora effodienda crediderint, ut per eos fundamentorum firmitas incipiat vacillare, his inquisitionibus hujus licentiam denegamus, ne dum nobiliores lapides se quaerere asserunt, aut vendere aut subvertere aliena fundamenta praesumant.

Die *epitome S. Galli*³⁾ besagt hierzu:

.. hoc est, ut nullus praesumat sub alterius fundamentis ubi ipse homo edificium habet, nec aurum nec nulla rebustura quaerere, nisi ejus convenientia, cujus edificium est...

Die Worte der *epitome S. Galli* „*nisi ejus convenientia*“ beweisen, dass mit Einwilligung des Grundeigenthümers auch unter dessen Hause nach Bergwerksmineralien gesucht werden darf, dass mithin ein blosses „Polizeigesetz“ nicht vorliegt.

Die citirte Constitution beweist sodann, dass nur die edeleren Steine (d. s. Metalle und Marmor und namentlich

1) Haenel, *lex Romana Visigothorum* p. 218.

2) S. über die Bedeutung derselben auch für das Verständniss des Justinianischen Rechts Fitting in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte XI, S. 222 ff.

3) S. auch die übrigen *epitome* bei Haenel p. 218, 219.

weder Kalk, noch Thon, noch Kieselsteine u. s. w.) der Verfügung des Grundeigenthümers entzogen waren.

Sie beweist ferner, dass man zum Suchen von Bergwerksmineralien (edleren Mineralien) der obrigkeitlichen Genehmigung bedurfte, da sonst eine solche im gegebenen Falle dem Bergbaulustigen nicht abgeschlagen (denegirt) werden konnte.

Sie beweist endlich, dass der eigentliche Zweck des Bergbaues und insbesondere der vom Staate erklärten Bergbaufreiheit nicht sowohl der eigene Nutzen des Bergbaubetreibers noch des Grundeigenthümers sondern derjenige des Staates (*publicae rei studium*) sein sollte¹⁾.

Die vorstehenden Beweise gegen die Zugehörigkeit der Bergwerksmineralien zum Grundeigenthum kann auch die *lex* 13 § 1 *Ulpiani D. commun. praed.* (8, 4) nicht widerlegen, da sie mit Sicherheit nicht von edleren Mineralien handelt und höchstens zeigt, dass zu Ulpians Zeiten das Recht zum Marmorbergbau zuweilen noch mit dem Grundeigenthume verbunden war.

Es wird nun besonders von Bergrechtslehrern²⁾ behauptet, dass die Trennung des Bergbaurechts vom Grundeigenthume durch die *Const. unica Cod. Iust. de nudo jure Quiritium tollendo* VII. 25 beseitigt worden sei, da diese die Unterschiede zwischen Provinzial- und Italischem Boden aufgehoben habe. Allein diese Constitution will nur den leeren und gegenstandslos gewordenen Namen des Quiritarischen Eigenthums aus der Welt schaffen, und keineswegs, so scheint mir, lässt sich aus derselben entnehmen, dass der Kaiser die ihm am Provinzialboden zustehenden sehr concreten und nichts weniger als inhaltslosen Rechte durch diese Constitution habe aufheben wollen. Dies ist auch thatsächlich nicht der Fall gewesen. Es steht thatsächlich fest, dass die Trennung des Bergbaurechts vom Grundeigenthume auch über Justinian hinausgedauert hat, wie dies denn schon die vorcitirte Stelle der

1) S. auch *const.* ε der Basiliken *lib. LVI, tit. 17, Tom. V.* der Heimbach'schen Ausgabe, Leipzig 1850, S. 171, wonach der Bergbaubetreiber nur seine Arbeit (*ζόπος*) bezahlt erhalten sollte.

2) Achenbach, Französisches Bergrecht S. 20, 21. Klostermann, Einleitung zu seinem Kommentar, Aufl. I, S. 22.

epitome S. Galli und die entsprechenden Stellen der *epitome Aegidii*, der *Scintilla*, der *epitome Lugdunensis* und der *epitome Monachi* ergeben, deren Abfassung etwa in das achte Jahrhundert zu setzen ist¹⁾.

Auch die herrschende Ansicht in der gemeinrechtlichen Doktrin²⁾ nimmt das unveränderte Fortbestehen der Bergbaufreiheit an über die Justinianische und bis in unsere Zeit.

Es darf sogar als sicher angenommen werden, dass zur späteren Kaiserzeit auch auf Italischem Boden die Bergwerksmineralien nicht mehr als Zubehör zur Oberfläche aufgefasst wurden.

Plinius³⁾ erzählt, dass der Bergbau auf Italischem Boden überhaupt, also auch den Grundeigenthümern verboten worden sei. Später scheint man das allgemeine Recht auch auf Italien angewandt zu haben. Keinenfalls lag für die Ost-römischen Kaiser ein Grund vor, die Italischen Grundeigenthümer rücksichtlich der Bergwerksmineralien besser als die übrigen zu behandeln. Deshalb dürfte es nicht unrichtig sein, die ganz allgemeinen und die Bergbaufreiheit voraussetzenden *const.* 1, 3, 5 und 6 des Titels *de metallariis et metallis et procuratoribus metallorum* (XI. 6) im Justinianischen Codex auch auf Italische Verhältnisse zu beziehen. Dies ist auch die Ansicht der Italienischen Rechtslehrer⁴⁾, welche annehmen, dass seit der späteren Kaiserzeit die Bergwerksmineralien in Italien nicht rechtliches Zubehör des Grundeigenthums waren, sondern der Verfügung des Kaisers unterstanden haben und bis auf den heutigen Tag der Verfügung der Grundeigenthümer entzogen geblieben sind. Für diese Ansicht sprechen auch die Rechtsverhältnisse des Ostgothenreichs in Italien⁵⁾.

1) Haenel, Einleitung zur *Lex Romana Visigothorum* p. XXXV bis LV.

2) Z. B. Windscheid Pandekten I. § 169, S. 474.

3) *Hist. natur.* 24, 10 (138). *Metallorum omnium fertilitate nullis cedit (Italia) terris. Sed interdictum id vetere consulto patrum Italiae parcijubentium*; ebenso auch XXXIII. 24 (4) (78).

4) Ciotti, *sulla legislazione edlle miniere pp. Cagliari* 1869 p. 33.

5) Manso, *Geschichte des Ostgothischen Reiches in Italien*. Breslau 1824, S. 98, 99.

König Athalarich sah alle im Lande der Bruttier¹⁾ (also auf Italischem Boden) vorkommenden Golderze als ihm zustehend an, und ebenso betrachtete König Theodorich die Eisenerze in Dalmatien²⁾ als ihm gehörig. Im Widerspruche hierzu steht es nicht, dass nach der *formula de competitoribus*³⁾ bei Besitzeinräumungen wüster Ländereien Erze, Blei und Marmor dem Könige vorbehalten bleiben sollen, noch dass nach einer anderen Vorschrift⁴⁾ den Istriern die Salzgewinnung aus Meerwasser zustand. Die Ostgothenkönige gingen sogar so weit, dass sie sich alle verborgenen Schätze zusprachen⁵⁾.

Es mag noch bemerkt werden, dass im späteren Römischen Reiche und auch im Ostgothenreiche in Italien der Salzhandel Staatsmonopol war⁶⁾, und dass auch im Ost-römischen Reiche die Bergwerksmineralien nicht der Verfügung der Grundeigenthümer sondern derjenigen des Kaisers unterstanden haben, welcher das Aufsuchen derselben in seinem Interesse Jedem freigab⁷⁾.

Aus den voraufgeführten Umständen darf der Schluss gezogen werden, dass den Römern die Auffassung, wonach die Bergwerksmineralien (die edleren Mineralien) nicht Zubehör des Grundeigenthums waren, sondern zur Verfügung des Staates standen, nicht unbekannt geblieben war.

1) Cassiodorus. *Variarum lib. IX. epist. 3*: (Ausgabe Venedig 1729) *Quapropter ad massam juris nostri Rusticianam, in Bruttiorum provincia constitutam, magnitudinem tuam jubemus (der König) Chartarium destinare et si . . . memoratis rebus terra fecunda est officinis solemniter institutis montium viscera perquirantur.*

2) Cassiodorus III. 25. *Praeterea ferrarias venas praedictae Dalmatiae cuniculo te . . . jubemus inquirere, ubi rigorem ferri parturit terrena mollities et igne decoquitur, ut in duritiem transferatur.*

3) Cassiodorus VII. 44.

4) Cassiodor. XII. 24.

5) Cassiodor. VI. 8. *Depositivae quoque pecuniae, quae longa vetustate competentes dominos amiserunt, inquisitione tua nostris applicantur aerariis.*

6) Const. 11, Cod. Inst. de vectigalibus et commis. 4, 61. *Arcadius et Honorius: Si quis sine persona mancipum, id est salinarum conductorum, sales emerit vendereve tentaverit, sive propria audacia sive nostro munitus oraculo, sales ipsi una cum eorum pretio mancipibus addicantur.*

7) Const. ε in den Basiliken Lib. LVI, tit. 17, Const. 1 und 5 Cod. Inst. de met., Gothofredus in den Paratitlen hierzu und Walter, Römische Rechtsgeschichte I, S. 596.

Verhältniss des Römischen zum Deutschen Bergrecht.

§. 3. Wie schon oben bemerkt wurde, schreiben die deutschen Bergrechtslehrer den deutschen Berggewohnheiten auch einen deutschen Ursprung zu.¹⁾ Zum Beweise hierfür beziehen sie sich darauf, dass bei Berggewohnheiten aus dem 12. und 13. Jahrhunderte, bei der Trientiner und Kuttenger Bergordnung, in ausserdeutschen Texten einzelne deutsche Kunstausdrücke, wie Hangendes, Liegendes, Rundbaum und andere vorkommen. Allein es dürfte gegen die Annahme des deutschen Ursprungs der Berggewohnheiten zu beachten sein, dass in Deutschland vor der Römerzeit kaum ein Bergbau, geschweige denn ein Bergbaurecht bestanden hat. Als die Deutschen mit den Römern in Berührung kamen, befanden sie sich noch in der Periode des Stein- und Bronzezeitalters.²⁾ Sie besaßen damals weder Gold noch Silber, ja selbst Eisen hatten sie nur ganz selten.³⁾ Es fehlten ihnen wie den übrigen „Barbaren“ sowohl die geeigneten Geräthe,⁴⁾ wie die allgemeine Kultur, um einen Bergbau im technischen Sinne dieses Wortes betreiben zu können. Ihre gänzliche Unkenntniss der bergmännischen Künste ergibt sich schon aus der primitiven Art der Salzgewinnung, welche Tacitus, wie folgt, beschreibt: *Non ut alias apud gentes eluvie maris arescente unda, sed super ardentem arborum struem fusa, ex contrariis inter se elementis, igne atque aqua concretum.*⁵⁾

Dagegen waren die Römer, wie wir unter Anderem aus dem drei- und vierunddreissigsten Buche der *historia naturalis* des Plinius ansehen, in der Bergbaukunst erstaunlich weit vorgeschritten. Sie waren des Markscheidens kundig, hatten

1) Achenbach, deutsches Bergrecht S. 23 ff.

2) Friedel, das Stein-, Bronze- und Eisenzeitalter der Mark Brandenburg. Berlin 1878.

3) Tacitus *Germania* Cap. 6: *Ne ferrum quidem superest, sicut ex genere telorum colligitur* (Ausgabe von Schweizer-Sidler, Halle 1871, S. 12).

4) Vor der Römerzeit betrieb man z. B. in England den Bergbau mit Geräthen aus Eichenholz oder Stechpalmen. (*The Laws and Customs of the Stannaries in the Counties of Cornwall and Devon by Pearce preface p. 2.*) Dabei waren die Kelten sowohl im Berg- wie im Hüttenwesen den Germanen weit voraus. (Gurlt, Bergbaukunde S. 13.)

5) *Annales* XIII, 57. (Ausgabe Göttingen 1804 p. 358.)

tiefen und kunstgerechten Streckenbau, sie konnten Gänge durch festes Gestein treiben, Felsen durch Feuersetzen sprengen, Wasser durch Schnecken heben u. s. w. Im Einzelnen ist vom Römischen Bergbaubetriebe auf deutschem Boden Nachstehendes zu bemerken¹⁾.

Auf Blei und Silber trieben die Römer zu Wiesloch bei Heidelberg und auf Kupfer im Spessart Bergbau. Silber und Eisen bauten die Soldaten des Curtius Rufus beim heutigen Marburg²⁾. Ferner waren alte Römerbetriebe auf Blei und Silber im Lahnthale bei Holzappel und Ems, im Thale der Sieg und der Agger z. B. zu Blissenbach, Engelskirchen, wo in einer alten Grube römische Geräte, Münzen und Wagen gefunden wurden. Auch die Eisengewinnung scheinen die Römer an der mittleren und oberen Sieg betrieben zu haben. Auf dem linken Rheinufer begegnet man Römerbauten zu Markirch in den Vogesen, zu Wallerfangen bei Saarlouis, dann in der Eifel bei Commern und bei Call, wo am Tanzberge in einer alten Bleigrube eine Münze des Claudius Gothicus³⁾ und Römische Bergwerksgeräte aufgefunden wurden. Im Brohlthale bei Andernach beuteten die Römer schon die Trass-Steine zu ihren Wasserbauten aus, und am Virneberge zu Rheinbreitbach und bei Linz auf dem rechten Rheinufer trieben sie Bergbau auf Kupfer.

Um Badenweiler und Sulzburg haben Römer und Kelten auf silberhaltiges Blei gebaut. Auch sind Beläge dafür vorhanden, dass zur Römerzeit eine Goldgewinnung aus dem Rheinsande im unteren Breisgau stattgefunden hat⁴⁾.

In der Steiermark, wo es schon vor den Römern Bergbau gab, haben diese gleichwohl das Gepräge ihres Rechts und ihrer Kultur dem bis dahin ganz kunstlosen Bergbau aufgedrückt. Nicht weniger als 530 Jahre war dieses Land im Römischen Besitze⁵⁾, und als die Herrschaft der Römer auf-

1) Z. Th. nach Gurlt's Bergbau- und Hüttenkunde S. 12 ff.

2) *Tacitus, Annales. Lib. IX. cap. 20* (bei Mattiacum).

3) Von 268—270 n. Chr.

4) Mone, Urgeschichte von Baden I. S. 169. Trenkle, Geschichte des Bergbaues im südwestlichen Baden in der Zeitschrift für Bergrecht XI. S. 185 ff.

5) Albert v. Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark. Gratz 1846, III. Theil S. 80.

hörte, waren es Römer oder romanisirte Barbaren, welche den Bergbau leiteten. Noch im Jahre 1294 hiess ein Schacht bei Zeiring „die Römerin“¹⁾, und niemals hat der Bergbau seit der Römerzeit in Steiermark gänzlich aufgehört. Steiermark wie ganz Süddeutschland behielt auch nach Beendigung der Römerherrschaft Römische Hintersassen und Reste Römischer Kultur.

Es ist hierbei im hohen Grade auffallend, dass mit den ältesten Bergwerken Süddeutschlands — und Süd- und Westdeutschland hatten, weil schon durch die Römische Kultur berührt, viel älteren Bergbau als das übrige Deutschland — zugleich Römer und Römische Einrichtungen erwähnt werden.

In der Schenkungsurkunde des Agilolfingers Herzogs Theodo an die Kirche zu Salzburg²⁾ verleiht dieser im sechsten Jahrhundert zugleich mit dem Salzzehnten:

romanos et eorum tributales mansos.

Ein anderer Herzog aus dem Hause der Agilolfinger Namens Thassilo³⁾ schenkt derselben Kirche dreissig Römerhöfe und ausserdem:

in loco nuncupante (Reichenhall) hal-unum putiatorium integrum, quod vulgariter dicitur galgo.

Der Ort, wo die Salzwerke um Reichenhall, die ältesten in Deutschland, lagen, hiess noch im achten Jahrhundert mit Römischen Worte „*Salinas*“⁴⁾. Auch der Römische Salzzehnte hatte ununterbrochen fortbestanden:

Insuper (heisst es in jener Schenkungsurkunde Theodo's) et in jam dicto loco concessit decimam de sale et de teloneo quod datur in censo dominico. Nec non et tradidit romanos.

Die *breves notitiae* bei Hund erklären dies noch deutlicher:

1) Romana, v. Muchar III. S. 91.

2) Diese Urkunde ist aus dem *Congestum Arnonis in Hundii Metropolis Salisburgensis I. p. 20 seq.*, bei von Koch-Sternfeld, die teutschen Salzwerke II. S. 106, 107, bei Böhlau als Urkunde 4 und in der Einleitung zu Johann Georg Lori's Sammlung des baierischen Bergrechts p. V. abgedruckt.

3) v. Koch-Sternfeld II. S. 109.

4) Dasselbst S. 107: *in loco qui vocatur Salinas.*

similiter tradidit ad eandem sedem (Salzburg) . . . in loco qui dicitur ad salinas, fornacium (Oefen) loca XX. cum patellis (Pfannen) et servitoribus suis et tertiam partem de illo puteo, quo sal efficitur et decimam partem de theloneo, qui ibi in Dominicum tollitur, et tertiam decimam de sale. *rectan*

Hiernach dürfte der Ansicht Johann Georg Lori's¹⁾ kaum zu widersprechen sein, dass die Baiernherzöge oder Baiernkönige, wie sie auch genannt werden, aus dem Hause der Agilolfinger sich in die Rechte der Römischen Kaiser nach Beendigung der Römerherrschaft an den Bergwerken eingesetzt haben.

Wie nun von den Römern in ihren Bergwerken die unterworfenen Völkerschaften wider ihren Willen vielfach beschäftigt wurden²⁾, so sind jedenfalls auch viele Germanen zwangsweise zu Bergleuten herangebildet worden. Es kann desshalb meines Erachtens auch nicht weiter auffallen, wenn im 12. und 13. Jahrhunderte, also über tausend Jahre, nachdem die Germanen von den Römern Bergbau erlernt hatten, einzelne unmittelbar bei der Arbeit vorkommende Gegenstände, zumal in Urkunden, welche, wie die Tridentiner und Kuttenger Bergordnung, an deutsche Bergarbeiter gerichtet sind, mit deutschen Ausdrücken bezeichnet werden. Auch aus dem Worte *guercus*, welches in der aus dem dreizehnten Jahrhunderte herrührenden massitanischen Bergordnung vorkommt, lässt sich meines Ermessens kein Schluss auf den rein deutschen Ursprung ihres Inhalts ziehen. Im 12. Jahrhundert waren deutsche Bergleute nach Toscana gezogen, und diese wurden als „*guerci*“ Gewerken bezeichnet³⁾.

Wie im späteren Mittelalter die Deutschen als die besten Bergleute galten und wegen ihrer Bergbaukunde neben ungarischen und polnischen Bergarbeitern überallhin gezogen wurden, so war dies noch im siebenten und achten Jahrhundert bei dem thrakischen Volksstamme der *Bessi* der Fall⁴⁾.

1) Einleitung §§. 1, 2.

2) Flade, Römisches Bergrecht etc., Freyberg 1805, S. 110 ff. Wal-

3) Klostermann, Kommentar S. 31. [ter I. S. 607 ff.

4) Bluhme, Zeitschrift für Bergrecht II. S. 49 ff. und die dort angezogenen Quellen.

Die *Bessi* werden von der *Scintilla* als die Ausüßer der Bergbaufreiheit bezeichnet. Will man aber diese als die Urheber der Berggewohnheiten und Berggesetze hinstellen?

Wird man nach Vorstehendem zugestehen können, dass die Germanen den Bergbau von den Römern erlernt haben, so wird auch die Behauptung gewagt werden dürfen, dass sie von den Römern auch die Bergwerksverfassung und die Berggesetzgebung übernommen haben. Für diese Behauptung spricht, scheint mir, schon der Umstand, dass die Bergbaufreiheit aus dem Römischen Rechte in das *Breviarium Alaricianum* übernommen wurde. Die verschiedenen *Epitome* sind nach Haenel XXXV bis XL mit Ausnahme der *epitome S. Galli*, welche aus Rhätien ist, sämtlich aus Gallien. Ihre Abfassung ist in oder um das achte Jahrhundert, also annähernd in die Karolingerzeit zu setzen.

Gerade aber nach dem Westen führen sich die Spuren fast aller Bergwerke Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands zurück.

Achenbach selbst¹⁾ ist der Ansicht, dass vom Rhein her, wo bereits die Römer Bergbau betrieben hatten, der Strom der Bergleute nach dem Harz- und Fichtelgebirge und von da weiter ostwärts gezogen ist. Diese Ansicht erscheint wohl begründet. Im neunten Jahrhundert singt Otfried von Weissenburg vom Frankenlande²⁾:

Zi Nuzze grebit man auch thar,
Er in die Kuphar
Joh bi thia Meina
I sine Steina
Auch thara zu fuagi
Silabar ginuage
Joh lesent thar in die Lante
Golt in die Sante.

Der Bergbau bei Goslar am Harz ist unter Heinrich I. oder Otto I. von fränkischen Bergleuten aufgenommen, desgleichen ist der Bergbau am Oberharz um 1000 von frän-

1) Deutsches Bergrecht S. 29 ff.

2) Adolph Beyer's Bergstaatsrechtslehre, herausgegeben von Franz Ludwig von Kankrin. Auflage 2. Halle 1790, S. 28.

kischen Bergleuten eröffnet worden¹⁾. Dies bezeugen noch heute die Namen des Frankenberges bei Goslar und der Frankenscharner Silberhütte bei Clausthal²⁾. Vom Harz ist der Bergbau nach dem Mansfeldischen vorgedrungen und Harzer Bergleute haben auf dem Wege von Zellerfeld im Harz nach Kuttenberg in Böhmen die Bergwerke um Freiberg entdeckt, von wo aus der Bergbau im Erzgebirge zur Aufnahme gelangte³⁾.

Auch der Goldbergbau in Schlesien ist ursprünglich aller Wahrscheinlichkeit nach durch fränkische Bergleute eingerichtet worden, welche daher *hospites* in den schlesischen Urkunden genannt werden⁴⁾.

Von Sachsen aus scheint der Bergbau nach Böhmen und Ungarn weiter verpflanzt zu sein⁵⁾. Schemnitz, die hochberühmte Bergstadt Ungarn's, trägt nach einem sächsischen Flusse seinen Namen.

Würde man aber für die Entwicklung des Bergbaues den umgekehrten Weg als den richtigeren ansehen, würde man annehmen, dass der Bergbau von Osten her, nämlich über Ungarn und Böhmen zu uns gekommen ist, und würde man selbst mit Karsten⁶⁾ der ungarischen Bergstadt Schemnitz die Ehre beilegen, Deutschland seine Berggesetze gegeben zu haben, so dürfte gleichwohl die Einwirkung des Römischen Rechts nicht ausgeschlossen sein, da schon die Römer in Ungarn lebhaften Bergbau betrieben hatten⁷⁾.

Für die Ableitung der Grundsätze des deutschen Bergrechts aus dem Römischen Rechte dürfte endlich noch die

1) Gurlt, Bergbaukunde S. 20. S. in den *Monumenta Germaniae Historica Scriptorum tom. VI* (Hannoverae 1849), *Annalista Saxo* p. 660. „*Nam et montem (bei Goslar) a primis illius loci Frankenesberch nominatum dicunt.*“

2) Johann Friedrich Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen. Chemnitz 1764, S. 28.

3) Gurlt, S. 20. Klotzsch, S. 28 ff.

4) Aemilius Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 93.

5) Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 29 a. a. O.

6) Das Bergregal, S. 12.

7) Hirschfeld, Untersuchungen auf dem Gebiete der Römischen Verwaltungsgeschichte I, S. 85.

Erwägung sprechen, dass sich die gleichen Grundsätze des Bergrechts wie in Deutschland auch in England, Frankreich und Ungarn finden, woraus auf eine gemeinsame Quelle geschlossen werden muss. Achenbach¹⁾ meint, dass deutsche Bergleute ihr heimisches Recht und insbesondere die auf deutschem Ursprunge beruhende Bergbaufreiheit mit sich ins Ausland getragen haben. Allein es dünkt mir wenig wahrscheinlich, dass sich die englischen und französischen Barone und Bischöfe auf ihren Besitzungen den lästigen Bergbau zugewandter Bergarbeiter deshalb hätten gefallen lassen, weil in deren Heimath die Bergbaufreiheit Sitte gewesen ist. Die Ansicht Achenbach's möchte aber vollends dadurch widerlegt werden, dass in England schon im Jahre 1201 vor der Einwanderung deutscher Bergleute die Bergbaufreiheit seit unabsehbarer Zeit überall „*ubique*“ und selbst auf den Besitzungen der Bischöfe und Aebte bestanden hat²⁾.

Die gemeinsame Quelle, auf welche die gemeinsamen Grundsätze des Bergrechts zurückzuführen sind, dürfte hier nach nur das Römische Recht gewesen sein können.

Die Bergbaufreiheit und die Allmende.

§. 4. Von verschiedenen Seiten und insbesondere von Achenbach³⁾ wird unter Zurückweisung des römischen Ursprungs die Bergbaufreiheit in Verbindung mit den Anrechten der Gemeindegengenossen an der Allmende gebracht. Diese Ansicht stützt sich zunächst darauf, dass die Gemeindegengenossen gewisse Rechte an der ungetheilten Mark besaßen, zu denen auch das Recht zur Aneignung von Grund und Boden und selbst die Steingewinnung gehört haben. Indessen, scheint mir, fehlt der Beweis, dass sich diese Rechte auf diejenigen Mineralien miterstreckt hatten, welche der Bergbaufreiheit unterlagen. So führt Gierke⁴⁾ nur an, dass den Ge-

1) Französisches Bergrecht, S. 28.

2) Patent König Johann's vom J. 1201 in der Zeitschrift für Bergrecht, Jahrg. XI, S. 173 u. w. unten.

3) Deutsches Bergrecht, S. 70 ff. S. auch Schröder in den Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. XIX, Heft I, S. 144 ff. u. w. u.

4) Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Geschichte des deutschen Körperschaftsbegriffs, S. 251 ff.

meindegenossen das Recht zustand, Lehm, Sand, Mergel und Ziegelerde in der Allmende zu graben, Steine dort zu brechen, dort Kalk zu gewinnen und Torf zu stechen¹⁾. Keines dieser unedlen Mineralien ist aber jemals Gegenstand des Bergbaues im rechtlichen oder technischen Sinne dieses Wortes gewesen, keines von ihnen wird bergmännisch gewonnen, keines war jemals dem Bergregale oder der Bergbaufreiheit unterworfen; alle gehörten und gehören als naturgemässes Zubehör zur Oberfläche. Würde sich die Bergbaufreiheit aus den Rechten auf die Allmende entwickelt haben, so dürfte schwer abzu- sehen sein, warum sie sich niemals auf diejenigen Mineralien erstreckt hat, von denen uns berichtet wird, dass sie einst der Occupation der Gemeindegenossen unterstanden haben. Nach Artikel 86 des dritten Buches des Sachsenspiegels durften selbst die Gemeindegenossen auf Allmend nicht eigenmächtig pflügen, graben oder Land für sich einzäunen. Würde also der Sachsenspiegel die Bergbaufreiheit kennen — und er kennt sie meines Erachtens²⁾ — so dürfte sich dieselbe nicht aus den Rechten herleiten lassen, welche er den Gemeindegenossen an der gemeinen Mark einräumt. Gegen den Zusammenhang der Bergbaufreiheit mit den Rechten der Gemeindegenossen an der gemeinen Mark wird auch ferner geltend zu machen sein, dass die Nutzungen auf Allmend den Gemeindegenossen als solchen zustanden, und dass Auswärtige fast niemals zu denselben zugelassen waren³⁾. „Die Markberechtigung war blosses Zubehör des Hauses und Hofes oder vielmehr der Haus- und Hofstätte“⁴⁾. Dies gilt z. B. auch für den Sachsenspiegel, nach dessen ausdrücklicher Vorschrift⁵⁾ das Gemeindeland nicht von einer fremden Bauerschaft benutzt werden darf. Die ältesten deutschen Berggewohnheitsrechte, das alte Schemnitzer Bergrecht⁶⁾,

1) Aehnlich bezeichnet von Maurer, Geschichte der Markenverfassung 1856, §. 43, S. 162 nur Steinbrüche, Kies-, Sand- und Lettengruben, Töpfer- oder Häfner-, Ziegel- und Pfeifenerde als Gegenstände der Occupation auf Gemeinland.

2) S. weiter unten §. 18.

3) Gierke, S. 307 a. a. O.

4) S. von Maurer, Geschichte der Markenverfassung, S. 60.

5) Buch III, Art. 86.

6) Wagner's *Corpus Juris Metallici* p. 163 ff.

der Trientiner Bergwerksvertrag¹⁾, die Iglauer Bergrechte²⁾, das Freiburger Bergrecht³⁾, die Stadt- und Bergrechte für Deutschbrod⁴⁾, die *jura et libertates silvanorum*⁵⁾, das Löwenberger Goldrecht⁶⁾ u. a. machen das Recht zum Bergbaubetriebe keineswegs von der Gemeindezugehörigkeit abhängig. Alle diese Bergrechte geben Jedem, auch jedem Fremden die Befugniss, Bergbau zu treiben. Ja es ist feststehend und bereits oben dargelegt, dass die bedeutendsten Bergwerke, bei welchen sich die wichtigsten Berggewohnheiten gebildet haben, z. B. die Freiburger, Schemnitzer und Trientiner Bergwerke von zugewanderten Bergleuten aufgenommen sind.

Selbst Juden, die doch ihre Berechtigung zum Bergbaubetriebe nicht aus ihrer Zugehörigkeit zur Realgemeinde ableiten konnten, finden wir schon im dreizehnten Jahrhundert als Betreiber und Besitzer von Bergwerken. Dies ist nicht bloss für Oesterreich-Ungarn festgestellt⁷⁾. Auch unter den Vollziehern der 1271 bestätigten *jura et libertates silvanorum* findet sich ein Jude, Namens Heinemann⁸⁾. Eine andere Urkunde aus dem Jahre 1230, welche von Jung mitgetheilt wird⁹⁾, führt den Juden Tidericus als Theilhaber an einer Saline auf.

Die ältesten deutschen Bergrechte kennen ebenso wenig wie zwischen Fremden und Einheimischen, so auch nicht den Unterschied zwischen Gemein- und Privatland. Nach den Vorschriften des Schemnitzer Bergrechts, des Trientiner Bergwerksvertrags, des Freiburger und des Iglauer Bergrechts, der *jura et libertates silvanorum* darf Jeder, vorausgesetzt, dass er Erlaubniss vom Bergregalherrn hat, überall, gleichviel ob auf

1) Von Sperges, tyrolische Bergwerksgeschichte, S. 263 ff.

2) Graf Kaspar Sternberg, Geschichte der böhmischen Bergwerke, Urkundenbuch, S. 11 ff.

3) Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen, S. 221 ff.

4) Graf Sternberg, Urkundenbuch, S. 30 ff.

5) Wagner's *Corpus Juris Metallici*, S. 1021 ff.

6) Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 79 ff.

7) Wenzel, Handbuch des allgemeinen österreichischen Bergrechts. Wien 1855, S. 210.

8) Wagner's *Corpus Juris Metallici*, S. 1025.

9) Joannis Henrici Jungii de jure salinarum tum vetere tum hodierno liber singularis. Göttingen 1783, p. 127—131.

urbarem oder auf wüstem Lande Bergbau treiben. Es soll dies später bei Durchgehung dieser Rechte näher dargethan werden. Hier genüge eine Stelle aus dem Freiburger Bergrechte¹⁾:

Wo man erz suchen wyl, daz mag man wol thun, unde daz sal von rechte nymant weren. Komet jener, dez daz erbe adir daz felt yst, unde fordert syn Ackkyrteyl, daz yst eyn czwey und drysyg teyl u. s. w. Dieses Freiburger Bergrecht galt, so weit wie das Fürstenthum reichte²⁾.

Allerdings schliesst das Löwenberger Goldrecht das Graben von Gold da aus, wo Egge, Pflug und Sense gehen³⁾. Allein es wird weiter unten nachgewiesen werden, dass es sich dabei überhaupt nicht um Bergbau handelt⁴⁾.

Auch die Bezugnahme Achenbach's auf Artikel 35 im ersten Buche des Sachsenspiegels wird als verfehlt zu bezeichnen sein, wenn sich beweisen lässt, dass der Sachsen Spiegel die sonst allgemein bestehende Bergbaufreiheit nur ausnahmsweise beim „Silberbrechen“ aus besonderen Gründen untersagt hat⁵⁾.

Es dürfte überhaupt der mehrfach ausgesprochenen Ansicht entgegenzutreten sein, wonach die Bergbaufreiheit sich im Laufe der Zeiten weiter ausgedehnt habe. Im Gegentheile möchte sich nachweisen lassen, dass die wachsende Macht der Grundbesitzer die ursprünglich allgemein bestehende Bergbaufreiheit nach mehreren Richtungen hin durchbrochen hat. So bestand nach dem bereits erwähnten Patente König Johann's von England die Bergbaufreiheit auf Zinn im Jahre 1201 seit unvordenklicher Zeit überall und selbst auf den Besitzungen der Grossen. Eine Einschränkung derselben auf Gemeinland (*vastrel*) ist der damaligen Zeit noch vollkommen fremd. Dieser Rechts-

1) Abschnitt I, Kapitel 36 bei Klotzsch, S. 250.

2) Abschnitt I, Kapitel 1, Klotzsch, S. 222.

3) Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 74, 86 ff. Kommer, Zeitschrift für Bergrecht X, S. 392.

4) S. auch Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 93; und weiter unten §. 15.

5) S. weiter unten §. 18.

4/133.50.50
108

zustand blieb unstreitig bis zum Jahre 1305 bestehen, wo Eduard I. die Bergbaufreiheit auf Zinn ausdrücklich auf die Grafschaften Cornwall und Devonshire einschränkte¹⁾. Die Parlamente brachten es später unter Eduard III. dahin, dass diese Bergbaufreiheit auf Wiesen, Wäldern und zwischen Häusern verboten wurde²⁾. Zur Zeit Karl I. galt die Bergbaufreiheit auf Zinn nur noch auf Gemeinland³⁾ (*wastrel lands*). Heute ist das Rechtsinstitut der Bergbaufreiheit in England bis auf einzelne Spuren gänzlich beseitigt.

Die Einschränkung der Bergbaufreiheit auf Gemeinland zur Zeit Karl I. dürfte daher nicht als der Anfangs- sondern als der Haltepunkt in dem unaufhörlichen Niedergange der englischen Bergbaufreiheit aufzufassen sein.

Wenn Achenbach noch ferner anführt, dass an den Bergen bei Sulzach zufolge einer Urkunde aus dem Jahre 1394 und bei den Gruben um Elbingerode nach den Berggewohnheiten v. J. 1594 nur Eingesessene Bergbau treiben durften, dass im Siegen'schen die Bergbaubetreibenden die Zugehörigkeit zur Zunft gewinnen mussten, und dass nach dem Landbuch von Uri jeder Landmann auf Allmend Erz graben darf, so lässt sich, wie mir scheint, aus diesen lokalen und späteren Gewohnheiten den Bestimmungen der älteren Bergrechte gegenüber weder ein allgemeiner Schluss noch ein Schluss auf die Vergangenheit ziehen⁴⁾. Endlich dürfte gegen die Entstehung der Bergbaufreiheit aus den Rechten der Gemeindegossen an der Allmende noch der Umstand geltend zu machen sein, dass die alten Bergrechte nicht Abmachungen zwischen den Gemeinden und den Bergleuten, sondern Satzungen sind, welche die Regalherren den Bergleuten gegeben oder mit diesen vereinbart haben.

1) *The Laws and Customs of the Stannaries in the counties of Cornwall and Devon, London 1725 by Pearce pref. p. 9.*

2) *Pearce* p. 6 und weiter unten.

3) *Pearce* p. 37.

4) Solche Gewohnheiten finden ihre Erklärung lediglich im Willen des Bergregalherren, welcher die Erlaubniss zum Bergbaubetriebe nur gewissen Personen nach seinem Gutbefinden überlassen konnte (s. w. u. §§. 9 und 27).

Die Bergwerksabgaben.

§. 5. Es ist zweifellos, dass im Römischen Rechte neben den Abgaben an den Oberflächenbesitzer noch an den Kaiser besondere Abgaben von den Bergwerken zu entrichten waren¹⁾. Auch im Mittelalter werden Bergwerksabgaben erwähnt, welche den Königen gebührten. Die Bergrechtslehrer unterstellen hierbei, dass diese Abgaben nur von solchen Bergwerken zu zahlen waren, welche auf königlichen Privatbesitzungen, auf Domanialgrundstücken, gelegen waren²⁾. Sie meinen, dass die abgabepflichtigen Bergwerke dem Könige in seiner Eigenschaft als zufälliger Besitzer der Oberfläche gehört haben, und dass er jene Abgaben nur dann zu beanspruchen gehabt habe, wenn und weil er die ihm persönlich gehörenden Bergwerke gegen Erbzins ausgethan hatte³⁾.

Die Frage, welche Natur die Bergwerksabgaben im Mittelalter hatten, wie die andere Frage, aus welchem Rechtsgrunde sie erhoben wurden, mögen hier vorläufig auf sich beruhen bleiben. Vorerst soll nur die Frage behandelt werden, ob besondere Bergwerksabgaben, neben denjenigen an den Besitzer der Oberfläche, auch noch an einen Dritten zu entrichten waren. Wer dieser Dritte war, mag gleichfalls für jetzt dahin gestellt bleiben; es genüge, wenn er ein Anderer als der Besitzer der Oberfläche gewesen ist.

Im 40. Kapitel der *vita Dagoberti* heisst es:

*plumbum quod ei (dem Könige) ex metallo censitum in secundo semper anno solvebatur, libras octo mille ad cooperiendam ecclesiam contulit*⁴⁾.

1) *Const. 3, Cod. Just. de met.* (XI, 6) a. a. O.

2) Jung, *de jure salinarum*, p. 118. Böhlau, *de regalium notione*, p. 108. Achenbach, *französisches Bergrecht*, S. 23 ff. und besonders S. 26. Kommer, *Zeitschrift für Bergrecht* X, S. 377.

3) So namentlich Achenbach, *französisches Bergrecht*, S. 26.

4) *Récueil de Duchesne tome I*, p. 585. Zwar wird die Richtigkeit dieser Urkunde in Bezug auf die Worte „*ex metallo censitum*“ von Achenbach, *französisches Bergrecht*, S. 23 ohne Angabe von Gründen in Zweifel gezogen. Indess dürfte deren unbedingte und vollständige Richtigkeit anzunehmen sein. (Vergl. Waitz, *deutsche Verfassungsgeschichte*, Aufl. 1. II, S. 554, *de Pastoret, tome XV der ordonnances des rois de la troisième race, Introduction* p. 34 u. A.)

Der König Dagobert, der sich auch sonst durch besondere Freigebigkeit der Kirche gegenüber auszeichnete, schenkte nach dieser Urkunde im Jahre 635 dasjenige Blei, welches ihm aus den Bergwerken als Census zukam, zur Gründung einer Kirche. Es dürfte, scheint mir, hierbei nichts gegen die Annahme sprechen, dass der König als solcher, wie seiner Zeit der Römische Kaiser, von allen Bergwerken Abgaben bezog, und dass diese Abgaben in einer Quote vom Ertrage bestanden.

Bereits oben waren mehrere Urkunden angezogen, in denen die Agilolfinger Herzöge über Salzzehnten verfügten¹⁾. Dafür, dass ihnen diese Salzzehnten zustanden, weil die Salinen zufällig auf ihren Privatbesitzungen lagen, spricht weder in den Urkunden selbst, noch sonst irgend ein Umstand.

Das *Capitulare* Karl's des Grossen *de villis imperialibus* v. J. 812²⁾ spricht unter Anderem von den Erträgen der Bergwerke:

c 28. Volumus, ut per annos singulos . . . argentum de nostro laboratu . . . deferre studeant.

c 62. Ut unusquisque iudex per singulos annos ex omni conlaboratione nostra . . . quidquid de ferrariciis et scrobis id est fossis ferrariciis vel aliis fossis, plumbaricio . . . habuerint . . . nobis notum faciant.

Die Bergwerke, von denen hier die Rede ist, liegen allerdings auf königlichem Gebiete. Indess folgt aus dem *Capitulare* nicht, dass der König von solchen Bergwerken, welche nicht auf seinen Privatbesitzungen lagen, keine Abgaben erheben durfte.

In der Theilungsurkunde v. J. 817³⁾ heisst es:

cap. I. Volumus (sagt der Kaiser), ut Pippinus habeat Aquitaniam et Wasconiam et markam Tolosam totam . . .

cap. II. Item Hludowicus volumus, ut habeat Bajoariam et Carentanos . . .

1) S. auch von Koch-Sternfeld, die teutschen Salzwerke II, S. 107, 223, 239 a. a. O. Lori, Einleitung, p. II, sequ.

2) *Monumenta Germaniae historica. Tom. II, Leg. I, p. 183, 185/6.*

3) Pertz, *Monum. German. hist. Tom. III, Leg. I, p. 198 seq.*

cap. III. Volumus, ut hi duo fratres, qui regis nomine censentur, in cunctis honoribus intra suam potestatem distribuendis propria potestate potiantur.

cap. XII. De tributis vero et censibus vel metallis, quidquid in eorum potestate exigi vel haberi potuerit, ipsi habeant, ut ex his in suis necessitatibus consulant et dona seniori fratri deferenda melius praeparare valeant.

Wären die Bergwerke rechtlich nur ein Theil des Grundbesitzes, und wären hier nur die Bergwerke gemeint, welche auf den privaten Besitzungen des Königlichen Hauses gelegen waren¹⁾, so würde es, scheint mir, überflüssig gewesen sein, die Bergwerke bei der Theilung noch besonders zu erwähnen. Die Gleichstellung der *metalla* mit den *tributa* und *census* beweist vielmehr, dass es sich um Rechte handelt, welche nicht dem Grundbesitzer, sondern dem Souverain gebührten. Der Sinn jener Stelle scheint eben der zu sein, dass die Brüder als Könige der ihnen zugetheilten Länder angesehen werden sollten und dass sie desshalb auch die den Königen aus den Bergwerken gebührenden Abgaben innerhalb ihrer Gebiete erhalten mussten. Dass in jener Urkunde *metalla* gesetzt ist, wo man *census ex metallis* oder *reditus metallorum* erwarten sollte, wird später erklärt werden.

Am 17. December 908 verließ oder bestätigte Kaiser Ludwig das Kind dem Erzbischof von Salzburg unter Anderem alle Einkünfte (*census*) *in Halla et extra Halla, in salina et extra salinam, circa fluvios Sala et Salzaha vocatos, in auro et in sale et in pecoribus, cum theloneis duobus, qui vulgo Muta vocantur*²⁾. Diese Verleihung oder Bestätigung wurde später von anderen Kaisern wiederholt. Das Gebiet zwischen Sala und Salzaha war nun weder im Besitze der Kaiser noch der Erzbischöfe. Dasselbe gehörte wenigstens zum Theil einer baierischen Grafenfamilie, welche einen zwischen den vorbezeichneten Flüssen gelegenen Wald den Präbsten zu Berchtes-

1) Dies nehmen Walter, deutsche Rechtsgeschichte, 2. Ausgabe, §. 126 und Achenbach, französisches Bergrecht, S. 26 an.

2) Die Urkunde findet sich in Lori's Einleitung, p. V, bei Böhlau als Urkunde 14 (Böhmer, *regesta Karolorum* 1833, Nr. 1217, S. 117), in Lünig's Deutsches Reichsarchiv, Leipzig 1713 bis 1722, XIX, 948 und sonst, s. auch weiter unten §. 21.

gaden schenkte. In diesem Walde wurde später eine Saline entdeckt, welche den Namen Tuval erhielt, und deren Einkünfte sowohl von den Erzbischöfen zu Salzburg wie von den Pröbsten zu Berchtesgaden in Anspruch genommen wurden. Die Erzbischöfe beriefen sich ihrerseits auf die Kaiserlichen Verleihungen¹⁾, durch welche ihnen aller Nutzen (*utilitas*) aus Salz- und Goldbergwerken zwischen den Flüssen Sala und Salzaha eingeräumt war, nicht aber darauf, dass der Ort, wo die Saline lag, ihnen gehörte. Die Pröbste ihrerseits machten gleichfalls nicht geltend, dass sie als Besitzer des Waldes zur Erhebung der Einkünfte aus der Saline befugt waren. Vielmehr wandten sie sich an den Kaiser und baten und erhielten von ihm im Jahre 1156²⁾ eine Begnadigung dahin, dass ihnen die Erträge jener Saline zufallen sollten. Diese Begnadigung setzten sie derjenigen entgegen, auf welche sich die Erzbischöfe beriefen. Auf den Streit zwischen den Erzbischöfen und Pröbsten muss noch später zurückgekommen werden. Der hier vorgetragene Sachverhalt beweist unzweifelhaft, dass Abgaben aus den Bergwerken schon im Jahre 908 an andere Personen als an die Oberflächenbesitzer zu entrichten waren. Auch sonst lassen sich zahlreiche Urkunden und Beweise dafür beibringen, dass an die Kaiser als solche Abgaben aus dem Bergbau gezahlt werden mussten, welche von ihnen allerdings oft dritten Personen übertragen wurden. So vertheilten die Kaiser die Einkünfte aus den Harzer Bergwerken an die Klöster Walkenried, St. Simon und Judae, St. Peter und an die Stadt Goslar³⁾. Die Kaiser aber waren nicht Privatbesitzer der allerdings unter Kaiserlichem Banne stehenden Harzwälder, wie sich daraus

1) *Auctoritate imperialium privilegiorum*, wie es in der Urkunde v. J. 1123 bei Lori, Einleitung, p. VIII, von Koch-Sternberg II, S. 286 und sonst heisst, s. auch weiter unten.

2) Die Urkunde findet sich bei Lori, Einleitung, aus Hund II, 122 mit der Jahreszahl 1146, bei Lünig XVIII, 7, von Koch-Sternfeld II, S. 310, bei Böhlau als Urkunde 46 mitgetheilt. S. auch weiter unten.

3) Die betreffende Urkunde findet sich bei Franz Johann Meyer, Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung und der Bergrechte des Harzes im Mittelalter. Eisenach 1817, S. 31. Sie ist aus der Walkenrieder Chronik entnommen und wird auch sonst mehrfach aufgeführt.

ergiebt, dass in den Bergurkunden die Waldbesitzer — *erfexen in harte* — besonders erwähnt werden¹⁾. Abgaben aus Bergwerken an den Kaiser kommen auch bei den Salinen in Lüneburg vor²⁾.

Es finden sich nun viele Zeugnisse dafür, dass auch andere Personen wie die Kaiser Abgaben aus Bergwerken bezogen haben. Dies dürfte aber nur in dem Falle gegen die besondere Abgabepflichtigkeit der Bergwerke sprechen, wenn sich beweisen liesse, dass die Erheber der Abgaben das Recht hierzu nur als Oberflächenbesitzer, nicht aber aus einem anderen Grunde, etwa aus Kaiserlicher Verleihung, erlangt haben würden. Ein solcher Beweis ist aber nicht einmal angetreten worden. Derselbe lässt sich auch kaum anders wie durch die Geschichte der einzelnen Bergwerke führen. Die Verleihung von Abgaben und Einkünften aller Art an Privatpersonen durch die Kaiser war übrigens um jene Zeit sehr häufig³⁾. Für jetzt soll die Behauptung, dass nur der König oder nur der vom König Beliehene zur Erhebung der Bergwerksabgaben befugt war, nicht aufgestellt werden. Es handelt sich für jetzt lediglich um die Frage, ob nur der Besitzer der Oberfläche zur Erhebung von Bergwerksabgaben befugt war. Diese Frage kann aber, scheint mir, schon nach dem bis jetzt vorgetragenen Beweis- und Urkundenmaterial verneint werden. Zur grösseren Sicherheit soll indess noch auf folgende Beweise Bezug genommen werden.

Ausweislich der für das ganze Markgrafenthum Meissen geltenden Freiburger Bergordnung erhält der Markgraf von jedem wo auch immer gelegenen Bergwerke die dritte Schicht als Frohntheil⁴⁾. Der Grundherr wird insoweit neben dem

1) S. Wagner's *Corpus Juris Metallici*, S. 1025 ff. Ueber die Bedeutung des Kaiserlichen Bannes bei Forsten ist Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte VIII, S. 259 zu vergleichen. Der Bann schloss nicht den Privatbesitz Dritter am Walde aus und hatte nur ganz bestimmte Rechte, vielfach nur das Jagdrecht, zu seinem Gegenstande. S. auch weiter unten.

2) Waitz, Verfassungsgeschichte VIII, S. 274.

3) Waitz II, S. 571 ff.

4) Abschnitt II, cap. 2, bei Klotzsch, S. 263.

Landesherrn berücksichtigt, als er ein Zweiunddreissigstel als Ackertheil empfängt¹⁾.

Wie das Schemnitzer Bergrecht und die Stadtrechte für Neusol (*Bistricium*) ergeben, erhoben die Könige Ungarns von allen Bergwerken gewisse Abgaben, die bei Gold der zehnte und bei anderen Metallen der achte Theil gewesen zu sein scheinen²⁾. Diese Abgaben hiessen Urburen. Ein Drittel derselben erhielt der Grundherr³⁾.

Nach der Iglauer und der Kuttenberger Bergordnung erhielt der Grundherr gleichfalls den dritten Theil der von den böhmischen Königen bezogenen Urbure⁴⁾.

Die Annahme, dass in Sachsen, Ungarn, Böhmen und Mähren nur an den Oberflächenbesitzer Bergwerksabgaben zu entrichten waren, darf nach dem Vorstehenden als irrig bezeichnet werden.

Nach dem Löwenberger Goldrechte muss jede Zeche, auch die vom Grundbesitzer auf eigenem Grund und Boden betriebene, dem Landes- und Regalherrn „Theilgold“ abgeben⁵⁾.

Auch das Goldrecht für Liegnitz, Goldberg und Hainau giebt dem Herzog als „obersten Verleiher“ das Recht auf den Zehnten von allen und selbst von solchen Bergwerken, welche auf Privatbesitzungen Dritter betrieben wurden⁶⁾.

Die Abgaben, welche dem Bischof zu Admont von Eisensteingruben ausweise der berühmten Urkunde aus dem Jahre 1216⁷⁾ gebühren, sind gleichfalls nicht solche, welche ihm als Oberflächenbesitzer zukommen. Vielmehr stand ihm eine besondere Verleihung zur Seite. Die Erzbischöfe zu Salzburg hatten nämlich kraft der ihnen verliehenen kaiserlichen

1) Abschnitt I, cap. 36, bei Klotzsch, S. 250.

2) Graf Kaspar Sternberg, Geschichte der böhmischen Bergwerke II, S. 39.

3) Thomas Wagner, *Corpus Juris Metallici*, S. 168.

4) S. *liber II*, cap. II der Kuttenberger Bergordnung bei Franz Anton Schmidt, Sammlung der Berggesetze der österreichischen Monarchie. Wien 1832, I, S. 46 ff., S. 49. Graf Sternberg II, S. 22—24 und Note 21.

5) Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 82.

6) Steinbeck, S. 85 ff.

7) Wagner's *Corpus Jur. Met.*, S. 31 ff.

Privilegien zugleich bei Gründung des Stifts Admont diesem das Recht zur Erhebung der Bergwerkseinkünfte übertragen¹⁾.

Die Einkünfte, welche der Herzog Heinrich nach dem Salzrecht von Hall bezog, standen ihm gleichfalls nur zu, weil seine Vorfahren das Recht hierzu mit Nutz und Gewehr vom Reiche hatten, nicht aber, weil er Oberflächenbesitzer war²⁾.

Auch für das französische Recht lässt sich behaupten, dass die Abgaben, welche die Könige Frankreich's von Bergwerken bezogen, kein Zins für die Verpachtung der auf ihren Privatbesitzungen gelegenen Mineralien waren. Für den Fall nämlich, dass der Bergbau auf ihrem eigenen Grund und Boden betrieben wurde, erhielten sie neben der allgemeinen Abgabe aus dem Bergbau noch eine besondere Entschädigung als Oberflächenbesitzer „*comme droit foncier*“³⁾. Das Recht der französischen Könige auf die Bergwerksabgaben wird auf das Römische Recht zurückgeführt⁴⁾.

Nach dem Patente König Johann's von England aus dem Jahre 1201 haben die Zinnbergleute das Recht, in den Grafschaften Cornwall und Devon überall und selbst auf den Besitzungen der Grossen Bergbau zu treiben, wofür sie dem Könige besondere Abgaben zu entrichten haben. Neben diesen Abgaben hatten die Bergleute noch an die Grundherren (*Lords of the soil*) oder an deren Hintersassen (*farmers*) als Entschädigung den funfzehnten Theil abzuliefern.

Ebenso findet sich, dass nach den ältesten Berggewohnheiten der Grafschaft Derbyshire neben den Abgaben an die Grundherren noch an die Könige Quoten des Bergwerksertrages abgeführt werden mussten⁵⁾.

Hiernach zeigt sich, dass die Mineralien auch während des Mittelalters ein besonderer und von der Oberfläche ge-

1) Von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark, 3. Theil, S. 105; die Urkunde findet sich u. A. im Urkundenbuch für Steiermark, bearbeitet von Zahn. Graz 1875, No. 405, S. 390.

2) S. Salzrecht von Reichenhall a. d. J. 1285 in Lori's Sammlung des baierischen Bergrechts, S. 3 ff.

3) de Pastoret, *Ordonnances des Rois de la troisième race Tome XV. Introduction XXXIV.*

4) de Pastoret daselbst, *Tome XVIII. Introduction p. XXXVI.*

5) Nasse, in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 174.

trennter Gegenstand der Besteuerung in den verschiedensten Staaten gewesen sind.

Waren die Bergwerke im Mittelalter ein rechtliches Zubehör zu Grund und Boden?

§. 6. Nach demjenigen, was im Vorstehenden über die Bergbaufreiheit und die Bergwerksabgaben ausgeführt ist, dürfte es auffallend sein, wenn es wahr sein sollte, dass in der ganzen ersten Hälfte des Mittelalters die Mineralien im rechtlichen Sinne nur einen blossen Bestandtheil der Oberfläche gebildet hätten. Solches wird allerdings allgemein und ausnahmslos behauptet. Diese Behauptung stützt sich darauf, dass in zahllosen Urkunden die Bergwerke ausdrücklich als *pertinentia*, *adjacentia*, *appendicia* oder *utilitates* von Grund und Boden bezeichnet werden¹⁾. Von Urkunden dieser Art mögen hier drei nachstehend mitgetheilt werden:

1) *Otto I imperator . . . nos quasdam res quas jam antea quidem comes nomine Hartuich de manu Warmunti comitis . . . tradiderat in loco Grahansat . . . cum omnibus rebus eidem loco adjacentibus id est terris cultis et incultis, curtilibus et aedificiis, mancipiis utriusque sexus, parscalcis et aliis servis, cidulariis, vectigalibus et in salina curtalia cum patellis patellarumque locis . . . cum foresto . . et silvis pratis pascuis, . . . saginationibus, venationibus, aquarum decursibus, piscacionibus, prout a me regali potestate in banno erant, molendinis molendinumque locis, viis et inviis, quaesitis et inquirendis . . . omnibus utensilibus ad eundem locum Grahansat jure pertinentibus, nostro regio more praedictis canonicis cum integritate concessimus²⁾.*

2) Urkunde Kaisers Otto II. vom 29. October 973³⁾:

Salzunga cum omnibus appendiciis et utilitatibus

1) Kommer, Zeitschrift für Bergrecht X, S. 378. Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 82, 83. Böhlau, p. 8, und die von ihm am Schlusse gebrachten Urkunden, welche die Worte *appendicia* oder *pertinentia* durch besonderen Druck hervorheben.

2) Die Urkunde ist bei Böhlau als Urkunde 18 aus dem Anhang zu *Juvavia*, p. 181, mitgetheilt.

3) Aus Schannat, *corpus traditionum Fuldensium*, Lips. 1724, p. 241.

suis, tam in ecclesiis quam in aliis aedificiis, et mancipiis utriusque sexus, terris cultis et incultis, . . . venationibus, piscacionibus, aquis aquarumve decursibus.

3) Urkunde Kaisers Otto III v. J. 998¹⁾:

Quendam nostre proprietatis locum ad curtem tille nuncupatum cum omnibus ejus pertinentiis in utriusque sexus mancipiis, areis, aedificiis, terris cultis et incultis, silvis, venationibus, aquis aquarumve decursibus, molendinis, piscacionibus, viis et inviis, exitibus et redditibus, quaesitis et inquirendis omnibusque aliis appendiciis que adhuc dici vel inveniri sive inquire possunt.

Schon der flüchtigste Blick lässt erkennen, dass diese Urkunden als *appendicia* oder *pertinentia* auch solche Berechtigte aufführen, von denen es unzweifelhaft ist, dass sie kein blosses Zubehör des Grund und Bodens gewesen und nur kraft besonderer Verleihung ausgeübt werden durften. Namentlich ist es unstreitig und gewiss, dass in der ersten Hälfte des Mittelalters Niemand ohne besondere Verleihung befugt war, Jagd und Fischerei auf seinen Besitzungen zu treiben, Mühlen daselbst anzulegen, u. s. w.²⁾

Ebenso gut wie die Zugehörigkeit der Bergwerke zum Grundeigenthum, lässt sich daher aus den angeführten und vielen ähnlichen Urkunden auch die Zugehörigkeit der Jagd, Fischerei, Mühlen, Zölle, Münzen, Märkte zum Grundeigenthume nachweisen. Diese Urkunden besagen nun keineswegs, dass Wälder, Jagden, Fischfang, Mühlen, Zölle, Münzen, Bergwerke ein Zubehör von jedem Grund und Boden sind, vielmehr bemerken sie gerade hervorhebend, dass dieselben ein Zubehör zu einem bestimmten Orte sind, zu Grahanstat, Salzungen, Tille: ein Zubehör, welches nicht jedem Grund und Boden gebührt, sondern nur ganz bestimmtem, und zwar, wie hinzuzufügen ist, auf Grund besonderer Kaiserlicher Privilegien.

1) Von Kommer in der Zeitschrift für Bergrecht X, S. 378, mitgetheilt nach *Quix, cod. Aquensis* 13.

2) Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland, S. 23—41. G. Waitz, Verfassungsgeschichte, Bd. VIII, S. 247 bis 346 a. a. O. *Liber feudorum* II, 56.

Es ist bekannt, dass die Privilegien, durch welche die Kaiser gewisse ihnen ausschliesslich gebührende Rechte Dritten übertrugen, meist dahin gefasst waren, dass der Berechtigte mit dem Besitze eines bestimmten Ortes zugleich ein bestimmtes Recht als dessen Zubehör erhielt. Ein Wald wurde mit dem Jagdrecht, ein Fluss mit dem Fischerei- und Mühlenrecht, eine Brücke mit dem Zollrecht, Städte mit dem Markt- und Münzrechte¹⁾, Ortschaften mit ihren Bergwerken verliehen²⁾. Zahlreiche Zeugnisse hierfür werden später beigebracht werden. Schon jetzt aber darf als bewiesen gelten, dass mit der blossen Bezeichnung der Bergwerke als Zubehör zu bestimmten Ortschaften noch nicht dargethan ist, dass die Bergwerke in dem Sinne ein blosses Zubehör zum Grund und Boden bildeten, dass jeder Grundbesitzer ohne Weiteres zu deren Ausbeutung befugt war. Das Gegentheil wird schon dadurch wahrscheinlich, dass regelmässig das Recht zum Bergbaubetrieb besonders erwähnt wird. Dies geschieht z. B. bei den hundert Huben Landes, welche die Edelfrau Beatrix im Jahre 1025 vom Kaiser Conrad „*cum usu salis et rudere quod Arz dicitur*“ übertragen erhielt³⁾. Ja es wird ein anderes Mal ausdrücklich bemerkt, dass ein gewisses Gebiet mit dem Rechte begabt sei, *quod vulgo Purkrecht dicitur*⁴⁾.

Die vorangeführten Urkunden lassen ferner ihrem ganzen Inhalte nach unschwer erkennen, dass es sich bei ihnen kaum um Rechte handeln kann, welche jedem beliebigen Grundbesitzer zukommen. Eine genauere Prüfung dürfte in allen Fällen ergeben, dass jene Urkunden entweder von dem Kaiser selbst oder von solchen Personen ausgestellt sind, welche von

1) Falke, Geschichte des Zollvereins, S. 1 ff., wo die zahllosen Verleihungsurkunden über Zollgerechtsame aufgeführt sind.

2) Z. B. *Guiconstein cum salsugine ejus* in der Schenkungsurkunde Kaisers Otto I, vom 11. April 965 in Dreyhaupt's Geschichte des Saalkreises I, S. 14. Vergl. Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, S. 121—130 a. a. O.

3) *Pez, thesaurus anecdotorum novissimus* 1721, seq. VI, p. 285. Von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark, 3. Theil, S. 90.

4) Urkunde des Abts Heinrich von Admont v. J. 1293 in den *Diplomataria Sacrae Styriae* (Pusch und Frölich) 1756, Tom. I, p. 106, *unam huebam in interiori Eysenärzt eo jure, quod Purkrecht dicitur.*“

den Kaisern mit besonderen Rechten beliehen sind. Diese Prüfung wird später angestellt werden, wenn die vermeintlich die Regalität widerlegenden Urkunden in Betracht gezogen werden.

Da schon seit den Merowingern und besonders seit Kaiser Ludwig dem Frommen Verleihungen von Grund und Boden mit allen den Königen daran zustehenden Rechten überaus häufig waren¹⁾, so erklärt es sich auch zur Genüge, dass zahlreiche geistliche und weltliche Machthaber innerhalb ihres Gebietes unter den übrigen Regalien auch das Bergbaurecht besaßen.

Gegen die Annahme, dass jeder Grundbesitzer als solcher und nur der Grundbesitzer über die Mineralien verfügen durfte, spricht und zwar, wie mir scheint, entscheidend die auffallende Thatsache, dass uns von keinem einzigen Falle bekannt ist, in welchem ein Privatmann ohne besondere Verleihung als Besitzer der Oberfläche zugleich Bergbau trieb. Diese Erscheinung wird von Grüter²⁾ und Kommer³⁾ dadurch erklärt, dass zum Betriebe von Bergwerken bedeutende Kapitalien gehörten, welche damals den Privatleuten nicht zu Gebote standen. Diese Erklärung befriedigt indess wenig, wenn man erwägt, dass die Regalherren weiter Nichts beim Bergbau thaten, als dass sie durch Beamte die einzelnen Gruben anweisen und die Abgaben erheben liessen. Kapitalien zum Bergbaubetrieb haben, soweit die Bergwerksgeschichten erzählen, die Regalherren niemals zugesprochen. Es war dies auch kaum nöthig, da der meiste Bergbau jener Zeit keine grossen Geldauslagen verursachte. Man denke nur an das Ausschöpfen und Sieden salzhaltiger Soole und an das Auswaschen von Gold aus Flüssen!

Begriff der Regalien.

§. 7. Schon lange waren die Regalien thatsächlich vorhanden, ehe sie als solche bezeichnet wurden⁴⁾. Diese Be-

1) Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte I, S. 404 ff. II, S. 32 ff., 43 ff. u. A.

2) *De regali metallorum jure*, p. 24.

3) Zeitschrift für Bergrecht X, S. 377.

4) Eichhorn I, S. 405 ff.

zeichnung findet sich nicht vor dem zehnten Jahrhundert und wird eine häufige erst in den beiden diesen nachfolgenden Jahrhunderten. Für jene Zeit lässt sich zwischen solchen Einkünften, welche den Königen aus öffentlich rechtlichen und solchen, welche ihnen aus privatrechtlichen Titeln zufielen, ein scharfer Unterschied in keiner Weise durchführen. Das öffentliche Recht war damals erfüllt von privatrechtlichen Anschauungen. Die Abgaben und anderen Leistungen des Volkes beruhten fast sämtlich auf privatrechtlichen Grundlagen, welche nur zuweilen in einem gewissen Anschluss an öffentliche Verpflichtungen standen¹⁾. Wie das öffentliche Recht privatrechtliche, so hatte das Privatrecht öffentlich-rechtliche Beimischungen. Der scharfe Begriff des öffentlichen Rechts fehlte dem Mittelalter ebenso sehr wie der scharfe Begriff des Privateigentums²⁾ und des Privatrechts überhaupt.

In der Karolingerzeit wurde nicht einmal zwischen demjenigen, was dem Kaiser als Oberhaupt des Staates und demjenigen, was ihm als Haus- oder Privatvermögen zustand, eine Unterscheidung gezogen³⁾. Das fränkische Reich kannte keinen Gegensatz zwischen Reichsgut und Privatgut des Königs. Der Fiskus war, wie besonders Rudolph Sohm hervorhebt⁴⁾, im Frankenreiche nicht Staatsvermögen, sondern Königsvermögen, und diese Anschauung des fränkischen Reichs ist nach Sohm's Ansicht auch in das deutsche Reich übergegangen.

Erst seitdem die Erblichkeit der Kaiserwürde aufhörte, zeigten sich die ersten Spuren zu einer Sonderung des Reichsvermögens von dem Hausvermögen des Kaisers⁵⁾. Diese Sonderung war wichtig, wenn der Hauserbe des vorigen Kaisers nicht zugleich die Kaiserwürde erlangte. Für diesen Fall war eine Auseinandersetzung zwischen dem Kron- und

1) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VIII, S. 217 a. a. O. Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, S. 127 ff. a. a. O.

2) Roscher, Geschichte der Nationalökonomik, S. 15 a. a. O.

3) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte II, S. 557. Indess geht man wohl zu weit, wenn man jegliche Unterscheidung zwischen öffentlichem und Privatrechte im Mittelalter leugnen wollte.

4) Altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung, Bd. I, S. 27.

5) Waitz VIII, S. 239 ff.

dem Hausgut des Kaisers nothwendig. Allein auch unter dem Hausgut war wiederum nicht reines Privatvermögen, sondern alles dasjenige Privat- und öffentliche Gut zu verstehen, was dem Kaiser anderswoher als vom Reiche, etwa in seiner Eigenschaft als Besitzer eines Herzogthums gebührte.

Unter diesen Umständen würde es, wie mir scheint, befremdlich sein, wenn sich die oft gemachte Trennung zwischen höheren und niederen Regalien schon in der Zeit vom zehnten bis zum zwölften Jahrhundert zeigen sollte. Vielmehr dürfte es begreiflich sein, wenn damals Rechte der verschiedensten Art, öffentlich-rechtliche und privatrechtliche, nutzbringende und nicht nutzbringende, unter dem Begriffe der Regalien zusammengefasst wurden. An sich liegt auch im Worte „Regalien“ (was dem Könige gehört), weder Etwas, was nur auf privatrechtliche oder nur auf nutzbringende Rechte gedeutet werden könnte. Desshalb werden wir uns auch nicht zu verwundern haben, wenn als Regalien im Mittelalter auch solche Rechte genannt wurden, denen, weil sie weder einen privatrechtlichen noch einen nutzbringenden Charakter an sich tragen, von heutigen Rechtslehrern die Regalitätseigenschaft abgestritten wird¹⁾.

Die Ronkalische Constitution (*Const. II, 56 im liber feudorum*) vom Jahre 1158 bezeichnet als Regalien die nachstehenden Gegenstände:

(Regalia sunt haec): armandiae, viae publicae, flumina navigabilia et ex quibus fiunt navigabilia, portus, ripatica, vectigalia quae vulgo dicuntur thelonea, moneta, mulctarum poenarumque compendia, bona vacantia, et quae, ut ab indignis, legibus auferuntur, nisi quae specialiter quibusdam conceduntur, et bona contrahentium incestas nuptias, et condemnatorum, et proscriptorum secundum quod in novis constitutionibus cavetur, angariarum, parangariarum, et plaustrorum, et navium praestationes, et extraordinaria collatio ad felicissimam regalis numinis expeditionem, potestas constituendorum magistratuum ad justitiam expediendam, argentariae et palatia in civitatibus consuetis, piscationum redditus

1) Vergl. Gerber, deutsches Privatrecht. Auflage 11, §. 67, S. 171 ff. Boehlau, de regalium notione, p. 1—4 u. A. m.

et salinarum, et bona committentium crimen majestatis, et dimidium thesauri inventi in loco Caesaris non data opera, vel loco religioso; si data opera totum ad eum pertineat.

Die Constitution bezeichnet somit Rechte der allerver-
schiedensten Art als Regalien. Von diesen ist z. B. die Be-
fugniß, Magistratsbehörden zum Zwecke der Rechtsprechung
einzusetzen, zweifellos weder ein Privatrecht, noch ein Recht
des Fiskus, noch endlich ein Nutzungsrecht, so dass die An-
sicht Hüllmann's¹⁾, wonach Regalien ursprünglich mit Fis-
kalien vollkommen identisch, nämlich Königliche Nutzungen
gewesen sein sollen, als unhaltbar erscheinen muss. Hüll-
mann selbst führt an einer anderen Stelle²⁾ die Militärhoheit
(*heribannus regalis*), das Recht, *castella cum turribus et pro-*
pugnaculis zu errichten (*mundburg*) unter den Regalien auf,
also Rechte, welche nicht lukrativer Art sind.

Das Recht, Gerichtsbehörden einzusetzen, das Recht auf
die *armandiae* (Heerbannsgelder), das Recht über die öffent-
lichen Flüsse, das Zollrecht u. s. w.³⁾ wird man heute gewiss
als dem öffentlichen Rechte angehörig auffassen.

Man wird auch ferner schwerlich behaupten können, dass
in der Ronkalischen Constitution nur solche Gegenstände als
Regalien bezeichnet sind, an denen dem Regalherrn ein pri-
vatrechtliches Eigenthum oder ein dem Privatrechte ange-
hörendes ausschliessliches Verfügungsrecht zusteht. Ein Eigen-
thumsrecht, dessen Inhalt die Einsetzung von Gerichtsbehörden
bildet, ist undenkbar. Ebenso wenig lassen sich die Regalien
sämmlich als ausschliessliche Gewerbeprivilegien auffassen
oder als „die Exemption gewisser privatrechtlicher Befugnisse
aus der gemeinen Freiheit und ihre Unterstellung unter die
Voraussetzung vorhergehender ermächtigender Privilegien“⁴⁾.
Man denke nur an das Recht auf die Wehrgelder, auf die
Flüsse, auf das Vermögen der Hochverräther oder gar an die
Befugniß, Gerichtsbehörden einzusetzen!

1) Geschichte des Ursprungs der Regalien, S. 5, 6.

2) S. 11/12.

3) Vergl. Böhlau, p. 4.

4) Die im Texte verworfene Ansicht findet sich in Gerber's Privat-
recht. Aufl. 11, S. 171, Anm. 1.

Bei aller Verschiedenheit der Regalien giebt es, so scheint mir, einen, aber auch nur einen Punkt, in welchem sie miteinander sämmtlich übereinkommen. Ihr Inhalt und ihr Gegenstand sind verschieden, ihr Rechtssubject ist aber immer dasselbe: es ist der König. Regalien sind im Sinne der Ronkalischen Constitution diejenigen Rechte, welche dem Könige gebühren. Da der König aber nicht verpflichtet ist, diese Rechte stets und überall für sich zu bewahren und ihm das Recht zusteht, diese Rechte zeitlich und räumlich, gänzlich und theilweise, Dritten zu überlassen, so lässt sich der Begriff der Regalien im Sinne der Ronkalischen Constitution dahin wiedergeben:

Regalien sind alle diejenigen öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen, nutzbringenden und nicht nutzbringenden Rechte, welche nur dem Könige oder nur solchen Personen zustehen, welchen diese Rechte vom Könige verliehen worden sind. Oder anders ausgedrückt: Regalien sind diejenigen Rechte, welche ausser dem Könige Niemand haben darf, der nicht mit denselben vom Könige beliehen worden ist.

Die Constitution will sagen, dass die Wehrgelder, die öffentlichen Flüsse, die Häfen, Ufer- und Brückenzölle, Münzstätten, Geldstrafen, die erblosen Güter, das Vermögen der eine blutschänderische Ehe Eingehenden, das Recht, Magistratsbehörden mit der Befugniss der Rechtsprechung einzusetzen, die Einkünfte aus dem Fischfange und den Salinen, das Vermögen der Hochverräther, die Hälfte der unter Kaiserlichem oder öffentlichem Boden gefundenen Schätze u. s. w. dem Könige gehören, sofern nicht ein Anderer vom Könige ein Recht auf solche Gegenstände übertragen erhalten hat.

Die Richtigkeit der vorstehenden Auffassung dürfte bewiesen werden durch die Ereignisse, welche dem Erlasse der Constitution vorausgegangen und ihr nachgefolgt sind. Nach der Besiegung der Mailänder liess Kaiser Friedrich I. durch Rechtsgelehrte Untersuchung anstellen:

super justitia Regni et de regalibus quae longo jam tempore

*seu temeritate pervadentium seu neglectu regum regno deperierant*¹⁾.

d. i. über alle Rechte aller Art, welche dem Reiche (beziehungsweise dem Könige, als dem Träger der Reichsgewalt) zustanden, indess durch die Verwegenheit der Uebertretenden und die Nachlässigkeit der Könige dem Reiche verloren gegangen waren. Als diese dem Reiche gehörenden, dessen „*justitia*“ unterstehenden, Rechte bezeichnet Raguevinus:

Monetas, Telonea, Fodrum, Vectigalia, Portus, Pedatica, Molendina, Piscarias, omnemque utilitatem ex decursu fluminum provenientem nec de terra tantum verum etiam de suis propriis capitibus census annui redditionem.

also im Wesentlichen die nämlichen Gegenstände, welche vollständiger im *liber feudorum* hergezählt sind²⁾.

Man wird sich hierbei zu vergegenwärtigen haben, dass sich die Könige schon seit der Merowingerzeit häufig zu Gunsten Anderer eines Theils derjenigen Rechte entschlugen, welche ihnen ausschliesslich zustanden³⁾. Es war später fast formularmässig in den zahlreichen Verleihungsurkunden, dass die Könige den Beliehenen innerhalb ihrer Gebiete alles dasjenige übertrugen „*quidquid fiscus (regius) exinde sperare poterat.*“ So wurde das Recht auf die Jagd, den Fischfang, die Wasserläufe, die Zölle, die Mühlen, das unbebaute Land, *quaesita et inquirenda* fast ausnahmslos den Bischöfen und anderen Grossen innerhalb ihrer Lehen oder sonstigen Besitzungen von den Königen überlassen. Schon zur Zeit Heinrich IV. konnten sich die Sachsen in einem Schreiben an Papst Gregor darüber beklagen, dass die deutschen Könige, nachdem sie einen grossen Theil ihrer Regalien verschleudert hätten, sich mehr vom Raube als von den Erträgen der Regalien unterhielten⁴⁾.

1) So Raguevinus (*Radevicus*) *de gestis Friderici I, lib. II, cap. 5.*

2) Von Savigny, *Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter*, Cap. 28. Von Raumer, *Geschichte der Hohenstaufen*. Band II, S. 103 ff.

3) Eichhorn I, S. 404 ff. a. a. O. Waitz II, S. 576, VIII, S. 239, S. 255. Gierke, *Geschichte der deutschen Genossenschaft*, S. 134 a. a. O.

4) „*Tanta profligatio regalium, ut reges nostrarum partium rapinis potius quam regalibus sustentandi sunt*“ (bei Hüllmann, *Ursprung der Regalien*, S. 6 und sonst mehrfach).

Obwohl z. B. das Zollrecht ursprünglich nur dem Könige gebührte¹⁾, so hatten diese doch so häufig über die Zölle schenkungsweise verfügt, dass ihnen zur Zeit der Hohenstaufen fast nur noch diejenigen zustanden, welche auf den Reichsgütern²⁾ oder ihren Hausgütern lagen.

Aehnliches gilt für die Münzstätten³⁾.

Aber nicht bloss auf rechtmässigem Wege, nämlich mit Willen des Königs, sondern auch auf rechtswidrige Weise, nämlich eigenmächtig (*temeritate*) wussten sich einzelne Reichsstände in den Besitz der Regalien auf ihren Gebieten zu setzen. Je weiter sie vom Mittelpunkt der Königlichen Macht entfernt waren, um so eher gelang ihnen Solches. In den Grenzmarken des Reichs und besonders in Italien gingen die Regalien am schnellsten verloren. Kaiser Friedrich I. war es nun, welcher die dem Reiche zu Unrecht verloren gegangenen Rechte diesem wieder zurückgewinnen wollte. Alle Diejenigen, welche rechtswidrig und ohne Erlaubniss sich in den Besitz Königlicher Rechte gesetzt hatten, sollten diese dem Könige zurückgeben, und nur Denjenigen wollte er dieselben belassen, welche die Verleihung solcher Rechte von Seiten des Königs nachweisen konnten. Nicht einmal hierzu war Friedrich nach strengem Rechte verpflichtet, da die Verleihungen der Könige nicht erblich waren. Aber es war um die Stauferzeit schon längst zur feststehenden Sitte geworden, dass jeder König die von seinen Vorgängern gemachten Verleihungen in Form einer neuen Verleihung wiederholte oder bestätigte⁴⁾, so dass solche Wiederholungen oder Bestätigungen Manchen fast als eine blosse Form und etwas Ueberflüssiges erscheinen mochten⁵⁾. Letzterer Ansicht war Raguevinus indess nicht. Vielmehr erblickte er einen Act

1) Waitz II, S. 548, 552 ff., besonders Falke, Geschichte des deutschen Zollvereins 1869, S. 1 ff., S. 63 ff., der seine Ansicht durch ein überwältigendes Urkundenmaterial belegt. Der Schwabenspiegel, Cap. CCCIV. Ausgabe von Gengler, S. 191. Der Sachsenspiegel, lib. II, art. 26.

2) Eichhorn I, S. 404 ff. a. a. O.

3) Waitz VIII, S. 323 ff. a. a. O.

4) Waitz II, S. 221 a. a. O.

5) Roth, Beneficialwesen, S. 221.

grosser Freigebigkeit darin, dass Friedrich I. in seinem und des Reichs Namen die von seinen Vorfahren gegebenen Verleihungen bestätigte.

Tanta — sagt Ragevinus — circa pristinos possessores usus est liberalitate, ut quicumque donatione regum aliquid horum se possidere instrumentis legitimis edocere posset, is etiam nunc imperali beneficio et regni nomine id ipsum perpetuo possideret.

Diejenigen aber, welche ohne Nachweis Königlicher Verleihungen Königliche Rechte besassen, mussten diese dem Könige zurückgeben¹⁾.

Nach dem Vorstehenden dürfte als bewiesen gelten, dass unter Regalien solche Rechte von der Ronkalischen Constitution verstanden sind, welche nur dem Könige oder Anderen nur durch Verleihung des Königs zustanden.

Die Constitution richtet sich nicht gegen die Privatpersonen, sondern gegen die Territorherrschaften, insbesondere die Lombardischen Städte. Dass nicht jeder Privatmann Gerichtsbehörden einsetzen, Zölle oder Münzstätten auf seinem Boden einrichten durfte, verstand sich von selbst. Regalien sind hiernach die Rechte, welche, weil sie dem König gebühren, ein Reichsstand nur ausüben darf, wenn sie ihm besonders vom Könige verliehen sind.

Nicht die nämliche, scheint mir, wohl aber eine ähnliche Bedeutung hatte das Wort „*regalia*“ im Investiturstreite²⁾.

Regalia, id est, civitates, ducatus, marchias, comitatus, monetas, telonium, mercatum, advocatias, omnia jura centurionum, id est villicorum, turres et villas, quae regni erant, cum omnibus pertinentiis suis, militiam et castra

heisst es in einer bekannten Urkunde aus dem Jahre 1110³⁾.

Nicht alle, sondern nur ein Theil der hier aufgeführten Gegenstände sind, scheint mir, auch im Sinne der Ronkalischen Constitution als Regalien anzusehen. So z. B. konnten auch

1) *Quum nullam invenire possent defensionem excusationis tam Episcopi quam primates et civitates uno ore, uno assensu, in manum principis regalia reddidere* bei Ragevinus.

2) Vgl. Waitz VIII, S. 433—467.

3) Dieselbe findet sich bei Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien, S. 16 und sonst häufig.

andere Personen als der König Städte besitzen, ohne dass sie vom Könige damit beliehen waren. Dies folgt schon daraus, dass es in den Urkunden besonders bemerkt zu werden pflegt, wenn eine Stadt ursprünglich zu König und Reich gehörte und vom König und Reich später weiter verliehen wurde. Eine solche Stadt hiess nämlich im Gegensatze zu anderen, auch nachdem sie schon längst in fremden Besitz übergegangen war, *urbs regia*¹⁾. Auch die Urkunde v. J. 1110 lässt unzweifelhaft erkennen, dass es noch andere Städte geben kann wie solche, welche vom Reiche herrührten, da sie nicht alle, sondern nur die Städte (*villas*) „*quae regni erant*“ erwähnt.

Im Investiturstreit waren Regalien derjenige Bestandtheil, der weltlichen Güter der Geistlichkeit, welcher vom Könige herrührte. Nicht alle Temporalien waren also Regalien, sondern nur diejenigen, welche der König der Geistlichkeit verliehen hatte²⁾. Was nicht von König und Reich in den Besitz der Geistlichkeit gelangt war, brauchte daher dieser nicht durch die Könige vor oder nach der Wahl verliehen zu werden. Nur desshalb, weil die meisten weltlichen Besitzungen der Kirche von König und Reich herrührten und besonders desshalb, weil bei der Investiturfrage andere Weltliche wie der König nicht in Betracht kamen, erklärt es sich, warum vielfach die Regalien mit den Temporalien gleichgestellt werden³⁾.

Jedenfalls umfasste auch im Investiturstreite der Begriff der Regalien sowohl Privat- wie Hoheitsrechte, sowohl lukrative wie nicht lukrative Rechte (*jura centurionum, militia*). Das Kennzeichnende ist auch hier das Rechtssubjekt, von welchem sie herrührten: der König. Der Unterschied zwischen dem Begriff der Regalien in der Ronkalischen Constitution und dem Begriff der Regalien in dem Investiturstreite ist folgender: Ersterer umfasst die Rechte, welche ihrem Gegenstande nach nur vom Könige und keinem Andern

1) Vgl. Waitz VIII, S. 240 ff., besonders 243.

2) Waitz VIII, S. 456. Die Ansicht Hüllmann's (S. 15/16), dass Regalien mit Temporalien gleichbedeutend seien, scheint hiernach verfehlt.

3) Urkunden, wo *regalia* nur als Theil der *secularia* bezeichnet werden, finden sich bei Waitz VIII, S. 457 a. a. O.

herrühren können, letzterer umfasst die Rechte, welche thatsächlich vom Könige herrühren, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihrem Gegenstande nach nur vom Könige oder auch von einem Dritten herrühren können.

Es mag gestattet sein, fortan der Bezeichnung Regalien denjenigen Begriff zu unterstellen, welchen die Ronkalische Constitution diesem Worte zu Grunde legt.

Begriff des Bergregals.

§. 8. Sind die Bergwerksmineralien als Regal im Sinne der Ronkalischen Constitution aufzufassen, so folgt nach dem soeben Ausgeführten hieraus noch nicht, dass der König in Deutschland allein solche Mineralien abbauen konnte, so wenig wie etwa aus dem Mühlenregal sich ergibt, dass Niemand anders wie der König Mühlen betreiben konnte. Vielmehr wird die Regalität der Bergwerksmineralien dann anzunehmen sein, wenn Niemand anders wie kraft Verleihung vom Könige, oder kraft Verleihung von einem durch den König innerhalb eines gewissen Gebiets mit den Bergwerksmineralien Beliehenen über Mineralien dieser Art verfügen konnte. Die Bergwerksmineralien sind als Regal anzusehen, wenn sie weder einen rechtlichen Zubehörtheil des Grundeigenthums bilden, noch als herrenlose Sachen der Occupation durch jeden Finder kraft dessen eigenen Rechts unterstehen, sondern der Verfügung des Königs unterworfen sind.

Die Ronkalische Constitution führt unter den Regalien auf die *argentariae* und die *salinarum redditus*. Ob erstere Silbergruben oder Münzstätten sein sollen, ist zweifelhaft. Ersteres nehmen Achenbach (deutsches Bergrecht S. 84), Kommer (Zeitschrift für Bergrecht, Bd. X. S. 384) und Grüter, letzteres nimmt Klostermann (Einleitung zum Kommentar des Allgemeinen preussischen Berggesetzes) an.

Die Bedeutung von Silberbergwerk und nicht von Münzstätte hat das Wort *argentaria* freilich in einer anderen Urkunde Kaiser Friedrich I., welche gleichfalls vom Jahre 1158 ist¹⁾. Allein es ist in der Ronkalischen Constitution

¹⁾ *argentaria in Ulmeze (Ems) et in toto monte adjacente Hontheim, Historia Trevirensis Dipl. t. I, p. 588. S. w. u.*

von *argentariae et palatia in civitatibus*, hier aber von *argentaria* in *Ulmeze et in toto monte* die Rede. Sollten wirklich die Silberbergwerke in der Ronkalischen Constitution gemeint sein, so könnte es auffallend scheinen, dass die Silberbergwerke als solche, dagegen nur die Einkünfte aus den Salinen als Regalien bezeichnet sind. Man hat hierin einen Gegensatz erblicken wollen, indess, wie mir scheint, zu Unrecht. Zunächst ist daran zu erinnern, dass von der Ronkalischen Constitution die Flüsse, von Ragevinus dagegen nur deren Einkünfte, nur die *utilitas ex decursu fluminum proveniens*, als Gegenstand des Regals bezeichnet werden, ohne dass dabei an eine beabsichtigte Unterscheidung oder Abweichung zu denken sein dürfte. Sodann ist zu beachten, dass im mittelalterlichen Sprachgebrauche das Eigenthum an einer Sache und das Recht, gewisse Abgaben von derselben zu beziehen, im Sinne der damaligen Rechtsanschauungen vielleicht nicht ohne Grund mehrfach als gleichbedeutend gebraucht werden, weil von vollem Eigenthum keine Abgaben entrichtet wurden.¹⁾

Bereits Waitz²⁾ macht darauf aufmerksam, dass die Kaiser häufig Städte und Ortschaften verschenkten, obwohl im Grunde nur die Einkünfte aus denselben Gegenstand der Schenkung sein konnten. Besonders häufig findet sich aber, dass bei den Bergwerken das Eigenthum an denselben und das Recht auf deren Einkünfte als gleichbedeutend gebraucht werden. Dies erklärt sich, wenn man beweisen könnte: dass der Regalherr Eigenthümer der Bergwerke und deshalb berechtigt war, gewisse Abgaben aus denselben zu ziehen, dass sein Eigenthum sich wesentlich in dem Rechte auf die Abgaben äusserte, und dass wesentlich dieser Abgaben halber auf das Bergregal Werth gelegt wurde.

In der bereits erwähnten Theilungsurkunde Ludwig des Frommen v. J. 817 sind neben den *tributa* und den *census* die *metalla* gesetzt, wo man die Einkünfte aus den Bergwerken erwarten sollte.³⁾

¹⁾ Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, S. 128 ff.

²⁾ Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte, 1. Ausg. S. 572 ff.

³⁾ Pertz leg. I. p. 199.

Im Jahre 908 verlieh oder bestätigte Kaiser Ludwig das Kind den Erzbischöfen zu Salzburg unter Anderem *omnes census in auro et in sale* zwischen den Flüssen Sala und Salzaha.¹⁾

Auf Grund dieser von anderen Kaisern wiederholten Verleihung hielten sich die Erzbischöfe zu Salzburg i. J. 1123 berechtigt²⁾, das Eigenthum und die Einkünfte einer zwischen den bezeichneten Flüssen entdeckten Saline, Tuval mit Namen, in Anspruch zu nehmen. Der *census* und die „*utilitas salis*“ und das Eigenthum an einer Saline werden von ihnen augenscheinlich als gleichbedeutende Begriffe deswegen angenommen, weil der Eigenthümer an einer Saline deren Nutzungen haben müsse und umgekehrt, wer die Nutzungen habe, auch deren Eigenthümer sein müsse.

Wenn Kaiser Otto I. am 11. April 965 dem Erzbisthum Magdeburg unter anderen Ortschaften auch die Stadt Giebichenstein *cum salsugine ejus* schenkt³⁾, so dürfte auch hier der wesentliche Inhalt der Schenkung in den Einkünften aus den Städten und den Abgaben der von Privaten besessenen und betriebenen Saline bestanden haben.

Das Gleiche gilt von der Schenkung der Saline zu Halle an der Saale⁴⁾, wie von der vieler anderen Salinen, z. B. derjenigen zu Reichenhall.⁵⁾

Worauf in letzter Reihe ein dem Könige in Kraft seines Regals zustehendes Verfügungsrecht über die Bergwerksmineralien beruht, ob auf der Annahme, dass dieselben ihm zur staatsrechtlichen Verfügung oder zu privatrechtlichem Eigenthume gehören, kann zweifelhaft erscheinen. Ich halte die letztere Ansicht für die richtigere und nehme auch an, dass wenigstens bis zur neuesten Zeit alle Rechte der Regalherren an den Bergwerksmineralien, das Recht auf die Abgaben, das Recht auf Freigabe des Bergrechts, auf Vorschreibung der Bedingungen, unter welchen der Bergbau betrieben werden

¹⁾ Wagner, über den Beweis der Regalität. Beilage II, p. III. von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark III, S. 104. von Koch-Sternfeld II, S. 129. Böhlau, Urkunde 14 und sonst. S. w. u.

²⁾ Die Urkunde v. J. 1123 findet sich bei Lori, Einleitung p. VIII, bei von Koch-Sternfeld II, S. 12 und sonst. S. w. u.

³⁾ Dreyhaupt, Geschichte des Saalkreises I, S. 14.

⁴⁾ Urkunde vom 5. Juni 973 von Kaiser Otto I. bei Dreyhaupt I, S. 20.

⁵⁾ vgl. v. Koch-Sternfeld II, S. 106 ff.

sollte u. s. w. aus ihrem Eigenthumsrechte an diesen Mineralien herrühren.

Soz.B. betrachtete sich Friedrich I., Barbarossa als den Eigenthümer der Bergwerksmineralien und sah somit das Eigenthum an den Bergwerken als den Inhalt des Bergregals an. Wenigstens werden ihm nachstehende Worte in den Mund gelegt: *Cui servit gloria mundi? Quidquid in occultis abscondit terra cavernis, Jure quidem nostrum est, populo concessimus usum.*¹⁾

Wenn sich der Kaiser hiernach als Eigenthümer der Bergwerksmineralien ansieht, so überlässt er gleichwohl deren Ausgewinnung dem Volke.

Die nämliche Auffassung von der Bedeutung des Bergregals haben, wie sich später bei Besprechung der einzelnen Bergrechte zeigen wird, alle Inhaber des Bergregals, also alle diejenigen Reichsstände gehabt, welchen der Kaiser das ihm zustehende Eigenthumsrecht an den Mineralien innerhalb eines gewissen Gebietes verliehen hat, oder welche sich auch ohne eine solche Verleihung das Bergregal angemasst haben.

Um ein Beispiel herauszuziehen, so erklärte König Wenzel II. von Böhmen und Mähren alle wo immer in seinem Reiche belegenen Bergwerke als sein Eigenthum, als Besitzungen seiner Kammer. Den Anspruch auf die von ihm erfordernten Bergwerksabgaben gründet er nicht auf seine Steuerhoheit, sondern darauf, dass es ihm als Eigenthümer der Bergwerke freistehe, die Bedingungen eigenmächtig festzusetzen, unter denen er den Bergbau Privatpersonen zu gestatten für gut befände.²⁾ Es möge, so fügt er hinzu, sich jeder Bergbaulustige vorher überlegen, ob er unter den ihm vom Könige gestellten Bedingungen des Königs Bergwerke bauen wolle.³⁾

Auch die Könige von Frankreich scheinen sich als Eigenthümer der Bergwerke angesehen und aus diesem Eigenthume ihr Recht auf die Abgaben hergeleitet zu haben.

1) Nach Günther's Gedicht bei Ligurinus lib. III, Verse 480, 481, 482. Nach Wenzel, österreichisches Bergrecht, S. 181, Jung, *de jure salinarum* a. a. O.

2) Schmidt, Sammlung des österreichischen Bergrechts, Bd. 1, S. 46: *Nonne licet nobis de possessionibus nostrae camerae prout voluerimus ordinare?*

3) das. *si nostra voluerit sic colere montana.*

Es quelles mines, sagt König Karl VI. in seinem Patente vom 30. Mai 1413¹⁾, et autres quelconques²⁾ étant en notre royaume nous ayons et nous devons avoir et à nous et pas à autre appartient de plein droit . . . la dixième partie purifiée de tous métaux qui en icelles mines est ouvrée et mise en claire.

Seine volle Würdigung findet dies Patent, wenn man sich vorhält, dass es nicht gegen die Grundbesitzer oder die Bergbautreibenden, sondern gegen die Territorialherren gerichtet war, welche sich das Eigenthum an den in ihren Gebieten gelegenen Bergwerken und an den Bergwerkszehnten angemast hatten.³⁾

Nicht minder betrachteten sich die Könige Englands, so lange und soweit sie überhaupt im Stande waren, das Bergregal gegen die wachsende Macht der Grossen und der Parlamente zu vertheidigen, als Eigenthümer der Bergwerke. So nennt König Johann im Patente vom Jahre 1201 alle wo immer gelegenen Zinnbergwerke in den Grafschaften Cornwall und Devon, auch diejenigen, welche auf den Gebieten der kirchlichen Würdenträger lagen, sein Eigenthum.⁴⁾ Ebenso bezeichnet König Heinrich III. in einem Befehle vom 23. November 1262 alle Gold- und Kupfergruben, die auf eigenen wie die auf Anderer Besitzungen gelegenen, als ihm gehörig.⁵⁾

Erschien das Recht auf die Bergwerksabgaben für die Inhaber des Bergregals als dessen wesentlichster Inhalt, so

1) Bei *E. Lamé Fleury. De la législation minérale sous l'ancienne monarchie.* Paris 1857 p. 1 suiv.

2) Es war zunächst von Bergwerken in gewissen Theilen des Landes die Rede.

3) daselbst: *Et il soit ainsi, que plusieurs seigneurs, tant d'église comme séculiers qui ont jurisdictions hautes, moyennes et basses es territoires esquels les dites mines sont assises, veulent et s'efforcent d'avoir en icelles mines la dixième partie purifiée et autre droit comme nous, à qui seul et non à autre elle appartient de plein droit, comme dit est.*

4) „*stammariae sunt nostra dominica*“ in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 173.

5) *Quia . . in terris nostris et aliorum . . . jam inveniuntur aurifodinae et cuprifodinae, ac ad dignitatem regalium nostrorum et non ad alium hujusmodi fodine in regno nostro debeant pertinere.* Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 176.

dürfte doch irrig sein, das Bergregal, wie dies z. B. von Eichhorn geschieht, in das Recht auf die Bergwerksabgaben gänzlich aufgehen zu lassen. War nämlich der Regalherr nicht bloß abgabeberechtigt, sondern zugleich Eigenthümer der Bergwerke, so durfte innerhalb seines Gebiets ohne seine Genehmigung Niemand Bergbau betreiben. Das Eigenthum des Regalherrn musste das Eigenthum des Oberflächenbesitzers ausschliessen, und nur der Regalherr, nicht aber der Oberflächeneigenthümer, konnte deshalb über die Mineralien verfügen. Nur der Regalherr durfte alsdann auch durch seine Beamten Bergwerksfelder verleihen, und er konnte sie beliebig verleihen, an wen er wollte, auch an den Nichtbesitzer der Oberfläche. War der Regalherr Eigenthümer der Bergwerksmineralien, so durfte er auch vorschreiben, unter welchen Bedingungen und Beschränkungen der Bergbauunternehmer die Gruben zu bauen hatte.

Begriff der Bergbaufreiheit.

§. 9. Lässt sich beweisen, dass das Bergregal schon von Alters her in Deutschland gegolten hat, so dürften nur solche Rechte auf die Bergwerksmineralien möglich gewesen sein, welche von dem Regalherrn ihren Ursprung nahmen. Die Bergbaufreiheit als die Jedermann zustehende Befugniss überall nach gewissen Mineralien zu suchen¹⁾, kann alsdann an den Bergwerksmineralien nur gegolten haben, wenn und soweit sie vom Regalherrn ausgegangen und erklärt worden ist. Da das Wesen und die Bedeutung der Bergbaufreiheit nur darin gesucht und gefunden worden ist, dass der Oberflächenbesitzer sich den Bergbau jedes Dritten auf und unter seinem Grund und Boden gefallen lassen muss, so darf als der ursprüngliche Träger der Bergbaufreiheit bei den regalen Mineralien nur der Regalherr erblickt werden, wenn nämlich anzunehmen ist, dass ihm und nur ihm das ausschliessliche Verfügungsrecht an jenen Mineralien gebührte. Die Vorstellung, dass jeder Bergbaulustige befugt war, kraft eigenen Rech-

1) Dies ist die hergebrachte Begriffsbestimmung der Bergbaufreiheit. Veith, Bergwörterbuch S. 66 u. A.

tes Bergwerksmineralien aufzusuchen und zu behalten, ist, scheint mir, unvereinbar mit dem Vorhandensein eines Bergregals.

Es wird später der Versuch gemacht werden, nachzuweisen, dass, wo immer in den deutschen und ausserdeutschen Bergrechten die Bergbaufreiheit vorkommt, sie stets nur bestanden hat, wenn und soweit sie der Bergregalherr gewollt und zugelassen hat, dass das Recht, auf fremden Besitzungen Mineralien aufzusuchen, überall nur dem Bergregalherrn gebührt hat, dass nur dieser ursprünglich der Träger und das Subjekt der Bergbaufreiheit gewesen ist, und dass, wo immer er anderen Personen das Recht zum Bergbaubetriebe auf fremdem und selbst auf deren eigenem Boden gegeben hat, er dies nur kraft eigenen Rechtes und zumeist nur aus eigenem Interesse gethan hat. Es mag gestattet sein, schon an dieser Stelle Einzelnes vorwegzunehmen.

Es ist unstreitig, dass in der Freiburger, der Iglauer, der Schemnitzer, der Kuttenberger Bergordnung die Bergbaufreiheit in dem Sinne gegolten hat, dass auch unter fremden Besitzungen Bergbau betrieben werden durfte¹⁾, und doch durfte Niemand Bergwerksmineralien gewinnen, welchem nicht ein bestimmtes Grubenfeld durch die Beamten des Bergregalherrn zugetheilt war. Die Zutheilung solcher Grubenfelder erfolgte „*von uns herrn wegen*“ oder „*umme der Fürstin recht*“, wie die Freiburger Bergordnung sagt.²⁾ Die Rechte, welche die Iglauer Bergordnung den Bergleuten zuspricht, giebt ihnen der Regalherr, wie er sich selbst ausdrückt, „*ex plenitudine gracie nostre et favoris, regia auctoritate et libera voluntate*“³⁾.

Die Verleihung von Bergwerksfeldern geschieht auch an erster Stelle nicht zum Nutzen des Bergbaubetreibers, sondern, wie die Freiburger Bergordnung sagt, um der Herrschaft Nutz und Frommen halber.⁴⁾ Die Berggewohnheiten kommen ferner darin überein, dass dem Bergbaubetreiber und zwar „um der Herrschaft Nutz und Frommen halber“⁵⁾ vorgeschrieben wird,

1) Freiburger Bergrechte. Abschnitt I, Kap. 36.

2) Abschn. I, Kap. I, Kap. 17 a. a. O.

3) Sternberg, Urkundenbuch, S. 11.

4) Abschnitt I, Kap. I.

5) Freiburger Bergrecht I, 1.

in welcher Weise z. B. mit wieviel Schächten und Ortsbetrieben er eine Grube fortdauernd bauhaft erhalten muss ¹⁾, widrigenfalls er des verliehenen Bergbaurechts verlustig erklärt wird. Der Bergwerksbetreiber muss an den Regalherrn Bergwerksabgaben zahlen, welche vielfach kennzeichnend Frontheile benannt werden.

Der gleichen Auffassung der Bergbaufreiheit werden wir in England und Frankreich begegnen.

Ihr Bischöfe, Barone u. s. w. sollt wissen, so etwa drückt sich König Johann von England in dem mehrfach erwähnten Patente vom 29. October 1201 aus, dass ich, der König, meinen Zinnbergleuten, welche mir Abgaben zu zahlen haben, in den Grafschaften Cornwall und Devon erlaubt habe, überall Zinn zu graben, und ich durfte dies erlauben, weil die Zinnbergwerke mein Eigenthum sind.

Ebenso leitet König Karl VI. von Frankreich in dem Patente vom 30. Mai 1413 die Bergbaufreiheit aus seinem, des Königs, Willen und aus seinem, des Königs, Rechte ab. ²⁾

Die vorstehende Auffassung von der Natur und dem Wesen der Bergbaufreiheit liegt auch noch den späteren Bergordnungen zu Grunde.

„Und dieweil aus Krafft der Regalien“, sagt die Oberpfälzische Bergordnung vom Jahre 1548 ³⁾ „Bergwerke sollen und mögen gesucht werden und Bergwerk der Regalien eines ist, so wollen wir (der Regalherr), dass keiner auf seinen Gütern . . . einigen Bergmann . . . Bergwerk zu suchen verhindern soll.“

Fast wörtlich mit dieser Oberpfälzischen Bergordnung übereinstimmend, schreibt die Churtrier'sche Bergordnung vom 22. Juli 1564 ⁴⁾ vor:

1) z. B. Freiburger Bergrecht, Abschn. II, Kap. 12 bei Klotzsch, S. 262.

2) *Item voulons et ordonnons, que tous mineurs et autres puissent quérir, ouvrir et chercher mines par tous lieux où ils penseront trouver, icelles traire et faire ouvrer ou vendre à ceux qui les feront ouvrer et fondre, parmi payant à nous notre dixième franchement . . .* Vorher hatte der König, wie schon oben bemerkt wurde, erklärt, dass er, der König und kein Anderer, Herr der Bergwerke sei.

3) Lori, Sammlung des baierischen Bergrechts, S. 246.

4) Brassert, Bergordnungen der Preussischen Lande. Köln 1858, S. 98/99.

Und dieweil in krafft der Regalien Bergkwerck sollen und mögen gesucht werden . . . Wollen wir (nämlich der Erzbischof) das keiner oder niemand auf seinen gütern oder gründen, wie die namen haben mögen, einichem Bergkman, Bergkwerck zu suchen, wehren, verhindern und indracht thun sollen . . .

Von jeher wird das Bergfreie¹⁾, daher auch das landesherrliche Freie genannt, wobei zu beachten ist, dass später die Landesherren zugleich Inhaber des Bergregals wurden.

So sagt die Nassau-Cazzenelnbogische Bergordnung vom 1. Mai 1559²⁾:

„Wer oder welcher ein Lehen aufnehmen will, der soll zu Unserem Bergmeister kommen, und Unser Freyes begehren, und sagen: Herr Bergmeister, ich begehre meines Gnädigen Herrn als des Landherrn dieses Bergwerckes Freyheit

Einen schlagenden Beweis dafür, dass die Bergbaufreiheit kein von dem Bergregale unabhängiges Rechtsinstitut ist, dürfte auch darin zu erblicken sein,

dass die Bergbaufreiheit überhaupt nur bei den dem Bergregale unterworfenen Mineralien gegolten hat, dass aber nicht überall, wo das Bergregal galt, auch die Bergbaufreiheit galt, und dass nicht alle dem Bergregale unterworfenen Mineralien auch der Bergbaufreiheit unterstanden haben.³⁾

So galt in einem grossen Theile des vormaligen Königreichs Hannover bis zur Einführung des preussischen Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 nur das Bergregal und nicht die Bergbaufreiheit.⁴⁾

So kam es ferner vor, dass sich der Regalherr gewisse Mineralien, z. B. das Salz⁵⁾ ausschliesslich vorbehielt.

Die geschichtliche Abhängigkeit der Bergbaufreiheit von dem Willen des Regalherrn scheint mir auch daraus hervor-

1) Bergfrei heissen die der Bergbaufreiheit unterworfenen Mineralien, welche noch nicht verliehen sind. (Veith, Bergwörterbuch, S. 75.)

2) Brassert, S. 24.

3) vgl. Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 99 u. weiter unten §. 28.

4) Zeitschrift für Bergrecht, Bd. VIII, S. 162 ff.

5) z. B. die Kleve-Märkische Berg-Ordnung vom 29. April 1766. Brassert, Bergordnungen, S. 822.

zugehen, dass dieser durch einfache Willenserklärung bei sonst allgemein bestehender Bergbaufreiheit ganze Felder für sich reserviren und dadurch innerhalb dieser Felder die Bergbaufreiheit ausschliessen konnte.¹⁾

Ist es richtig, dass der Regalherr Eigenthümer der dem Regale unterworfenen Mineralien war, so kann auch ein von Dessen Willen unabhängiges Recht des ersten Finders an solchen Mineralien nicht bestanden haben. Ein solches Recht würde allerdings, wie Otto²⁾ richtig bemerkt, das Bergregal vernichtet oder doch sehr beeinträchtigt haben. Wohl aber wäre es mit jener Auffassung des Bergregals vereinbar anzunehmen, dass der Bergregalherr, um das ihm nützliche Auffinden von Bergwerken zu befördern, dem ersten Finder gewisse Belohnungen in Aussicht gestellt hat.

Nach allem Vorstehenden darf es erlaubt sein, vorbehaltlich weiterer Begründung, den Begriff der Bergbaufreiheit wie folgt, zu bestimmen:

Die Bergbaufreiheit im deutschen Rechte ist zunächst das aus dem Bergregale folgende Recht des Bergregalherrn, Bergbau auf die dem Regale unterworfenen Mineralien auch auf fremdem Grund und Boden zu treiben oder den Bergbau auf dieselben Dritten, beziehungsweise jedem Beliebigen zu gestatten.

Sodann ist die Bergbaufreiheit das von dem Bergregalherrn in Folge seines Regals für Jedermann erklärte Recht, auch auf fremdem Grund und Boden unter Beobachtung der von dem Regalherrn vorgeschriebenen Bedingungen Bergbau auf die dem Regale unterworfenen Mineralien zu treiben.

Zu bemerken ist noch, dass der Begriff Bergbaufreiheit nur im ersteren Sinne den älteren Bergordnungen³⁾ bekannt

1) Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 110.

2) Studien auf dem Gebiete des Bergrechts. Freiberg 1856, S. 19.

3) So heisst es im Löwenberger Goldrechte (Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 79): *Alle dorf vride unde viewege unde landstrazzen, die sint vri des vurstin (Fürsten), zu sine goltwercke.*

ist und dass sich der Begriff der regalen Mineralien mit dem der Bergwerksmineralien und mit dem der Bergbaufreiheit unterworfenen Mineralien vollständig deckt.

Ueber das Alter des Bergregals.

§. 10. Es ist bereits oben in der Einleitung bemerkt worden, dass die neueren deutschen Rechtslehrer das Alter des Bergregals in Deutschland nicht vor dem elften oder zwölften Jahrhundert annehmen. Als die am meisten verbreitete Ansicht dürfte diejenige erscheinen, welche die allgemeine Geltung des Bergregals erst in die Stauferzeit setzt. Die Anhänger dieser Ansicht erklären den Erlass, der das Bergregal vermeintlich zuerst vorschreibenden Ronkalischen Constitution „aus der Anmassung des Kaisers (Friedrich I.), aus dem Bestreben, das Bestätigungsrecht durch einen gesetzlichen Titel zu begründen, es dadurch gegen jeden Einwand sicher zu stellen, seine bis dahin nicht unbestrittene Anwendbarkeit auszubreiten und endlich alle daraus fliessenden Einnahmen zu legalisiren“¹⁾.

Der Annahme einer solchen Anmassung des Kaisers Friedrich I. glaube ich indess schon jetzt widersprechen zu dürfen. Bereits von Savigny²⁾ hat den Kaiser und „seine Bologneser Juristen“, wie sich Einzelne fast wegwerfend ausdrücken, insbesondere Bulgarus und Martinus gegen die willkürlichen Angriffe in Schutz genommen, mit denen man dieselben überhäuft hat. Richtig mag es sein, dass die Ronkalische Constitution zunächst nur für Italien³⁾, oder gar nur für die Lombardei⁴⁾ erlassen wurde. Daraus folgt indess nicht, dass ihr Inhalt in Deutschland ein angemasseter oder rechtswidriger war. Vielmehr ist nach den geschichtlichen

1) Kommer in der Zeitschrift für Bergrecht, Seite 383, welcher die meisten Regesten über die Bergwerksgeschichte gesammelt hat, ähnlich Grueter, p. 25 seq. Zachariä in der Zeitschrift für deutsches Recht XIII, Seite 346 ff. a. a. O. u. A.

2) Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, Kap. 28.

3) Zachariä, Zeitschrift für deutsches Recht XIII, Seite 346 ff.

4) Böhlau, p. 18.

Zeugnissen¹⁾ als wahrscheinlicher anzunehmen, dass der Kaiser nur solche Rechte, welche ihm in Deutschland von keiner Seite bestritten wurden, welche aber die mächtigen und widerspenstigen Lombarden rechtswidriger Weise in Besitz genommen hatten, sich in der Ronkalischen Constitution zusprechen liess. Andernfalls dürfte es nicht zu erklären sein, wie nach der Darstellung von Radevinus alle Lombardischen Bischöfe und Städte, welche sich einige der in der Ronkalischen Constitution als Regalien bezeichneten Rechte eigenmächtig beigelegt hatten, solche ohne Widerspruch dem Kaiser zurückgaben, „da sie keinen Entschuldigungsgrund anzugeben vermochten²⁾. Friedrich I. war auch nichts weniger als ein Herrscher, welcher sich durch dienstwillige Juristen Rechte zusprechen liess, welche nur auf seiner eigenen Anmassung beruhten. „*Pius et justus ab omnibus appellatus et secundus post Carolum justitia et pietate est habitus*“ — so berichten seine Zeitgenossen³⁾ über ihn.

Nur desshalb, so scheint mir, weil die Ronkalische Constitution nichts Neues für Deutschland enthielt, wurde sie ohne Anstand in das auch für Deutschland geltende *liber feudorum* aufgenommen.

Die Ansicht, dass das Bergregal von Friedrich I. angemasst wurde, leidet auch, wie sich aus Nachstehendem zeigen dürfte, an einer grossen inneren Unwahrscheinlichkeit.

Zum ersten Male nämlich soll Friedrich⁴⁾, so wird wenigstens behauptet, das Ronkalische Gesetz dem Bischof Conrad von Trient gegenüber „an der Grenze zwischen Italien und Deutschland“ zur Anwendung gebracht haben. Nun beschritt Friedrich aber diesem Bischofe gegenüber nicht den Weg der Gewalt, sondern den Weg Rechts. Er verklagte den Bischof, weil derselbe ohne Königliche Verleihung Silbergruben in seinem Bisthum betreiben liess, vor

1) Raumer, Geschichte der Hohenstaufen, Band II, Seite 105, 106. *Radevicus de gestis Friderici I. lib. II., cap. 5.*

2) *Radevicus de gestis Friderici I., lib. II., cap. 5.* „*cum nullam possent invenire defensionem excusationis tam Episcopi quam primates et civitates uno ore, uno assensu, in manum principis regalia reddidere.*“

3) Raumer II, Seite 107.

(4 Zeitschrift für Bergrecht X, Seite 386.

den deutschen Fürsten und diese deutschen Fürsten erkannten diese Klage als eine rechtlich wohlbegründete an¹⁾. Dies wäre meines Erachtens fast undenkbar, wenn das Vorgehen des Kaisers der erste Versuch war, ein auf blosser Anmassung beruhendes Recht durchzuführen. Aber noch mehr, selbst der Bischof erkannte das Recht des Kaisers auf die Bergwerke an und der Kaiser überliess ihm dieselben nur auf dessen Bitten „*Dei intuitu et respectu honestatis dilecti nostri Cunradi Tridentini Episcopi ad preces et laudabilem ejus devotionem*“²⁾ und zwar einmal unbeschadet seines Rechts „*perseverante actione*“ und sodann mit dem Hinzufügen, dass ihm, dem Kaiser, alle wo immer im Reiche gelegenen Silbergruben von Alters her gehören³⁾.

Betrachtet man die Ueberlassungsurkunde des Kaisers näher, so ersieht man, dass derselbe dem Bischofe nicht bloss auf dessen eigenen Besitzungen, sondern überall innerhalb des Herzogthums und Bisthums „*in Ducato Tridentino Episcopature*“, nur nicht auf den Herrschaften der Grafen von Tyrol und Epan, Bergbau zu treiben gestattet.

Daraus folgt aber, dass das Recht Bergbau zu treiben, damals kein Zubehör zum Grundbesitze war, wie allgemein behauptet wird. Die Grundbesitzer, welche nach der heute allgemein herrschenden Rechtsanschauung das ausschliessliche Recht zum Bergbaubetriebe so lange gehabt haben sollen, bis ihnen dasselbe durch die Anmassung der Kaiser entrissen wurde, kamen damals gar nicht in Betracht. Der ganze Streit über das Bergregal spielt sich zwischen dem Kaiser und dem Territorialherrscher ab. Nicht ob dem Grundbesitzer, sondern ob dem Kaiser oder dem Territorialherrscher das Verfügungsrecht über die Mineralien gebührte, war die Frage. Handelt es sich aber darum, ob die Kaiser den Territorialherrscher oder diese den Kaisern gegenüber sich im Laufe der Zeit Rechte ange-

1) Joseph von Sperges, Tyrolische Bergwerksgeschichte 1765, Seite 44, Seite 198 ff. a. a. O.

2) S. die Urkunde bei Sperges Seite 265 ff., welche bei Böhmer *reg. Friderici I.* Nr. 2713 erwähnt ist.

3) „*Tam ibi quam in aliis imperii nostri finibus repertas (argentifodinas) antique consuetudinis celebritas adjudicavit.*“

masst haben, so kann, scheint mir, nicht zweifelhaft sein, dass die Anmassung nicht von den Kaisern ausging, da die Territorialherrscher alle ihre Rechte ursprünglich nur vom Kaiser herleiteten. Nach der Ansicht Kommer's soll erst Friedrich II. mit seiner ihm von Kommer zugeschriebenen gewaltsamen Hohenstauffennatur das Bergregal in Deutschland zur allgemeinen Anerkennung gebracht haben. Wie wenig aber diese Ansicht mit der allgemeinen Stellung in Einklang zu bringen ist, welche dieser Kaiser den Territorialherrschern gegenüber inne hatte, kann daraus entnommen werden, dass er sein Zollregal zum grössten Theile aufgeben musste. Er ertheilte nämlich im Jahre 1220 ein Privilegium dahin gehend, dass er neue Zölle in den Gebieten und Grenzbezirken der Fürsten ohne deren Rath und Willen nicht mehr einrichten wolle¹⁾.

Ein etwas höheres Alter legt Hüllmann²⁾ dem Bergregale bei. Dasselbe ist ihm eine Folge „der unseligen Verbindung der beiden Würden eines deutschen Königs und Römischen Kaisers.“ Sein Ursprung scheint ihm „in der Missdeutung der Römischen Kaiserwürde, der Uebertragung derselben auf Deutschland, und der Nachahmung der habsbüchigen, ihren Fiskus vermehrenden Römischen Kaiser zu liegen.“ „Verleitet durch falsche Vorstellungen von der Kaiserwürde, begierig, auf Kosten des Privat-Eigenthums die verringerten Einkünfte des Hofes zu vermehren, gereizt durch Insinuationen der Staatsbeamten, die als Administratoren den Raub theilten, nahmen die Könige seit Heinrich IV. die neu entdeckten Salinen und Bergwerke für ihren Fiskus in Anspruch, wie sich die ehemaligen Römischen Kaiser deren viele in den eroberten Ländern angemasst hatten, und nannten sie ihr Regal.“

Waitz³⁾ führt „die ersten Spuren“ des Bergregals bis auf die Zeit Heinrich II. zurück, ist indess der Ansicht, dass dies Regal noch lange darauf nicht zur allgemeinen Anerkennung gelangt sei.

Mir scheint indess die Entstehung des Bergregals weit

1) Falke, Geschichte des deutschen Zollvereins, Seite 33.

2) Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland, Seite 71.

3) Deutsche Verfassungsgeschichte VIII, Seite 269 ff.

vor dem eilften Jahrhundert zu liegen. Das eilfte und zwölfte Jahrhundert war der Zeitraum, wo die Macht der Territorialherrscher immer grösser, diejenige der Könige immer geringer wurde¹⁾. Die Herzogthümer und Grafschaften wurden grossentheils erblich, die Kaiserwürde war dies nicht. Münzen, Zölle, Märkte, Wildbann und wie alle die einst nur dem Könige zustehenden Rechte heissen, kamen um diese Zeit in den Besitz der geistlichen und weltlichen Reichsstände innerhalb ihrer Territorien²⁾. Ursprünglich hatten sie diese Rechte nur, wenn und soweit ihnen der König dieselben gestattete. Später aber wagten es einzelne Reichsstände sich Regalien selbstständig beizulegen. So kam es z. B. häufig genug vor, dass Territorialherrscher eigenmächtig und ohne Kaiserliche Erlaubniss neue Zollstätten in ihren Territorien errichteten. Auch hier war es Friedrich I., welcher den Uebergriffen der Territorialherrscher in Deutschland Einhalt gebot. So befahl er mit dem Rath der Fürsten auf dem Hoftage zu Worms im April 1157, dass alle, welche auf dem Main Zölle erhoben, ihr Recht dazu durch Königliche Verleihungen vor ihm bei Strafe des Verlustes solcher Zölle innerhalb einer bestimmten Frist nachweisen sollten³⁾.

Wenn man den gesammten Charakter der deutschen Geschichte ins Auge fasst, wenn man ferner berücksichtigt, dass es bei dem Streite um das Bergregal sich nie um die Grundbesitzer in Deutschland gehandelt hat, wenn man endlich erwägt, dass die Territorialherrscher ursprünglich nur Beamte oder Lehnträger der Könige waren, so wird man nicht für unwahrscheinlich halten, dass Chlodwig und Karl der Grosse das Bergregal mindestens schon in demselben Umfange besessen haben, wie es später Heinrich II. und Heinrich IV. oder gar erst die Hohenstaufen ausübten. Wo sich aus der Zeit dieser letztgenannten Kaiser Urkunden finden, welche ihr Bergregal erkennen lassen, sind es solche, in welchen sie das Recht über die Bergwerksmineralien den Territorialherrscher, und

1) Waitz VIII, Seite 417 ff., Seite 472 ff.

2) Eichhorn I, Seite 404 a. a. O. Waitz VIII, Seite 247—346 a. a. O. Falke, Seite 1 ff., Seite 31 ff.

3) Falke, Seite 31. Friedrich I. verfuhr also 1157 in Deutschland ebenso wie im folgenden Jahre in der Lombardei.

zwar mit ganz vereinzelt Ausnahmen unentgeltlich innerhalb ihrer Gebiete übertragen, so dass auch nicht abzusehen ist, inwiefern jenes vermeintlich erst in dieser Zeit entstandene Bergregal die Habsucht der Könige und ihrer Beamten befriedigen konnte.

Selbstverständlich ist, dass den Territorialherrscher der Regel nach nur innerhalb ihres Gebietes das Bergregal wie die übrigen Regalien verliehen wurden. Es lag auch, scheint mir, kaum ein Grund vor, z. B. den Bischöfen von Trient die im Erzbisthum Salzburg gelegenen Märkte, Fischereien, Mühlen, Zollstätten und Bergwerke oder den Markgrafen von Meissen die Münzstätten, Jagden und Bergwerke im Königreiche Böhmen zu verleihen. Deshalb dürfte es auch nichts weniger als auffällig sein, wenn sich finden sollte, dass die weitaus beträchtlichste Zahl aller Verleihungen mit Bergwerken sich zwar nicht, wie Achenbach meint¹⁾, auf den eigenen Grund und Boden, wohl aber auf das eigene Herrschaftsgebiet der Beliehenen bezieht.

Eine in neuester Zeit von Richard Schröder ausgesprochene, indess nur kurz begründete Ansicht, welche das Bergregal wie das Strand-, Fluss- und Schatz-Regal in Zusammenhang mit den Rechten des Frankenkönigs an der Allmende bringt, kann erst später erörtert werden, da dieser Erörterung die Untersuchung über Begriff und Umfang des Schatzregals vorausgehen muss.

Ueber den Beweis der Regalität der Bergwerke.

§. 11. Es ist bereits nachgewiesen worden, dass das Vorhandensein des Bergregals keineswegs ausschliesst, dass auch Privatpersonen Bergbau betreiben. Der Inhalt dieses Regals besteht vielmehr nur darin, dass alles Recht an die Bergwerksmineralien vom Könige ausgeht.

Um also den Beweis der Regalität der Bergwerksmineralien zu führen, wird es nothwendig, und zugleich ausreichend sein, zweierlei darzulegen: einmal, dass diese Mineralien nicht dem Oberflächeneigenthümer gehörten, und dass Niemand, auch

1) Deutsches Bergrecht, Seite 87.

nicht der Oberflächeneigenthümer, solche Mineralien abbauen durfte, ohne dass ihm dieselben verliehen waren; sodann noch, dass Derjenige, welcher allein solche Verleihungen ertheilen konnte, der König oder der vom Könige mit dem Bergregale innerhalb eines gewissen Gebiets beliehene Territorialherr war.

Was die Art der Beweisführung anbetrifft, so empfiehlt es sich, die chronologische Reihenfolge der Begebenheiten zuvörderst ausser Acht zu lassen. Es finden sich zwar zahlreiche Urkunden, besonders seit dem achten Jahrhundert, in denen der Bergwerke und zumal der Salinen gedacht ist. Indess sind die Bemerkungen über die Bergwerke so wenig ausführlich, dass sie deren rechtliche Verfassung nur schwer erkennen lassen.

Die Ausführungen der Bergrechtslehrer, welche sich auf jene Urkunden beziehen, geben der Auffassung Raum, als ob ihrer Ansicht nach neben dem Könige nur der Grundbesitzer als Eigenthümer der Bergwerke in Betracht gekommen sei. Wenigstens scheinen sie aus dem Umstande, dass andere Personen wie die Könige, etwa Bischöfe, Klöster und Herzöge Bergwerke¹⁾ besessen haben, beweisen zu wollen, dass die Bergwerke lediglich Zubehör zum Grund und Boden gewesen seien²⁾. Die späteren und ausführlicheren Bergwerksverordnungen dürften indess erkennen lassen, dass es sich beim Rechte zum Bergbau von jeher in Deutschland noch um eine Reihe anderer Personen, wie um König und Grundbesitzer ge-

1) „Bergbau“ und „Bergwerk“ bedeuten nur den Abbau von Bergwerksmineralien, d. h. solcher Mineralien, welche nicht der Verfügung des Oberflächeneigenthums unterstanden haben und Bergrecht ist das Recht, welches den Bergbau im bezeichneten Sinne zum Gegenstande hat. S. auch Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 1 ff.

2) Jung, *de jure salinarum*, p. 117—122. Kommer, Zeitschrift für Bergrecht X, Seite 377—380. Achenbach, deutsches Bergrecht, Seite 68 ff. a. a. O. Karsten, über den Ursprung des Berg-Regals, Seite 21 Anmerk. Böhlau, *de regalium notione*, p. 8, welcher am Schlusse dieser Abhandlung Urkunden beibringt, in denen die Zugehörigkeit der Bergwerke zum Grund und Boden allem Anscheine nach aus dem Umstande gefolgert wird, dass z. B. die Agilolfinger Herzöge oder die Erzbischöfe von Salzburg Bergwerke besessen haben. Bedauerlich ist, dass Böhlau eine nähere Erläuterung der von ihm mitgetheilten Urkunden fast vollständig unterlassen hat, wahrscheinlich, weil er dies dem Inhalte derselben gegenüber für überflüssig hielt.

handelt hat. Schon wegen dieses Umstandes erscheint es zweckmässig, zunächst die allerdings nicht vor dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert abgefassten Bergwerksordnungen in Betracht zu ziehen.

Die heutige Rechtswissenschaft ist, wie Klostermann¹⁾ bezeugt, darüber einverstanden, dass der Bergregal sich nicht in den bergrechtlichen Gewohnheiten von Iglau, Schemnitz und Freiberg auffinden lasse. Ist diese Ansicht aber richtig, so wäre es nutzlos, den Ursprung des Bergregals noch weiter rückwärts zu suchen.

Aus diesen Gründen sollen unter Beiseitesetzen der älteren Urkunden nunmehr die Bergwerksordnungen mit Einschluss des Sachsen- und Schwabenspiegels einer eingehenden Betrachtung unterworfen werden.

Das Ungarische (Schemnitzer) Bergrecht.

§. 12. Bereits oben war der Streitfrage gedacht, ob der Bergbau von Ungarn über Böhmen nach Sachsen oder umgekehrt von Sachsen über Böhmen nach Ungarn gekommen sei. Derselbe Streit wiederholt sich darüber, ob die Bergrechte von Ungarn nach Deutschland gedrungen oder ob sie den umgekehrten Weg gegangen seien. So viel steht fest, dass die Bergordnungen oder Bergrechte für die ungarische Bergstadt Schemnitz, für die böhmisch-mährische Grenz- und Bergstadt Iglau, wie endlich diejenigen für Freiberg im sächsischen Erzgebirge nicht bloss in dem wesentlichen Inhalt, sondern theilweise sogar wörtlich mit einander übereinstimmen.²⁾

Eine Entscheidung der erwähnten Streitfragen wird schwierig sein, da wir bei der Schemnitzer und Freiburger Bergordnung nur Uebersetzungen der ursprünglich in lateinischer Sprache abgefassten Gesetze haben.

Was nun die Schemnitzer Bergordnung als das seiner Abfassung³⁾ nach wahrscheinlich älteste Bergrecht an-

1) Klostermann, das Allgemeine Berggesetz etc. nebst Einleitung und Kommentar. Berlin 1866, Seite 37.

2) Wenzel, Oesterreichisches Bergrecht, S. 73. Graf Sternberg, Böhmisches Bergwerksgeschichte, Band II, Seite 38.

3) Wenzel, Seite 73.

langt, so haben wir dieselbe nur noch in einer zu Schemnitz befindlichen, aus dem vierzehnten Jahrhundert herrührenden deutschen Uebersetzung. Ein Abdruck dieser Uebersetzung findet sich in Wagner's *Corpus Juris Metallici* Seite 163 ff.; doch soll derselbe nach Wenzel, der das Original auf dem Rathhause zu Schemnitz eingesehen hat, nicht frei von Fehlern sein.

Die Uebersetzung hat folgende Ueberschrift¹⁾:

„Gemaine Statt und Perkrecht der Erbern und löblichen Stat Schebnitz, von ettlichen Durchlauchtigsten Herren und Kunigen von Hungarn etc. den got gnadig sey, begabtt und begnadet, und nachmalen von dem Allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herren Bela auch König zu Hungaren etc. löblicher gedechtnis aus besunderen gnaden der eegedachten Statt Schebnitz und allen Inwonern dasselbenes zu merung und ewigen aufnehmen genadiglich bestatt und confirmirt.“

Es herrscht nun darüber kein Zweifel, dass der König Bela, von welchem hier die Rede ist, der von 1235 bis 1270²⁾, regierende Bela IV. war. Da nun Bela IV. diese Bergrechte nicht gegeben, sondern nur bestätigt hat und dieselben schon vor ihm von mehreren anderen ungarischen Königen bestätigt worden sind, so wird man das Alter der Schemnitzer Bergordnung, wenn auch nicht dasjenige ihrer Abfassung³⁾, spätestens in das zwölfte Jahrhundert zu setzen haben.

Der wesentliche Inhalt des Schemnitzer Bergrechts ist der folgende⁴⁾:

1) Nach Wenzel, Seite 73.

2) Nicht bis 1275, wie Wenzel und Klostermann anführen, siehe nämlich: Geschichte von Oestreich von Johann, Grafen Mailath, Hamburg 1834 (in der Heeren und Ukert'schen Sammlung, Theil I, S. 26).

3) Vergleiche hierüber noch Graf Sternberg II, Seite 38 u. Achenbach, deutsches Bergrecht, Seite 18, 19.

4) Nachstehendes ist meist wörtlich aus Karsten's Ursprung des Bergregals Seite 22 ff. um deswegen übernommen, weil der schwer verständliche Inhalt des Bergrechts sich kaum klarer wiedergeben lässt, als dies von Karsten in seiner Schrift geschehen ist, welche er am 28. März und 18. April 1844 in der Königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vorgetragen hat.

Das Bergrecht fängt mit der Bestimmung an, dass Berge und Stollen nach Lachtern und Lehen gemessen werden sollen, dass 1 Berglachter gleich 3 Schemnitzer Stadtellen und 1 Lehen gleich 7 Lachtern. Dann folgt die Festsetzung, dass der Königliche Richter und der Rath der Stadt gemeinschaftlich einen geschworenen Bergmeister einsetzen sollen, der seinen Sold aus der Kammer des Königs haben soll, sowie auch einen geschworenen Theiler. Alle Bergwerke, heisst es ferner, es seien Schächte oder Stollen, die Jemand durch die Geschworenen der Stadt und den Bergmeister zugetheilt und unter dem Siegel der Stadt erhalten hat, sollen ihm ohne Widerrede verbleiben. Wer einen Berg gefunden, der nie entgängt worden (wer einen Mineralfund in noch unverritztem Felde gemacht) oder wer einen Stollen angenommen, auf dem er Gänge und Erz gefunden und dies mit 3 Mark Silber aus dem gewonnenen Erz vor dem Rath und dem Bergmeister beweist, der behält das Bergrecht auf jeder Seite des Ganges mit $3\frac{1}{2}$ Lehen, und im Hangenden sowie im Liegenden mit 1 Lehen. Jeder gemessene Berg in den 7 Lehen soll mit wenigstens 3 Schächten bebauet und in jeglichem Lehen sollen 3 Orte betrieben werden. Wenn die Schächte bezeichnet sind, so hat Jedermann das Recht Lehen zu verlangen, welche aber um ein Lehen von dem Schacht der benachbarten Grube entfernt bleiben müssen, so dass die folgenden Gruben ihre Lehen nur auf einer Seite des Schachtes erhalten. Auf das Zwischenfeld kann nur der Graf (König) Anspruch machen. Bei vermessungswürdigen Gängen und Erzen, die ein Suchstollen anführt, soll es ebenso wie bei den durch Schürfen aufgefundenen Erzlagerstätten hinsichtlich der Vermessung gehalten werden. Vermessene Gruben und Stollen, die später wüst und unbauhaft gehalten werden, müssen 6 Sonntage hindurch öffentlich aufgeboten werden. Finden die Geschworenen der Stadt und der Bergmeister am siebenten Sonntag keinen Arbeiter in der Grube, so ist der Bergmeister befugt, die Grube zu vergeben an den, der da kommt. Bei Feldesstreitigkeiten zwischen zwei Gruben sollen drei Männer gewählt werden, die bei keiner von den streitenden Gruben betheiligt sind und ein vierter Mann aus dem Grubentheil des Grafen, denen die Prüfung obliegt. Ein Schurf soll Freieung haben bis an den

dritten Tag, wird er dann nicht gebaut, so wird er dem zugesprochen, der ihn begehrt. Der geistliche oder weltliche Grundherr, unter dessen Grund und Boden ein Bergwerk gefunden und vermessen wird, erhält den dritten Theil der Urbar; aber den Bedarf an Holz in den Gruben und zu allerlei Nothdurft, soll der Grundherr an die Grube zu liefern verpflichtet sein. Für die Hüttenwerke oder Mühlen, welche innerhalb der Grenzen des Grubenfeldes gebaut werden, hat der Grundherr, er sei geistlich oder weltlich, keinen Zins zu fordern, denn dieses ist des Bergwerks Freiheit.

Es ist nun ohne Weiteres klar, dass nach dem Schemnitzer Bergrecht die Befugniss Bergbau zu treiben kein Zubehör zur Oberfläche ist. Auf den Grundherrn wird nur soweit Rücksicht genommen, als derselbe den dritten Theil der Urbar (oder Urbure) erhält. In Frage kann also nur noch kommen, woher die Bergleute das Recht haben, auch unter fremden Besitzungen Bergbau zu treiben, ob aus eigenem Rechte, oder weil ihnen der König das Recht hierzu verliehen hat¹⁾. Nach der ersteren Ansicht erwirbt der Finder „das Bergwerkseigenthum“ kraft der blossen Occupation²⁾. Meines Erachtens ist die letztere Ansicht die richtige.

Erstens spricht für dieselbe, dass Niemand ohne Weiteres Bergbau beginnen darf, sondern dass sich der Bergbaubetreibende ein Feld zutheilen lassen muss, dass er ferner nicht Grubenfelder von beliebiger Grösse abbauen darf, sondern dass ihm ganz bestimmte Maasse, Lehen³⁾ überwiesen werden.

Zweitens ist schon früher darauf hingewiesen worden, dass sich die ungarischen geistlichen und weltlichen Feudalherren — und von diesen, nicht von deren Hintersassen ist die Rede —⁴⁾, den Bergbau zumal meist fremder und einge-

1) Klostermann, das Allgemeine Berggesetz, Seite 36. Karsten, Seite 15, 20 u. A.

2) Klostermann, Seite 36.

3) Lehen, *laneus*, wahrscheinlich ein böhmisches Wort, bedeutet 7 Lachter; Herttwig's Bergwörterbuch zum Worte Lehen oder Lehn, S. 261. Veith, Bergwörterbuch, Seite 322.

4) S. z. B. Wagner's *Corpus Metallici*, Seite 168:

„Ist das jemand's Hütte, oder Mühlen bauet auf eines Herrn Eigen, . . . s seyn halt geistl., oder weltliche Herrn.“

S. auch weiter unten bei den übrigen Bergrechten. Die Uebersetzung mit Grundbesitzer bei Karsten erscheint hiernach ungenau.

wanderter Bergleute schwerlich gefallen lassen hätten, wenn nicht hinter diesen der König gestanden hätte. Jedenfalls dürfte die Ansicht wenig wahrscheinlich sein, dass, weil etwa in Deutschland die Gemeindegengenossen auf Allmend frei Mineralien graben durften, deswegen die ungarischen Grossen hätten dulden müssen, wie sächsische Bergarbeiter auf ihren Besitzungen Bergbau trieben und wie diese noch obendrein den freien Gebrauch des Holzes in ihren Wäldern in Anspruch nahmen.

Drittens. Die Bergbaubetreiber durften die verliehenen Gruben nicht benutzen, wie es ihnen und den Zeitverhältnissen entsprach. Es wird ihnen vielmehr genau vorgeschrieben, mit wieviel Schächten und Ortsbetrieben sie die Gruben bauhaft zu erhalten haben. Volle Eigenthümer wären derartigen Beschränkungen nicht unterworfen gewesen. Wenigstens sind solche Beschränkungen, wie mir scheint, gänzlich unvereinbar mit den Anschauungen, welche das Mittelalter über echtes und volles Eigenthum hatte¹⁾. Schon der Umstand, dass die Bergbaubetreiber die Felder verliehen erhalten, beweist für die damalige Rechtsanschauung²⁾, dass sie in rechtlicher und persönlicher Abhängigkeit zu dem Verleiher gestanden haben, und dass nur dieser voller Eigenthümer der Bergwerke gewesen sein kann.

In Zusammenhang steht hiermit viertens, dass die mit Bergwerksfeldern Beliehenen solche verloren, wenn sie dieselben im Ganzen 7 Wochen lang nicht auf die vorschriftsmässige Weise betrieben haben. Dies lässt sich nur so erklären, dass die Bauhafthaltung der Bergbautreibenden als Bedingung der Ueberlassung des Feldes von dem Verleiher gesetzt war. Eine solche Bedingung konnte der Verleiher nicht setzen, wenn der Bergwerksbetreiber das Eigenthum durch die Occupation erwarb.

Fünftens. Der Bergwerksbetreiber muss Abgaben und zwar so hohe zahlen, wie sie nur Derjenige zahlt, welcher fremde Grundstücke gegen Abgaben baut. Die Urbure, welche

1) Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Seite 127 ff.

2) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte II, Seite 195 a. a. O.

sie zu entrichten hatten, betrug nämlich nicht weniger als bei Gold den zehnten und bei anderen Erzen den achten Theil des Ausgebrachten, ohne dass dabei die oft so bedeutenden Kosten in Abzug gebracht wurden. Zwar giebt das Schemnitzer Bergrecht, soweit es uns in der Uebersetzung bekannt ist, nicht die Urbure an; indess wird dieselbe in der vorangegebenen Höhe im Kuttenger Bergrechte bemessen, und sodann wurde sie in der bezeichneten Höhe von Bela IV. festgesetzt, als er im Jahre 1255 der Stadt Neusol (*Bistricium*) in Ungarn das Recht des Bergbaubetriebes verlieh¹⁾.

Von echten und vollen Eigen wurden im Mittelalter überhaupt keine Abgaben entrichtet²⁾. Ausser der Urbure mussten die Bergbautreiber noch zwischen den Grubenfeldern je ein Lehn frei lassen, und zwar stand dieses Lehn, auch Grafenlehn (*laneus regalis*) genannt, in Ungarn unzweifelhaft dem Könige zu, welcher auch die Urbure erhebt³⁾.

Sechstens. Die Bergrechte von Schemnitz sind als eine Gabe und Gnade der Könige bezeichnet.

Siebentens. Der ganze Inhalt der Bergrechte lässt erkennen, dass der Zweck des Bergbaubetriebes der Vortheil des Königs war. Damit die vom Könige erhobenen Urburen gross blieben, wurde den Bergbaubetreibern ein nachhaltiger und ergiebiger Bergbaubetrieb zur Pflicht gemacht.

Gegen die Regalität des Bergbaues spricht nun nicht, dass die Schemnitzer Bergrechte den glücklichen Findern gewisse Felder in Aussicht stellen. Es liegt nahe, dass die Könige im Interesse der von ihnen zu erhebenden Abgaben, den Bergbaubetrieb möglichst begünstigten und durch Hoffnung auf Belohnung das oft mühsame und kostspielige Aufsuchen von metallischen Lagerstätten zu befördern suchten. Eben weil die Könige derartige Belohnungen den Findern zusicherten, deshalb werden die Bergrechte als eine besondere Begnadigung der Könige bezeichnet.

1) Letzteres theilt in seiner Geschichte der böhmischen Bergwerke II, Seite 39 der Graf Sternberg mit, welcher die Urkunde auf dem Neusoler Stadtarchiv eingesehen hat.

2) Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, S. 128.

3) Karsten, Seite 24. Graf Sternberg II, Seite 38 ff. a. a. O.

Dass die Zutheilung der einzelnen Felder unter Mitwirkung städtischer Beamten erfolgte, ist ein ferneres Privilegium, welches als solches der Bergstadt Schemnitz verliehen ist. Der wichtigste Beamte bleibt immer der Richter und dieser war vom Könige ernannt. Auch der vom Richter unter Zuziehung der Geschworenen ernannte Bergmeister erhielt seinen Sold aus des Königs Kammer.

Das Bergrecht zum Schemnitz enthält, worauf hinzuweisen ist, seinem wesentlichen Inhalte nach kein bloß lokales Recht. Dies folgt daraus, dass die gleichen Bestimmungen auch für die Bergwerke um Neusol, Bukanz, Libethen und Dille galten¹⁾, sowie daraus, dass in dem Schemnitzer Bergrechte von dem Rathe einer „jeglichen Bergstadt“²⁾ gesprochen wird.

Dass nun die Könige Ungarns das Bergregal sich nur deshalb beigelegt haben, weil die Hohenstaufen sich solches angemasst hatten, dürfte wenig glaublich und vielmehr wahrscheinlicher sein, dass in Ungarn das nämliche Recht sich gleichzeitig wie in Deutschland gebildet hat.

Es ist noch zu erwähnen, dass der Bergbau nach dem Schemnitzer Bergrechte insofern frei war, als Jeder auf Jedes Grund und Boden ohne Erlaubniss des Grundbesitzers, aber nicht ohne Zutheilung eines Grubenfeldes durch den Bergmeister, Bergbau betreiben durfte.

Diese Bergbaufreiheit beschränkte sich ihrem Gegenstande nach nicht auf die gemeine Mark und ihrem Rechtssubjekte nach nicht auf die Gemeindegengenossen.

Das Böhmisches-Mährische Bergrecht.

§. 13. Wie bereits bemerkt wurde, stimmt das Iglauer Bergrecht im Wesentlichen mit dem Schemnitzer Bergrechte überein.

Dasselbe ist uns in zwei lateinischen Handschriften überliefert, welche sich in Graf Sternberg's Urkundenbuch, Seite 11 ff. abgedruckt finden.

Niedergeschrieben ist das Iglauer Bergrecht in der uns

¹⁾ Wenzel, Seite 37.

²⁾ Wagner, *Corpus Juris Metallici*, Seite 165.

bekannten Fassung zwischen 1249 und 1251. Doch ist sein Inhalt älter und rührt schon aus dem 12. Jahrhundert.¹⁾

Dies ergibt sich u. A. aus einer in Sachsen aufgefundenen, vermuthlich aus dem vierzehnten Jahrhundert stammenden deutschen Uebersetzung, welche von Klotzsch „Ursprung der Bergwerke in Sachsen“ Seite 204ff. abgedruckt ist, und folgende Ueberschrift trägt:

„*dis syn die Bergrecht, dy von allir erst syn von Bergwerke funden und wart funden zu Behemen und Merhern*²⁾
von den Burgern von der Ygla.“

Am Schlusse dieser Uebersetzung heisst es:

dys synt die bergrecht von der Ygla bestetiget von zwey Königen,

welche zwei Könige nach den Ausführungen von Klotzsch³⁾ Wladislaus und Uladislaus gewesen sein müssen. Hier nach berechnet Klotzsch, dass die Iglauer Bergrechte schon vor dem Jahre 1200 vorhanden gewesen sind.⁴⁾

Das Iglauer Bergrecht, diese *Magna Charta* der deutschen Berggesetzgebung, wie sie Graf Sternberg⁵⁾ bezeichnet, enthält nicht, wie Kommer⁶⁾ meint, nur lokales, sondern das allgemeine böhmisch-mährische Bergrecht.⁷⁾

In der Einleitung zu demselben heisst es nämlich⁸⁾, dass die in demselben enthaltenen Rechte vom Könige

civibus nostris in Iglavia et montanis ubique in regno nostro
verliehen worden seien.

Was nun die Frage nach dem Vorhandensein des Bergregals und der Bergbaufreiheit anlangt, so ist darauf hinzu-

1) Sternberg II, Seite 17.

2) Iglau liegt an der Grenze zwischen Böhmen und Mähren.

3) Ursprung der Bergwerke S. 73 ff.

4) Friedrich von Schmidt folgert aus den Schlussworten sogar, dass die Iglauer Bergrechte schon seit Erbauung der Stadt Iglau, vielleicht schon seit dem 9. und 10. Jahrhundert gegolten haben (Archiv für Bergwerksgeschichte, Altenburg 1829, Seite 176) — indess, wie mir scheint, mit Unrecht, da die Böhmischen Herzöge erst unter Heinrich IV. die Königswürde erhielten.

5) Geschichte der böhmischen Bergwerke II, Seite 392.

6) Zeitschrift für Bergrecht X, Seite 15.

7) Siehe auch Graf Sternberg, Geschichte II, S. 17. Achenbach, Deutsches Bergrecht, S. 18.

8) Sternberg, Urkundenbuch Seite 11.

weisen, dass der König „*ex plenitudine gracie et favoris regia auctoritate et libera voluntate*“ die im Iglauer Bergrechte vorgeschriebenen Rechte ertheilt.

Sein, des Königs Beamter, von der an den König zu zahlenden Urbure, der Urburer, von der bei Klotzsch mitgetheilten deutschen Uebersetzung bezeichnend des Königs „gewaltiger Leiher“ (Verleiher) genannt, verleiht — auf Iglauer Gebiet unter Zuziehung der Geschworenen dieser Bergstadt — die einzelnen Berge — *montes* — und entzieht dieselben wieder, wenn sie nicht in der vorgeschriebenen Weise bauhaft gehalten werden. Die Verleihungen erfolgen unter der Bedingung, dass auf den sieben Lehen oder Lanen, welche der gemessene Berg enthält, wenigstens drei Schächte, in jeder Lane wenigstens drei Ortsbetriebe und bei jeder Afterverleihung (*concessio*) auf jedem Gange wenigstens ein Ortsbetrieb gehalten werden.

Dem Könige wird zu beiden Seiten eines neuen Bergwerkes je eine Lane zugemessen; auch erhält er die Urbure, deren Höhe bei Gold der zehnte und bei Silber der achte Theil des Bruttoertrages gewesen zu sein scheint.¹⁾

Der Bergbau war insofern frei, als auch auf fremdem Grund und Boden nach Erzen gesucht werden und der Urburer auch auf Privatländereien Dritter Berge verleihen durfte.²⁾

Mit Uebergehung der im Wesentlichen mit dem Iglauer Bergrechte übereinstimmenden Bergrechte für Deutschbrod sollen nunmehr die *Constitutiones Juris Metallici Wenseslai II. Regis Boemiae*, die sogenannte Kuttenger Bergordnung, besprochen werden, welche sich in der Sammlung der Berggesetze der Oesterreichischen Monarchie von Franz Anton Schmidt, Wien 1832, I. Seite 7ff. abgedruckt finden. Dieselben, um das Jahr 1300 niedergeschrieben³⁾ und der allgemeinen Annahme nach von dem römischen Rechtsgelehrten Getius von Orvieto (*Urbivetanus*)⁴⁾ verfasst, sind viel ausführlicher als die früheren Aufzeichnungen der Berggewohn-

1) Graf Sternberg, Geschichte der böhmischen Bergwerke II, S. 411.

2) Sternberg II, Seite 22—24 und Not. 21.

3) Wenzel, Oesterreichisches Bergrecht Seite 57.

4) Graf Sternberg II, Seite 65.

heiten, welche an Bergleute gerichtet waren und deshalb vieles als bekannt voraussetzen durften. Als Grund der Abfassung der Kuttenberger Bergordnung wird in derselben angegeben, dass die Iglauer ihre Bergrechte den Rechtsuchenden gegenüber geheim hielten. Die Absicht, den Inhalt der Iglauer Rechte zu ändern, lag den Constitutionen fern. Abweichungen werden als solche besonders hervorgehoben.

Die Constitutionen beginnen mit den Urburern, „*de quibus parum vel nihil usque ad haec tempora scriptum est.*“ Dieselben sind vom König bestellte Beamte. Sie verleihen die *montes*. Innerhalb der abgemessenen Grenzen eines *mons* verleiht der Bergmeister, welcher kein Königlicher Beamter ist, die einzelnen Oerter (*loci*). Die Urburer sind die höchsten Bergbeamten, oft auch die Pächter der Urbure und zugleich Richter in Bergsachen.¹⁾

Als besondere Pflicht der Urburer wird bezeichnet, über des Königs Vorthail wie über ihren Augapfel zu wachen (— *lib. I. cap. 2* —).

Für die Verleihung des *mons* beanspruchte der König die Königslane²⁾ und die Urbure. Letztere umfasste zunächst *una octava sine omni expensa*, welcher Theil der Urbure auch als Urbure im engeren Sinne bezeichnet zu werden pflegte. Diese *octava* erhält der König schon vor der Messung, welche erst dann erfolgte, nachdem der Bergbaulustige die Bauwürdigkeit des begehrten Feldes durch die Schmelzprobe dargethan hatte. Von der *octava* erhielten die Grundherren, *domini, in quorum hereditate mons ille fuerit mensuratus*, ein Drittel abgetheilt. Sodann gehörten zur Urbure im weiteren Sinne dieses Wortes noch fünf Zweiunddreissigstel des Reinertrages, so dass hierbei die Kosten des Betriebes in Anrechnung gebracht sind; und ausserdem *una Schichta in nona parte fabili*.³⁾

Endlich erhielt der König von jeder Afterverleihung (*con-*

1) Siehe *Lib. I cap. 4 de Urburarys et Regimine ipsorum. cap. 5 de officio Urbariorum. cap. 6 de jurisdictione Urbariorum* Seite 10—14 bei Schmidt I.

2) *lib. II cap. 2* bei Schmidt I, S. 46.

3) Siehe hierüber Steinberg II, S. 96—100.

cessio)¹⁾ noch ein Sechszehntel. Der König Wenzel II. rechtfertigt dieses Sechszehntel in folgender Weise:

Sicut enim veteres dictam sedecimam partem instituerunt, hic ipsam nunc ex vera sciencia confirmamus, et non injusta deinceps sed justa nobisque debita appelletur, nulli ex eo injuriam irrogantes. Nonne licet nobis de possessionibus nostre camere prout voluerimus ordinare? Sed hoc de novo non constituimus, imo invenciones a montanis veteribus approbamus, ac unicuique bene expedit, apud semet. ipsum pensare, si nostra voluerit colere sic montana.

Der König nennt also ganz ausdrücklich die Bergwerke, auch die auf fremdem Grund und Boden belegenen, Besitzungen seiner Kammer. Er fasst auch die Abgaben nicht als Steuern, sondern als den Preis auf, den er darauf gesetzt hat, dass Jemand die ihm, dem Könige, gehörigen Bergwerke abbauen will.

Im Interesse seiner Bergwerke legt der König den Grundherrn die Verpflichtung auf²⁾, ohne Widerspruch sechzehn Bauplätze „*et tantum spacy pro pecoribus quantum unus homo cum arcu semel poterit sagittare*“, jedem gemessenen Bergwerke einzuräumen. Als Entschädigung dafür sollten sie neben dem Drittel der *octava* in Höhe eines Zweiunddreissigstels, der *pars agrorum*, bei jedem gemessenen Berge betheiligt sein.

Es ist noch zu erwähnen, dass jeder nicht vorschriftsmässig abgebaute Feldestheil nach einer vorgeschriebenen Frist auflässig wird und beliebig weiter verliehen werden kann. Dem Könige war es nun nicht genug, dass die sieben Lane, wie dies die Iglauer vorschrieben, zusammen mit drei Schächten abgebaut wurden, sondern er bestimmte (*lib. III, cap. 1*), dass jede Lane ihren eigenen Schacht haben sollte, damit möglichst viel Erz gewonnen und er möglichst hohe Abgaben aus dem Bergbau ziehen konnte.

Nach dem Vorstehenden ist klar, dass in Böhmen und Mähren die Bergwerke kein Zubehör zur Oberfläche waren, dass nicht der Oberflächenbesitzer, sondern ein königlicher Beamter, bei einer mit besonderen Privilegien begabten Stadt

1) Es kam häufig vor, dass der mit einem Felde Beliehene oder seine Socien Theile desselben gegen Quoten vom Ertrage weiter verliehen, daher *coloni primi, secundi, tertii* u. s. w.

2) *lib. II cap. 3* bei Schmidt S. 49.

unter Zuziehung von Geschworenen, die Berge verlieh. Ob der Boden zur Allmende gehörte und ob der Bergbautreiber ein Gemeindegenosse war oder nicht, machte keinen Unterschied. Die Verleihungen erfolgten nicht zu freiem Eigenthum der Beliehenen, vielmehr mussten diese bestimmte Bedingungen rücksichtlich der Bauhafthaltung der Bergwerke erfüllen und hohe Abgaben entrichten. Der König, welcher die Abgaben und noch bestimmte Feldestheile erhielt, sah sich — und wohl mit Recht — als Eigenthümer der Bergwerke an.

Auch sonst finden sich Urkunden, in welchen die böhmischen Könige sich als Eigenthümer der in ihrem Reiche belegenen, von Privaten für private Rechnung betriebenen Bergwerke betrachteten. So heisst es in einer Urkunde Ottokars aus dem Jahre 1261¹⁾

cuiusque officia nostra per Moraviam, scilicet montana et monetam locabimus,

woselbst die Verpachtung der aus den Bergwerken und Münzen fliessenden Nutzungen gemeint ist.

Es kann nun nicht auffallen, dass die Souveraine Böhmens und Mährens ohne Kaiserliche Verleihung das Bergregal ausübten, da sie auch alle übrigen Regalien besassen, ohne dass eine Verleihung erwiesen ist. Bereits die Urkunde 1 im Sternberg'schen Urkundenbuche bezeugt, dass der Herzog Bretislaw von Böhmen am 22. October 1045 das Bergwerk in Ylou (Eule) und *sylvas . . . aquarum decursus, flumen Zazoa, piscatores, molendina* dem Kloster Ostrow schenkte. Wie weit die Abhängigkeit der böhmischen und mährischen Fürsten, welche ersteren unter Heinrich IV. die Königswürde erhielten, von den deutschen Kaisern reichte, ist nicht unstreitig.²⁾ So viel ist unzweifelhaft, und zahlreiche Urkunden beweisen dies, dass sie in den inneren Landesangelegenheiten souverain waren und alle Regalien, z. B. das Markt-, Mühlen-, Zoll- und Münzregal³⁾ innerhalb ihres Gebietes inne hatten.

Das Wesentlichste für unsere Untersuchung ist aber der Umstand, dass nicht die Grundherren, sondern der Souverain Herr der Bergwerke war. Dies ergibt sich nicht

1) Graf Sternberg II, Seite 59. Urkundenbuch, Urkunde 16, S. 24.

2) Vergl. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte VIII, S. 474.

3) Urkunden 2, 11, 12 u. a. bei Sternberg.

nur aus dem Iglauer und Kuttenberger Bergrecht, sondern folgt noch aus vielen andern Quellenzeugnissen, z. B. der Urkunde vom 1. September 1200, in welcher der Mährenherzog Wladislaus dem Kloster Hradisch die Erträge (*proventus*) und allen Nutzen aus den Bergwerken überträgt, welche etwa in Zukunft in einem dem Kloster gehörigen Walde gefunden werden würden.¹⁾

In ähnlicher Weise überliess König Premysl Otakar I. einem Peter Castellan von Vötteu im Jahre 1227

*„de libera voluntate et auctoritate regia“ „usum et urbura
auri fodinarum, que nunc ibidem (um Janitz, welches
Vötteu erbaut hatte) in circuitu civitatis Dammic sunt,
atque in futurum fuerint ibidem reperte, omnemque proven-
tum de montibus ibidem, sive sit in auro, argento, plumbo,
ferro aliisque metallis.“*²⁾

Dass die Herrscher Böhmens dabei etwa nur den Hohenstaufen nachgeahmt haben, ist nicht erwiesen und dürfte auch wenig wahrscheinlich sein.

Das Sächsische (Freiberger) Bergrecht.

§. 14. Das Freiberger Bergrecht ist uns in späteren Aufzeichnungen überliefert, welche Johann Friedrich Klotzsch in seinem Buche: Ursprung der Bergwerke in Sachsen, aus der Geschichte mittlerer Zeit untersucht, Chemnitz 1764 S. 221 bis 277 aus dem Freiberger Codex abgedruckt hat.³⁾ Dasselbe muss schon im zwölften Jahrhundert gegolten haben. Bestätigt wurde es im Jahre 1255 durch den Markgrafen Heinrich von Meissen.

Das Freiburger Bergrecht beginnt mit der Stellung des obersten Bergmeisters und der Bergrichter. Der oberste Berg-

1) Bei Sternberg, Urkundenbuch Seite 4.

„cum omnibus proventibus et omni utilitate Metallorum si que ibidem postmodum inventa fuerint nunc et in posterum ex eisdem percipiendis.“

2) Urkunde 4 bei Sternberg, s. auch Urkunden 5, 6 u. a.

3) Siehe hierüber Achenbach, deutsches Bergrecht S. 19, Anmerk. 2.

meister, auch oberster Leiher genannt, hat die Gewalt¹⁾, dass er mit Recht jeglichem Bergmanne jeglichen Gang verleihen kann um der Fürstin Recht mit der Massgabe, dass er ihn die Gänge so bauen heisst, wie es recht ist, dass nämlich der Herrschaft Nutz und Frommen daran erkannt werde. Der oberste Bergmeister setzt, alle übrigen Bergrichter ein, soweit das Fürstenthum geht, und seine Gewalt reicht über alle Gebirge im ganzen Fürstenthum. Unter dem Nutzen und Frommen des Landesherrn werden die Vortheile verstanden, welche derselbe aus dem Bergbau zieht. Dies sind im Wesentlichen folgende:

Bei jeder Vermessung für einen Berg, der 7 Lehen hatte, erhielt der Landesherr ein Lehen, seine Ehefrau, sein Truchsess und sein Kämmerer gleichfalls je ein Lehen. Ferner bekommt der Landesherr die dritte Schicht, den dritten Theil, als Frontheil, wenn er entsprechend auch an den Kosten des Unternehmens Theil nehmen wollte.²⁾ Ursprünglich hatte er die Wahl frei zwischen dem Mitbaurecht in Höhe eines Drittels oder einer Abgabe, welche wahrscheinlich der Urbure im Schemnitzer und Iglauer Bergrechte gleichkam. Ausserdem stand ihm die Gerichtsbarkeit mit den damit verbundenen Einkünften auf den Bergwerken zu, desgleichen das Vorkaufsrecht für Silber zum Münzgebrauche.³⁾

Schürfen darf Jeder, wenn und wo er will. Ein Grubenfeld wird ihm aber erst dann zugemessen, wenn er die Bauwürdigkeit des gefundenen Erzes darthun kann. Der Finder eines neuen Ganges, dem 7 Lehen zugesichert sind, muss den Fund beschwören, ehe ihm seine Fundgrube zugetheilt wird.⁴⁾

In dem Sinne ist der Bergbau nach dem Freiburger Bergrechte frei, dass der Oberbergmeister auch unter Privatlän-

1) I, 2. Ein yezlicher oberbergmeister, adir oberster lyher hat dy gewalt, von rechte, daz er yezliche genge eyne yezlichen bergmanne lyhen mag, umme derselben fürstin recht, alzo bescheidenlich, daz er dy gänge heise bauen, alz recht ist, daz der herschaft nucz und frome daran yekant werde. (Die Worte „derselben fürstin recht“ sind bei Klotzsch gesperrt gedruckt.)

2) Klotzsch S. 261—263.

3) Siehe auch Karsten S. 28.

4) I, 17, S. 233.

dereien Felder verleihen kann. Dabei unterscheidet das Bergrecht zwischen dem Grundbesitzer und dem Grund- (Dorf-) herrn. Der erstere kann sich in Höhe eines Zweiunddreissigstels am Gewinn und Verlust des Bergbauunternehmens betheiligen.

Abschnitt I, cap. 36.¹⁾

„Wo man erz suchen wyl, daz mag man wol thun, unde daz sal von rechte nynannt weren. Kumet jener, dez daz erbe adir daz felt yst, unde fordert syn Ackkyrteyl, daz yst eyn czwey und drysygteyl, unde bietet syne Kost wyssenlichen czweyn erhaftigen mannen der hat yz mit rechte, „der Dorf herre hat daran nicht.“

Dem Grund- (Dorf-) herrn gehören die Einkünfte aus den Badstuben und Fleischbänken.

In dem Kapitel 12 des II. Abschnitts „das capitlein von den gemessynen bergen und wy man messyn sulle²⁾ finden sich genaue Vorschriften darüber, wie die verliehenen Lehen bauhaft zu halten sind. Diejenigen Lehen, welche drei Tages- schichten an drei Arbeitstagen hintereinander nicht bauhaft gehalten sind, „verliegen sich“, werden „auflässig“ und der Oberbergmeister darf „ume der herschaft recht“ sie verleihen, an wen er will. Die Lehen des Landesherrn und der Landesherrin verliegen sich niemals: dy haben bessir recht, dy mögen sich nicht vorlygen.

Aus den Bestimmungen des Freiburger Bergrechts dürfte nun sich unzweifelhaft ergeben, dass der Bergmann nicht aus eigenem Rechte als Occupant oder Finder, sondern kraft der Verleihung „von uns herrn wegen“ oder „um der Fürstin Recht“ Grubenfelder erhält.

Ebenso unzweifelhaft lässt das Bergrecht erkennen, dass die Bergwerksmineralien kein Zubehör zum Grund und Boden sind, sondern dem Landesherrn gehören, der über dieselben in seinem Interesse verfügt.³⁾ Einen Unterschied zwischen

1) Klotzsch S. 250, 251.

2) Klotzsch S. 262 ff.

3) Vergl. auch die Stelle bei Klotzsch S. 270. „umme myns hern czenden sy wollen silber und ire arbeit darlegen; S. 271, 276. „myme herrn czu nucze und ouch yn selber“ — wie *labore*

Gemeindegenossen und Fremden, wie zwischen der Allmende und dem Privatlande kennt es nicht.

Es erübrigt nunmehr die Frage zu erörtern, wie die Markgrafen von Meissen in den Besitz des Bergregals gekommen sind. Bereits Klotzsch hat dieselbe in seinem mehrfach angeführten Werke (Kap. XX), wie mir scheint, genügend beantwortet. Die Markgrafen zu Meissen waren vom Kaiser mit dem Bergregal innerhalb des Markgrafenthums beliehen worden. Dies sagt der Stiftungsbrief Markgraf Otto des Reichen über das Kloster Altenzelle vom 2. August 1185.¹⁾ In diesem kommt nachfolgende Stelle vor:

Praeterea sciendum, cum ab imperio cujuslibet metalli proventus in nostra marchia beneficii jure suscepimus, quia in terminis monasterii vene argentarie reperte sunt. . . .

Dieser Stiftungsbrief ist nun jünger als die Stiftung selbst, da diese bereits im Jahre 1162 vom Kaiser Friedrich I. bestätigt wurde.²⁾ Es dürfte anzunehmen sein, dass Markgraf Otto bereits im Jahre 1156, als er mit dem Markgrafenthum beliehen wurde, zugleich die Regalien und unter diesen das Bergbaurecht übertragen erhielt. Auffallend ist der Ausdruck *proventus cujuslibet metalli* nicht, da, wer die Einkünfte aus den Bergwerken zog, damals auch als deren Eigenthümer galt und auch ferner das Bergregal wesentlich durch die Einkünfte nutzbar gemacht wurde. Die Meissener Markgrafen bauten nämlich die Gruben nicht selbst, sondern überliessen (nach der damaligen Sitte) deren Abbau gegen Abgaben an Private. Selbst die Lehen, welche den Landesherrn zugemessen wurden, pflegten damals von denselben gegen besondere Abgaben weiter verliehen zu werden.³⁾ Solche Verleihungen hiessen *concessiones* und geschahen meist gegen die Bedingung einer Quote vom Ertrage, welche je nach der Ergiebigkeit des Erzes höher oder niedriger bemessen wurde.

proprio et sibi et rei publicae commoda comparare in Const. 1, Cod. Just., de met. (1, 6).

1) Bei Klotzsch abgedruckt S. 303 ff.

2) Die Urkunde bei Klotzsch S. 162.

3) Dies ergiebt sich besonders aus der Kuttengerger Bergordnung — (s. z. das Kapitel *de concessionibus, lib. III, cap. 1 seq.*). —

Der Umstand, dass die Markgrafen von Meissen das Bergregal ausübten, kann schliesslich um so weniger auffallend sein, als dieselben und zwar schon Markgraf Otto auch das Münzrecht hatten.¹⁾

Die schlesischen Goldrechte.

§. 15. Die Abfassung des berühmten Goldrechts der Stadt Löwenberg in Schlesien, welches besonders deshalb wichtig ist, weil es das Verständniss für das Bergrecht des Sachsen- und Schwabenspiegels erschliessen dürfte, wird vor das Jahr 1278 gesetzt.²⁾ Der Inhalt des Goldrechts wird ebenso wie der Goldbergbau in Schlesien selbst wohl schon aus dem zwölften Jahrhundert sein.

Nach dem Löwenberger Goldrecht ist nun der Bergbau kein Zubehör zum Grund und Boden, denn es heisst in demselben:³⁾

Welch man uf sine ackire suchen will nach golde, her mac iz wol tun mit des Wazzersmeisters gunst. grabit her ab ane laube des Wazzersteisters, so mac da graben all'hand ma (Jedermann) mit rechte.

Auch der Grundeigenthümer bedurfte also, selbst wenn er auf seinem Besitzthum Gold suchen wollte, der Erlaubniss des Wassermeisters. Grub er ohne dessen Erlaubniss Gold, so konnte dies auch jeder Andere auf seinem Besitzthum thun.

Ferner musste jede Zeche, auch die vom Grundherrn auf seinem eigenen Grund und Boden betriebene, dem Landesherrn „teulgolt“ zahlen, widrigenfalls sie verstürzt (zugeschüttet) werden konnte.⁴⁾

Sodann verliert sich jede Zeche, auch die vom Grundbesitzer auf dessen Boden betriebene, wenn sie nicht bauhaft bleibt, in Jahr und Tag.⁵⁾

1) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte VIII, Seite 324.

2) Steinbeck, Geschichte des Schlesiens Bergbaues S. 79.

3) Steinbeck S. 80.

4) „Von welch zeche man teulgolt gibit, di sal nymant ebinen wenne mit des vurstes gunst od' mit des wazzirmeist's“, Steinbeck S. 82.

5) Steinbeck S. 83.

Die Golderze gehörten nun auch ferner dem Fürsten schon deshalb, weil Niemand ohne seine oder seines Wassermeisters Erlaubniss auf dieselben Bergbau treiben durfte¹⁾ und weil jeder ihm von jeder Zeche Abgaben entrichten musste.

Wenn nun auch die Golderze dem Fürsten selbst auf den Ländereien von Privatpersonen gehörten, so folgt daraus noch nicht, dass der Oberflächenbesitzer sich gefallen lassen muss, wie der Fürst durch seine Bergleute seine Besitzung beschädigt, und Löcher und Gruben daselbst anlegt, um die ihm zustehenden Golderze herauszuholen. Der Oberflächenbesitzer selbst durfte sich diese zwar nicht ohne Erlaubniss aneignen, aber er konnte als Oberflächenbesitzer verbieten, dass Andere auf seiner Besitzung Vorkehrungen zum Bergbaubetriebe trafen. Hierzu lag für ihn gerade beim Goldgraben damals eine besonders grosse Veranlassung vor, auf welche unten bei Besprechung des Sachsenspiegels zurückzukommen ist. Das Goldgraben um Löwenberg war hiernach ein Regal, aber es war überall nicht frei, d. h., der Regalherr war zwar Herr aller Golderze und Niemand durfte solche ohne seinen Willen gewinnen, aber er hatte nicht das Recht, auf fremden Ackerstücken Gold graben zu lassen. Das Goldgraben war technisch nicht anders möglich, als unter Beschädigung der Oberfläche, da es von der Oberfläche aus und nahe bei derselben betrieben wurde, mithin soweit es betrieben wurde, auch die Benutzung der Oberfläche verhinderte¹⁾.

Nunmehr dürften sich die nachstehenden Vorschriften erklären:

„Alle dorf vride unde viewege unde Landstrazen, die sint vri des vursten zu sime goltwerke.“

.

„Wa der phlec (Pflug) unde eide (Egge) unde sense get, da sal niemat golt suchen ane des gunst des d'ackir ist. Daz recht hat berewere nicht.“

1) Siehe auch folgende Stelle bei Steinbeck, Seite 79:

Ein itzlich man mac golt suchen in allen vrien Zechen (d. h. vom Fürsten oder dem Wassermeister noch nicht verliehener Zechen) unde in allen czuschen (Forsten) mit des Wazzermeisters Laube.“

2) Vergl. Steinbeck S. 81 und weiter unten. Der Bergbau wurde mittels Duckeln betrieben.

Alle öffentlichen Plätze sind also dem Fürsten frei zu seinem Goldbergbau, die unter Pflug, Egge und Sense stehenden urbaren Grundstücke sind ihm aber nicht frei. Nur auf jenen, nicht auf diesen kann er Gold graben lassen. Um auf den letzteren Gold zu graben, bedarf man neben der Erlaubniss des Fürsten auch noch derjenigen des Ackerbesitzers.

Hervorzuheben ist, dass jedes Bergwerk eine Wasser- und Holzgerechtigkeit haben soll, und dass die Bergwerke ausdrücklich als dem Fürsten gehörige bezeichnet sind. Einen Unterschied zwischen Markgenossen und Fremden kennt auch das Löwenberger Goldrecht nicht.

Das Goldrecht für Liegnitz, Goldberg und Hainau erfahren wir aus einer gleichfalls von Steinbeck¹⁾ mitgetheilten und in das Jahr 1342 gesetzten Urkunde.

Dieselbe ist ausgestellt von den Bürgern der bezeichneten Städte auf Grund der Befragung der ältesten Bergleute und nach Einsicht der vorhandenen Schriften.

Die Bürger erklären nun eidlich:

„das unse erbherre der Herczoge von alder czu rechte. allen goltwerke die umme Goltberg sin gewest. und noch sin oberste liher gewest sy. und einen richter von sinen wegen habe zu setzen. Der da heüset eyn wassermeister czu Goltwerkes recht.“

Diese Erklärung enthält, wie Steinbeck wohl mit Recht sagt, ein unumwundenes Anerkenntniss des stets bestandenen und fortbestehenden landesherrlichen Bergregals und der damit verbundenen Berg-Gerichtsbarkeit.

Von allen Bergwerken, also auch von den auf Privatländereien gelegenen, ist der Herzog oberster Leiher und Herr. Niemand, auch nicht der Oberflächeneigenthümer auf eigener Besizung, durfte ohne Verleihung von Seiten des Wassermeisters Bergbau treiben. Doch wenn auch alle Golderze dem Landesherrn und nur dem Landesherrn gehörten, so folgte daraus noch nicht, dass sich der Oberflächeneigenthümer gefallen lassen musste, wie der Landesherr seine Besizung im Interesse seines Bergbaues beschädigte.

1) Geschichte des schlesischen Bergbaues, Seite 84 ff.
Arndt, Bergregal.

Schrieb indess das Löwenberger Goldrecht vor, dass der Oberflächeneigenthümer seine Erlaubniss zum Bergbau neben derjenigen des Landesherrn ertheilen musste, so giebt das Goldberger Goldrecht demselben ein weniger weitgehendes Recht: nämlich nur ein eingeschränktes Vorrecht zum Muthen.

„Und were das. das eyn man queme eyn uswendik man (Fremder)¹⁾. und mutete zu sichern (suchen). und zu buwen (bauen). in eines mannes erbe. Das sal man lasen wissen den selben man. das das erb ist. und wil der selbe sichern oder buwen. und sin erb entfan. von unsen Herren oder von sine wassermeister. Den sal man im lihen als goltwerkes recht ist czu sicheren und czu buwen unsem herren czu frumen und im so he nuczlichist mag.“

Nicht also kraft eigenen Rechtes durfte der Oberflächenbesitzer auf eigenem Boden Bergbau treiben, sondern er muss die Verleihung vom Landesherrn oder dessen Wassermeister erhalten, und er darf den Bergbau nicht so treiben, wie es ihm gefällt, sondern zum Nutzen des Landesherrn. Dem Grundeigenthümer wurde auch nicht die Befugniss beigelegt, auf seinem ganzen Besitzthum Bergbau zu treiben, sondern er bekam nur eine Fundgrube, zu welcher, je nachdem dies dem Landesherrn am nützlichsten war, zwei oder vier Wehre gehörten.

„also dacz he czu der funtgrube solde behalten zwei wer. oder vier wer. wie man spare dacz es unsem herrn aller nuczlichist were und im.“

Betrieb Jemand auf seinem Erbe ohne Genehmigung des Regalherrn Bergbau, so darf „unse herre oder unses herrn wassermeister“ und zwar „von uns Hern wegen“ das Feld verleihen, an wen sie wollen, zu Goldwerkes Recht.

Von „allen Goltwerken,“ also auch von denen, die der Oberflächeneigenthümer betreibt, erhält der Landesherr ein Zwölftel des Bruttoertrages. Dagegen ist dem Bauer

1) Man denke daran, dass der Bergbau in Schlesien durch zugewanderte Bergleute — *hospites* — meist Franken, betrieben wurde!

(„gebuwir“) auf dessen Boden die Gruben angelegt werden, ein Achttheil frei mitzubauen, welches er mit „sime velchherre“ theilen muss.

Alle Gruben, auch die vom Grundeigenthümer betriebenen, verliegen sich (werden auflässig) nach drei langen Schichten, d. s. drei Tage und drei Nächte, wenn sie nicht so bauhaft gehalten werden „als recht ist.“ Die auflässigen Gruben mag „unse herre oder der wassermeister von uns herrn wegen lihen wem he wil.“

Nach dem Löwenberger wie nach dem Liegnitz-Goldberg-Hainauer Goldrecht erwirbt das Bergbaurecht also Niemand kraft eigenen Rechtes, sondern Jeder, und selbst der Grundeigenthümer, nur durch Verleihung „von uns hern wegen.“ Ein Interesse, Jemandem ein von ihm begehrtes Feld zu versagen, lag nicht vor. Im Gegentheil konnte dem Landesherrn nur an einem möglichst ausgedehnten Bergbaubetriebe gelegen sein. Es spricht daher auch nicht gegen die Annahme, dass das Bergbaurecht nur kraft Verleihung den Privaten zukam, wenn der Landesherr dem Wassermeister im Liegnitzer Goldrechte ausdrücklich befiehlt, Jedem, der „unne lehen uf sinem velde oder uf sinem Erbe“ bittet, nach Goldwerksrecht damit zu beleihen, zumal schon die Worte bete „Bitte“ und „lehen“ dafür zeugen, dass dem Oberflächeneigenthümer nicht kraft eigenen Rechtes die Befugniss zum Bergbau zusteht. Die Gemeindegossen sind auch in diesem Goldrechte nicht vor den Fremden bevorzugt.

Dass die schlesischen Herzöge das Bergregal besaßen, entspricht der allgemeinen Stellung, welche sie inne hatten. Schlesien gehörte zu Polen. Dieses Reich war dem deutschen Reiche zeitweise tributpflichtig, im Uebrigen hatten indess seine Fürsten ebenso wie diejenigen Ungarns volle Souveränität und waren im Besitze aller Regalien. Im Jahre 1024 erklärte sich der Polenherzog Boleslaw für unabhängig vom deutschen Reiche und nahm die Königskrone an¹⁾. Im Jahre 1166 wurde Schlesien von Polen abgetheilt und besonderen Her-

1) Geschichte Preussens von den ältesten Zeiten etc. von Johannes Voigt, I. Band Seite 102.

zögen unterstellt. Diese übten sämtliche Regalien in ihrem Lande aus. Dies ergibt sich z. B. aus der Stiftungsurkunde für das Kloster Leubus vom 29. September 1178, durch welche Herzog Boleslaw dem Kloster sein Gebiet:

cum silvis, pratis, aquis, pascuis, piscationibus, venationibus, castoribus et melificis atque molendinis, cum omni jure ducali¹⁾, cum omni dominio, cum omni libertate, cum omni utilitate, quae nunc est super terram in omnibus bonis et praediis claustrum et quae sub terra esse poterit in futurum, nulli de his omnibus debendo aliquam portionem²⁾

bestätigt.

Dass insbesondere im dreizehnten Jahrhundert für Schlesien das Bergregal allgemein anerkannt wurde, ergeben auch nachstehende Umstände:

Es ist ein Schiedsspruch des Iglauer Schöppenstuhls ungefähr aus dem Jahre 1260 vorhanden³⁾, in welchem die Iglauer Schöppen als Recht bezeugen, dass wo immer, und selbst auf den Besitzungen eines Abtes, Klosters „*vel aliorum nobilium terre*“ Bergwerke gefunden werden, der Grundherr ein Zweiunddreissigstel und ein Drittel der Urbure erhalte, dass aber die Urbure und die Berggerichtsbarkeit dem Landesherrn zustehen. Diesen Schiedsspruch ertheilten die Schöppen auf die Frage des Abtes zu Leubus, was Rechtens sei, wenn auf den in Schlesien liegenden Stiftsgütern Bergwerke entdeckt würden.

Der Herzog von Schlesien bestätigte nun am 9. Juni 1268 wörtlich diesen Schiedsspruch des Iglauer Schöppenstuhls⁴⁾.

Ein fernerer Beweis für die Geltung des Bergregals in Schlesien dürfte aus der Urkunde vom 8. December 1273 zu

1) Was in Deutschland ein Regale hiess, musste in Schlesien ein Dukale genannt werden, d. i. also ein Recht, welches nicht dem Grundherrn als solchem, sondern nur dem Herzoge oder dem von diesem Beliehenen zustand.

2) Steinbeck, S. 36. Die betreffende Urkunde wird von ihm aus den Urkunden des Klosters Leubus citirt.

3) Urkunde 14 in Sternberg's Urkundenbuch, Seite 23.

4) Urkunde 15 in Sternberg's Urkundenbuch, Seite 24.

entnehmen sein¹⁾, durch welche Herzog Heinrich von Schlesien dem Kloster zu Kamenz alle auf dessen Besitzungen vorhandenen oder zukünftig entdeckten Bergwerke nach böhmischem Rechte verleiht.

Endlich ist noch Bezug zu nehmen auf die wichtige Kulmische Handveste, welche vom 28. December 1233 datirt, indess nach Voigt's Ansicht nach heutiger Rechnung vom 28. December 1232 ist²⁾. In dieser überlässt der deutsche Orden den Kulmern ihre Besitzungen auf flämisches Erbrecht, behält sich indess verschiedene Reservatrechte, darunter Regalien, vor: die Metalle, den Biberfang, die Mühlen an den Flüssen, das Jagdrecht³⁾. Im lateinischen Texte heisst es⁴⁾:

„Retinemus enim domui nostrae in bonis eorum, omnes lacus, castores, Venas salis, auri argentique fodinas et omne genus metalli praeter ferrum, ita tamen ut inventor auri sive in cujus bonis inventum fuerit, jus habent quod in terra ducis Silesii in hujus modi talibus est concessum: inventor autem argenti sive is in cujus agris inventum fuerit jus fribergense in ejus modi inventione habeat in perpetuum.“

Aus den Worten „*retinemus*“ ergibt sich, dass der Orden das Bergregal schon früher besessen hatte; aus den Worten „*in bonis eorum*“ und „*in cujus bonis inventum fuerit*“ u. s. w., dass dieses Regal sich auch auf die Metalle unter fremdem Grund und Boden erstreckte. Die Stelle ergibt ferner, dass auch der Orden sein Bergregal nicht in der Weise ausübte,

1) Urkunde 19 in Sternberg's Urkundenbuch, Seite 28. Es heisst in derselben:

eidem domui damus libertatem super locis mineralibus et metallis cujuscunque generis fuerint que modo in bonis praedictae domus inveniuntur vel in posterum poterunt inveniri volentes eam gaudere in his omnibus jure quod super talibus Karrissimi avunculi nostri domini O. (ttocari) serenissimi Boemorum regis habere dinoscuntur, ... Rusticis quoque in quorum agris loca mineralia, vel metalla inveniuntur sua jura similiter duximus conferenda.

2) Geschichte Preussens von den ältesten Zeiten u. s. w. von Johannes Voigt, Königsberg 1827, Bd. II, S. 237.

3) Voigt, daselbst.

4) Nach Steinbeck, Seite 76.

dass er für eigene Rechnung Bergbau treiben liess. Vielmehr gestattete er Allen Bergbau zu treiben; dabei sollten Finder und Grundeigenthümer beim Goldbergbau die nämlichen Rechte haben wie in Schlesien, und beim Silberbergbau die nämlichen Rechte wie in Freiberg.

Es ist endlich auch erweisbar, dass der deutsche Orden von den deutschen Königen mit dem Bergregale beliehen war. Kaiser Friedrich II. ertheilte nämlich im März 1226 dem deutschen Orden das Bergbaurecht im Kulmischen Lande, wie in dessen übrigen preussischen Besitzungen:

„Liceat insuper eis per totam terram thelonia ordinare, nundinas et fora statuere, monetam cudere, fodinas et meieras auri, argenti, ferri et aliorum metallorum ac salis que fuerint vel invenientur in terris ipsis possidere perhenniter et habere“¹⁾.

Uebrigens war auch sonst in den Gegenden des heutigen Preussen das Bergregal der Kaiser damals ebenso anerkannt, wie es Sitte war, dass die Kaiser über dasselbe zu Gunsten der Geistlichkeit verfügten. Es wird z. B. in einer Anlage VI. zu den Seiten 404 und 413 im ersten Bande der Geschichte Preussens von Voigt eine Verleihung Kaiser Heinrich VI. vom Jahre 1196 mitgetheilt, in welcher derselbe dem Bischof von Livland:

marchiam unam per totum ejus episcopatum per Livoniam videlicet et Lettiam Lehale et terras maritimas überträgt mit dem Hinzufügen eundem ipsi principatum jure aliorum principum munificentia regali concessimus Dantes ei potestatem faciendi monetam et fundandi civitatem in Riga et in locis aliis, in quibus eas fieri oportuerit. Si autem in partibus vena metalli cujuslibet sive thesaurus occultus manifestatus fuerit, in hujusmodi jus nostrum speciale ipsius fidei de consilio principum nostrorum commisimus.

1) *Historia Diplomatica Friderici Secundi* par Huillard-Bréholles. Parisiis 1852, tom. II, pars I, p. 549 sq.

Die Tyrolischen Bergwerksordnungen.

§. 16. Die älteste der tyrolischen Bergwerksordnungen¹⁾ ist der am 24. März 1185 zwischen dem Bischof Albrecht von Trient und den dortigen Silberbergleuten (*silbrarii*) in lateinischer Sprache abgeschlossene Bergwerksvertrag, welcher zwar nicht seinem ersten Veröffentlichung, wohl aber den Späteren als ein Beweis gegen die Regalität der Bergwerke erschienen ist²⁾. Ein solcher Beweis lässt sich aber, scheint mir, aus diesem Vertrage nicht entnehmen.

Die Bischöfe von Trient waren unmittelbare Reichsstände³⁾; sie konnten also eben so gut als Territorialherrscher wie als Grundeigenthümer, jenen Vertrag abgeschlossen haben. Davon, dass sie das Recht zu schürfen nur auf ihren Privatbesitzungen ertheilten, sagt der Vertrag Nichts. Dies ist auch nicht wahrscheinlich; denn als vier Jahre später Friedrich I. dem Nachfolger des Bischofes Albrecht, dem Bischof Conrad, das Bergregal verlieh, überliess er ihm die Bergwerke nicht nur auf dessen Privatbesitzungen, sondern überall im ganzen Herzogthum und Bisthum Trient⁴⁾, ausser auf den Alloden der Grafen von Tyrol und Epan, welche letztere wahrscheinlich auch ihrerseits vom Kaiser mit den Bergwerken innerhalb ihrer Territorien beliehen waren⁵⁾.

Der Bergwerksvertrag spricht auch nicht gegen die Ansicht, dass kein Territorialherr in seinem Territorium ohne kaiserliche Verleihung Bergwerke anlegen durfte. Der Vertrag ist nämlich „*salvo tamen honore Imperii*,“ also vorbehaltlich der kaiserlichen Rechte erlassen. Anscheinend nahm der

1) Dieselben sind von „Joseph von Sperges auf Polenz u. s. w. Tyrolische Bergwerksgeschichte u. s. w.“ Wien 1765, S. 263 ff. veröffentlicht.

2) So Kommer, in der Zeitschrift für Bergrecht X, S. 378. Karsten, der Ursprung des Bergregals in Deutschland, S. 31.

3) Sperges, Seite 28.

4) *In Ducato Tridentino Episcopatu, que nunc sint (argentifodinae) vel que in posterum argenti, cupri, ferrive, omnis metalli ibidem reperientur preterquam in allodiis comitum de Tyrol et Epiano, que specialiter duximus excipienda, Imperiali largicione tradimus.* Sperges, Seite 265 ff.

5) Sperges, S. 36, S. 46 ff.

Bischof als zweifellos an, dass der Kaiser nach der damaligen Sitte sich nicht weigern würde, ihn mit dem Bergregale innerhalb seines Gebietes zu beleihen, zumal auch die benachbarten Kirchen Salzburg, Admont, Gurk und Freising schon eher mit dem Bergregale beleihen waren¹⁾. Joseph von Sperges, dem die Ansicht unzweifelhaft war²⁾, dass nach dem damaligen Rechte dem Kaiser die Bergwerke vorbehalten waren, und dass ohne dessen Begnadigung kein Fürst oder Bischof Bergwerke bauen durfte, bringt aus der tyrolischen Bergwerksgeschichte noch folgenden Fall, aus dem die Regalität der Bergwerke klar hervorgehen dürfte:

Um die Mitte des zwölften Jahrhunderts schenkte der Graf Arnold von Greifenstein dem Kloster Neustift den Berg Vilanders mit Eisengruben. Dieser Graf war aus dem Hause der Grafen von Epan, deren Gebiet später von der Verleihung für die Trientiner Bischöfe ausgenommen wurde, und die, wie erwähnt, wahrscheinlich mit dem Bergbaurechte von den Kaisern beleihen waren. Jene Schenkung des Grafen Arnold bestätigte im Jahre 1177 Friedrich I. mit folgenden Worten:

„montem Vilanders cum fodinis aliisque possessionibus ab Arnolde comite ecclesie collatis nec non et fodinas ferri, que apud Furfillum reperte sunt ut praedictae ecclesiae memoratas fodinas tam in monte Vilanders, quam apud Furfillum cum omni jure et utilitate, que nunc vel in futurum inde provenire poterit libere teneat et possideat³⁾).

Der Kaiser bestätigte mithin Bergwerke, welche auf ihm nicht gehörigen Terrain lagen.

Nach dem Vertrage vom Jahre 1185 versprochen den Bischöfen alljährlich, jeder Gewerke zwei Talente, jeder Beamte (*Xaffar*) zwei Talente, jeder für eigene Rechnung Waschende zwei Talente, jeder für fremde Rechnung Waschende ein Talent, jeder Schmelzer zwei Talente, jeder Kiener (Köhler) zehn Solidi zu zahlen. Dafür sollte ihnen der Berg, sowohl Reichen wie Armen, frei sein. Wenn indess Jemand eine

1) S. weiter unten §. 22.

2) S. 34 ff.

3) Sperges S. 34.

Grube gräbt, die Ausbeute abwirft — *et ad lucrum devenerit* — so soll er sich mit dem Bischofe oder seinem Bergrichter, *gastaldio*, einigen.

Hiernach ertheilte der Bischof das Schürfrecht gegen bestimmte Abgaben, aber nicht das Bergbaurecht; denn die Ausbeute gebende Grube darf der Bergmann nur bauen, wenn er sich zuvor über die zu entrichtende Abgabe und die sonstigen Bedingungen des Bergbaues, z. B. über die Art der Bauhafthaltung mit dem Bischofe oder dessen Richter geeinigt hat.

Diese Bestimmungen scheinen mir der Annahme, dass der Bischof innerhalb seines Gebietes ein zunächst zwar angemasstes Bergregal ausübte, keineswegs entgegen zu stehen.

Es kann auch meines Erachtens nicht auffallen, dass der Bischof als Regalherr, der zu sein er sich anmasste, einen Vertrag mit den Bergleuten abschloss. Letztere waren nämlich aus Deutschland eingewandert¹⁾.

Dieselben zu zwingen, Bergbau in seinem Gebiete zu treiben, hatte der Bischof kein Recht und keine Macht. Wollte er also, dass sie Bergbau trieben — und anscheinend hat er die Bergleute sogar selbst gerufen — so musste er sich mit ihnen über die Bedingungen einigen, unter welchen er als Bergregalherr ihnen die Erlaubniss zum Bergbaubetriebe ertheilte.

Hervorzuheben ist, dass der Vertrag vom Jahre 1185, welcher von den vorhandenen die älteste Aufzeichnung einer deutschen Bergordnung ist²⁾, keinen Unterschied zwischen Gemein- und Privatland macht und noch weniger das Bergbaurecht als eine den Gemeindegossen als solchen zustehende Befugniss ansieht.

Im Jahre 1208 erliess der damalige Bischof Friedrich von Trient eine neue Bergwerksordnung³⁾ — *Carta Laudamentorum et postarum Episcopi facta in facto Arzenterie*. Dieselbe schreibt vor, dass die Bergleute Trientinische Bürger sein

1) Sperges, S. 52, 53. Schon die Namen der Gewerkeu beweisen deutsche Nationalität. Z. B. Snitersack (Schneidersack), Crotenpach (Kötenbach). Auch die Bezeichnungen Werhe (Gewerke), Xaffar (Schaffer), Wasser (Wäscher), Kener (Kiener), sind bemerkenswerth.

2) Siehe Tuskani, Zeitschrift für Bergrecht 18, S. 336 ff.

3) Bei Sperges, S. 267 ff.

müssen. Diese Vorschrift beweist aber nicht ¹⁾, dass ursprünglich nur die Gemeindegengenossen Bergbau treiben durften; vielmehr bestätigt sie, scheint mir, gerade umgekehrt, dass, während in Trient ursprünglich die Fremden Bergbau trieben, es erst später zweckmässig erschien, sämmtlichen Bergleuten zu befehlen, dass sie das Bürgerrecht erwerben sollten.

Bei Gelegenheit der tyrolischen Bergwerksordnung sind noch zweier Bergwerksverleihungen für die Bischöfe zu Brixen zu erwähnen, die eine vom Jahre 1214 für Bischof Conrad, die andere vom Jahre 1218 für Bischof Berchthold ²⁾.

Erstgedachte Verleihung ist bemerkenswerth, weil der Kaiser ausdrücklich anerkennt, dass es hergebracht sei, solche Verleihungen auszustellen, und weil ferner die Verleihung dahin gefasst ist, dass der Bischof seines und seiner Kirche Nutzen halber durch Dritte nach Silber graben lassen darf, und weil sich endlich der Kaiser die Hälfte der Einkünfte vorbehält ³⁾.

Die Harzer Bergordnungen.

§. 17. Die Bergwerke am Harze sind unter König Heinrich dem Vogler oder unter Otto I. entdeckt und durch fränkische Bergleute aufgenommen worden ⁴⁾.

Diese Harzer Bergwerke gehörten ursprünglich den Kaisern.

1) Siehe dagegen Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 76.

2) Bei Sperges, S. 277, 278 u. 279.

3) *Fridericus II.* (von Sperges, S. 214): *Nos autem de consueta regali benevolentia, attendentes merita concedimus ipsi Chunrado Episcopo et successoribus suis, ut ipse ad suam et ecclesie sue utilitatem in illis argentifodinis argentum fodi faciat et exquiri secundum concessionem ipsi Episcopo a felicis memorie divi patru nostri regis Philippi liberalitate factam, quam eciam nos regia confirmamus auctoritate. Damus eciam licentiam et auctoritatem praefato Episcopo et suis successoribus, ut ipsi ubicunque in Episcopatu suo argentum in visceribus terre valeant reperire, fodiant, ita tamen, ut nos in proventibus . . . secum ad medium debeamus participare.*

4) Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung oder Bergrechte des Harzes im Mittelalter, von Franz Johann Friedrich Meyer, Eisenach 1817.

Die allgemeine Ansicht geht nun dahin¹⁾, dass diese Bergwerke nur deshalb den Kaisern gehörten, weil sie auf königlichem Grund und Boden lagen. Diese Ansicht dürfte indess nicht zutreffend sein. Zwar stand der Harz unter kaiserlichem Bann, dem Kaiser gebührte also das ausschliessliche Jagdrecht; aber als die Bergwerke daselbst in Betrieb kamen, stand Grund und Boden im Harze meist im Privateigenthum Anderer.

Die ältesten Harzer Bergordnungen, die am 25. April 1271 bestätigen *Jura et Libertates Silvanorum*, deren Inhalt zweifellos erheblich weiter in die Vergangenheit zurückreicht²⁾, berücksichtigen neben den Gewerken und dem derzeitigen Bergregalherrn, die Grundeigenthümer — *erfexen* — im Harze.

Die *Jura et Libertates* sind in Wagner's *Corpus Juris Metallici* Seite 1021 ff. abgedruckt, und zugleich ins Hochdeutsche übertragen. Im hochdeutschen Texte kommen folgende Stellen vor:

„Die Würfe in dem Walde gelegen, gehören zu den Bergen, die soll Niemand nirgends bringen; er thue es denn mit des Eigenthümers Willen“

.

„Diejenigen, die Waldeigenthum im Harze haben, die sollen des Jahres zwey Mahl jagen und zweymal fischen zur Erhaltung ihres ruhigen Besitzes.“

Auch sonst ist bekannt, dass zahlreiche Personen Besitzungen im Harze hatten. So gehörte einer Gräfin Adelheid von Clettenberg Walkenried mit Aeckern und Wäldern; also gerade ein Theil desjenigen Complexes, wo der Silberbergbau umging. Dieser Gräfin Adelheid schenkte Kaiser Lothar in ihren Besitzungen „*jus*,“ *quod Wildbann dicitur*³⁾.

Auch sonst wird uns von zahlreichen geistlichen und weltlichen Grundbesitzern im Harze berichtet⁴⁾.

1) Z. B. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, §. 297. Karsten, S. 29.

2) Die Bergordnung soll fast wörtlich in den Goslar'schen Berggesetzen vom Jahre 1186 enthalten gewesen sein (Meyer, S. 39).

3) Meyer, S. 4—37 a. a. O.

4) Meyer, l. c.

Dagegen ist es unstreitig, dass die deutschen Könige Eigenthümer der Bergwerke im Harze waren, dass insbesondere zunächst die sächsischen, dann später die fränkischen und zuletzt die hohenstaufischen Kaiser jene Bergwerke als ihr Eigenthum besaßen¹⁾. Nicht minder ist es unstreitig, dass die Kaiser diese Bergwerke nicht²⁾ für eigene Rechnung betrieben haben, und zwar lassen die Quellen erkennen, dass sie ihn genau so betreiben liessen, wie die Meissener Markgrafen die Bergwerke in ihrem Markgrafenthum und die Böhmischen Könige die Bergwerke in Böhmen.

Die Kaiser haben nun theils über körperliche, theils über ideelle Theile der Harzer Bergwerke in freigiebigster Weise verfügt, welche Verfügungen insoweit einiges Interesse darbieten, als sie es wahrscheinlich machen, dass die Kaiser auch in anderen Reichslanden die Mineralien verschenkt haben.

Schon Heinrich IV. giebt einen Zehnten von einem Theil der Bergwerke am Harze nebst dem Schlosse Scharzfeld an Witekind von Wolfenbüttel zu Lehn³⁾.

Friedrich I. vertheilte im Jahre 1157 den Rammelsberg und die unter ihm befindlichen Bergwerke unter die Stadt Goslar, das Kloster zu Walkenried und die Stifte St. Simon und St. Petrus. In der Urkunde für Walkenried ist gesagt⁴⁾, dass der Kaiser den vierten Theil des Rammelsberges geschenkt habe, obwohl derselbe wie die Bergwerke in demselben von Privaten besessen wurde, und der Kaiser im Wesentlichen nur die Zehnten bezog.

Ausser den vorerwähnten sind noch andere kaiserliche Verleihungen über die Harzer Bergwerke überliefert.

Was den Kaisern noch von diesen Bergwerken verblieben war, übertrug Friedrich II. im Jahre 1235 Otto dem Kinde von Braunschweig und Lüneburg⁵⁾.

Die Herzöge von Lüneburg erliessen die schon erwähnten *Jura et Libertates*. Dieselben stellen äusserlich einen Recess

1) Karsten, S. 30.

2) Karsten daselbst u. A. m.

3) Meyer, S. 19.

4) Meyer, S. 29, *dedit quartam partem Rammelsbergi*.

5) Meyer, S. 38 ff., S. 60 ff. Thomas Wagner, Einleitung XXVIII zum *Corpus Juris Metallici*.

vor, welcher zwischen den verschiedenen Bergbauinteressenten abgeschlossen ist. Unter letzteren werden auch die Waldeigenthümer besonders genannt.

Von den Bestimmungen dieser Bergwerksordnung möge Folgendes hervorgehoben werden:

Ein Bergwerk soll soweit des Holzes gebrauchen, als seine Wasserführung¹⁾ und seine Zeche gehen. Dreizehn Gruben soll ein Berg haben, zwischen jeder Grube 13 Fuss, 5 Fuss in die Weite, 7 in die Länge. Das Gebäude, das auf den Zechen steht, gehört zum Eigenthum auf den Bergen.

Den Zehnten soll man bei der Sonntags Abendschicht schätzen und so die Woche über geben. Die Zutheilung der Grubenfelder erfolgt durch den Bergmeister²⁾.

Eine andere Bergwerksordnung, diejenige für den Rammelsberg v. J. 1470, welche bei Wagner, Seite 1028 ff. abgedruckt ist, darf noch erwähnt werden, weil sie ihrem Inhalte nach vielleicht ebenso alt sein dürfte, wie die *Jura et Libertates Silvanorum* sind.

Die Rammelsberger Bergordnung ist vom Rathe zu Goslar erlassen, welcher Stadt theils von Friedrich I. und theils von noch späteren Kaisern Bergwerke am Rammelsberg verliehen sind³⁾. In jener Bergwerksordnung heisst es: „Weil das Gericht des Rammelsberges uns, dem Rathe, zusteht, wollen wir nach Ausweis des Bergrechts einen Bergrichter setzen, der einem Jeden auf Klage und Antwort zum Rechte verhelfen kann. Derselbe Bergrichter soll die Macht haben, die Gruben den Bürgern von Goslar und Anderen zu verleihen“ u. s. w.

Nach dem Ausgeführten ist die Bergbaufreiheit am Harze weder auf Gemeinland noch auf Gemeindegengenossen beschränkt gewesen. Dieselbe bestand auch nicht aus dem eigenen Rechte der Bergbautreibenden, sondern nur aus dem Willen des Bergregalherrn.

1) „Ahgeducht“ augenscheinlich *aquaeductus*.

2) Karsten, S. 31.

3) Ein Privilegium Friedrich II. vom Jahre 1219 für die Stadt Goslar ist bei Wagner S. 1021 abgedruckt.

Die Bergwerksordnungen für Admont.

Die Abtei Admont wurde im Jahre 1074 von Salzburg gestiftet¹⁾. Gleich bei der Stiftung wurde sie mit den innerhalb des Stiftsgebietes vorkommenden Bergwerksmineralien von dem Hochstifte beliehen. Letzteres leitete sein Recht hierzu nicht aus seinem Grundeigenthum, sondern aus kaiserlichen Privilegien ab. In einer Urkunde des Salzburger Erzbischofs Eberhard vom Jahre 1160 heisst es²⁾:

„sed et ubicunque in possessione coenobii venae salis seu ferri aut argenti vel cujuslibet metalli fodinae reperiri poterant, quae de regalibus imperii Salzburgensis ecclesia hactenus quiete possedit, sicut ex concessione pontificum praescriptorum primitus³⁾ ea fratres Admontenses possederunt, et nos eis ex assensu Friderici concedimus.“

Hiernach steht der Besitz von Eisengruben durch die Abtei zu Admont nicht im Widerspruch mit der Annahme eines Bergregals und dies um so weniger, als Kaiser Friedrich I. im Jahre 1183 nochmals und besonders Admont die ihr von Salzburg übertragenen Regalien bestätigte:

Sub alis et aquilis Imperatoriae majestatis conservanda suscipimus et defendenda, constituentes, ut debita usuum integritate possideant, quae de regalibus Imperii a Salzburgensensi ecclesia susceperunt et possidere dignoscuntur . . . fratres Admontenses⁴⁾.

Die Aebte zu Admont betrieben nun die ihnen gehörigen Eisensteingruben in ähnlicher Weise wie der König Böhmens die seinigen: sie überliessen dieselben Dritten zum Abbau unter gewissen Bedingungen. Den thatsächlichen Verhältnissen

1) Nachrichten vom Zustande der Gegenden und Stadt Juvavia, Salzburg 1784, Anhang S. 266 ff.

2) Dieselbe wird von Albert von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark, Grätz 1846, 3. Theil, Seite 105, aus dem Admonter Saalbuch mitgetheilt und findet sich auch im Urkundenbuche für Steiermark No. 405, S. 390.

3) *Primitus*, also schon seit der Stiftung, d. i. seit 1074.

4) Bei von Muchar III, S. 105 aus dem Admonter Saalbuche.

entsprechend, veranlassten sie nicht Einwanderungen von Bergleuten durch Inaussichtstellung von Grubenverleihungen an die Finder, vielmehr übertrugen oder verpachteten sie ihre wenigen und bereits lange erschlossenen Gruben bestimmten Personen unter Bedingungen, die übrigens von den in anderen Bergwerksordnungen aufgeführten nicht merklich abweichen.

Von derartigen Uebertragungen sind uns zwei, die eine an die Freisacher Bürger vom Jahre 1202 und die andere vom Jahre 1216 an die Lehnsträger Meynhard, Heinrich von Pulndorf und Gottfried sowie deren Socien überliefert. Die letztere, der berühmte Admonter Bergbrief, ist im *Corpus Juris Metallici* p. 31, 32 abgedruckt.

Der Abt Gottfried von Admont verleiht in demselben mit Zustimmung der Mönche (*concessimus*) die Gruben, *quae nuncupantur Ysenhartes fodina et Admontensis fodina, quae modo pro una reputantur*, den vorbezeichneten Personen unter der Bedingung, dass sie ihm zahlen „*marcam CXXX denariorum*.“ Diese Summe ist aus der Ausbeute zu entrichten, also von dem, was nach Abzug der Unkosten dem Bergbauunternehmer übrig bleibt. Ausserdem erhält die Abtei den achten Theil des Ausgebrachten *sine omni minutione*, also soviel wie die Urbure (im engeren Sinne) der böhmischen Könige betragen hat. Der Bergbrief enthält ausserdem Vorschriften über die Kaducirung der Bergwerksantheile und Gruben. Hervorzuheben ist, dass ein verfallener Theil eines Socius den übrigen Gesellschaftern zufallen soll, wenn sie die darauf haftenden Lasten übernehmen, wenn dies aber nicht geschieht, dem Abte.

Soviel ist nach Vorstehendem auch durch die Admonter Bergwerksordnungen bewiesen, dass das Recht zum Bergbau sich nicht vom Rechte der Grundherrschaft, sondern vom Könige, als ein regales Recht, herleitet.

Bergregal und Bergbaufreiheit im Sachsen- und Schwabenspiegel.

§. 18. Nachdem es durch die vorstehenden Ausführungen vielleicht gelungen ist, die im zwölften und dreizehnten Jahrhun-

dert weit verbreitete Geltung des Bergregals und des damit häufig in Verbindung stehenden Instituts der Bergbaufreiheit nachzuweisen, kann nunmehr zum Bergrechte des Sachsen- und Schwabenspiegels übergegangen werden. Die Abfassung des Sachsenspiegels ist jünger als der Inhalt mehrerer der vorbesprochenen Bergordnungen. Man setzt dieselbe nämlich in die erste Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts, etwa in die Zeit von 1224 bis 1235¹⁾, während der Inhalt der Trientiner, Harzer, Schemnitzer, Iglauer und Freiburger schon im zwölften Jahrhundert gegolten hat. Es dürfte hiernach auffallend erscheinen, wenn es richtig sein sollte, dass dem Sachsen- und Schwabenspiegel sowohl das Bergregal wie die Bergbaufreiheit gänzlich fremd gewesen seien, und dass nach diesen Rechtsbüchern die Mineralien nur einen zur ausschliesslichen Verfügung des Oberflächeneigenthümers stehenden Substanztheil des Bodens gebildet haben. Dies nimmt allerdings die grössere Zahl der Rechtslehrer an, insbesondere Jung²⁾, Grueter³⁾, Böhlau⁴⁾, Weiske⁵⁾, Karsten⁶⁾, Achenbach⁷⁾, Gerber⁸⁾, Kommer⁹⁾ u. A.

Dagegen wollen Homeyer¹⁰⁾, Sachsse¹¹⁾, Eichhorn¹²⁾ und Steinbeck¹³⁾ im Sachsenspiegel das Bergregal finden; indess Sachsse nur bei Gold und Edelsteinen, Eichhorn nur bei den edelen Metallen.

Die in Frage kommende Stelle des Sachsenspiegels lautet nach der (dritten) Ausgabe von Homeyer:

1) Von Schulte, Lehrbuch der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte, 4. Aufl. Stuttgart 1876, S. 167.

2) *De jure salinarum* p. 125.

3) *De regali metallorum iure* p. 32 seq.

4) *De regalium notione* p. 16.

5) Der Bergbau und das Bergregal, S. 32 ff.

6) Ueber den Ursprung des Bergregals in Deutschland, S. 42 ff.

7) Deutsches Bergrecht, S. 73.

8) Deutsches Privatrecht, Aufl. 11, §. 95, Anm. 2.

9) Zeitschrift für Bergrecht X, S. 389 ff.

10) S. weiter unten.

11) Zeitschrift für deutsches Recht X, S. 62 ff.

12) Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 3. Ausgabe, §. 297.

13) Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 40 ff.

Buch I, Art. 35.

§. 1. Al schat under der erde begraven deper den ein pluch ga, die hort to der koninglichen gewalt.

§. 2. Silver ne mut ok neman breken up enes anderen mannes gude ane des willen des de stat is, gift he's aver orlof, de vogedie is sin darover.

Im Schwabenspiegel lautet die Stelle (Ausgabe von Lassberg S. 91):

197. Wer schaecz under die erd, begrevet tieffer denn ein pflug gat der gehoert czu de kungklichen gewalt.

Silver sol nyeman graben auff eynes mannes gut on seynen willen des die stat ist. ab' geit er das vorlaub, die vogttey is . . . seyn daruber.

Die herrschende Ansicht fasst die Worte „schat“ und „schaecz“ als Schatz und nicht als Bergwerksgut auf und unterstellt dem Worte Silber alle übrigen Mineralien¹⁾.

Hierdurch erlangt die Stelle folgenden Sinn:

§. 1. Aller Schatz unter der Erde begraben, tiefer als ein Pflug geht, gehört zur königlichen Gewalt.

§. 2. Mineralien darf Niemand auf fremdem Grund und Boden brechen, ohne dessen Erlaubniss, dem das Grundstück gehört u. s. w.

Gegen diese Auffassung dürften sich nachstehende Erwägungen geltend machen lassen.

Erstens. Das Wort „ok“ im Sachsenspiegel würde bei derselben nicht verständlich sein.

Wenn die Schätze zur königlichen Gewalt gehören, warum soll denn auch Niemand ohne Willen des Grundeigenthümers Silber brechen?

Zweitens. Angenommen, dass Artikel 35 des Sachsen- spiegels in §. 1 Schätze und in §. 2 Mineralien im Auge gehabt hätte, so dürfte das Wort „all“ in §. 1 sehr auffallend sein, da der Spiegler alsdann einfacher gesagt haben würde: der Schatz gehört zur königlichen Gewalt, Silber gehört dem Grundeigenthümer.

1) Vergl. Jung, Böhlau, Weiske, Kommer, Achenbach, Karsten an den oben citirten Stellen.

Drittens. Es ist nicht ersichtlich, wie der Spiegel Silber für alle anderen Mineralien gesetzt haben soll. Zwar ging zur Zeit seiner Abfassung im Sachsenlande ein reger Bergbau auf Silber um; indess gab es damals auch im Sachsenlande andere Arten vom Bergbau, und besonders waren die Salinen (Lüneburg, Halle a. S.) damals vielleicht der werthvollste Bergwerksbesitz.

Viertens. „Alle“ Schätze haben niemals zur königlichen Gewalt gehört. Noch viel weniger war es Jemandem jemals verwehrt auf eigenem Boden nach Schätzen zu suchen. Dies dürfte aus Nachstehendem ersichtlich sein:

Nach Römischen Rechte ist es unstreitig, dass jeder auf eigenem Boden auch ohne Erlaubniss nach Schätzen suchen und, wofern er sich hierbei nicht verbotener Mittel bediente, gefundene Schätze vollständig für sich behalten darf.

L. un. Cod. Just. de thesauris (10, 15) von Leo und Zeno: Nam in suis quidem locis unicuique, dummodo sine sceleratis ac puniendis sacrificiis thesaurum quaerere et invento uti liberam tribuimus facultatem quod jam lege permissum est.

Um auf fremdem Grund und Boden nach Schätzen zu suchen, bedurfte man nach Römischen Recht nur der Genehmigung des betreffenden Eigenthümers.

In alienis vero terrulis — so heisst es an der citirten Stelle weiter — *nemo audeat invitis immo non volentibus vel ignorantibus dominis opes abditas suo nomine perscrutari*

Hiernach war im Römischen Rechte der Schatz auf Privatländereien kein Regal und er gehörte nicht dem Kaiser.

Nur wenn Jemand *in publico loco vel fiscali*, sagt §. 39 *Inst. Just. II. 1 de rerum divisione et qualitate*, oder wenn Jemand *in locis fiscalibus vel publicis religiosive aut in monumentis*, sagt l. 3 §. 10 *D de jure fisci* (49, 14) einen Schatz findet, so gehört die Hälfte dem Fiskus.

Der *Lex Romana Visigothorum* ist ebenso wie dem Römischen Rechte der Satz fremd, dass alle Schätze auf privatem Grund und Boden dem Landesherrn gehören oder nur mit dessen Genehmigung gesucht werden dürfen. — *liber X tit. X de thesauris.* — ¹⁾

1) Ausgabe von Hänel p. 218, 219.

Die *Interpretatio* zu dieser Stelle lautet:

Si quicumque thesaurum in sua terra invenerit, ei ex integro, quod inventum est, acquiratur et nullam calumniam pertimescat. Si vero in loco alieno thesaurum casu iuenerit, eum qui loci dominus est, in quartam inventarum rerum debet admittere. Attamen nullus effodiendo loca aliena praesumat ista requirere.

Die *Epitome ab Aegidio edita*, die *Scintilla*, die *Epitome Codicis Guelpherbitani*, die *Epitome Monachi*, die *Epitome Codicis Seldeni*¹⁾ kennen gleichfalls kein allgemeines Schatzregal.

Die *Epitome S. Galli* bestimmt:

Si quis homo aut aurum aut aliqua alia robustura in sua propria terra invenerit ad nullum hominem exinde dare non debet nisi ipse sibi in integro vindicaret, nam si quis homo in alterius terra aut aurum aut aliqua robustura invenerit, quartam portionem ille cuius terra est exinde reddat.

Auch diese Bestimmung muss der Ueberschrift des Titels und auch deswegen auf das Graben von Schätzen bezogen werden, weil der folgende Titel das Suchen von Mineralien behandelt, und letzteres einem Jeden auch auf fremdem Grund und Boden gestattet.²⁾ Muss man aber die Stelle auf das Graben von Schätzen beziehen, so beweist sie, dass auf eigenem Grund und Boden Jeder ohne Erlaubniss, auf fremdem Jeder mit Genehmigung des Grundeigenthümers Schätze suchen darf.

Ein Schatzregal, welches dahin ginge, dass alle Schätze dem Kaiser gehören, und dass kein Schatz ohne kaiserliche Erlaubniss gegraben werden darf, ist, so scheint mir, auch in das deutsche Recht niemals aufgenommen worden. Die Ronkalische Constitution Friedrich I. vom Jahre 1158 — II. F. 56 — zählt unter den Regalien nur auf:

dimidium thesauri inventi in loco Caesaris non data opera vel loco religioso, si data opera totum ad eum pertineat.

Mit dem Römischen Rechte stimmt auch der Schwabenspiegel überein, nur setzt er die Antheile des Finders und Grundeigenthümers anders fest:

1) Haenel p. 218, 219.

2) Siehe oben §. 2.

Landrecht 346 in der Lassberg'schen Ausgabe S. 147.

Vnde ist daz ieman iht vindet vf sinem gute daz ist sin mit rechte, ob er vnder der erde vindet vnd vindet er aber anders ieman danne er selbe. vnd daz er ez hat nyt geheizen suchen. dem sol er daz vierde teil geben wan daz is syn fvnd recht.“

347: Vnde vindet ein man gut of der vrien strazze. vnder der erde das ist des riches vnd dem vinder sol daz vierteil werden u. s. w.

Die in Carl Wilhelm Gärtners Ausgabe des Sachsen-
spiegels¹⁾ aufgeführte, die sogenannte gemeine Glosse trägt zu Artikel 35 die Grundsätze des Römischen Rechts über die Schätze vor. Sie sagt, dass nicht Jeder, sondern nur der mit der schwarzen Kunst oder an gewissen Orten gefundene Schatz ganz oder theilweise dem Reiche gehören soll. Sie sagt ganz ausdrücklich:

Und zuletzt mag sie (Schätze) ein jeder suchen und finden an den Orten, welche seine eigen sind.

Es ist also nach der Glosse gestattet, auf seinem eigenen Boden auch tiefer als Pflug und Spaten gehen, ohne königliche Genehmigung nach Schätzen zu graben.

Schon nach den vorstehenden Ausführungen dürfte es schwer angänglich sein, Artikel 35 §. 1 des Sachsen-
spiegels auf Schätze zu beziehen. Es treten indess noch zwei Umstände hinzu, welche dies fast unmöglich erscheinen lassen. Artikel 66 im Sachsen-
spiegel, Buch III bestimmt nämlich:

Ane sin (des Richters) orlof mut man wol graven also diep, also en man mit eneme spaden upgeschieten mach die erde, so dat he nene schemele ne make.

Es war also nach dem Sachsen-
spiegel verboten, auf eigenem Boden ohne Erlaubniss des königlichen Richters tiefer zu graben als dies bei der Ackerbestellung zu geschehen pflegt. Entweder gehörten nun dem Könige alle Schätze, abzüglich des Finderanteils, so musste es ihm lieb sein, wenn Jemand auf eigenem Besitzthum zum Zwecke des Schatzfindens, wie tief auch immer, suchen würde. Oder die Schätze auf privaten Ländereien gehörten nicht dem Könige, so hatte er kein

1) Leipzig, 1732, S. 86.

Interesse, Jemandem zu verbieten, über eine gewisse Tiefe nach Schätzen zu graben.

Ferner ist daran zu erinnern, dass Artikel 346 des Schwabenspiegels Jedem die Schätze zuspricht, welche er auf seinem eigenen Gute findet. Es ist deshalb nicht möglich, dass der Schwabenspiegel im Artikel 197 vorschreiben sollte, dass die Schätze zur königlichen Gewalt gehören.

Also von Schätzen handeln, dies dürfte erwiesen sein, Artikel 35 des Sachsen- und Artikel 197 des Schwabenspiegels nicht: es fragt sich, ob sie von Bergwerksgut handeln?

Bejaht man diese Frage, so erhält die besprochene Stelle des Sachsen- und Schwabenspiegels folgenden Sinn:

Alles Bergwerksgut, begraben tiefer unter der Erde, denn ein Pflug geht, gehört zur königlichen Gewalt. Silber darf auch Niemand brechen auf eines anderen Mannes Gute, ohne dessen Willen u. s. w.

Aller Bergwerksschatz, all shat, *omnis thesaurus*, begraben tiefer unter der Erde, denn ein Pflug geht, gehört zur königlichen Gewalt: aller Bergwerksschatz ist regal und kann ohne Genehmigung des Regalherrn nicht gegraben werden. Diese Genehmigung reicht aber — ausser beim Silberbrechen — auch aus; einer weiteren Genehmigung und insbesondere derjenigen des Grundeigenthümers bedarf es nicht.

Alles Bergwerksgut ist Regal, also auch Silber. Deshalb darf Niemand, selbst nicht der Grundeigenthümer auf eigenem Boden tiefer als der Pflug geht, Silber brechen. Um Silber auf einem fremden Grundstücke zu brechen, bedarf man indess auch der Genehmigung des Grundeigenthümers. Ausser der Erlaubniss des Regalherrn ist für das Silberbrechen ausnahmsweise auch noch die Erlaubniss des Grundeigenthümers nöthig. Diese Auffassung wird als eine richtige durch mehrere Glossen des Sachsenspiegels bezeugt.

Die bei Gärtner abgedruckte Glosse fährt — S. 87 — nachdem sie die Theorie vom Schatze, der regelmässig nicht dem Reiche gehört, vorgetragen hat, fort wie folgt:

„Merk, dass ein Unterschied ist zwischen Schatz und Ertz, davon er hie saget, dass es dem Reiche gehöre. Denn er allhie Ertz vor einem schatz nimmt, und uneigentlich beniemet. Solches hastu auch l. 44 ff.

de acq. rer. poss. l. 15 ff. ad exhib. Dis ist darumb, dass die deutsche Sprach nicht so viel besondere Namen hat, als Dinge sein *l. 4 ff. de praescr. verb.* Wisse auch, ob wol alle Land dem Reich unterthan sind, so mag kein Ertz ohne des willen brechen, des die stedt oder boden ist.“

Der letzte Satz „Wisse auch u. s. w.“, bestätigt, dass aus dem Rechte des Reiches an allen Erzen noch nicht folge, dass sich der Grundeigenthümer das Brechen von Silber durch Jeden gefallen lassen müsse, der vom Reiche hierzu die Erlaubniss hat. Es sei also neben der Erlaubniss des Reichs auch noch diejenige des Grundeigenthümers nöthig — indess nur beim Silberbrechen.

Nicht minder beweisend dürfte der Inhalt eines in Schlesien aufgefundenen, aus dem dreizehnten Jahrhundert herrührenden Codex des Sachsenspiegels und seiner Glosse sein. Derselbe hat hinter dem Worte „Silber“ die Worte „noch Golt“ und lautet im lateinischen Texte:

*In locis alienis aurum nec argentum fodere licet*¹⁾

Zu der beregten Stelle lautet nun die Glosse wie folgt:

„In dysin Articulo vuret er Bergrecht, des saltu wissen. Alle dy Bücher dy der sein von Bergrechte. Dy sin ufkomen von wilküren, dy sich die lute selber under sich gesatzt haben, da wenig dy leges von sprechin und wollin das bevelen den bergleuten. Yedoch saltu wissen, das dy leges einteil upwisen. *Just. de rer. divisione § thesauros.*

Nu saltu wissen, was ein schatz heist

Nu pruf ein unterscheit an ertz und an schatze. Dys ist da er hy von spricht, das in das riche hore und hie trennet er ertz von schatze eigentlich zu vornehmen Das ist darumme das ty Dutschin also vyel namen nicht hat als is dingis ist § Alleine das er des riches, so mus man doch nicht uz brechen, — nämlich Silber nicht — ane des gunst des dy stat is.“

1) Steinbeck in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 255 ff. Der Codex wird als Codex „Steinbeck“ bezeichnet.

Auch Homeyer bezieht Artikel 35 §. 1 nicht auf den Schatz, sondern auf Bergwerksgut, da er zu dieser Stelle aus einer Glosse anführt: „dat alle schat hore in dat rike, dat is war, wor man schatz nimt vor erze.“

Die Auffassung, dass nach dem Sachsen- und Schwabenspiegel alle Bergwerke Regalien sind und alle Bergwerke ausser Silbergräbereien auch von den Nichtoberflächeneigenthümern mit Erlaubniss des Regalherrn betrieben werden dürfen, stimmt mit demjenigen überein, was nach dem Löwenberger Goldrechte beim Goldgraben in Schlesien galt.¹⁾

Mit der eben ausgesprochenen Auffassung lassen sich denn auch mehrere Umstände vereinigen, welche sonst schwer erklärlich sein würden.

§. 1 behandelt alle Arten von Bergwerksgut, §. 2 nimmt von diesen allen eines, das Silber, heraus.

Das Wort ok in §. 2 erklärt sich, weil nach der diesseitigen Auffassung auch die Genehmigung des Grundeigenthümers nöthig ist. Allein für sich ist sie ungenügend. Sie muss auch zu derjenigen des Regalherrn hinzukommen.

Die Worte „tiefer als ein Pflug geht“ erklären sich aus dem Umstande, dass es gut erschien, die Grenze zwischen den Rechten des Bergregalherrn und des Grundeigenthümers zu ziehen. Der Sinn der Sachsenspiegelstelle ist, scheint mir, der, dass der Grundeigenthümer nur die Ackernutzung, nicht aber die Bergwerksnutzung haben soll. Beschränkungen der Bergbaufreiheit zu Gunsten des Grundeigenthümers finden sich übrigens schon seit dem Römischen Rechte, welches den Bergwerksbetrieb unter fremden Gebäuden nicht zuliess wider Willen des Eigenthümers derselben.

Das Wort „begrevet“ in Artikel 197 des Schwabenspiegels dürfte auch nicht, wie Böhlau Seite 16 anzunehmen scheint, den Sinn von „vergraben“, sondern nur den Sinn von „ausgraben“ oder „graben“ haben; denn die vergrabenen Schätze gehören zunächst dem Eigenthümer derselben — *l. 44 pr. D de acq. vel omitt. possess. (41, 2).* —

1) Siehe oben §. 15. Dieses Goldrecht zuerst zum Vergleiche herangezogen zu haben, ist das Verdienst Steinbecks, dessen Geschichte des schlesischen Bergbaues vielleicht nicht überall die ihr gebührende Aufmerksamkeit gefunden zu haben scheint.

Auch der Ausdruck „schat“ im Sachsenspiegel wird nicht auffallen können. Dass in der That die Worte „Schatz“ und „*thesaurus*“ nicht nur von solchen Sachen gebraucht wurden, welche durch Menschen verborgen sind, sondern auch von solchen, welche gewissermassen die Natur unter der Erde verborgen hat, ist meines Wissens unstreitig.¹⁾ Wenn nun noch die Glossen ausdrücklich bezeugen, dass hier nicht von solchen Schätzen gesprochen wird, welche durch Menschen vergraben sind; wenn ferner der Schwabenspiegel von Schätzen dieser Art an einer anderen Stelle und in ganz anderer Weise handelt, so dürfte die Beziehung der Worte schat und schaecz auf Bergwerksgüter unbedenklich sein. Die Glossen geben dafür, dass die Spiegler Schätze statt Erz gesagt haben, als Grund an, dass ein geeignetes Wort in der deutschen Sprache nicht vorhanden sei. Dem tritt zwar Böhlaus mit dem Hinweis darauf entgegen, dass schon in einer steirischen Urkunde vom Jahre 1103 das Wort „*Aric*“ für Erz vorkomme.²⁾ Allein abgesehen davon, dass daraus noch nicht die allgemeine Anwendung des Wortes „Erz“ in ganz Deutschland bewiesen ist, so dürfte dabei auch noch zu beachten sein, dass nicht alle, sondern nur ganz gewisse Erze der königlichen Gewalt unterstanden haben, und dass nicht alle der königlichen Gewalt unterworfenen Mineralien Erze sind. Erz (*arx*, *aris*) ist kein deutsches Wort, sondern das lateinische *aes*; eben deshalb wollte es der Spiegler nicht anwenden.

Am Besten hätte der Spiegler vielleicht verfahren, wenn er, wie die Goldene Bulle, die der königlichen Gewalt unterworfenen Mineralien einzeln aufgezählt hätte. Die dieser Gewalt unterworfenen Mineralien, Gold, Silber, Soolquellen u. s. w. waren eben die Bergwerksschätze, von denen, wie alle Bergwerksgeschichten beweisen, die damalige Zeit annahm, dass

1) Siehe auch Sachsse in der Zeitschrift für deutsches Recht X, S. 62 ff.

2) *Aric*, *Arx*, *Arzt* bedeutet indess in dieser wie in anderen steirischen Urkunden meines Erachtens nur Eisen-, höchstens noch Kupfererz (vergl. Muchar III, S. 101). Alle Mineralien umfasste es nicht und namentlich nicht die Salinen, denn es heisst in jener Urkunde vom Jahre 1103 „*salino et rudere quod Aric dicitur*“ (*Pezii thesaurus anecdotorum novissimus Aug. Vind. et Graecii 1721 seq. tom. VI, 1 p. 285*).

sie von einer überirdischen Kraft absichtlich in der Erde verborgen und durch Zeichen und Wunder den Menschen offenbart würden.¹⁾

Die Annahme, dass der Sachsenspiegel ein allgemeines Bergregal und mit einer Beschränkung beim Silberbrechen auch die Bergbaufreiheit gekannt hat, stimmt überein mit der Kulmischen Handveste vom Jahre 1232, wonach ein besonderes Freiburger, also sächsisches Recht des Finders von Silber auf fremdem Grund und Boden und umgekehrt ein besonderes Recht des Eigenthümers jenes Grund und Bodens beim Silberbrechen bestanden haben²⁾ und wonach diese besonderen Rechte mit dem Bergregale vereinbar gewesen sind.³⁾

Auch die anscheinenden Abweichungen des Sachsenspiegels vom Freiburger Bergrechte dürften sich befriedigend erklären lassen. Ersterer spricht die Bergwerksschätze (die regalen Mineralien) dem Reiche, letzteres dem Landesherrn zu. Ersterer giebt aber das allgemeine, letzteres das Partikularrecht. Der Sachsen- und der Schwabenspiegel sprechen auch die übrigen Regalien dem Reiche, beziehungsweise dem Kaiser zu, obwohl dieselben thatsächlich zur Zeit ihrer Abfassung schon in den meisten Territorien und auch in Meissen auf den Landesherrn übergegangen waren.³⁾

1) Die Entdeckung der ältesten baierischen Goldbergwerke erfolgte angeblich durch wunderbare Lichterscheinungen. (*Juvavia* Anhang p. 31 *de inventione Juvavensis castris*.) Nicht minder knüpfen sich Wundergeschichten an die Eröffnung der ältesten böhmischen Bergwerke. Graf Kaspar Sternberg, von Sperges, Klotzsch u. A.

2) „*Inventor argenti, sive is in cujus agris inventum fuerit jus fribergense in ejus modi inventionem habeat in perpetuum.*“

3) *Retinemus enim domui nostrae in bonis eorum venas salis, auri argenti ita tamen ut inventor argenti sive is in cujus agris inventum fuerit jus fribergense habeat in perpetuum.*

4) Sachsenspiegel, Buch II, Art. 26, §. 4: „niemanne mut market noch monte erhebben ane des richteres willen bynnen der gerichte it leget. Ok sal di koning durch recht sinen handscho dar to senden to bewisene dat it sin wille si.“ Siehe auch daselbst Buch III, Art. 60, §. 2.

Schwabenspiegel, Cap. 304, §§. 1 u. 2, Ausgabe von Gengler S. 191: „Es spricht der keiser Karel: es sol nieman deheinen zol nemen wan der von alter her is komen mit rechte, und den min ane und min vater kunic Pippin gesetzet hant Wir sprechen, daz

Der Sachsenspiegel macht das Silberbrechen abhängig auch vom Willen des Grundeigenthümers, das Freiburger Bergrecht giebt dagegen dem Grundeigenthümer nirgends ein Widerspruchsrecht gegen den Bergbau und gewährt ihm nur ein Zweiunddreissigstel als Ackertheil.

Es fragt sich indess, ob der Sachsenspiegel diese Erlaubniss für den Silberbergbau, oder nur für das Silberbrechen oder Silbergraben fordert. Nicht jede Gewinnung von Erzen ist nach älterer deutscher Auffassung als Bergbau angesehen worden. „Was ist Bergwerk“ — heisst es bald zu Anfang in den *Institutiones metallicae* von Kirchmaier aus dem Jahre 1687 — „Es sind die Werk damit in und auff der Erden erfahren, geschickte verständige und bescheidentliche Bergleuth, aus denen Bergen, und aus der Erden Ertz hauen, dasselbe gar künstlich und genau suchen und finden.“

„Bergwerk, sagt Herttwig¹⁾, sind diejenigen Oerter, da man nach Ertzen Schächte senket und Stollen treibet oder Schürffe wirffet.“ Das Brechen von Silber wird hiernach als Bergbau nicht angesehen werden können, wenn es, wie dies zur Zeit des Sachsenspiegels der Fall war, mittels einfacher Gräbereien von der Oberfläche ausgehend und ganz nahe der Oberfläche bleibend, ohne eigentliche bergmännische Technik durch sogenannten Duckelbergbau geschah²⁾.

Dagegen lassen das Freiburger wie das Iglauer und Schemnitzer Bergrecht ihrem ganzen Inhalte nach erkennen, dass sie einen Bergbau im eigentlichen Sinne des Wortes voraussetzen. Auch das Löwenberger Bergrecht spricht ähnlich wie Sachsen- und Schwabenspiegel nur vom „Graben auf dem Acker.“

Es ist hiernach wohl möglich anzunehmen, dass nur zum Graben oder Brechen von Gold nach dem Löwenberger

alle zolle und alle münzen, die in dem romischen riche sint, die sint eines romischen kunigs; und swer si wil haben, der si pfaffenfürste oder leienfürste, der muz si haben von dem römischen kunige. Und wer daz nicht tut, der frevelt an dem riche.“

1) Christoph Herttwig, Neues und vollkommenes Bergbuch.... Dresden und Leipzig 1710, p. 69.

2) Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 81.

Goldrecht und nur zum Graben oder Brechen von Silber nach dem Sachsen- und Schwabenspiegel die Erlaubniss des betheiligten Grundeigenthümers nöthig war.

Für diese Auffassung lässt sich als innerer Grund der Umstand anführen, dass ein Graben von Silber oder Gold, soweit die Gräbereien gingen, die Ackernutzung unmöglich machte, während ein eigentlicher Bergbaubetrieb, nur einzelne Plätze zu Schacht- und Haldenanlagen dem Grundeigenthümer entzog.

Man kann indess selbst zugestehen, dass nach dem Sachsenspiegel der Silber- und nach dem Löwenberger Goldrecht der Goldbergbau auf fremdem Grund und Boden nicht ohne Erlaubniss des Grundeigenthümers betrieben werden durfte, ohne dass damit die Regalität des Silber- und Goldbergbaues geleugnet würde.

Das Regal hat zunächst nur das Verfügungsrecht des Regalherrn an den dem Regale unterworfenen Mineralien zum Gegenstande. Daraus folgt nur, dass Niemand ohne Genehmigung des Regalherrn Bergbau auf solche Mineralien treiben durfte, und dass der Regalherr Jedem einen solchen Bergbau gestatten konnte. Daraus aber folgt noch nicht, und dies dürfte gegen Böhlau (p. 16) anzuführen sein, dass sich der Grundeigenthümer die Zerstörung und Unmöglichmachung seiner Ackernutzung gefallen lassen müsse.

Es lag nun ein ganz besonderer Grund vor, warum gerade beim Silber- und Goldbergbau Vorkehrungen zum Schutze der Grundeigenthümer getroffen werden mussten. Um jene Zeit wollten Unzählige Gold und Silber durch leichte Mühe gewinnen¹⁾, so dass oft der Ackerbau vernachlässigt wurde.

Wie Graf Sternberg²⁾ erzählt, ziehen sich noch heute zahllose Seifenhügel an den Flüssen durch Böhmen, Mähren und Schlesien, welche von den Gold- und Silbergräbereien jener Tage herrühren und oft bis auf den heutigen Tag den Boden unfruchtbar gemacht haben. Man denke sich, dass da-

1) Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen, S. 35 bis 52 u. A.

2) Umriss einer Geschichte der böhmischen Bergwerke, Prag 1837. Erster Band, zweite Abtheilung, S. 13 ff.

mals Tausende zugewanderter Menschen überall in den Aeckern nahe den Flüssen und Bächen Löcher machten, Gräben zogen, das Erdreich herausholten und auswuschen, um Silber und Gold daraus zu gewinnen und dann meist, ohne zuvor die entstandenen Gruben zuzufüllen oder das aufgeworfene Geröll zu entfernen, wieder weiter zogen! Dass unter solchen Umständen die Grundherrn dieser Art des Bergbaubetriebes mit Erfolg Widerstand entgegensetzten, dürfte begreiflich sein.

Die Frage, wie weit und unter welchen Umständen der Regalherr befugt war, auf fremden Besitzungen Bergbau betreiben zu lassen, ist je nach den obwaltenden Umständen und wahrscheinlich auch nach den Machtverhältnissen zwischen Regalherr und Grundbesitzern, auf die verschiedenste Weise beantwortet worden, und oft finden sich nach dieser Richtung hin abweichende Vorschriften für Berggewohnheiten, welche räumlich und zeitlich nahe bei einander liegen. Dies ist z. B. der Fall bei dem Löwenberger Goldrechte, welches das Graben von Gold auf fremden Besitzthümern vom Willen des Grundbesitzers abhängig macht und beim Liegnitzer Goldrechte, welches dem Grundeigenthümer nur ein beschränktes Vorrecht zum Muthen einräumt. Wegen seiner Lagerungs- und Abbauverhältnisse ist um jene Zeit die Regalität des Eisens von den Grundherrn in Böhmen und Schlesien mit Erfolg bekämpft worden. In diesen Ländern ist bis auf den heutigen Tag Eisen Zubehör zu Grund und Boden geblieben.

Nach diesen Anführungen wird es vielleicht als kein unlösbarer Widerspruch erscheinen, wenn der Sachsenspiegel abweichend vom Freiburger Bergrecht dem Grundbesitzer beim Silberbrechen ein Widerspruchsrecht einräumt. Dass der Sachsenspiegel nur vom Silberbrechen und nicht vom Goldbrechen spricht, erklärt sich endlich aus dem Umstande, dass im Sächsischen damals nur Silber- und keine Goldgewinnung stattfand, während in Schlesien umgekehrt nur Gold- und keine Silbergewinnung stattfand.

Bergregal und Bergbaufreiheit in England.

§. 19. Schon vor der Römerzeit ging in England ein reger Bergbau um. Wahrscheinlich war derselbe von den

Phöniciern ins Leben gerufen¹⁾. Auf einer höheren Stufe der Entwicklung hat er nicht gestanden, da man sich keiner eisernen Geräthe bediente, und nur solche von Eichen oder Stechpalmen gebrauchte²⁾.

Die Römer, welche Britannien eroberten, haben den Bergbau auf eine höhere Stufe der Kultur gebracht, insofern sie die ihnen wohlbekannten eisernen Geräthe auch beim dortigen Bergbau zur Anwendung brachten. Darüber, wie sie die rechtliche Verfassung des Bergbaues einrichteten, wissen wir wenig Sicheres. Tacitus berichtet³⁾, dass Britannien Gold, Silber und andere Metalle, den Preis des Sieges, trage, was wohl dahin zu verstehen ist, dass die Römer als Sieger sich zu Herren und Eigenthümern der Metalle machten. Dies schliesst keineswegs aus, dass sie die Ausnutzung der Bergwerke nicht den Britanniern gegen Abgaben überliessen. Es dürfte auch mehr als wahrscheinlich sein durch die uralten Berggewohnheiten derjenigen Bezirke, in denen schon zur Römerzeit Bergbau umging, dass der Römische Staat ähnlich wie zu Vipaska und ähnlich wie später die Markgrafen zu Meissen das Eigenthum an den Bergwerken sich in der Weise nutzbar machten, dass sie durch ihre Beamten den Bergbautreibenden gewisse Grubenfelder zum Abbau gegen hohe Abgaben zutheilen liessen. Zur Römischen Zeit ging in den heutigen Grafschaften Cornwall, Devonshire, Derbyshire und Gloucestershire Bergbau um und die dort noch heute zum Theil in Kraft bestehenden Gewohnheiten reichen nach den Ueberlieferungen bis in die Phönicierzeit und jedenfalls bis in die Römerzeit zurück⁴⁾.

Dass die Römer die Britannier nicht gerade glimpflich behandelt haben, ist uns genugsam bekannt. „*Singulos sibi olim reges fuisse*, so heisst es beim Tacitus⁵⁾, *nunc binos im-*

1) *A treatise on the law of mines and minerals by William Bainbridge. Second Edition, London 1856, p. 557.*

2) *The laws and customs of the stannaries of Cornwall and Devon by Pearce. London 1725, preface p. II.*

3) *Cornelii Taciti Agricola recensuit P. Hofmann Peerlkamp. Leidae 1844, cap. XII: „Fert Britannia aurum et argentum et alia metalla, pretium victoriae.“*

4) *Bainbridge p. 557.*

5) *Agricola XV.*

poni, e quibus legatus in sanguinem, procurator in bona saeviret.
An einer anderen Stelle¹⁾ wird geklagt:

„Bona fortunaeque in tributum aggerantur, annus in frumentum, corpora ipsa ac manus, silvis ac paludibus emuniendis, inter verbera ac contumelias conteruntur. Nata servituti mancipia semel veneunt, atque ultro a dominis aluntur, Britannia servitutem suam quotidie emit, quotidie pascit Neque enim arva nobis aut metalla aut portus sunt, quibus exercendis reservemur.“

Nach dem Voraufgeführten dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, dass die Römer auch in Britannien die Eingeborenen oft wider deren Willen als Sklaven und Colonen zum Abbau der von ihnen erbeuteten Bergwerke verwandten.

Aus der Zeit der Angelsachsen fehlen, wie wenigstens versichert wird, alle Nachrichten über den Bergbau in England²⁾. Indess haben diese aller Wahrscheinlichkeit nach an den Einrichtungen des Bergbaues Nichts geändert, ausser dass die Bergwerke ihren Eigenthümer und die Bergbautreiber ihren Herrn wechselten. Die erobernden Deutschen liessen nämlich die Verhältnisse im Lande bestehen, nur theilten sie dasselbe unter sich ein³⁾, d. h. nicht, dass sie das ihnen zugewiesene Land selbst bebauten, sondern dass sie Eigenthümer und Herrn desselben wurden und von den ihnen unterthänigen Besitzern Abgaben für dessen Benutzung erhoben⁴⁾.

Im Jahre 1066 besiegte Herzog Wilhelm von der Normandie die Angelsachsen bei Hastings und eroberte in den folgenden Jahren das ganze Land. Nicht der Volksstamm, sondern der Herzog persönlich erwarb England, und er behandelte dies Reich wie eine persönliche Eroberung⁵⁾. Der

1) *Agricola XXXI.*

2) Nasse in der Zeitschrift für Bergrecht, Jahrgang XI, S. 172.

3) Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung oder das Selfgovernment von Dr. Rudolf Gneist, 2. Aufl., 1. Bd., Berlin 1863, S. 4 ff.

4) Daselbst S. 6 ff.

5) Daselbst S. 51 ff.

König theilte das eroberte Land in 60215 Ritterlehne ein. Die Besitzer derselben waren nur Lehnträger, Herr und Eigenthümer war und blieb der Herzog der Normannen und zugleich der König der Engländer. Jeder Realbesitz in England wurde „mittelbar oder unmittelbar vom Könige zu Lehen getragen¹⁾).

Ueber die Auftheilung des Landes giebt das noch unter Wilhelm dem Eroberer verfasste Reichsgrundbuch, das Domesdaybook, Auskunft²⁾. Ueber die Mineralien soll es indess, wie von Nasse³⁾ behauptet wird, keine Bestimmung enthalten. Daraus dürfte indess nicht folgen, dass wie Nasse will, dieselben zu den Rechten der Grundherrschaft, den *manorial rights*, gehören, sondern umgekehrt, dass sie vom Könige nicht mitverliehen, ihm also verblieben sind. Dies muss in der That angenommen werden aus nachstehenden Erwägungen:

Von jeher gehörten in England Gold und Silber nicht den Grundeigenthümern, sondern der Krone⁴⁾. Wann dieses Recht seinen Anfang genommen, steht nicht fest; die Engländer selbst führen es auf die Römerzeit zurück. Jedenfalls ist es nicht seit 1066 entstanden. Denn einmal würde sonst eine Nachricht hierüber aufzufinden sein, und sodann ist es genugsam bekannt, dass die Rechte, welche die englische Krone zu der Zeit Wilhelm des Eroberers hatte, den Grundherrschaft gegenüber gesunken und nicht gestiegen sind⁵⁾. Namentlich muss die Annahme als ausgeschlossen gelten, dass eine Nachahmung der Hohenstaufen stattgefunden habe, für welche übrigens auch nicht einmal der geringste Anhalt jemals angeführt ist⁶⁾. Gerade in der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts hatten die englischen Könige schon genug zu thun, wenn sie die unbegründeten Angriffe der Grundherrschaft und be-

1) Selfgovernment, Communalverfassung und Verwaltungsgerichte in England von Dr. Rudolf Gneist, 3. Aufl., Berlin 1871, S. 13.

2) Geschichte von England von J. M. Lappenberg (aus der Heeren und Ukert'schen Sammlung). Hamburg 1837, Band II, S. 143 ff.

3) Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 173.

4) *Bainbridge* p. 47.

5) Gneist, Selfgovernment, S. 21—27.

6) Vergl. Achenbach, deutsches Bergrecht, S. 87, Anm. Nach ihren früheren Wohnsitzen und Beschäftigungen war der Bergbau den Angelsachsen nicht minder als den Normannen gänzlich fremd.

sonders der Geistlichkeit zurückweisen wollten, welcher letzterer fast die Hälfte des Grund und Bodens zugetheilt war, und welche sich der auf ihren Besitz vom Könige gelegten Lasten zu entschlagen suchte. An eine Ausdehnung des Rechtes der Krone war damals sicher nicht zu denken¹⁾.

Es bestand ferner und jedenfalls seit Beginn der Normannenherrschaft das Zinnregal in England. In dem bereits früher angezogenen Patente König Johann's vom 29. October 1201 nennt derselbe alle, wo immer und selbst auf den Herrschaften der Bischöfe, Aebte und Grafen gelegenen Zinnbergwerke sein Eigenthum²⁾. Wenn der König in dem Patente sagt, dass er den Zinnbergbau nach den uralten Gewohnheiten in den Grafschaften Cornwall und Devonshire frei gegeben habe, so folgt daraus nicht, dass ihm die übrigen Zinnbergwerke in England nicht gehörten. Da die Bergbaufreiheit auf Zinn uralt war, diese Bergbaufreiheit aber aus dem Zinnregale des Königs abgeleitet wurde, so muss auch letzteres uralt und sicher so alt gewesen sein, wie die Normannenherrschaft zurückreichte. Würden ursprünglich die Zinnerze dem Grundeigenthümer gehört haben, bis Friedrich I. im Jahre 1158 das Regal an denselben sich anmasste, so konnte die auf das solchergestalt angemassete Bergregal gegründete Bergbaufreiheit im Jahre 1201 in England schwerlich als eine uralte Gewohnheit bezeichnet werden.

Auch die Kupfergruben waren früher ein Regal der englischen Könige; denn es sagt von ihnen und von Goldgruben König Heinrich III. in der Urkunde vom 23. November 1262³⁾:

„ad dignitatem nostram et non ad alium hujusmodi fodine in regno nostro debeant pertinere.“

Eduard I. nahm im Jahre 1276 alle metallischen Bergwerke in Irland für sich in Anspruch, ebenso Eduard II. später die Blei- und Silbergruben in Westmooreland⁴⁾.

1) Geschichte von England von Reinhold Pauli, 3. Band, Hamburg 1853, S. 39 ff. Man denke an den Kardinal Thomas Becket und die Deklarationen von Clarendon aus dem Jahre 1164!

2) S. die Urkunde bei Nasse in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 173: *„stammariae sunt nostra dominica.“*

3) Bei Nasse a. a. O. XI, S. 176.

4) Nasse, daselbst.

Auch die englischen Könige übten ihr Bergregal in der Weise aus, dass sie den Bergbau Dritten gegen Abgaben überliessen. Sie behielten die von ihnen überkommenen Einrichtungen bei, d. h. sie erlaubten, dass Bergbaulustige überall nach Erzen schürfen durften, sie liessen denen, welche solche Erze gefunden, gewisse Grubenfelder zumessen und begnügten sich mit Abgaben aus dem Bergbaue. Sie liessen mithin dasjenige fortbestehen, was als Bergbaufreiheit bezeichnet zu werden pflegt.

Ein Regulativ vom Jahre 1198¹⁾, welches über die Abgaben von Zinn, das Wiegen und Stempeln desselben und den Zinnhandel spricht, führt die bezeichnende Ueberschrift *Charta Stannariarum Domini Regis*, und beginnt mit folgenden Worten:

„Omnes foditores et nigri stagni emptores et de stagno primi fusores, et de stagno prime funture mercatores, habeant justas et antiquas libertates in Devoniam et Cornubiam constitutas.“

Welcher Art diese gerechten und althergebrachten Freiheiten und Gewohnheiten waren, erfahren wir aus dem schon oft erwähnten Patente König Johann's v. J. 1201, welches hier nochmals und vollständig mitgetheilt werden soll.

„Sciatis,“ so ruft der König den Bischöfen, Aebten, Baronen zu, *nos concessisse quod omnes stammatores nostri in Cornubia et Devoniam sint liberi et quieti de placitis natorum dum operantur ad commodum firmæ nostræ vel commodum marcarum novi redditus nostri, quia stannariæ sunt nostra dominica. Et quod possint omni tempore libere et quiete absque alicujus vexatione fodere stammum et turbas ad stammum fundendum ubique in moris et in feodis Episcoporum et Abbatum comitatum sicut solebant et consueverunt et emere buscam ad funturam stammi sine uesto in regardis forestarum et divertere aquas ad operationem eorum in stannariis, sicut de antiqua consuetudine consueverunt.*

1) Bei Nasse, S. 173. Leider hat derselbe von diesem Regulativ nur den Eingang und nicht einmal den Inhalt mitgetheilt.

Hieraus ergibt sich Folgendes:

Die Zinnerze waren, wenigstens in den Grafschaften Cornwall und Devon von uralter Zeit her kein Zubehör zu Grund und Boden. Weder der Grundherr noch der Grundbesitzer (Hintersasse, *farmer*) hatten das Recht sich dieselben zuzueignen. Die Zinnerze sind Eigenthum des Königs. Der König aber baut sie nicht unmittelbar für eigene Rechnung, sondern lässt sie durch Bergleute graben, welche ihm Abgaben entrichten. Diese Bergleute sind keine Gemeindegengenossen; denn es werden ihnen die Einheimischen entgegengesetzt. Sie dürfen nicht bloss auf Gemein- und Folkland, sondern überall Zinnbergbau treiben. Diese ihnen zustehende Befugniss, auch auf fremden Gründen Bergbau zu treiben, wie die andern ihnen zustehenden Gerechtigkeiten (z. B. die Holz- und Wassergerechtigkeit), haben sie nicht aus eigenem Rechte, sondern weil der König ihnen dieselben eingeräumt hat („*nos concessisse*“), und zwar nicht im Interesse der Bergleute, sondern in seinem eigenen Interesse „*ad commodum firmae nostrae*.“

Die Macht der englischen Könige nahm nun seit Johann in demselben Masse ab, wie diejenige der geistlichen und weltlichen Grundherrn zunahm. Schon in der *Magna Charta* vom Jahre 1215 wurden die Rechte des Königs auf Kosten der Grundherrn sehr geschmälert. Die in derselben enthaltene Vorschrift¹⁾, dass weder der König noch ein königlicher Beamter oder ein Anderer Jemandes Holz nehmen soll zu königlichen Burgen oder anderem Gebrauche ausser mit Zustimmung des Eigenthümers, musste auch die königlichen Bergleute treffen, welche ähnlich wie in Deutschland Holzgerechtigkeiten besessen hatten. Als die Grundherrn immer grösseren Widerstand der vom Könige erlaubten Bergbaufreiheit auf Zinn entgegensetzten und die Parlamente sich ihrer annahmen, erliess König Eduard I. im Jahre 1305 zwei im Wesentlichen übereinstimmende Charten für die Grafschaften Cornwall und Devonshire, welche schon den Rückgang der königlichen Rechte über den Zinnbergbau erkennen lassen.

1) Gneist, Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung, 2. Aufl., S. 138.

Nach diesen Charten sollen nämlich Bergregal wie Bergbaufreiheit auf Zinnerze nur noch in den Grafschaften Cornwall und Devonshire gelten. Für diese Grafschaften wurden aber die alten Rechte vom Könige bewahrt.

Es heisst in der Charte für Cornwall¹⁾:

quod omnes Stannatores praed' operantes in Stannariis illis, quae sunt dominica nostra, dum operantur in eisdem sint liberi et quieti de placitis nativorum
Concessimus etiam eisdem Stannatoribus, quod fodere possint Stannum ubique in terris, moris, et vastis nostris et aliorum quoruncunque in Com(itatu) praed(icto) et Cursus aquarum ad operationes divertere.

Allein auch die Einschränkung auf die beiden Grafschaften genügte den Grundherrn nicht. Ihr Widerspruch wuchs, bis unter der Regierung Eduard III. das Parlament eine „*declaration, limitation und exposition*“ der Charten v. J. 1305 vornahm, welche die Rechte des Königs, auf fremden Besitzungen Zinnbergbau treiben zu lassen, gar sehr verkürzte.

Zu der Stelle der Charten, wonach in den Grafschaften Cornwall und Devonshire der Zinnbergbau überall frei sein soll, lautet nämlich jene Deklaration in ihrer späteren englischen Uebersetzung²⁾:

„It seems to be a very necessary thing in this Case, that their Customs and Uses be enquired into and that the Warden of the Tin-Work have a Charge, that he do not permit any Tinner in the said Tin-Work, to dig in any Meadow-Land nor Woods, nor among Woods, nor to seek among Woods or among Houses, nor disturb Waters

Hiernach wurde also der königliche Bergbeamte angewiesen, den Bergbau unter Wiesen, unter und zwischen Wäldern und Häusern nicht ferner zu gestatten.

1) Die Charte für Cornwall ist bei Pearce p. 1, 2, diejenige für Devonshire daselbst p. 186, 187 abgedruckt.

2) Dieselbe war ursprünglich französisch abgefasst. Die Uebersetzung findet sich bei Pearce p. 5—8.

Nach dieser Deklaration des Parlaments und nach anderen späteren Einschränkungen kann in Cornwall und Devonshire ausser mit Einwilligung des Grundeigenthümers nur noch Zinnbergbau getrieben werden auf Gemeinland (*Wastrel Lands*) oder auf ehemaligem Gemeinland, auf und unter welchem früher Zinnbergbau betrieben war, ehe es in Sonderbesitz überging.

Dies ist wiederholt von den Zinnparlamenten, z. B. unter Jakob I. und Karl I. anerkannt worden. Das Zinnparlament für Cornwall erklärte im eilften Jahre der Regierung Karl I.¹⁾:

We present and affirm, that by common proscribed Stannary Right, any Tinner may bound any Wastrel Lands within the County of Cornwall, that is unbounded or void of lawfull Bounds²⁾; and also any several and inclosed Land, that has been anciently bounded and assured for Wastrel, by delivering of Toll-Tin to the Lord of the Soil³⁾, before the Hedges, were made upon it.

Die nämlichen Grundsätze gelten im Wesentlichen noch heute in Cornwall und Devonshire⁴⁾.

Wie Zinnregal und Zinnbergfreiheit bis auf einzelne Reste verloren gingen, so geschah dies bei den übrigen unedlen Erzen. Zunächst wurde das Recht des Königs, auf fremden Besitzungen nach solchen Erzen graben zu lassen, aufgehoben; dann wurde den Grundeigenthümern von der Krone das Recht zum Bergbaubetriebe gegen Abgaben und unter Vorbehalt des königlichen Verkaufrechtes ganz allgemein ertheilt; darauf wurden die Abgaben, welche allmählig den Charakter von Steuern erhielten, durch die Parlamente herabgesetzt, theilweise sogar beseitigt; und endlich wurde das Vorkaufsrecht der Krone, welches zu Recht noch heute bei einzelnen Metallen besteht, dadurch illusorisch gemacht, dass die Parla-

1) Pearce, p. 37.

2) *Bounds* sind Grubenfelder.

3) Wie nach den meisten deutschen Bergrechten, so hatten die Bergleute auch nach den englischen Berggewohnheiten neben den Abgaben an die Regalherren auch noch solche an die Grundherren zu entrichten.

4) Bainbridge, p. 556.

mente übertrieben hohe Preise bestimmten, zu denen allein die Krone befugt sein soll, die Erze für sich zu erwerben.

Zur Zeit der Königin Elisabeth wurde in dem *Great Case of Mines*¹⁾ durch Richterspruch festgestellt, dass der Krone nicht bloss Gold- und Silberbergwerke, sondern auch die gold- und silberhaltigen anderen Metalle, ohne Rücksicht auf die Höhe des Gehalts an edlem Metalle, gehörten.

Heute gehören nur noch die Gold- und Silberbergwerke, allerdings ohne Rücksicht auf welchen Grundstücken sie liegen, der englischen Krone²⁾. Dass die Parlamente auch dieses Regal nicht beseitigt haben, erklärt sich vielleicht aus dem Umstande, dass Bergbau auf edele Metalle in England tatsächlich kaum betrieben wird.

Es ist nun hoch wichtig, dass in England anerkannter Maassen, so weit das Bergregal reichte und reicht, auch die Bergbaufreiheit ging und geht. Die Bergbaufreiheit war die Form, in welcher auch die englische Krone ihr Bergregal ausübte. Es ist desshalb noch heute geltendes und feststehendes Recht in England, dass die Krone berechtigt ist, Gold- und Silbererze überall und auf allen Privatländereien gewinnen zu lassen.

„It has been long decided, not only, that all mines of gold and silver within the realm, though in the lands of subjects, belong exclusively to the crown by prerogative, but that this right is also accompanied with full liberty to dig and to carry away the ores ³⁾

Schon im *Great Case of Mines* wurde durch Richterspruch festgestellt, dass rücksichtlich der den Königen gehörigen Erzen diesen die Befugniss zustehe, solche auch auf und unter fremden Besitzungen gewinnen zu lassen.⁴⁾

Abgesehen von den edeln Metallen gehören nach heutigem Rechte alle Mineralien dem Grundeigenthümer und können nur gewonnen werden, wenn der Eigenthümer zugleich mit dem Farmer seine Einwilligung ertheilt.⁵⁾

1) Bainbridge p. 49. Nasse an der angezogenen Stelle, S. 180 ff.

2) Bainbridge p. 47.

3) Bainbridge p. 47.

4) Nasse, S. 180.

5) Bainbridge p. 4—46.

Es entspricht nun sowohl dem Charakter des englischen Volkes wie der Entwicklung seines Rechts, dass die Trennung zwischen Oberflächen- und Bergwerkseigenthum an den Orten bis heute bestehen geblieben ist, wo dieselbe thatsächlich durchgeführt war, bevor die Grundeigenthümer das Recht auf die Mineralien übertragen erhielten.

Dies ist der Fall ausser in einzelnen Theilen von Cornwall und Devonshire noch in gewissen Gegenden von Derbyshire und in dem Walde von Dean, wo noch heute die Bergbaufreiheit ebenso geltendes Recht ist, wie sie dies wahrscheinlich schon zur Römerzeit gewesen ist.¹⁾ An allen jenen Stellen haben nämlich schon die Römer Bergbau getrieben und die englischen Ueberlieferungen behaupten sogar, dass die dort ebenso wie die in den Cornwall noch heute bestehenden Berggewohnheiten, in die Phönicische Zeit zurückreichen. Sicher ist, dass Freiheiten und Gewohnheiten von Derbyshire, wie sie noch heute gelten, schon im dreizehnten Jahrhundert als seit unvordenklicher Zeit bestehend urkundlich und eidlich bezeugt wurden.²⁾

Die Districte, wo die Bergbaufreiheit bestehen geblieben ist, heissen Königsfelder; aber nicht, weil der König der Grundherr, sondern weil er der Eigenthümer der Bergwerke war.³⁾ Denn die Grundherren wurden von jeher besonders erwähnt, sie erhielten Abgaben dafür, dass der königliche Beamte (Bailiff oder Barrmaster) auf und unter ihrem Gebiete Bergwerksfelder überweist.

Es ist bei der Entwicklung der englischen Verfassungsgeschichte begreiflich, dass wie in Cornwall und Devonshire, so auch sonst die Rechte der Krone gegenüber denjenigen der Bergbautreibenden allmählig in den Hintergrund getreten, und dass früher der Krone zustehende Rechte über den Bergbau auf die Grundeigenthümer übergegangen sind.

Die Berggewohnheiten in der Grafschaft Derbyshire.

§. 20. Die Einwanderung deutscher Bergleute nach England erfolgte erst unter den Regierungen Heinrich VIII. und

1) Bainbridge p. 557.

2) *Pettus fodinae regales* p. 82 (nach Nasse S. 174).

3) Bainbridge p. 545.

der Königin Elisabeth. Viele Jahrhunderte früher bestanden erweislich schon die Berggewohnheiten in Derbyshire.

Diese Bergrechte sind in einer zu London im Jahre 1734 erschienenen Sammlung nach den Originalien veröffentlicht: „*the compleat mineral laws of Derbyshire taken from the originals.*“ Ihr Inhalt dürfte eine spätere englische Niederzeichnung der überlieferten Bergrechte sein. Noch im Jahre 1287 waren diese Bergrechte nicht codificirt; denn es wird berichtet, dass Eduard I. in diesem Jahre die von den dortigen Bergleuten beanspruchten Freiheiten und Rechte durch Zeugenvernehmungen feststellen liess.

Durch die Berggewohnheiten von Derbyshire, soweit sie gelten, wird die allgemeine Schürffreiheit gewährt.

Artikel XII. der *High Peak Laws*¹⁾ lautet:

We say, by the Custom of the Mine it is lawful for all the king's liege People to dig, delve, searche, subvert, and turn all manner of Grounds, Lands, Meadows, Closes, Pastures and Marshes for Ore-Mines, of whose Intertinance soever they be; but if any Arable Lands or Meadows be digged up, and not wrought according to the Custom of the Mine, the Owner of the same may fill it again at his Will and Pleasure.

Andere Bergrechte z. B. die für Litten²⁾ nehmen Wohnhäuser, Heerstrassen (*high ways*), Obsthöfe und Gärten von der Schürffreiheit aus. Ist ein Bergmann fündig geworden, so muss er den Bailiff oder Barrmaster um Zutheilung eines Grubenfeldes angehen. Dieser war früher ein königlicher Beamter. Derselbe ist angewiesen, dem ersten Finder zwei Meers und das folgende dann für den König zuzumessen. So z. B. heisst es in *article XVII* der *High Peak Articles* (p. 10):

„We say the Custom of the Mine is such, that if any new Rake or Vein be found (by the Grace of God) by any Miner or other Persons, the first Finder must have two Mears³⁾, and the Barrmaster the next for the king,

1) In der vorbezeichneten Sammlung S. 8.

2) In der vorbezeichneten Sammlung S. 144, Art. I.

3) *Mear* oder Meer, ein Raum, dessen Grösse nach den verschiedenen Berggewohnheiten in der Länge 27 bis 32 Yards, und je 14 Yards in der Höhe und Breite beträgt. (Bainbridge p. 546.)

according to the Custom of the Mine; and the Miner every Mear after, so far as the Rake or Vein will continue.“

Nach demjenigen, was 1287 als uraltes Herkommen bekundet wurde, erhielt der König noch ein Dreizehntel des Ausgebrachten und hatte das Vorkaufsrecht.¹⁾ Der Grundherr (*Lord of the Soil*) erhielt ehemals nur die erste Schaale Erz. Heute erhält er sowohl jenes Meer, welches einst dem Könige zustand, als auch die erste Schaale²⁾, deren Abgabe überwiegend nur noch eine symbolische Bedeutung, nämlich diejenige der vollendeten Besitzergreifung haben soll.

Nach allen Richtungen finden sich fernere Aehnlichkeiten mit dem Recht der deutschen Bergordnungen. Insbesondere enthalten die Gewohnheiten noch Vorschriften über das Kaducirungsverfahren.

Artikel XXVI der *High Peak Articles* verpflichtet den Bergmeister alle Woche einmal über das Königsfeld zu gehen und darauf Acht zu geben, dass die Gruben vorschriftsmässig abgebaut werden. Diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, werden nach einigen Wochen auflässig und dürfen alsdann vom Bergmeister, an wen er will, verliehen werden. Auch hatten die Bergleute Holz- und Wassergerechtigkeiten, wie solche in Deutschland vorkommen.³⁾

Die rechtlichen Verhältnisse der Salinen im Mittelalter.

§. 21. Die vorbesprochenen Bergordnungen und Berggewohnheiten Deutschlands und Britanniens haben metallischen Bergbau, nicht aber Salinen zum Gegenstande. Fast stets von den letzteren und fast nie von den ersteren sprechen aber die ältesten deutschen Urkunden, in welchen der Bergwerke Erwähnung geschieht. Dies erklärt sich daraus, dass metallischer Bergbau bis zum elften und zwölften Jahrhundert, wo er einen glänzenden Aufschwung nahm, nur spärlich in Deutschland betrieben wurde⁴⁾, während die Salzgewinnung fort-

1) *Pettus* nach *Nasse* S. 174.

2) *Bainbridge* p. 546.

3) z. L. *Article XI* der *High Peak Customs* p. 8.

4) von *Muchar*, Geschichte des Herzogthums Steiermark, 3. Theil, S. 81 a. a. O. von *Sperges*, tyrolische Bergwerksgeschichte S. 20.

dauernd einen wichtigen Zweig des deutschen Gewerbslebens ausmachte. Die Salinen waren ferner allmählig ganz oder doch zum überwiegenden Theile in den Besitz der Geistlichkeit gelangt¹⁾, die Geistlichen aber haben ungleich mehr Urkunden bis auf die Gegenwart überliefert, als die Weltlichen.

Die thatsächlichen Verhältnisse des Salzbergbaues waren andere wie diejenigen des metallischen Bergbaues. Ersterer erfolgte durch Sieden salzhaltigen Wassers. Solches Wasser, welches durch die Auflösung von Salzlagern in natürlichem Wasser gebildet wird, findet sich an verschiedenen Stellen Deutschlands unter der Oberfläche und tritt auch zuweilen zu Tage. An salzhaltigen Quellen oder Brunnen war nun eine genügende Zahl bekannt, so dass für den Salzregalherrn selten Veranlassung vorlag, die Auffindung neuer Salzquellen durch Inaussichtstellen besonderer Belohnungen zu befördern.

Gab es ein Salzregal, so schloss dasselbe nicht aus, so wenig wie z. B. das Metallregal, dass der Regalherr sein Recht an den Soolquellen in der Weise nutzbar machte, dass er gegen Abgaben Dritten den Betrieb des Bergbaues überliess. Der Besitz selbst ideeller Theile an einer Saline würde daher ohne Weiteres noch nicht im Widerspruch mit dem Salzregale stehen. Keinenfalls würde dieses Regal dadurch als ausgeschlossen gelten können, dass einzelne Pfannen oder Oefen, Siede- oder Kochhäuser im Besitze von Privaten gewesen sind.

Heute pflegen allerdings alle Eigenthümer und auch der Staat die ihnen gehörigen Dinge, welche sie nicht persönlich bearbeiten wollen, meist für eigene Rechnung durch Personen betreiben zu lassen, welchen sie die von ihnen zu leistenden Dienste in Geld bezahlen. Im Mittelalter überliess man aber in solchen Fällen derartige Gegenstände, insbesondere Grundstücke, Andern zum Besitz und Niessbrauch gegen die Ver-

1) S. über den grossen Grundbesitz der Kirche im Mittelalter. Wilhelm Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues, 2. Abdruck, Stuttgart 160, Seite 191. von Koch-Sternfeld „die teutschen Salzwerke“, München 1836 sagt S. 341:

„Es war Regel: keine benutzte und betriebene Salzquelle oder Salzstätte ohne ein Kloster (Kirche); aber nicht jedes Kloster hatte eine Hallstätte zur Seite.“

pflichtung, von denselben gewisse Abgaben zu entrichten.¹⁾ Dies hing insbesondere auch mit der damals noch vorherrschenden Naturalwirthschaft zusammen.

Das Salzregal wird als vorhanden gelten müssen, wenn der Beweis gelingt, dass Niemand, auch nicht der Grundeigenthümer, auf dem eigenen Besitzthum ein neues Salzwerk ohne Genehmigung des Salzregalherrn anlegen durfte, und dass ferner nur der König oder nur ein von diesem Beliehener Eigenthümer eines bestehenden Salzwerks gewesen sind.

Ausführlichere Salzordnungen nach Art der übrigen Bergordnungen haben wir vor dem dreizehnten Jahrhundert nicht. Die vollständigste ist das Salzrecht von Reichenhall aus dem Jahre 1285²⁾, welches seinem Inhalte nach ungleich älter ist. Eigenthümer jener Salzwerke „Herre und Vogt“ ist der Herzog, aber nicht, weil dieselben auf seinen Besitzthümern lagen, sondern weil, wie es in dem Salzrechte heisst, er und seine Vorfahren jene Salzwerke von Alters her mit Nutz und Gewehr vom Reiche erhalten haben.

Trotz des dem Herzoge zustehenden Eigenthums sind indessen die einzelnen Pfannen, Oefen, Koch- und Siedehäuser, Schöpfbrunnen u. s. w. nicht in seinem eigenen, sondern in dem Besitze von Privatpersonen. Dies war bei den nämlichen Salzwerken schon ebenso in der Agilolfinger-, ja sogar schon früher in der Ostgothen- und selbst in der Römerzeit der Fall gewesen.³⁾

Man braucht sich nur zu denken, dass an die Stelle des Römischen Kaisers der Ostgothenkönig, dass an dessen Stelle der Agilolfingerherzog trat, dass dieser dem Frankenkönig, der zugleich deutscher König war, Platz machte, und dass vom deutschen Könige, vom deutschen Reiche, wie das Salzrecht sagt, der Graf, spätere Herzog von Hall die Grafschaft mit einem Theil der um Reichenhall gelegenen Salzwerke zu Lehn trug.

Wie zur Römerzeit meist Sklaven und Colonen das Zube-

1) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte II, S. 153 ff. Gierke, Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft. Berlin 1868, S. 117 bis 121 a. a. O.

2) Bei Lori Sammlung des bairischen Bergrechts S. 3 ff.

3) Vergl. von Koch-Sternfeld I, S. 30 ff.

reiten des Salzes besorgten, so war dies erweislich und urkundlich bestehen geblieben bis in die germanische Zeit. Der Römische Kaiser war Eigenthümer jener Salzwerke um Reichenhall, welche zwei Meilen vom ehemaligen Juvarum entfernt lagen, und er nutzte dieses Eigenthum in der Weise, dass er sich von den Betreibern jener Saline Abgaben zahlen liess. Die Betreiber waren freiwillige oder gezwungene: letztere Bergbausklassen oder Bergbaukolonen. Auch die freien Bergwerksunternehmer pflegten sich der Sklaven zu den meisten Arbeiten zu bedienen. Ueber das Vorhandensein der Abgaben bald nach Aufhören der Römerherrschaft giebt auch die Urkunde Auskunft, welche die wahrscheinlich Ende des sechsten Jahrhunderts erfolgte Schenkung des Agilolfingerherzogs Theodo an Rodbertus, den Stifter von Salzburg, erzählt ¹⁾.

Aehnlich wie in Reichenhall lagen die Verhältnisse in Giebichenstein und Halle an der Saale, wo seit alter Zeit Salinen betrieben wurden. Dieselben gehörten zu Eigen dem deutschen Könige. Otto I. schenkte der Kirche zu Magdeburg am 11. April 965 den Gau Neletice und in demselben Giebichenstein „*cum salsugine ejus*“ wie die übrigen Städte „*cum omnibus ad eas pertinentibus aquis salsis et insulsis*“ ²⁾. Diese Schenkung bestätigte Otto II. am 5. Juni 973. ³⁾

Wir wissen nun sowohl aus den Darstellungen Dreyhaupts und Koch-Sternfelds ⁴⁾, wie aus anderen Ueberlieferungen, dass die Salinen in Halle und Giebichenstein durch Privatpersonen von jeher gegen Abgaben betrieben sind und dass das Hochstift zu Magdeburg nur Eigenthümer oder Obereigenthümer gewesen ist und Abgaben erhoben hat. Die einzelnen Pfannen, Oefen, Siede- und Kochhäuser waren im Besitze dritter Personen. Zwischen dem Hochstifte, als dem Eigenthümer der gesammten Salzwerke und den thatsächlichen Betreibern derselben standen als Lehns- und Afterlehnsträger

1) In Juvavia, Anhang pag. 18 seq. abgedruckt, desgleichen in *Hundii Metropolis I*, p. 26, 27, auch oben §. 5.

2) Die Urkunde in von Dreyhaupt's Geschichte des Saalkreises Th. I, 1755 ff. S. 14.

3) Urkunde daselbst S. 20.

4) Die teutschen Salzwerke S. 50 ff.

des Hochstiftes an den einzelnen Brunnen, Pfannen, Siedehäusern u. s. w. noch andere Mittelspersonen.¹⁾

Da das Eigenthum an den Salinen wie dasjenige an anderen Bergwerken sich in den Einkünften nutzbar machte, welche aus denselben gezogen wurden, so erklärt es sich auch, wie man um jene Zeit häufig das Recht auf die Einkünfte aus den Salinen als gleichbedeutend mit dem Eigenthume an denselben auffasste. Dies haben wir oben bereits an mehreren Beispielen gesehen; wir finden es im nachstehenden Falle aber auch ausdrücklich ausgesprochen.

Das Hochstift zu Salzburg übertrug im eilften Jahrhundert das Salzregal, *jus salinae*, welches es für sich in mehreren Orten aus zwei Verleihungen Ludwig des Kindes und Otto I. ableitete, an die von ihm gegründete Abtei Admont innerhalb des dieser zugetheilten Gebietes. In dem Admontischen Salbuche ist dieses *jus salinae*, wie folgt, näher bestimmt:²⁾

jus salinae, hoc est: servi administrantes ignem patellis et omnes boum minatores (Ochsentreiber) in festivitibus ova cellerario dare debent; et unusquisque eorum saccum unum salis per annum, carnes cervorum captorum ad coquinam deferre.

Das Wesentlichste für unsere Untersuchung dürfte auch bei den Salinen der Nachweis sein, dass sie kein Zubehör von jedem Grund und Boden gewesen sind, dass nicht jeder zur Benutzung der Erdoberfläche Berechtigte auch zugleich befugt war, die in seinem Besitzthum hervorsprudelnden Soolquellen für sich zur Salzgewinnung ohne besondere Verleihung nutzbar zu machen.

Es dürften nun ausser den Gründen, welche bereits früher im Allgemeinen gegen die Zugehörigkeit der Bergwerke zum Oberflächenbesitz im Mittelalter geltend gemacht sind, noch ganz besondere Erwägungen für die Trennung des Rechts auf die Salinen von demjenigen auf die Erdoberfläche anzuführen sein.

1) S. „die Beschreibung des Häl lischen Saltzwercks“ bei Dreyhaupt I, S. 15. Die Kothen waren vom Erzstift zu Lehen gegeben.

2) von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark 3. Theil, S. 105 und Urkundenbuch des Herzogthums Steiermark, bearbeitet von Zahn, Graz 1875, Urkunde 93, S. 108 gegen das Jahr 1100.

Der Theil der Erdoberfläche, welcher eine hervorsprudelnde Soolquelle in Anspruch nimmt, ist verhältnissmässig sehr klein. Im Mittelalter und besonders in der ersten Zeit desselben waren Grund und Boden gering im Preise. Die alten Schenkungs- und Verleihungsurkunden erwähnen fast regelmässig der *terrae incultae*. Das Vorhandensein solcher beweist aber, dass das bebaute Land die Nachfrage und den Bedarf jener Zeit weit überstieg. Dagegen hatten die Soolquellen einen Werth, der oft denjenigen eines ganzen Dorfgebietes überragte. Soolquellen waren für einzelne Gaue von vitaler Bedeutung und selbst später noch reichte zuweilen eine einzelne solcher Quellen aus, um eine ganze Stadt reich und blühend zu machen.

Die Salzquellen standen wegen ihrer hohen Wichtigkeit in der Heidenzeit sogar unter dem Schutze der Priesterschaft¹⁾ und waren den alten Germanen geheiligt.²⁾

Von welchem unermesslichen Werth für die Germanen der Besitz von Salzquellen war, ergiebt sich aus nachstehender Erzählung in den Annalen des Tacitus XIII, 57:

„Eadem aestate inter Hermunduros Cattosque certamen magno proelio dum flumen gignendo sale fecundum et conterminum vi trahunt, super libidinem cuncta armis agendi religione insita, eos maxime locos propinquare caelo praecesque mortalium a deis nusquam proprius audiri.“

Wie im Mittelalter der Wohlstand Goslar's, Iglau's, Kutenberg's und Freiberg's auf den Metallen beruhte, so hatte die Blüthe Salzburg's, Reichenhall's, Halle's, Lüneburg's und anderer Orte die daselbst befindlichen Salzquellen zu ihrer Grundlage.

Auch aus diesen volkswirtschaftlichen Erwägungen dürfte es unwahrscheinlich sein anzunehmen, dass die Salzquellen Zubehör des ungleich geringeren Grund und Bodens waren. Auch steht urkundlich fest, dass Grundstücke als Pertinenzen zu Salzwerken und selbst zu einzelnen Pfannen und Salzhäusern aufgezählt wurden. Dies ergiebt sich z. B. aus der

1) Seibertz, Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen I. Thl. Arnsberg 1860 S. 18 ff.

2) Justus Möser, Osnabrückische Geschichte I. Thl. 3. Auflage, Berlin und Stettin 1819, S. 52, 53.

Schenkungsurkunde Kaiser Otto I. über die Saline Hall, welche „*cum terris cultis et incultis et cum omnibus jure legaliterque ad hanc praedictam salinam repicientibus*“ verschenkt wird.¹⁾

Zum besseren Verständniss der über Salinen handelnden Urkunden dürfte aber noch zu beachten sein, dass die mit einem Salzwerke Beliehenen oft ein lebhaftes Interesse hatten, dass ihre Nachbarn keine Salinen besaßen, nämlich deswegen, weil diese ihnen alsdann das Salz abkaufen mussten. Deshalb zerstörte Heinrich der Löwe im Jahre 1151 die Salzwerke zu Oldesloe, weil dieselben seiner Stadt Lüneburg, welche von den dortigen Salinen lebte, Concurrenz bereiteten und Abbruch thaten.²⁾ Es war den mit dem Salzrechte Beliehenen auch ferner nicht selten daran gelegen, dass sie vom Könige das Recht erhielten, von auswärts eingehendem Salze einen Salzzoll zu erheben. Umgekehrt baten und erwirkten sie oft vom Könige, dass er ihr Salz zollfrei über andere Zollstätten passiren liess.³⁾ Man wird hier nach manchen Richtungen hin die Analogie der Markt-, Münz- und Zollgerechtigkeiten anführen können. Im Allgemeinen hatte Jeder ein Interesse, dass er selbst, dass nicht aber seine Nachbarn, Markt-, Münz- und Zollstätten haben durften.

Hiernach dürfte es sich begreifen, wenn die Könige einst regelmässig nur in ihren eigenen Städten oder Höfen Münz-, Markt- und Zollstätten, Bergwerke und besonders Salinen betreiben liessen. Sie erreichten dadurch z. B., dass die Bergwerksprodukte von ihnen, beziehungsweise von den ihnen eigenthümlich gehörenden und abgabepflichtigen Bergwerken gekauft werden mussten.

Es erklärt sich aus dem Vorangeführten aber ferner, warum die Könige, als sie auch Anderen die Anlegung von Zoll-, Markt-, Münzgerechtigkeiten, Bergwerken und besonders von

1) *Monumenta Boica XXXVIII, p. 196.*

2) *Helmoldus chron. Slavorum* bei Leibnitz *scriptores rerum Brunsvicensium 1708 tom. II, p. 600.*

3) Das Erzbisthum Salzburg und das Herzogthum Baiern hatten im zwölften Jahrhundert lange und blutige Streitigkeiten wegen der wechselseitigen Behandlung des Salzes. S. v. Koch-Sternfeld II, S. 128—133.

Salinen gestatteten, zunächst nicht erlaubten, dass solche überall, wo jene wollten, sondern nur an ganz bestimmten Orten errichtet wurden. So ertheilte Kaiser Arnulf im Jahre 898 dem hochbegüterten und weit herrschenden Bischof von Osnabrück das Recht:

*in loco Osnabrugensi mercatum habere et monetum publicum habere instituere et teloneum inde accipere.*¹⁾

In ähnlicher Weise gestattete Heinrich IV. die *coctura salis* dem Pfalzgrafen von Hessen nur in Sulza, und nicht an dessen übrigen Orten.²⁾ Solche Berechtsame werden alsdann als Zubehör einer bestimmten Stadt bezeichnet, weil ihre Ausübung mit dem Besitze jener Stadt verbunden war.

Nimmt man das Vorstehende zusammen, so wird man das Salzregal dann nicht als ausgeschlossen erachten können, wenn an königlichen Orten dem Könige abgabepflichtige und ihm zu Eigenthum gehörige Salinen von Privaten betrieben werden.

Sind solche Salinen an anderen Orten vorhanden, und gehören einem Anderen als dem Könige, so wird man, um das Salzregal zu beweisen, darthun müssen, dass entweder jene Salinen früher in einer dem Könige gehörigen Stadt betrieben worden sind, welche später mit ihrer Saline in den Besitz des Andern vom Könige übertragen wurde; oder aber, dass der König jenem Andern das Recht ertheilt hat, an dem betreffenden Orte Salzwerke einzurichten.

Wie solche Salzwerke thatsächlich beschaffen waren, dürfte sich ungefähr aus nachstehenden Beispielen entnehmen lassen.

In Halle an der Saale gab es vier Brunnen, aus denen Soole gepumpt und 112 Kothén (Häuser), in denen diese Soole gesotten wurde. Die Kothén erhielten eine bestimmte Menge Soole. Sie waren von Magdeburg zu Lehen gegeben. Wem die Fläche Landes gehörte, wo die 4 Brunnen lagen, ist nicht einmal überliefert. Die Kothbesitzer zahlten Abgaben an das Hochstift, welches auch seinerseits Kothén besass. Die Sieder, Wasserschöpfer, wurden mit Naturalien bezahlt.

1) Möser, Osnabrückische Geschichten S. 368.

2) Die Urkunde bei von Koch-Sternfeld II, S. 71. Pfeffinger *Vitriarii etc. III, p. 1447* u. sonst: „*Insuper rogatu ejusdem Palatini comitis Cocturam salis ibi concessimus.*“

Die Lüneburger Sülze ist wahrscheinlich schon vor der Karolingerzeit bekannt gewesen. Die Stadt Lüneburg verdankt derselben vermuthlich ihre Entstehung und gewiss ihre Bedeutung.¹⁾

Die Sülze wurde aus einem Brunnen, Sood genannt, herausgeschöpft. Um denselben lagen 50 Siedekothén, seit 1226 aber 53. Von den Kothén waren Abgaben in Salz zu entrichten, welche Chori genannt wurden. Die Eigenthümer der Kothén und die Choralisten d. i.: die zum Empfange der Abgaben Berechtigten, waren die Herren der Saline. Kothén sind häufig im Privatbesitz, besonders von geistlichen Herren gewesen. Ebenso stand das Recht auf die Abgaben häufig Privaten zu. Ein solches Recht heisst Chorusgut. Ein Chorus beträgt 3 Fuder, 1 Fuder 4 Rumpe und 1 Rump 3 Süß Salz.

Auf wessen Grund und Boden jener Brunnen lag, der den Salzkothen das zu siedende Wasser lieferte, weiss man nicht.

Kann man annehmen, dass ursprünglich die Kaiser Eigenthümer des Salzbrunnens in Lüneburg waren, so begreift sich, warum unbeschadet eines solchen Eigenthums die Kothén im Besitze von Privatpersonen waren, welche Abgaben entrichteten. Dass die Kaiser schliesslich auch über die von den einzelnen Kothén zu entrichtenden Abgaben verfügten, kann gleichfalls nicht auffallen.²⁾

Die Urkunden bei Böhlau betreffend das Salzregal bis zum Jahre 1300.

§. 22. Nachdem es nunmehr möglich sein dürfte, die über Bergwerke handelnden Urkunden richtig zu würdigen, sollen zunächst die über Salinen handelnden Urkunden in der Reihenfolge, wie sie am Schlusse der Böhlau'schen Habilitationsschrift aufgeführt sind, rücksichtlich der Frage des Bergregals einer Prüfung unterzogen werden.

Die Urkunden 1, 3 und 4 betreffen Schenkungen über Salinen, Salzpflanzen, Salzzehnten und Salzzölle, welche von

1) Engels, Verfassungsgeschichte der Saline zu Lüneburg, in der Zeitschrift für Bergrecht XIX, S. 458 ff.

2) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte, Aufl. I, S. 572 ff. a. a. O.

den Agilolfingern der Geistlichkeit gemacht sind. Die Urkunde 1 ist vom Jahre 740, die Urkunde 3 vom Jahre 777. Dieselben enthalten einfache Schenkungen von Siedehäusern. Die Urkunde 4 ist aus den *Annotationes* des Erzbischofs Arno entnommen und berichtet über Schenkungen der Agilolfinger an den Stifter von Salzburg, den heiligen Rodbertus (Rudbertus, Rupertus) und an spätere Erzbischöfe. Ausser an den von Böhlau angezogenen Stellen befinden sich jene *annotationes* und zwar vollständig im Anhang zu *Juvavia* p. 18 seq., wie in *Hundii Metropolis Salisburgensis Ratisponae 1729, tom. I, p. 20 seq.*

Wann der heilige Rupert nach Baiern kam, ist nicht unzweifelhaft¹⁾. Der Verfasser von *Juvavia* setzt die Ankunft Ruperts in Baiern nicht vor das siebente Jahrhundert; doch dürfte es den Quellenzeugnissen gegenüber, nach welchen Rupert schon um 623²⁾ gestorben ist, richtiger sein, dieselbe schon ein Jahrhundert früher anzunehmen.

Ueber den Inhalt der Schenkungen an Salzburg ist schon oben mehrfach gesprochen. Augenscheinlich hat nun Böhlau die Urkunden 1, 3 und 4 aufgeführt, weil seiner Ansicht nach der Besitz von Salzwerken durch die Agilolfinger im Widerspruche mit einem Salzregale steht. Allein bereits Lori weist in seiner Einleitung zur Sammlung des bayerischen Bergrechts darauf hin, dass bis zur Absetzung des Baiernherzogs Thassilo durch Karl den Grossen die Agilolfinger die souverainen Herrn, die Könige im Baiernlande waren, welche sich unmittelbar nach Beendigung der Römerherrschaft die Rechte der Römischen Kaiser wie überall, so auch an den Bergwerken beigelegt haben. Wenn dies auch nicht ganz richtig ist, und vielmehr anzunehmen sein dürfte, dass der Baiernherzog der Hoheit des Ostgothen- und später derjenigen des Frankenkönigs unterworfen war³⁾, so steht gleichwohl fest, dass Baiern wenigstens zum Frankenkönig nur in einer ganz äusserlichen Abhängigkeit gestanden hat⁴⁾. Baiern blieb bis zur Zeit des letzten Herzogs Thassilo ein Stammesherzogthum, die Her-

1) *Juvavia*, S. 129 ff.

2) *Hundii Metropolis*, p. 1, 2.

3) *Juvavia*, S. 127 ff.

4) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte, II. S. 600, III. S. 98 ff.

zogswürde war erblich im Hause der Agilolfinger. Denselben wurde geradezu ein *regnum* beigelegt, die Jahre wurden nach ihrer Herrschaft¹⁾ gezählt und für ihr Heil wurde in den Kirchen gebetet. Sie schlossen in den inneren Angelegenheiten, wie Waitz ferner hervorhebt, die Reichsregierung fast gänzlich aus, bis die Absetzung Thassilo's durch Karl den Grossen auch die Unabhängigkeit des letzten deutschen Stammesherzogthums vernichtete²⁾. Es kann daher nicht auffällig sein, wenn die Baiernherzöge bis zu jenem Zeitpunkte als Eigenthümer der Salinen auftraten und Salzzehnten erhoben. Sie verfügen in der Schenkungsurkunde Theodo's ja auch über einen Salzzoll, und doch durften Zölle schon seit der Merovingerzeit nicht von jedem Grundbesitzer, sondern nur vom Könige oder nur mit königlicher Genehmigung errichtet werden³⁾.

Keinenfalls ergeben die Urkunden 1, 3 und 4, dass die Agilolfinger, worauf es zumeist ankommt, nur als Oberflächenbesitzer über die Bergwerke verfügen.

Die Urkunde 2 vom 5. Januar 775 enthält eine Schenkung Karl des Grossen an das Kloster zu Hersfeld. Dieselbe, eine der vielen Schenkungsurkunden der Kaiser zu Gunsten des vorgenannten Klosters⁴⁾, beweist, dass in der königlichen Stadt Salzungen Salinen betrieben wurden, und dass die Betreiber derselben dem Kaiser Abgaben zu zahlen haben. Einen Beweis gegen die Regalität der Bergwerke liefert jene Urkunde meines Erachtens also nicht.

Die Urkunden 5, 6 und 7 enthalten Schenkungen ideeller Antheile an Salinen durch Privatpersonen. Da die Urkunden, welche vollständig, aber in der umgekehrten Reihenfolge wie bei Böhlau, von Jung p. 121, 122 seiner Streitschrift *de jure salinarum* aus den *Antiquitates Fuldenses* aufgeführt sind,

1) Z. B. „*regnante Thassilone*“ bei Waitz.

2) Rudolph Sohm, die Altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung, Weimar 1871. Band I, S. 10, 11.

3) Waitz II, S. 548 ff., S. 532 ff. Falke, Geschichte des deutschen Zollvereins, S. 1 ff., S. 63 ff.

4) Wenck's Urkundenbuch zum und im 3. Theile der hessischen Landesgeschichte, Frankfurt und Leipzig 1803, führt deren etwa dreissig auf.

auch mit keinem Worte erwähnen, dass die Geschenkgeber ideelle Besitzer der Stellen gewesen sind, wo die Quellen hervorsprudeln, so erweisen jene Urkunden nicht die Zugehörigkeit der Salinen zum Grund und Boden.

Solche Urkunden, nach welchen ideelle Theile von Salzwerken oder auch Pfannen, Oefen und dergleichen von Privatpersonen besessen sind, finden sich aus jener Zeit ausser den von Böhlau aufgeführten noch sonst häufig¹⁾. Im Gegensatz zur Annahme eines Bergregals stehen sie nach dem oben Angeführten nicht, da dieses keineswegs ausschliesst, dass der Regalherr sein Eigenthum an den Salinen sich in der Weise nutzbar macht, dass er Privatpersonen den Betrieb gegen Abgaben gestattet. Dass dies keine unbegründete Hypothese auch für die Salzwerke ist, erfahren wir aus den Verhältnissen der Salinen um Reichenhall. Denn bei diesen Salinen sind zahlreiche ideelle Theile an einzelnen Brunnen oder Pfannstätten, Siedehäusern schon im achten Jahrhundert im Besitz von Privatpersonen²⁾ gewesen und von diesen der Geistlichkeit geschenkt worden. Die Salinen um Reichenhall standen im Obereigenthum nicht jener Privatpersonen, sondern der Agilolfinger, später der Frankenkönige, welche die *decima salis* erhoben³⁾ und sich ausserdem für jeden der zur Salzgewinnung verwandten Sklaven oder Kolonen besondere Abgaben zahlen liessen⁴⁾.

Die Urkunde 8 bei Böhlau ist nebst ihrer Entstehungsgeschichte vollständig in Schaten's *Annales Paderbornenses Pars I, p. 91 seq* mitgetheilt.

1) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 57, 117 ff., 126 ff., 146, 151 a. a. O., ausserdem *Juvavia* Anhang S. 42 ff., wo zahlreiche Privatpersonen aufgeführt sind, welche Antheile (*portiones*) an Salinen und *virgas* verschenken.

2) *Juvavia*, S. 41 ff.

3) Vergl. auch von Koch-Sternfeld II, S. 104 ff.

4) *Juvavia*, Anhang p. 18 seq., p. 30 seq., p. 28: „*et hoc decrevit (Tassilo dux) censum dare unusquisque homo, qui in hal habitaret, quod barbarice dicitur Adalporo, quam hii, qui in nana et mona manerent. Von den in den Ortschaften nana et mona (muona) gelegenen Salzstellen werden solche p. 43 als Privatpersonen gehörig aufgeführt. p. 21 heisst es: „Insuper et in jam dicto loco concessit (dux Theodo) decimam de sale et de teloneo.“*

Der Abt des Klosters Corvey bat im Jahre 833 Ludwig den Frommen um das Markt- und Münzrecht, wie um einen Ort „*ubi sal fieri potuisset*.“ Der Kaiser erfüllte diese Bitten und schenkte dem Kloster in der einen Urkunde vom Jahre 833 „*quantumcunque juris nostri in illo fonte qui est super fluvium Wisera*“; dies war also das Eigenthum, die Gerichtsbarkeit und die Einkünfte.

Die Urkunde 9 bei Böhrlau betrifft die Salzwerke bei Nieder-Altach. Dasselbst bestand eine Abtei, welche Utilo oder Ottilo, ein Agilolfinger, im Jahre 741 errichtet hat¹⁾. Dieselbe hatte zunächst von den Agilolfingern, dann von den Frankenkönigen zahlreiche Besitzungen nebst Immunitäten und Regalien erhalten²⁾, unter letzteren *molendina piscaciones*, auch *mercatum et thelonium tam vianatium quam navigantium*.“ Antheile an den Salinen zu Reichenhall erhielt jenes Kloster schon vom ersten Errichter geschenkt³⁾. Wenn also König Ludwig unter den übrigen Besitzungen und Rechten dem Kloster *tertiam partem salis ad salinas* bestätigt, welchen Theil es schon früher bezog, so kann dies, scheint mir, keinen Beweis gegen die Regalität des Bergbaues bilden⁴⁾.

In der Urkunde 10 vom 18. April 844⁵⁾ erlässt König Lothar dem Kloster Confluentis im Elsass jeden Zoll von der ihm gehörigen (*patella*) „*que est in Mediano nostro sive Marsallo*.“ Der Besitz einer *patella* durch das Kloster ist an sich kein Beweis gegen das Salzregal, weil ja der Salzregalherr sein Eigenthum stets in der Weise zu nutzen pflegte, dass er die einzelnen Theile der Salinen Dritten gegen Abgaben überliess. Die *patella* lag überdies in einem königlichen Orte: „*Mediano nostro*“, wo dem Könige gehörige Salinen betrieben wurden.⁶⁾

Die Urkunde 11 vom 23. December 845 enthält eine der vielen Schenkungen, welche die Könige dem Kloster zu Eres-

1) *Hundii Metropolis II*, p. 1.

2) S. die Urkunden (*Additiones I* bis *XXXVIII*), bei Hund II, pag. 3 seq. p. 16.

3) *Monumenta boica Tom. XI*, p. 22.

4) S. auch von Koch-Sternfeld II, S. 173 ff.

5) Schöpflin, *Alsatia diplomatica*, Mannheim 1774, p. 80.

6) S. über diese alte königliche Saline Koch in der Zeitschrift für Bergrecht XV, S. 159 ff. und Calmet, *Notice de la Lorraine* 1756 a. a. O.

burg (*Nova Corbeja*) machten¹⁾. Dieselbe betrifft einen *mansus dominicatus*, zu dem unter Anderem auch *salinarii*, dem Könige Ludwig unterthänige und ihm abgabepflichtige Salzarbeiter gehören.

In der Urkunde 12 vom Jahre 888 widmet König Arnulf der Abtei Corvey unter Anderem in *Delhem sextam partem salinarum*. Der Ort Delhem wurde im Jahre 1001 vom Könige *cum silvis, venationibus et piscationibus* dem Bischof zu Hildesheim geschenkt²⁾.

In wiefern die Urkunden 11 und 12 die Zugehörigkeit der Salinen zu Grund und Boden erweisen sollen, ist mir nicht ersichtlich geworden.

Die Urkunde 13 enthält eine Schenkung Kaiser Arnulf's zu Gunsten des Bisthums zu Freising. Dasselbe wurde durch die Agilolfinger im Jahre 724 gegründet³⁾. Der Ort selbst war schon eine Römerstadt, in welcher wahrscheinlich auch schon zur Römerzeit Salinen betrieben wurden. Das Bisthum zu Freising befand sich von Alters her durch königliche Verleihungen im Genusse vieler Besitzungen und Regalien. Im Jahre 1009 bestätigte Kaiser Konrad demselben seine Besitzungen:

„*cum mercatis, theloneis, et percussura propria numismatis et salinis et sartaginibus ac locis sartaginum*“⁴⁾.

Die Urkunde 13 vom 13. December 898 enthält nun die Ertheilung der Zoll- und Mauthfreiheit für alle Salzstätten des Bisthums durch keinen Anderen als den Kaiser Arnulf, ein

1) Das Kloster Eresburg wurde durch Karl den Grossen errichtet und 826 durch Ludwig den Frommen und seinen Sohn Lothar dem Kloster zu Korvey geschenkt. (Urkunde 2 in Seibertz Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen I. Band, Arnsberg 1839.) Eresburg besass verschiedene Regalien, kraft kaiserlicher Verleihung „*immunitatem ab omnibus publicis vectigalibus*“, sowie eine Markt-, Münz- und Zollstätte in Horotohusum (Urkunden 1 bis 10 bei Seibertz).

2) J. F. Pfeffinger, *Vitriarii institutionum juris publici pp. Gothae 1725, III. p. 1370.*

3) Meichelbeck, *historia Frisingensis. Aug. Vind. et Graecii 1724* in den *prima prolegomena*.

4) Meichelbeck, *tom. I, p. 223.*

Umstand, den Böhlaus anscheinend nicht einmal der Erwähnung werth gefunden hat:

„sal, quod ab hac die deinceps vel a sartaginibus, aut locis sartaginum vel de areis ejusdem jam dictae ecclesiae redimatur, ut homines licentiam habeant hoc sine muta seu navigio, seu cum Carris afferre, quocunque eis juberetur.“¹⁾

Der Besitz von Salzwerken im Jahre 898 durch Freising, welcher sich allerdings aus dieser Urkunde ergibt, erklärt sich aber aus dem Umstande, dass dieselben mit anderen Regalien dem Hochstifte durch die Agilolfinger und später durch die Frankenkönige verliehen sind.

Die schon öfter angezogene Urkunde 14 enthält die Beleihung des Erzstiftes zu Salzburg durch Kaiser Ludwig das Kind im Jahre 908. In derselben überträgt der Kaiser²⁾ dem Erzbischofe und seiner Kirche den Ort Salzburghof mit zahlreichen, diesem Orte als Pertinenzien beigelegten Regalien, nämlich unter Anderem:

„cum „venationibus, molendinis, piscationibus cum omnibus censibus in halla et extra halla. in salina et extra Salinam circa fluvios sala et Salzaha vocatos, in auro et in sale et pecoribus cum theloneis duobus, qui vulgo muta vocantur.“

Hier ist zu bemerken, dass diese Schenkung im Wesentlichen nur eine Bestätigung des Besitzstandes der Kirche ist, welche bereits von den Agilolfingern den Salzzehnten von den hier in Frage kommenden Salinen um Reichenhall erhalten hatte³⁾. Als Grundbesitzer verfügt der Kaiser nicht. Grundbesitzer in Salzburghof war, wie die Urkunde bezeugt, der Erzbischof. „Quem tunc Archiepiscopus in ministerium habere visus est.“ Eigenthümer, nicht aber nutzungsberechtigter Besitzer von Salzburghof war nach Absetzung der Agilolfinger der Kaiser.

Die Schenkung Kaiser Ludwig's wurde am 8. Juni 940 fast mit den nämlichen Worten von Kaiser Otto I. wieder-

1) Meichelbeck, p. 147.

2) *Juvavia*, Anhang p. 119, 120, ausser an vielen anderen Orten.

3) Vergl. auch die Ueberschrift in *Juvavia* p. 119 zu jener Urkunde.

holt¹⁾. Auch Kaiser Otto nennt Salzburghof, das schon Kaiser Ludwig „*in proprietatem*“ der Kirche übertragen hatte. „*curtem nostram*“ — weil nämlich der Ort ehemals zum Reiche gehörte²⁾.

Die Urkunden vom Jahre 908 und 940 ergeben ferner, dass die Salinen von Leibeigenen und Sklaven betrieben wurden, welche als Zubehör zu den Salzwerken bezeichnet werden („*mancipiis utriusque sexus, parschalhis, ... et cum ministerialibus hominibus subnotatis*“).

Das ganze Gebiet zwischen den Flüssen Sala und Salzsa (Salzach) gehörte nun nicht den Kaisern, auch nicht der Salzburger Kirche. Einen Theil besass, was schon früher erwähnt ist, ein Graf, welcher ihn der Abtei zu Berchtesgaden schenkte. In diesem Walde wurde eine Saline entdeckt, welche den Namen Tuval erhielt. Auf diese machten die Erzbischöfe zu Salzburg auf Grund der viel besprochenen beiden kaiserlichen Privilegien Anspruch. Derselbe wurde aber von den Pröpsten bestritten, welche sich an die Kaiser wandten mit der Bitte, dass sie ihnen die Saline verleihen möchten. Der sich hieraus entspinnde Streit wird nur dann verständlich sein, wenn man sich vorhält, dass derselbe in die Zeit des Kampfes zwischen dem Papste und den Hohenstaufen fällt, dass in diesem Kampfe die Erzbischöfe auf Seiten des Papstes gegen die Kaiser Partei ergriffen haben und deshalb von diesen arg bedrängt sind. Aus Hass gegen Salzburg standen die Kaiser Friedrich I. und Friedrich II. der Abtei zu Berchtesgaden hülfreich zur Seite.

Um den Streit mit Berchtesgaden besser führen zu können, schenkte im Jahre 1123 der damalige Erzbischof Konrad seinem Kapitel die Saline Tuval in folgender Urkunde³⁾:

Conradus d. g. Salzburgensis ecclesiae Archiepiscopus
. Quapropter sciant omnes quod
nos quandam salinam inter fluvios Salzach et

1) Urkunde bei *Juvavia*, Anhang p. 176.

2) Ursprünglich zu Baiern; nach Zerstörung des baierischen Stammherzogthums aber zum Reiche.

3) In Lori's Einleitung zur Sammlung des baierischen Bergrechts, p. VIII und sonst.

Alba inferiorem montanis, Tuväl vulgari nomine, sitam dilectis fratribus nostris Canonicis colendam et utilitati modis omnibus tenendam. Et sicut ecclesia nostra auctoritate imperialium privilegiorum inter fluvios Sala et Salzach et in aliis locis Episcopii utilitatem auri et salis tenet. jam dictam salinam praefatis fratribus donamus, stabilimus et confirmamus, ut, quidquid ibidem utilitatis consequi potuerunt, nullo impediante libere excolant et quiete possideant.

In dieser Urkunde, welche älter ist als die Ronkalische Constitution, erklärt der Erzbischof, dass der Salzburger Kirche die *utilitas auri et salis* nicht bloss auf ihren eigenen Privatgründen, sondern überall zwischen den Flüssen Sala und Salzach zustehe: auf Grund kaiserlicher Privilegien. Daraus leitet der Erzbischof sein Recht her, die Saline selbst als sein Eigenthum betrachten und dem Kapitel schenken zu dürfen.

Die kaiserlichen Privilegien, von welchen in der Urkunde des Erzbischofes Konrad die Rede ist, sind die oben erwähnten Verleihungen Ludwig des Kindes und Otto I. Als nämlich König Philipp im Laufe des lange dauernden Streites zwischen Berchtesgaden und Salzburg sich des letzteren annahm und ihm 1199 eine Verleihung ausstellte¹⁾, erklärte er in derselben:

„Praeterea ex Privilegio Ludovici Regis Augusti patenter intelleximus, quod idem Ludovicus Augustus, praefatae Salzburger Ecclesiae curtem Salzburghoven, quod Pilgrinus Archiepus antea in ministerio ab eo tenere visus est, in proprietatem et plenam potestatem contradidit integraliter, cum venationibus, molendinis, piscationibus cum omnibus censibus in Salina et extra Salinam, inter fluvios Sala et Salzacha vocatos, in auro et in Sale, ... cum theloniis duobus Haec ergo universa Salisburger Ecclesiae per nostram auctoritatem immobiliter confirmamus

Betrachtet man diese Urkunden zusammen, so gelangt man, wie mir scheint, nothwendig zu der Ueberzeugung, dass bereits

1) Die Urkunde findet sich in *Hundii Metropolis II*, im Abschnitte „*Fundationes Monasteriorum*“ zu Berchtesgaden, p. 123, 124.

Ludwig das Kind als König und nicht als Grundbesitzer über Salz- und Goldbergwerke, beziehungsweise über die Nutzungen aus solchen Bergwerken hat verfügen dürfen. Gewiss aber hatte Ludwig das Kind nicht mehr Rechte, als Karl der Grosse und Chlodewig besaßen.

Die Pröpste zu Berchtesgaden haben sich nun im ganzen Laufe des Streites nicht auf ihren Besitz an der Stelle, wo die Saline lag, sondern gleichfalls auf kaiserliche Privilegien berufen. Ein solches Privilegium ertheilte ihnen im Jahre 1156, zwei Jahre vor der Ronkalischen Constitution, Kaiser Friedrich I. auf Bitten des Abtes Heinrich¹⁾:

*Friedericus Siquidem ut fratres Deo
servientes quietius ac liberius orationibus vacare valeant, ab
omni inquietatione aut molestatione securos esse volumus, et
omnia, quae liberalitate Regum vel imperatorum, largitione
Principum oblatione fidelium praedictae Ecclesiae collata
sunt, vel imposterum fuerint collata, imperiali auctoritate
eidem Ecclesiae confirmamus, specialiter autem et
nominatim forestum, quod undique tenditur
cum venationibus, piscationibus, pascuis et omni jure foresti,
quod Comes Engelbertus suique parentes longis
retro temporibus per terminos subtus annotatos, posse-
derant, plus quam triginta annis ante nos tradiderat, ip-
sam inquam forestum cum omni jure suo jam dicto cenobio
imperiali auctoritate donantes confirmamus hoc pietatis
studio addentes, ut si qui ejusdem loci fratres in salis
vel cujuslibet metalli subterraneis venis inter
terminos ipsius foresti vel in quolibet Ecclesiae
suae fundo invenire aut elaborare potuerint,
firma eis eorumque successoribus et illibata omni tempore
permaneant.*

Zwei Jahre vor der Ronkalischen Constitution übte also der Kaiser schon sein Verfügungsrecht über Salz und Metalle auch auf fremden Grundstücken aus.

1) Die Urkunde ist vollständig in *Hundii Metropolis II.* (bei der Geschichte Berchtesgaden's) p. 121, 122, unvollständig bei Böhlau als Urkunde 46, bei Koch-Sternfeld II, S. 310, und in Lori's Einleitung p. IX abgedruckt, welcher letztere als die Zeit der Ausstellung irrig das Jahr 1146 angiebt.

Vorstehende Verleihung Friedrich I. wurde im Jahre 1236 durch Friedrich II. wiederholt¹⁾.

Da nun solchergestalt sowohl den Erzbischöfen wie den Pröpsten kaiserliche Verleihungsurkunden zur Seite standen, so wurde schliesslich der Streit durch einen vom Papste bestätigten Schiedsspruch des Erzbischofes von Bamberg dahin beglichen, dass von jener Saline Salzburg, Berchtesgaden und Bamberg je $\frac{1}{3}$ erhalten sollten²⁾.

Die Urkunde 15 bei Böhlaus enthält die kaiserliche Bestätigung eines Vertrages, durch welchen der Erzbischof von Salzburg dem Grafen Alberich eine Salzstelle im Admontthale übereignete, welche dieser schon früher vom Hochstifte zu Lehn trug. Der Besitz von Salzstellen durch Salzburg gründet sich aber ausweise der bereits zu Urkunde 14 beigebrachten Zeugnisse und nach dem eigenen Anerkenntnisse des Hochstiftes auf kaiserliche Verleihungen. Dies ist insbesondere auch für die Salinen im Admontthale anerkannt, welche der 1074 gegründeten Abtei Admont von Salzburg geschenkt sind. Denn gerade in Betreff dieser und der übrigen dort gelegenen Bergwerke bemerkte 1160 Erzbischof Eberhard, dass dieselben bis zur Abtretung an Admont vom Hochstifte *de regalibus imperii* besessen waren³⁾. Eine Verleihung oder wahrscheinlicher Bestätigung einer früheren Verleihung von Salzwerken im Admontthale bringt *Juvavia* Anhang p. 215, wo es in der Urkunde Heinrich II. vom 7. December 1005 heisst:

„*juris nostri predium Admunta dictum . . . iubensi ecclesiae donando firmamus cum patellis sc. patellariisque locis.*“

Durch die Urkunde 16⁴⁾ vom 16. April 952 bestätigt Otto I. dem von seiner Mutter auf seines Vaters Besitzungen gegründeten Kloster Poelde theils von ihm selbst, theils von anderen gemachte Schenkungen, darunter in *Frankenhusen unum mansum et duas putchas*. Dass diese *putchae* von einem Privaten herrührten, dem sie als Zubehör zur Oberfläche gehörten,

1) Die Urkunde bei Hund *Metropolis* II, p. 124, 125.

2) Lori, Einleitung p. IX, X.

3) von Muchar III, Seite 105, aus dem Saalbuche für Admont.

4) In Leuckfeld's *Antiquitates Poeldenses*. Wolfenbüttel p. 707, S. 18, 19 abgedruckt.

ergiebt die Urkunde nicht und dürfte auch unwahrscheinlich sein. Denn die Salinen in Frankenhausen gehörten, worauf schon von Koch II, S. 70 hinweist, den Thüringern, wurden sodann von den Franken erobert, kamen also nach dem salsisch-fränkischen Rechte in das Eigenthum der Frankenkönige, welche später über die einzelnen Theile jener Salinen in freigiebiger Weise zu Gunsten der Geistlichkeit verfügten. Dies ergiebt z. B. auch die Schenkungsurkunde¹⁾ Königs Otto III. vom 30. November 995, in welchem derselbe auch einige Pfannstellen in Frankenhausen dem Kloster zu Memmleben verlieh.

In der Urkunde 17²⁾ vom 1. Januar 958 überträgt Kaiser Otto I. auf Anrufen des Abtes von Fulda, einem gewissen Rudolf mehrere Ortschaften, darunter auch *Brachowa . . .* und *dimidiam partem areae in Brachowa, ubi sal coquitur*.

Diese Ortschaften wie jene Hälfte an der Salzstelle in Brachau gehörten vorher lehenweise zu Fulda. Wie dies gekommen ist, habe ich aus dem Werke von Schöttgen und Kreissig nicht ermittelt; doch dürfte gewiss sein, dass Fulda jene Gegenstände vom Kaiser zu Lehen hatte; denn sonst hätte doch der Kaiser dieselben nicht dem Rudolf zu übertragen nöthig gehabt, noch überhaupt übertragen können. Fulda besass noch viele andere Regalien, so das Markt-, Münz- und Zollrecht³⁾ und hatte auch viele Salzstellen durch die Kaiser erhalten⁴⁾. Keinenfalls ergiebt die Urkunde, dass Fulda als Grundbesitzerin von Brachau dort Salz gewinnen durfte. Einmal wäre sonst nicht nöthig gewesen, dass der Ort Brachau und die Hälfte an der dortigen Salzstelle besonders genannt wurden, sodann aber waren weder der Kaiser noch Fulda Besitzer jenes Ortes und jener Salzstelle. Dies waren Private und im Wesentlichen waren es nur die von diesen zu zahlenden Abgaben, welche den Gegenstand der Verleihung bildeten.

1) Wenck, Hessische Landesgeschichte III, Urkundenbuch S. 38.

2) Schoettgenii et Kreyssigii *Dipll. et scriptores historiae Germaniae medii aevi tom. I.* Altenburg 1753, p. 18.

3) P. 23 bei Schoettgen et Kreyssig.

4) *Corpus traditionum Fuldensium* von Schannat, *Lipsiae* 1724 p. 8, 9 sq.

Die Urkunden 18 und 19 vom 8. Juni 959¹⁾ betreffen den gleichen Fall. In der ersteren schenkt Otto I. den Ort Grabenstat mit allem Zubehör nebst einigen Pfannstätten den Chorherrn zu Salzburg, und in der letzteren wiederholt der Kaiser dieselbe Schenkung unter genauerer Aufzählung der Zubehörstücke von Grabenstat²⁾. Anscheinend hat Böhlaus diese Urkunden deshalb als Beweis für die Zugehörigkeit der Salinen zum Grund und Boden aufgeführt, weil auch Salzpflanzen als dem Orte Grabenstat zustehend als dessen „*adjacentia*“ und „*pertinentia*“ bezeichnet sind. Allein die Urkunden führen nicht bloss Salzpflanzen, sondern auch viele Regalien, nämlich: Jagd, Fischfang, Mühlen, Zölle, unbebautes Land als Zubehör zu Grabenstat auf, so dass die Urkunden ebensogut wie das Salzregal auch z. B. das Mühlen-, Zoll-, Fischereiregal widerlegen dürften.

Uebersdies handelt es sich gar nicht um Salzpflanzen (*patellae, patellarumque loci*), welche in Grabenstat liegen, sondern um solche, welche um Reichenhall lagen³⁾. Die Salzstellen waren nämlich Theile der dortigen sehr umfangreichen Salzwerke. Der Kaiser hatte dieselben mit dem Orte Grabenstat einem Grafen Hartwich zu Lehen gegeben, welcher sie durch den Grafen Warmunt dem Hochstifte übertrug. Diese Ueberstragung machte der Kaiser, da Grabenstat und die übrigen Schenkungsgegenstände ihm als dem Lehnherren zu Eigen gehörten, dadurch rechtswirksam, dass er auf Bitten des Erzbischofs die Schenkung auch seinerseits aussprach, was er indess — ein Zeichen seines Eigenthumes — nur unter der Einschränkung that, dass, wenn der Bischof die geschenkten Gegenstände der Chorherrn wieder entziehen würde, dieselben der Herrin Judith (Herzog Arnulf's Tochter) und deren Sohn Heinrich zufallen sollten.

Die Urkunde 20⁴⁾ vom 11. April 965 betrifft die schon erwähnte Schenkung des Gaues Neletice und der darin lie-

1) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 121 ff.

2) *Juvavia*, Anhang p. 181, 182.

3) von Koch-Sternfeld II, S. 121 und die Ueberschrift in *Juvavia*, Anhang p. 181.

4) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 43, 44, 47 ff. Dreyhaupt I, p. 14.

genden Städte, nebst der Saline zu Giebichenstein und den übrigen salzigen und süßen Gewässern durch Kaiser Otto I. an das Erzstift zu Magdeburg. Die Worte „*urbem scil. Guiconstein cum salsugine ejus*“ beweisen nicht, dass diese Stadt als Besitzerin und Benutzerin der Oberfläche zugleich Eigenthümerin jener Soolquelle war. Denn in diesem Falle konnte der Kaiser die letztere nicht verschenken. Ebenso wenig lässt sich aus den ferner von Böhlaus durch den Druck hervorgehobenen Worten „*ad eas (urbes) pertinentes aquis salsis*“ folgern, dass dieselben Zubehör jedes Grund und Bodens waren und dies um so weniger, als die Urkunde als *pertinentia* noch eine Reihe anderer Regalien aufzählt.

Durch die Urkunde 21¹⁾ übereignet Otto I. am 27. April 973 seiner Schwägerin Judith und seinem Neffen Heinrich:

„*quandam nostri juris salinam*“ und zwar *nostra imperiali potentia* nebst den Zubehörstücken jener Saline, nämlich: *cum terris cultis et incultis, sartaginibus locisque sartaginum locis onustariis, vutierwendein censalibus et cum omnibus jure regaliterque ad hanc praedictam salinam respicientibus*“²⁾.

Die Saline ist hier nicht Zubehör der Oberfläche, sondern diese ist Zubehör zu jener. Auch im Uebrigen dürfte nicht abzusehen sein, inwiefern jene Urkunde gegen die Annahme eines Bergregals streiten könnte.

Die Urkunde 22³⁾ ist die kaiserliche am 22. October 973 erfolgte Bestätigung eines zwischen dem Erzstifte zu Magdeburg und der Abtei zu Fulda vorgenommenen Tauschgeschäftes, in welchem ersteres an letztere unter Anderen *Salzunga* überträgt:

„*cum omnibus appendiciis et utilitatibus suis, tam in ecclesiis quam in aliis aedificiis et mancipiis utriusque sexus, terris cultis et incultis, ... sylvis, venationibus, salinis, aquis aquarumque decursibus et omnibus pertinentibus.*“

1) von Koch-Sternfeld II, S. 122.

2) Die Urkunde findet sich in der *Monumenta Boica, Monachi 1769 ff. tom. XXXVIII, p. 196.*

3) Schannat, *corpus traditionum Fuldensium, Lips. 1724, p. 241.*

Dass hier neben anderen Regalien auch Salinen als Pertinenzen zum Orte Salzungen aufgeführt sind, beweist Nichts für ihre Zugehörigkeit zur Oberfläche. Salzungen war ein königlicher Ort, an dem schon zur Zeit Karl des Grossen ein dem Könige abgabepflichtiger Salzbergbau betrieben wurde¹⁾. Vom Könige Otto I. hatte das Erzstift Magdeburg Salzungen nebst einigen der dortigen Salinen verliehen erhalten²⁾, deshalb konnte es diesen Ort nebst jenen Salinen nicht ohne königliche Genehmigung weiter übertragen, und so übereignete Otto II. „*rogatu archiepiscopi*“ denselben mit den Salzwerken dem Stifte zu Fulda.

Die Urkunde 23 vom 29. April 973 betrifft die Schenkung des Ortes Tutinsoda³⁾ durch Kaiser Otto II. an seine Gemahlin Theophania.

Für die Urkunde 24⁴⁾, welche die Schenkung der Salinen zu Halle und Giebichenstein von Neuem bestätigt, ist zu wiederholen, was zu Urkunde 20 ausgeführt wurde. Die Urkunde 24 ist von Otto II. am 5. Juni 973 ausgestellt.

In der Urkunde 25⁵⁾ überträgt Kaiser Otto II. im Jahre 978 dem Bisthum zu Brixen:

„*Curtem Fillac et castellum, cum ecclesia, banno, mercato, moneta, teloneis, pontibus cum salinarum fontibus, in regione carinthina in comitatu Hartwici.*“

Die Urkunde 26⁶⁾ betrifft Schenkungen von Privatpersonen über Salzpflanzen, oder Pfannenstellen — steht mithin nicht im Widerspruche mit dem Bergregale, und dies um so weniger, als von den hier in Frage kommenden, um Salzburg gelegenen Hallstätten (Reichenhall, Hallein, Hall) bekannt ist, dass sie nicht der Verfügung des Oberflächenbesitzers unterstanden haben⁷⁾.

1) S. oben zu Urkunde 2.

2) Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland, S. 63, 64.

3) Soden bei Allendorf an der Werra, s. zu Urkunde 82.

4) Dreyhaupt I, S. 20.

5) von Koch-Sternfeld I, S. 64, II, S. 269, 270. Die Urkunde findet sich in den *Mon. Boic. XXVIII*, p. 230.

6) *Juvavia*, Anhang p. 244.

7) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 294.

Die Urkunden 27, 28 und 29¹⁾ betreffen Schenkungen von Salzquellen und Salzpflanzen, welche König Heinrich II. zu frommen Zwecken vornimmt.

Durch die Urkunde 30²⁾ vom 18. April 1016 überlässt König Heinrich II. seiner Nichte Hemma und deren Sohn Wilhelm die Bergwerke auf deren eigenen Besitzungen mit den Worten:

„*Wilhelmo comiti nec non et Dominae Hemmae
tertiam partem salinae nostrae in valle admontensi
Nec non et omnes fodinae cujuscunque metalli et Salinae,
quae in suis bonis reperiuntur, usibus eorum subjaceant.*

Hierauf folgen die bei Böhlau fehlenden Worte:

universum quoque jus ad imperium spectans eis remissimus et ea proprietati ipsorum imperiali clementia assignavimus.

Böhlau³⁾ sieht mit Recht in dieser Urkunde einen Beweis des Salzregals. Dieselbe beweist indess, wie mir scheint, nicht nur das Salzregal, sondern das Bergregal überhaupt.

In Urkunde 31⁴⁾ überträgt die Kaiserin Kunigunde Ortschaften nebst Regalien und darunter auch Salzwerke in Hall dem Hochstifte zu Freising. Diese Ortschaften und Gegenstände hatte sie als Witthum von Heinrich II. erhalten. Im königlichen Orte Hall wurden schon längst königliche Salinen betrieben, wie dies die Urkunde Heinrich II. vom 1. November 1007⁵⁾ über die nämlichen Salzwerke beweist.

In Urkunde 32 vom Jahre 1027 übereignet Konrad II. dem Abte und der Kirche zu Paderborn im Jahre 1027 *villam regiam Erville, ad quam salina spectabat*⁶⁾.

1) von Koch II, S. 156, S. 272 ff., S. 155.

2) von Koch-Sternfeld II, S. 273, Böhmer in den *regestae regum atque imperatorum inde a Conrado I. usque ad Henricum VII.* Frankfurt 1831, Nro. 1149, S. 59, von Muchar III, S. 96, S. 104, Waitz VIII, S. 270. Vollständig findet sich diese Urkunde mit dem richtigen Datum vom 18. April 1016 im Urkundenbuch des Herzogthums Steiermark, Graz 1875, Nro. 38, S. 45, 46.

3) p. 9.

4) von Koch II, S. 151. Meichelbeck, *historia ecclesiae Frisingensis I*, p. 219.

5) In den *Monum. Boica XXVIII*, p. 373, bei Böhlau Urkunde 29.

6) Urkunde u. A. in Seibertz Urkundenbuch I, Nro. 24.

Die Urkunde 33 vom 11. März 1029 enthält die Bestätigung aller Besitzungen des Erzstiftes Freising durch Kaiser Konrad II. Mit den Besitzungen werden verschiedene Regalien aufgezählt¹⁾. „*Cum mercatis, theloneis, et percussura propria numismatis et salinis et sartaginibus ac locis sartaginum.*“ Wie Freising dieselben erhielt, ist bereits oben bei Urkunde 13 nachgewiesen.

Die Urkunde 34 vom 24. August 1029, in welcher Kaiser Konrad einem Elfericus „*miles de Sulza licentiam salem faciendi et venundandi*“ ertheilt, ist falsch²⁾. Sie wäre indess wohl schwerlich gefälscht worden, wenn nicht die allgemeine Ueberzeugung damals dahin ging, dass Niemand, auch nicht der Grundbesitzer ohne kaiserliche Genehmigung Salzwerke haben durfte.

In Urkunde 35³⁾ vom 2. October 1064 gab Heinrich IV. *locum Orbaha* (Orb) in *pago Wettereiba* (Wetterau) an die Abtei St. Stephan und Martin in Mainz und zwar mit vielen diesem Orte zustehenden Regalien, wie den Fischfang und *salinarum fontibus*.

In Betreff der Urkunde 35a vom 5. December 1064, welche sich ausser an den von Böhlau aufgeführten Stellen auch sonst noch, so bei Koch-Sternfeld II, S. 71 findet⁴⁾, wird auch von Böhlau und Waitz zugegeben, dass ihre Ausstellung auf der Annahme des Salzregals beruhe.

König Heinrich IV. gestattet nämlich in derselben dem Pfalzgrafen Friedrich auf dessen eigenen Besitzungen „*in loco hereditatis suae Sulza dicto*“ „*liberum exerceri mercatum*“ *eo jure*, „*in omnibus sc. monetis, teloneis*,“ *omnique regali districtu quo solent et debent mercaturae institui atque donari.*“ „*Insuper* — so fährt die Urkunde hierauf fort — *rogatu ejusdem Palatini comitis Cocturam salis ibi remisimus.*“ Der Kaiser fügt noch hinzu: *tertiamque partem salis que nos attigit in proprium dedimus.*

1) Meichelbeck, *historia Frisingensis Aug. Vind. et Graecii* 1724, p. 223.

2) Waitz, *deutsche Verfassungsgeschichte* VIII, S. 272, Anm. 4.

3) Lönig, *deutsches Reichs-Archiv*, Leipzig 1713 ff., Thl. XIX S. 23, von Koch-Sternfeld S. 87 und sonst.

4) S. auch Waitz VIII, S. 274, Anm. 3.

Ein klarerer Beweis, dass Salzwerke damals Regalien waren, also ohne königliche Genehmigung nicht von jedem Oberflächenbesitzer angelegt werden durften, wird kaum denkbar sein. Nimmt man das vorstehend Entwickelte hinzu, so wird man, da für die plötzliche Anmassung eines Salzregals durch Heinrich IV. kein Anhalt gegeben ist, wohl für richtig halten können, dass das Salzregal, wie es Heinrich IV. ausübte, auch schon Karl dem Grossen und Chlodewig zustand.

Bemerkt ist schon, dass der Kaiser dem Pfalzgrafen nicht überall, sondern nur in Sulza das Salzrecht ertheilt.

Die Urkunde 36¹⁾ vom Jahre 1024 dient Böhlaus wiederum als Beweis gegen die Regalität, während Pfeffinger²⁾ umgekehrt sie für die Regalität der Salinen in's Feld führt. Die letztere Auffassung scheint mir die richtigere. Die Urkunde ist nämlich vom Erzbischof zu Köln bei Gelegenheit der Stiftung der Abtei Saalfeld ausgestellt und dabei erwähnt worden, dass dieselbe auch Regalien erhalten soll.

„*dedimus*³⁾ *ei potestatem venandi navalia faciendi et qualibet utilitate in ea (majori sylva, Forstwald dicta) fruendi.*“ Ausserdem schenkt der Erzbischof „*in Salinis Frankenhusen quatuor Sartagines.*“

Nun würde es, so scheint mir, gar nicht einmal auffallend sein, wenn dem Erzbischof, wäre er in der That Besitzer von Frankenhausen, auch durch kaiserliches Privilegium die dortigen Salzwerke übertragen worden wären, da bekanntlich schon seit Ludwig dem Frommen die Geistlichkeit meist Alles von den Kaisern übertragen erhielt, was etwa in und aus deren Besitzungen der Fiskus beanspruchen konnte. Dies ist aber gar nicht der Fall; der Erzbischof ist nicht Besitzer von Frankenhausen, noch Eigenthümer der dortigen Salzwerke, sondern es gehören ihm nur 4 Salzpflanzen an den letzteren; diese Salzwerke selbst waren schon zur Merovingerzeit königlich, wie dies sowohl von Koch-Sternfeld II. S. 70, wie

1) Vergl. auch Koch-Sternfeld S. 71.

2) J. F. Pfeffinger, *Vitriarii institutionum juris publici* tom. III. *Gothae* 1725, p. 1447.

3) Lunig, deutsches Reichsarchiv III, p. 840. Titel Saalfeld §. 1.

oben zu Urkunde 16 dargethan sein dürfte. Keinenfalls beweist, so scheint mir, die Urkunde, wie Böhlaus p. 13 meint, dass die Kölner Erzbischöfe nur deswegen einen Theil der Frankenhauser Salzpflanzen besaßen, weil sie etwa zu einem ideellen Theile Mitbesitzer des Fleckchens Erde waren, wo jene seit uralten Zeiten bekannte Quelle hervorsprudelte.

Die Urkunde 37 vom Jahre 1103 enthält eine Schenkung Herzog Heinrich von Kärnthens an die Abtei St. Lambert zu Sevon (Seuwa). Sie ist im *thesaurus anecdotorum* von Pez tom. VI, pars I, p. 283, 284, 285 abgedruckt. Der Herzog schenkt in derselben mehrere Orte mit vielen Regalien, so Judenburg *cum usu, qui muta dicitur, theloneo et praeter-euntium merce*, ferner Linthe *cum piscina, molendinis, piscatori-bus*, sodann:

vallem Avelnice cum Ecclesia ibidem constructa et ministerialibus hanc habitantibus cum omni utilitate, sylvis, pratis, cultis locis et incultis salino et rudere, quod Aric dicitur, castoribus et marconibus.

Zunächst ergibt sich aus dieser Urkunde, dass Herzog Heinrich viele Regalien besaß; es dürfte daher auch nicht auffallen, dass ihm eine Saline und Erzbergwerke zustanden. Nach den Worten: „*ministerialibus hanc (vallem) habitantibus*“ dürfte anzunehmen sein, dass die Bergwerke in jenem Thale von Privatpersonen besessen und betrieben wurden, dass dieselben aber dem Herzoge, als ihrem und der Bergwerke Herrn Abgaben zu entrichten hatten. Dass der Herzog Eigenthümer der Bergwerke gewesen ist, weil er zur Oberflächennutzung befugt war, beweist die Urkunde nicht.

Im Uebrigen lässt sich aber darthun, dass das Recht auf den Salz- und Erzbergbau mit dem Besitze jener Gegend durch kaiserliche Privilegien verbunden war.

Im Jahre 1025 erhielt nämlich eine Edelfrau Beatrix vom Kaiser Konrad in der obersteierischen Waldmark 100 Huben königlichen Saalbodens: „*cum usu salis et rudere, quod Arz dicitur.*“ Dies theilt aus dem Lambrechter Saalbucho von Muchar im dritten Theile seiner Geschichte des Herzogthums Steiermark S. 90 unter Bezugnahme auf Pez, Anekdot. VI, p. 285 mit, d. i. aber die hier besprochene Urkunde. Von Muchar bemerkt gleichzeitig, dass die der Edelfrau

Beatrix geschenkten Huben mit den darauf ruhenden Rechten später in den Besitz von St. Lambrecht gekommen sind¹⁾.

Wie der Herzog seinerseits in den Besitz jener einst der Edelfrau Beatrix geschenkten Huben kam, kann dahingestellt bleiben, da für den Beweis der Regalität der Umstand genügen dürfte, dass das Recht zum Bergbaubetriebe vom Könige herrührte.

Die Urkunde 38 vom Jahre 1125 ist nach Koch-Sternfeld II, S. 271 von Böhlau mitgetheilt. Sie findet sich vollständig abgedruckt in „Franz Kurz, Beiträge zur Geschichte des Oesterreich ob der Enns, Linz 1808, Thl. 3, Seite 299 ff. Ihre Ueberschrift lautet: *Litterae foundationis monasterii Glunicensis, datae ab Ottocaro Marchiae Styrensi 1125 ex autographo*. 1125 lebte aber kein Herzog Ottokar. Ein Herzog dieses Namens war 1124 gestorben²⁾. Wahrscheinlich werden ein anderes Jahr als 1125 und derjenige Ottokar gemeint sein, welcher im Jahre 1182 dem Seckauer Kloster besondere Privilegien ertheilte. Dafür spricht nämlich der Umstand, dass die Stiftung des Klosters Glaink erst 1183 durch Erzbischof Otto II. von Bamberg bestätigt wurde.

Dieser Herzog Ottokar von Steiermark hatte, wie übrigens schon sein Vater das Bergregal von Kaiser und Reich³⁾ (*imperiali largitate*).

Nach der Urkunde 39 vom 1. August 1135 schenkte Kaiser Lothar III. dem von ihm gegründeten Kloster Königs-lutter „*unum chorum salis cum medio*.“ *Chorus salis* ist ein Salzmaass⁴⁾. Gemeint ist, dass der Kaiser eine ihm gebührende Salzabgabe dem Kloster überweist. Diese Abgabe bezog der Kaiser aus der Saline zu Lüneburg⁵⁾, über die noch unten bei Urkunde 45 zu sprechen sein wird.

1) Auf den nämlichen Gegenstand bezieht sich die Urkunde 44, S. 53 im Urkundenbuch des Herzogthums Steiermark vom 12. März 1025, in welcher Kaiser Konrad der Frau Adelheid *centum mansos nostrae proprietatis cum usu salis seu cum omni utilitate* schenkt.

2) Kurz, S. 304 ff.

3) S. unten zu Urkunde 53: Pusch et Fröhlich *Diplomataria S. Styriae* 1756, p. 166, 167.

4) *Jungius de jure salinarum*, p. 198.

5) *Sagittarius in Originibus Luneburgi* in Jung, p. 199.

Die Urkunde 40¹⁾ berichtet, dass Abt Heinrich von Hersfeld im Jahre 1137 dem neu erbauten Spitale zu Königs- oder Herren-Breitungen:

juxta vetus Bredinge puteum unum salis cum area sua in Salzungen

widmet.

Hier sind Grund und Boden Zubehör zum Salzbrunnen und nicht dieser Zubehör zu jenen.

Dass Salzungen durch königliche Verleihung mit dem Rechte der Salzgewinnung verbunden war, ist bereits bei den Urkunden 2 und 22 gezeigt worden. Salzungen war ein königlicher Ort, in welchem schon zur Zeit Karl des Grossen Salzgewinnung stattfand. Otto I. schenkte ihn mit einzelnen Salzwerken an Magdeburg, welches denselben nebst den ihm geschenkten Salinen mit Einwilligung des Königs an Fulda übertrug. Schon Karl der Grosse schenkte 775 einen Theil der Salzwerke in Salzungen an Hersfeld. Uebrigens bekundet von Koch-Sternfeld II, S. 68, dass die Kirchen Hersfeld, Fulda, Mainz und Würzburg mit den Salzwerken in Salzungen „viel in Eigenthum und Pfandschaften wechselten.“

Der Besitz eines *puteus salis* in Salzungen durch Hersfeld im Jahre 1137 steht also der Annahme des Salzregals nicht entgegen.

Die Urkunde 41²⁾ enthält die kaiserliche Bestätigung vom Mai 1144 für eine Schenkung des Richters und Wechslers Heinrich von Lauffen an die Abtei St. Peter in Salzburg, welche zum Gegenstande hat: *octavam partem aquae salinae, quam quidam Henricus judex ac trapezita (Wechsler) Salzburgensis in loco super tekkindorferebret vivens illam designaverat.*

Haec aqua, so heisst es in der Urkunde³⁾ aber weiter, *ad jus venerabilis archiepiscopi salzburgensis Cuonradi pertinuit, quia dum idem Henricus judex ac trapezita ipsius esset, eam de rebus ejus lucratu fuit.*

Dass aber Salzburg seine Salinen vom Kaiser *de regalibus* hatte, ist bereits nachgewiesen.

1) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 68.

2) von Koch-Sternfeld II, S. 128.

3) *Monum. Boica XXIX*, p. 284.

In der Urkunde 42¹⁾ übereignet der Erzbischof Eberhard von Salzburg *apud Seccowe fontem aquae salsae prope montem Hartberg* und giebt dazu „*dimidium mansum fonti vicinum, jure, quo mihi serviebat.*“

Wie von Muchar²⁾ bemerkt, wissen wir ausser durch diese Urkunde Nichts über jene Salzquelle. Da aber der nämliche Erzbischof Eberhard 1160 erklärt hat, dass Salzburg seine Salinen nicht als Oberflächenbesitzer, sondern „*de regalibus imperii*“³⁾ hatte, vielfache Verleihungen von Salinen durch die Kaiser an Salzburg auch bekannt sind, so wird anzunehmen sein, dass auch die Salzquelle am Hartberge vom Kaiser in den Besitz von Salzburg gekommen ist.

Die Urkunden 43 und 44 besprechen den nämlichen Fall. Im Jahre 1150 entstand auf dem Gebiete Lindenau eine Salzquelle, welche heute Friedrichshall an der Werra⁴⁾ heisst. Die Erzbischöfe zu Bamberg waren Territorialherrscher jenes Gebiets, hatten dasselbe indess den Grafen von Henneberg als Lehn überlassen, welche ihrerseits jene Quelle mit anderen Gegenständen weiter veräusserlichten. Kaiser Konrad III. erkannte indess in einer Urkunde⁵⁾ vom Jahre 1152 an, dass diese Quelle dem Erzstifte Bamberg zustehe. Mit Recht sieht Böhlau p. 14 hierin einen Beweis für das Salzregal; denn wenn die Quelle Zubehör zur Oberfläche gewesen wäre, so müsste sie den Grafen von Henneberg als den Lehnbesitzern zugefallen sein. Wenn Böhlau indess eine Beleihung Bamberg's durch die Kaiser vermisst, so dürfte daran zu erinnern sein, dass eben Kaiser Konrad III. jene Urkunde vom Jahre 1152 ausstellt, in welcher dem Erzstifte Bamberg das Verfügungsrecht über die Salzquelle zugesprochen wird. Uebrigens war schon von früheren Kaisern, so z. B. von Heinrich IV. am 15. Juli 1103⁶⁾ den Erzbischöfen von Bamberg ihr Gebiet „*remota regalis nostre majestatis auctoritate*“

1) *Diplomataria S. Styriae* I. p. 150.

2) Geschichte des Herzogthums Steiermark, 3. Theil, S. 102, 103.

3) S. von Muchar III, S. 105, Anm. 2.

4) von Koch-Sternfeld II, S. 67.

5) Ussermann, *episcopatus Bambergensis 1802. Codex probationum* Nro. CXLI, p. 107.

6) Ussermann, *Codex Probationum* Nro. LV, p. 56.

und mit besonderer Namhaftmachung auch vieler Regalien bestätigt worden. Die betreffende Urkunde soll, weil für die damalige Zeit charakteristisch, hier folgen:

„*Nostra quoque auctoritate sancimus, ut in abbatiis, monasteriis, comitatibus, foris, mercatis, monetis, naulis, theloneis, castellis, villis, areis, servis, ancillis, tributariis, decimis forestibus, molis, molendinis, aquis, aquarumque decursibus, campis, pratis, terris cultis et incultis, libris, auro, argento, gemmis, vasis, ornamentis, vel aliquibus utensilibus in cultum et in religionem Dei ibidem collatis in omnibus terminis et rebus ejusdem ecclesie ac quidquid ad praesens illuc pertinet vel ex his amplificari potest nulla fit infestatio tyrannorum nullus ibi comes aut judex legem facere praesumat infra urbem preter episcopum loci, omnis possessio famulantium ibi Deo pro emunitate habeatur.*

Die Urkunde 45 betrifft die Saline zu Lüneburg und Oldesloe. Der Herzog Adolf von Holstein hatte zu Lübeck einen Markt und zu Oldesloe eine Saline eröffnet; ersterer schädigte den Markort Bardowiek, letztere die Stadt Lüneburg, welche beide damals Herzog Heinrich dem Löwen gehörten. Dieser verlangte darauf vom Herzog Adolf, dass er ihm die Hälfte des Lübecker Marktes und der Oldesloeer Saline geben möchte, und liess, da dies nicht geschah, jene Saline zerstören.

Der Sachverhalt ist ganz unvermittelt von Helmold wörtlich wie folgt dargestellt.¹⁾

„*Una ergo dierum allocutus est Dux (Henricus Leo) Comitem Adolfum dicens: Perlatum est ad nos jampridem quod civitas nostra Bardowiek magnam diminutionem civium patiatur propter Lubecense forum, eo quod mercatores omnes eo commigrent. Idem conqueruntur ii, qui sunt Luneburg, quod Sulzia nostra devorata sit propter Sulciam, quam coepistis habere Thodeslo. Rogamus ergo, ut detis nobis medietatem civitatis vestrae Lubike, et Sulciae, possimusque tolerabilius ferre desolationem civitatis nostrae. Alioquin praecipiemus, ne fiant mercationes de caetero in Lubike.*

1) In *Helmoldus Chron. Slavorum* bei Leibnitz scriptores rerum *Brunsvicensium* tom. 2. Hannover 1708 p. 599, 600.

*Non enim ferendum est nobis, ut propter aliena commoda, desolari patiamur haereditatem patrum nostrorum. Sed cum renueret Comes, reputans incautam sibi hujusce-modi conventionem, mandavit Dux, ne de cetero haberetur forum Lubike, nec esset facultas emendi, sive vendendi, nisi ea tantum, quae ad cibum pertinent. Et jussit mercimonia transferri Bartowiek, ad sublevandam civitatem suam. Sed et fontes salis, qui erant Thodeslo, ipso tempore obturari fecit. Et factum est verbum illud Comiti nostro et terrae Wagirensi in offensionem et profectuum inpedimentum.*⁴

Hüllmann¹⁾ folgert aus dieser Erzählung, dass die Grafen von Holstein die Saline zu Oldesloe wie die Welfische Familie diejenige zu Lüneburg in der Eigenschaft als Grundherren benutzt haben, und zwar seiner Ansicht nach mit Recht, weil damals noch Salinen und Bergwerke keine Regalien, sondern Zubehör zum Grund und Boden²⁾ gewesen seien.

Allein diese Folgerung dürfte nicht begründet sein.

Die Saline zu Lüneburg hat nämlich schon seit den ältesten Zeiten im Besitze und Betriebe von Privatpersonen gestanden, sie ist niemals im Besitze des Welfischen Hauses gewesen und hat nicht auf einem diesem Hause privatrechtlich gehörigen Grund und Boden gelegen. Dies ergiebt sich unter Anderem aus einer Urkunde vom Jahre 1123³⁾, in welcher Lüneburger Bürger ihre Pfannen dem Stifte zu Bardewiek überliessen. Bereits am 13. August 956 widmete Kaiser Otto I. den Salzzoll in Lüneburg „*ipsum theloneum, qui ex salinis emitur*, dem dortigen St. Michaelskloster.⁴⁾

Im Jahre 1135 schenkte Kaiser Lothar einen Theil der von jener Saline bezogenen Abgaben dem Kloster Königs-lutter.⁵⁾ Erst 1139 aber gelangten die Welfen zur Herrschaft über Lüneburg und die dortige Saline.⁶⁾ Wurde nun die

1) Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 64.

2) Hüllmann S. 62.

3) Engels in der Zeitschrift für Bergrecht XIX, S. 460.

4) Die Urkunde ist abgedruckt in Jung *de jure salinarum*, pag. 195 not. a, im Lüneburger Urkundenbuch 7. Abtheilung, Celle 1861, S. 1.

5) S. oben zu Urkunde 39.

6) Manecke, „Kurze Beschreibung und Geschichte der Stadt Lüneburg“, Hannover 1816, S. 100 a. a. O.

Saline zu Lüneburg von dem Welfenherzog als *nostra sulzia* bezeichnet, so ist dies in demselben Sinne zu verstehen, wie die Könige Englands, Frankreichs und Böhmens, die in ihren Ländern, auf wessen Gründen auch immer belegen, von Privatpersonen besessenen und betriebenen Bergwerke ihr Eigenthum nannten. Die Saline stand im Eigenthume des Herzogs, er bezog Einkünfte aus derselben, er war aber weder Besitzer noch Betreiber, hatte auch seine Rechte nicht als Besitzer der Oberfläche, und zwar schon deshalb nicht, weil er dies gar nicht gewesen ist.

Die Worte „*haereditatem patrum nostrum*“ gehen auf die Städte Bardowiek und Lüneburg, und diese konnten mit Recht so genannt werden, nicht nur, weil sie dem Herzog Heinrich erblich von seinem Vater überkommen waren, sondern auch, weil sie erbliche und allodiale Besitzungen seines Hauses waren.¹⁾

Jung, welcher die Regalität der Saline zu Lüneburg in Abrede stellt, erklärt p. 201 die Worte *sulzia nostra* damit: „*principem respexisse sulciam in territorio suo sitam, cujus illi tamquam regionis domino suprema cura incumbibat*“, eine Erklärung, welche sicher nichts weniger als zufriedenstellend sein dürfte.

Meines Erachtens lag die Sache so:

Ursprünglich waren die Kaiser, als Kaiser, Herren und Eigenthümer der Lüneburger Sülze, und ihr Recht ist später auf die Welfen übergegangen. Die Kaiser haben ihr Eigenthum in der Weise benutzt, dass sie das Recht, die Sülze auszuschöpfen und zu sieden, lehenweise Privaten gegen Abgaben übertrugen, deren Nutzungs- und Besitzrechte später in der Weise erblich wurden, wie solches bei Belehnungen zur gesammten Hand damals statthaft erschien.²⁾ Die Siedehäuser und sonstigen für die Salzgewinnung erforderlichen Gegenstände standen im Eigenthume der Beliehenen, waren indess wahrscheinlich nur Zubehör zum Nutzungs- und Besitzrecht an der Sülze.

1) S. u. A. Joh. Suibert, Seibertz Landes- und Rechtsgeschichte von Westfalen II, Arnsberg 1861, S. 421 ff. a. a. O.

2) Vergl. Schröder in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. 10, S. 260 ff. a. a. O.

Dies dürfte sich aus Folgendem ergeben:

Die Kaiser erhoben ehemals Abgaben von der Saline¹⁾, welche sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf ein Drittel des Bruttoertrages beliefen. Dies kann sich für die damalige Zeit nicht aus der Steuerhoheit erklären, zumal diese Abgaben sehr bald in Privathände übergingen. Ferner gab es bis zum dreizehnten Jahrhundert nur einen Salzbrunnen²⁾, aber 50 Siedehäuser und ebensoviel Siedeberechtigungen.³⁾ Den Besitzern der Siedehäuser war der Gebrauch der Sülze gemeinschaftlich, insofern sie aus derselben bestimmte Quantitäten Flüssigkeit zum Sieden erhielten. Es dürfte nun schwer halten anzunehmen, dass diese 50 — später 53 — Siedeberechtigten (Pfannherren) ihr Recht daraus ableiteten, dass sie in Höhe eines ideellen Fünfzigstels an dem Oberflächenbesitze des Soodes betheiligt waren, aus welchem durch einen tiefen Schacht die Soole zu Tage gefördert wurde. Vielmehr wird anzunehmen sein, dass sie ihr Recht, und zwar ursprünglich vom Kaiser zu Lehen trugen, an den oder an dessen Rechtsnachfolger sie dafür Abgaben zu entrichten hatten.

Vom Kaiser ist nun das ihm an der Saline zustehende Recht auf die Welfen übergegangen, ob zum Lehen oder zum erblichen Besitz und durch welche Urkunde, ist mir nicht bekannt geworden. Als Heinrich der Löwe seiner Reichslehen verlustig erklärt wurde, war es streitig, ob die Saline zu Lüneburg ebenso wie diese Stadt allodialer Besitz oder Reichslehen war. Letzteres behauptete der Kaiser⁴⁾, der deshalb die Hälfte der Saline zurückforderte; doch erhielten sich die Welfen als Herzöge von Lüneburg in deren Besitz.

Die an den Kaiser und später an die Welfenherzöge zu leistenden Abgaben waren von jedem Siedehause besonders zu entrichten. Erstere, die Chorusgüter, kamen durch kaiserliche und herzogliche Verleihungen in den Besitz anderer Personen, meist Geistlicher. Sie werden seit dem dreizehnten

1) Jung p. 191 seq.

2) Vergl. die Urkunde vom Jahre 1273 in Jung's *Sylloge Documentorum pro Salina Luneburgensi* p. 83 in dessen Buch: *de jure salinarum*.

3) Daselbst p. 77 Urkunde vom Jahre 1262.

4) Engels S. 461.

Jahrhundert nicht mehr *in natura* abgeführt und bestehen bis auf den heutigen Tag.¹⁾

Was nun die Saline in Oldesloe anlangt, so ist nicht bekannt, dass sie auf einer Privatbesitzung des Herzogs lag; sie kann also auch nicht als ein Zeugniß der Zugehörigkeit der Salinen zum Oberflächenbesitze dienen. Wie ich annehmen zu dürfen glaube, hat sich Herzog Adolf als Territorialherr angemasst, Salinen und einen Markt ohne kaiserliche Genehmigung einzurichten, wie damals allerdings auch sonst mehrfache Anmassungen kaiserlicher Regalien stattgefunden haben.²⁾

Herzog Heinrich, der im Jahre 1151 kaiserlicher Statthalter war³⁾, durfte daher die Ausnutzung des Marktrechtes verbieten und die Salinen zerstören lassen, was er um so lieber that, als ihm dieselben auch persönlich in seiner Eigenschaft als Reichsstand nachtheilig waren.

Die Urkunde 46 vom Jahre 1156 ist bereits bei Urkunde 14 besprochen. In derselben ertheilt Kaiser Friedrich I. den Präpsten von Berchtesgaden das Recht, auf ihren eigenen Besitzungen Bergbau zu treiben.

Die Urkunde 47 betrifft die Ronkalische Constitution. Dass dieselbe nur der *salinarum redditus* gedenkt, erklärt sich wohl daraus, dass sie zunächst für die Lombardei bestimmt war, woselbst damals ausser Salinen kein anderer Bergbaubetrieb vorgekommen sein dürfte. Die Salinen waren auch dort im Privatbesitz und Privatbetrieb, so dass sich das Recht des Regalherrn wesentlich auf den Bezug der Abgaben beschränkte.

Die Urkunde 48⁴⁾ vom Jahre 1160 ist bereits erwähnt. Der Erzbischof Eberhard von Salzburg bestätigt in derselben dem Kloster zu Admont unter dessen übrigen Besitzungen mit Zustimmung Kaiser Friedrich I. alle auf den Klostergründen vorkommenden Salz- und Metallbergwerke: „*quae de regalibus imperii Salzburgensis ecclesia hactenus quiete possedit.*“

Die Urkunde 49 vom Jahre 1160 berichtet, dass ein Bischof von Paderborn drei Siedekothen „*tres domus ad sal*

1) Engels daselbst.

2) S. oben §. 7.

3) Engels S. 461.

4) von Muchar III, S. 106.

coquendum“ verschenkte. Zu welcher Saline (Werl?) diese gehörten, geben weder Schaten noch Wiegand an den von Böhlau citirten Stellen an. Jedenfalls ist die in der Urkunde erwähnte Thatsache unerheblich, da der Besitz von Siedehäusern durch Privatpersonen nicht im Gegensatze zum Salzregal steht.

In der Urkunde 50 vom Jahre 1163 schenkt Friedrich I. der Abtei Tegernsee auf ihren Besitzthümern: „*quaecumque generantur in humo vel quae latent sub terra, venae salis, vel ferri vel argenti.*“

Die Urkunde zu 51 erwähnt einer Schenkung der Saline zu Kokle durch den Wendenfürsten Kasimir an das Stift Havelberg. Dieselbe erfolgte am 18. August 1170 und wurde vom Bruder und Nachfolger des Geschenkgebers im Jahre 1182 wiederholt.¹⁾ Aus dieser Urkunde, in Verbindung mit den weiter unten folgenden Urkunden 66, 72, 75, 76, 77 und 80 wird sich ergeben, dass auch die Wendenfürsten das Salzregal in ihrem Gebiete ausübten.

Die Urkunde 52 nimmt Bezug auf die Bestätigung der Kolberger Salzrechte durch Kaiser Friedrich II.

Brüggemann²⁾ trägt den Hergang wie folgt vor:

„Als der Kaiser Friedrich II. in dem Jahre 1182 die Fürsten von Pommern zu Reichsfürsten und Herzögen machte, ertheilte er den Kolbergischen Sülzverwandten das staatliche Privilegium, dass sie mit allen ihren Freiheiten unter des Reiches Schutz und Schirm genommen sein, und was das Salzwesen anbetrifft, ihre Gerichtsbarkeit und Zusammenkünfte behalten und die Kothen sowohl auf männliche als weibliche Personen vererben sollen.“

Dies beweist, dass im Jahre 1182 das kaiserliche Salzregal auch für Pommern Anerkennung fand. Uebrigens dürfte es nicht allzu schwer fallen, aus den vorhandenen sonstigen Nachrichten den Beweis zu führen, dass auch die Kolberger Saline von je her zu Eigenthum den Landesherren gehört, dass

1) O. F. Lisch in den Jahrbüchern des Vereins für Mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde XI. Jahrgang S. 162.

2) Beschreibung des Herzogthums Vor- und Hinterpommern II. Theil 2. Band S. 480, Stettin 1784.

aber Besitz und Betrieb der einzelnen Anstalten Privatpersonen gegen Abgaben zugestanden haben.

Die Urkunde 53¹⁾ ist bereits erwähnt. Ottokar I., auch VIII. genannt, verlieh im Jahre 1182 dem Kloster zu Seckau auf dessen Besitzungen das Bergbaurecht, indem er sagt:

„Inde et ad huc adjicimus decernentes, si Dominus humilitatem eorum respicere paupertatique dignetur consulere, venas salis sive metalli per omnem fundum Ecclesiae ostendendo, sine inquietudine valeant excolere et in usus suos redigere, Hoc enim prius illo tradidimus, et nunc stabilire, et in notitiam posteritatis transmittere volumus, sic ut Patri nostro ab Imperiali largitate et nobis a Patre nostro collatum fore scimus.“

Die Urkunde 54 vom 6. Juli 1184 enthält die Ueberlassung oder wahrscheinlicher Bestätigung des Bergbaurechts durch Friedrich I. für das Kloster St. Lambrecht.²⁾

In der Urkunde 55 vom Jahre 1184 bestätigt Friedrich I. dem Stifte zu Admont das Bergbaurecht auf allen dessen Gründen³⁾ mit dem Bemerken, dass das Stift dieses Recht schon von Salzburg erhalten, Salzburg aber dasselbe *de regalibus imperii* habe.

Die Urkunde 56 vom 7. März 1187 enthält die Verleihung des Bergbaurechts an das Erzstift zu Magdeburg in einem diesem gehörigen Waldestheile durch Friedrich I.

In der Urkunde 57⁴⁾ vom 18. Mai 1193 verleiht Heinrich VI. dem Kloster Ebersberg auf dessen Besitzungen:

„quaecunque generantur in humo vel quae latent sub terra, sive sint venae salis, vel ferri, argenti, vel auri, vel cujuslibet metalli.“

Die Urkunde 58 ist die Wiederholung der in Urkunde 54 gegebenen Bergbauerlaubniss für St. Lambrecht durch König Heinrich VI.

1) *Diplomataria S. Styriae I, 167.*

2) Boehmer, Regest. von Konrad bis Heinrich VII: Nr. 2663 S. 143 und Albert von Muchar III, S. 105 (aus dem Lambrechter Saalbuche).

3) Pez, *thesaurus anecdotorum tom. 3, pars 3, p. 676*, von Muchar III, S. 105 (aus dem Admonter Saalbuche).

4) *Hundii Metropolis II, pag. 191.*

Durch die Urkunde 59¹⁾ vom 10. März 1205 bestätigt König Philipp dem Stifte zu Berchtesgaden einen in dessen Besitz befindlichen Wald:

„et ea, quae intra terminos ipsius foresti, quae erant imperii in venationibus, piscationibus, pascuis, cultis et incultis, et quae in salis vel in cujuslibet metalli venis subterraneis inveniri aut elaborari potuerint.“

Die Urkunde 60²⁾ enthält das Privilegium, durch welches Herzog Wilhelm von Braunschweig im Jahre 1205 dem Stifte zu Lüne und dessen Propst verleiht an der Lüneburger Saline:

„ut singulis Fluminibus jam dictarum Dominarum (zu Lüne), quadraginte Urne de communi Sulta adderentur.“

Der Herzog war aber Inhaber des Regals³⁾ und nur als solcher konnte er über die Sülze verfügen.

In der Urkunde 61 vom 23. November 1208 wiederholt König Otto IV. die in Urkunde 59 für Berchtesgaden ausgestellte Verleihung.

Die Urkunde 62⁴⁾ vom 12. Mai 1216 enthält die Beleihung des Grafen von Henneberg mit dem Bergregal durch Friedrich II.

„in rectum et perpetuum feudum concessimus omnes argenti fodinas et tam alia quecunque metalla seu salina fuerint in terra sua a modo reperte, ut eos ad usum suum convertat, et tam ipse, quam sui heredes, sicut ad imperium et nos spectaret, cum universis proventibus suis jure feodali teneant et possideant.“

In der Urkunde 63⁵⁾ vom 29. December 1217 bestätigt Friedrich II. dem Bischof Conrad von Brixen das Berg-

1) Ausser an den bei Böhlau citirten Stellen noch in *Hundii Metropolis II*, p. 122, 123.

2) Bei Jung in dessen *Sylloge Documentorum* p. 74, 75 (dem Anhange zu dessen Schrift *de jure salinarum*).

3) S. oben zu Urkunde 45.

4) Schöttgenii et Kreyssigii *Dipl. et script. pp. I*, p. 558 und sonst s. Böhlau. Hinzuzufügen ist dessen Citaten noch Böhmer regest. von 1198 bis 1254, Stuttgart 1849, S. 87.

5) S. oben §. 16 die tyrolischen Bergordnungen, *Hundii Metropolis Salisburgensis I*, pag. 320 a. a. O.

regal an allen im Bisthum vorkommenden Silbergruben, Metallgängen und Salzen.

Die Urkunde 64 vom 1. November 1219 enthält die Bestätigung Friedrich II. über einen zwischen dem Herzog von Baiern und dem Erzbischof von Salzburg abgeschlossenen Vergleich, worin erwähnt wird, dass das Stift Altach (Niederaltach), Besitzungen habe (*habuit in possessionibus*), sowohl an einem Soolbrunnen wie in der Stadt Halle (Reichenhall). Diese Besitzungen, welche vom Kaiser bestätigt wurden, stehen indess um so weniger dem Bergregal entgegen, als bereits bei Urkunde 9 dargethan ist, dass Salzstätten um Reichenhall von den deutschen Kaisern und schon früher von den Agilolfingern jenem Kloster übertragen sind.¹⁾

In Urkunde 65 vom 25. November 1219 verleiht Friedrich I. dem Erzstifte zu Regensburg unter Anderem

„fontes . . . salinarum et fodinas cujuscunque generis metallorum inventas et inveniendas in fundis haereditarii patrimonii ipsius Conradi (episcopi Ratisbonensis) jure feudi.“

Die Urkunde 66²⁾ vom 7. Juni 1222 erwähnt die Schenkung einer Salzpfanne durch den Wendenfürsten Borwin an ein Kloster.³⁾

In der Urkunde 67⁴⁾ vom Jahre 1226 bestätigt Kaiser Friedrich II. dem Orden *domus milicie Christi* die Besitzungen, welche sie vom Bischofe Livland's zu Lehen erhalten haben und fügte noch folgende Worte hinzu:

„ut quodcunque genus sive materiam metalli sub terra sive supra terram in districtibus et regionibus supradictis poterunt invenire, quod ad imperialem nostram cameram pertineat et pertinere posset debeant exhibere ad usum proprium et utilitatem.“

Die Urkunde 68 vom Juni 1226 enthält die Wiederholung der in Urkunde 62 gedachten Bergregalverleihung durch Friedrich II.

1) Vergl. von Koch-Sternfeld II, S. 174.

2) S. von Koch-Sternfeld S. 144.

3) Mecklenburgische Jahrbücher XI, S. 157.

4) Ausser an der bei Böhlaus angegebenen Stelle noch in der *Historia Diplomatica Friderici Secundi, Parisiis 1852 par Huillard-Bréholles tom. II, p. I, p. 58.*

Die Urkunde 69 vom 17. Juni 1230 dient Jung¹⁾ als Beweis gegen die Regalität des Bergbaues. Sie ist vollständig ausser bei Jung und Ludwig, welche schon Böhlau anführt, noch in Johann Georg Leuckfeld's²⁾ *Antiquitates Praemonstratenses* S. 46 ff. abgedruckt, der auch eine allerdings ganz kurze Erläuterung zu derselben mit den Worten giebt: „Anno 1230 hat das Convent zu Gottes Gnade folgenden Vergleich getroffen mit einigen vom Adel und anderen Personen, wegen eines zu grabenden Salz-Brunnens zu Elmen oder Alten-Salze, welches die letzteren dem ersteren nicht gestatten wollten, sondern vor einen Eingriff hielten.“

Als der Inhalt der sehr weitschweifigen Urkunde ist Folgendes zu entnehmen:

Eine Reihe von Personen betrieben gemeinschaftlich eine Saline bei Frose. Als nicht weit davon das Kloster Gottesgnade in Elmen nach Soolquellen graben lassen wollte, erhoben jene Einspruch, weil sie behaupteten, dass nur ihnen selbst auf den Gründen des Klosters ein solches Recht zustände. Der Streit wurde dahin geschlichtet, dass das Kloster von der Errichtung einer eigenen Saline gegen eine Entschädigung Abstand nahm und das Recht der Socien auch auf Klostergründen zu graben anerkannte.

Zunächst ist nun hervorzuheben, dass jene Betreiber der Saline zu Frose nicht als Oberflächenbesitzer zum Bergbaubetriebe befugt sein konnten, da unter ihnen auch ein Jude erwähnt wird, Juden aber damals keinen Grundbesitz haben konnten. Hiernach erübrigt nur die Annahme, dass sie ihr Recht von dem Bergregalherrn durch Verleihung erhalten haben, und dieser Regalherr war die Kirche zu Magdeburg, welcher schon Kaiser Otto I. im J. 965 die *aquae salzae* im ganzen *pagus Neletice* verliehen hatte.

Das Gebiet um Elmen wie das Kloster Gottesgnade ge-

1) *De jure salinarum* p. 127—131.

2) „Gründliche historische Nachricht von dem ehemals berühmten Praemonstratenser Kloster Gottes Gnade.“ (In den *Antiquitates Praemonstratenses*, Magdeburg und Leipzig 1721.)

hörte zu Magdeburg¹⁾, in dessen unmittelbarer Nähe Elmen und Frose liegen.

Die Urkunde 70 vom 1. Oktober 1231 erwähnt der Schenkung einer Salzpfanne in der Stadt Hall durch König Heinrich II.

In der Urkunde 71 vom Jahre 1235 wiederholt Kaiser Friedrich II. die von Friedrich I. für Admont in Urkunde 55 ertheilte Bergregalverleihung.

In der Urkunde 72 vom 12. September 1243 bestätigt Fürst Borwin von Rostock dem Kloster Doberan zwei von seinen Vorfahren geschenkte Pfannen von dem grossen und kleinen Brunnen der Saline zu Sulz, welche jährlich vier Last Salz liefern sollen und befreit das Kloster dabei von den Erhaltungskosten der Saline:

*„qui per consensum abbatis et conventus de Doberan praefatam salinam sub se habuerint, quod singulis annis imperpetuum teneantur solvere quatuor last salis ecclesie Doberanensi quatuor vicibus in anno.“*²⁾

Diese Urkunde lässt den Schluss zu, dass wie bei den Salinen zu Halle a. S., Reichenhall und Lüneburg auch diejenigen, welche in Sulz die Pfannen, Siedehäuser u. s. w. vom Regalherrn zu Lehen trugen, die Salzgewinnung durch Dritte gegen Abgaben betreiben liessen.³⁾

Die vom Erzbischof Konrad von Köln am 15. Juli 1246 ausgestellte, bei Böhlau unter 73 aufgeführte Urkunde⁴⁾ betrifft die berühmte Saline Werl. Der Erzbischof bestätigt in derselben denen, *„ad quos jure hereditario dicti salis decoctio dinoscitur pertinere“*, alle Rechte, welche sie schon unter seinem Vorgänger, Erzbischof Engelbert (1216—1225) gehabt hatten.

Böhlau stellt p. 15 rücksichtlich dieser Urkunde in Abrede, dass sie auf der Annahme des Salzregals beruhe. Der gleichen Ansicht ist Schröder.⁵⁾ Letzterer bezieht sich hier-

1) Leukfeld S. 1 ff.

2) Die Urkunde findet sich im XI. Jahrgang der schon erwähnten Mecklenburgischen Jahrbücher S. 271.

3) Siehe auch unten zu Urkunde 75.

4) Aus Johann Suibert, Seibertz Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen. Arnsberg 1839 I, Nr. 246, p. 306.

5) Zeitschrift für Rechtsgeschichte Band 10 S. 258 ff.

für noch auf mehrere Urkunden, in welchen und zwar im Jahre 1203 ein Graf Gottfried von Arnsberg „*domum salinariam in Werle*“, im Jahre 1303 ein Bürger Emelrich: „*domum . . . scilicet salinam propre vallum Werlense sitam*“ und im Jahre 1362 Eberhard von Langenol „*aream . . . domus salinarie* in Werle verkauft haben.

Allein das Eigenthum an den Häusern, wo die Sülze gesotten wird, hat, wie mir scheint, mit der Frage nach dem Vorhandensein des Salzregals gar Nichts gemein. Für diese handelt es sich nur darum, wem die Sülze zustand und wie die Eigenthümer der Siedehäuser das Recht auf den Bezug eines Theils der Sülze erlangt hatten.

Es war bis zum vierzehnten Jahrhundert ein einziger Salzbrunnen in Werl und es fragt sich, woher die Eigenthümer der Salzhäuser das Recht hatten, täglich eine gewisse Quantität Sülze aus jenem Brunnen zu beziehen. Dies Recht konnte ein erbliches sein, unbeschadet der Regalität jener Sülze; denn der Regalherr durfte das Recht auf den Bezug gewisser Quantitäten Sülze als ein erbliches verleihen. Der Besitz von Grubenfeldern ist ja auch z. B. unter der Herrschaft des Allgemeinen Preussischen Landrechts ein erblicher gewesen und doch bestand unzweifelhaft nach diesem Rechte das Bergregal. Auch bei der Mecklenburgischen Saline zu Sulz, in den Salinen zu Halle und zu Lüneburg¹⁾, rücksichtlich welcher wenigstens für das dreizehnte Jahrhundert die Regalität ganz unstreitig ist, waren die Anrechte der Privaten an den Siedehäusern wie deren Rechte auf den Bezug von Sülze u. s. w. erblich und frei veräusserlich.

Die Behauptung, dass die Sülzer das Recht auf den Bezug von Sülze zum Sieden etwa als ideelle Mitbesitzer der Erdoberfläche besessen haben, ist nicht einmal aufgestellt. Meines Erachtens ist der Sachverhalt Folgender:

Der ältere Salzbrunnen (Michaelsbrunnen) zu Werl reicht bis in die Heidenzeit zurück.²⁾

1) S. noch unten zu den Urkunden 75, 76, 77, 77a, 78, 80.

2) S. den Aufsatz in Seibertz, Quellen der Westfälischen Geschichte. Arnsberg 1857, I. Thl. S. 44 ff. „Historie der Stadt Werl von Hermann Brandis.“

Der Ort Werl verdankt aller Wahrscheinlichkeit nach seine Entstehung nur diesem Brunnen. Werl gehörte seit der Unterwerfung der Sachsen den deutschen Kaisern; es war von der Karolingerzeit an eine kaiserliche Pfalz¹⁾. Von den Kaisern wurde sie den Welfen zu Lehen gegeben. Nach der Aechtung Heinrich des Löwen wurde sie dem Erzbischofe Philipp von Köln durch Kaiser Friedrich I. verliehen²⁾. Seitdem blieb sie im Besitze der Kölner Erzbischöfe.

Die Kaiser haben nun das ihnen an der Werler Sülze zustehende Recht in der Weise ausgeübt, dass sie Privatpersonen das Recht verliehen, gegen bestimmte Abgaben gewisse Wassermengen aus dem Salzbrunnen zu beziehen und zu sieden. Weder bei der Werler noch bei der Hallenser, Lüneburger und Sülzer Saline, noch bei anderen Salinen hat jemals irgend einer sein Recht auf den Bezug von Salzwasser anderswoher als unmittelbar oder mittelbar vom Regalherrn hergeleitet, und niemals und nirgends ist meines Wissens dieses Recht aus dem etwaigen Nutzungsrechte an der Erdoberfläche angesprochen worden. So bezogen sich, wie noch näher zu Urkunde 82 ausgeführt werden soll, die Sülzer von Soden bei Allendorf auf angeblich verloren gegangene Verleihungen. Die Kothbesitzer in Halle a/S. leiten bekanntlich ihre Rechte aus der Belehnung des Regalinhabers, nämlich des Erzstiftes zu Magdeburg ab. Und so leiten auch die Sülzer zu Werl ihre Rechte vom Regalherrn, und zwar von Kaiser und Reich ab. Dies ergibt sich aus der Bestätigungsurkunde³⁾ Kaiser Siegismund's vom Jahre 1432, in welcher derselbe sagt:

„So ward uns vorgebracht, unde geleget, unde darzu mit wahrhafftigen Kundschaften unterwieset, dass die Ehrsamten Sültzer wohnhaftig in der Stadt zu Werll — . . von Kayssern, unde Römischen Königen . . . mit all solcher Sültze, und Saltzwerken in derselbigen Stadt gelegen, mit allem Eigenthumb . . . voreigendt,

1) Joh. Suibert Seibertz, Landes- und Rechtsgeschichte Westfalens 3. Theil, Arnsberg 1864, S. 171 ff.

2) Seibertz, Geschichte der Grafen. Arnsberg 1845, S. 12 ff. a. a. O. Brandis an der citirten Stelle S. 49 ff.

3) von Kramer, Wetzlarische Nebenstunden. Theil 53. Ulm 1765, S. 97 ff.

frey unde ledig gegeben befreyet, begnadet, confirmiret und bestätigtet sind, solche Brieffe verbrandt sind¹⁾. wiewohl, dass sie vor und nach dem Brand solches Saltzwerkes friedlich, ohne unser und aller Innsprache besessen haben, unde noch besitzen, jedoch so seyn wir angerufen unde gebetten, dass wir an darüber uff ein neues solche Freyheit, unde Eigenthums unser Confirmation geben wollen“ u. s. w.

Auch der fernere Umstand, dass den Sälzern zu Werl wie den Pfannherrs und Choralisten in Lüneburg, den Kothbesitzern in Halle a/S.²⁾ und den Siedehausbesitzern zu Sülz ihre Güter an den Salinen durch besondere Privilegien ihrer betreffenden Regalherren zu erblichem Besitze überlassen sind, dürfte dafür sprechen, dass ihnen solche Rechte nicht als Zubehörstücke an der Erdoberfläche zugestanden haben.

Wichtig ist noch, dass eine ganz besondere Erbfolge in jene Salzgüter stattgefunden hat, wodurch gleichfalls, wie mir scheint, festgestellt sein dürfte, dass es sich bei ihnen nicht um blosse Zubehörungen zu anderen Vermögensgegenständen gehandelt hat.

Es ist nämlich z. B. für die Saline zu Werl durch Richard Schröder³⁾ erwiesen, dass das Recht eines verstorbenen Sülzers am Salzbrunnen nicht zu seinem Nachlasse gehört, dass eine Erbfolge in dasselbe nur mittels der *successio ex pacto et providentia majorum* stattgefunden hat, beruhend auf dem Gesamteigenthume und der gleichen Berechtigung sämtlicher zur Zeit lebender folgeberechtigter Sülzerfamilien.

Meines Erachtens erklärt sich dies nur durch die Annahme einer Belehnung zur gesamten Hand, welche Belehnung ursprünglich von dem Kaiser, später von dessen Nachfolgern im Regalbesitze, für Werl den Kölner Erzbischöfen ertheilt und beziehungsweise wiederholt war.

1) Das Sälzer Archiv zu Werl wurde im vierzehnten Jahrhundert ein Raub der Flammen.

2) S. d. Urkunden p. 217 seq. im XII. Bande bei Ludewig *reliquiae manuscriptorum etc.* unter den *Diplomata Miscell. rerum hallensium praecipue*.

3) Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. 10, S. 260 ff.

Die Regalität der Salinen zu Werl folgt auch, wie mir scheint, aus derjenigen Urkunde des Kölner Erzbischofs vom Jahre 1321, aus welcher allerdings Schröder den umgekehrten Schluss zieht.

Der Graf Ruprecht von Virneburg, Landmarschall von Westfalen hatte nämlich im Stadtgraben von Werl im Jahre 1321 einen Salzbrunnen graben lassen, in der Annahme, dass derselbe dem Erzbischofe von Köln gehören würde. Er überliess indess den Brunnen den Sälzern, da er von sachkundigen Leuten dahin berichtet wurde, dass nur diesen ein solcher Brunnen zustehen könne. In der Urkunde vom 21. Mai 1321 ¹⁾ erklärt der Landmarschall:

„Nos Rupertus Notum facimus . . . quod cum in fossa Werlensi puteum salinarium effodi et purgari faceremus, hac ratione, quod ipsum puteum putavimus Archiepiscopo Coloniensi attinere. Tandem a multis hominibus qui notitiam hujus rei ab antiquis temporibus habuerunt, fecimus et sumus plenarie docti quod dominus noster archiepiscopus vel sua dioecesis nil juris habent in puteo memorato, quod pleno jure attinet hominibus salinariis in Werle, qui dicuntur seltere apud volgus; ita quod ipsi et eorum heredes omnem suam voluntatem facere poterunt cum puteo memorato.“

Gab es überhaupt kein Bergregal, so dürfte sich nicht begreifen lassen, wie der Landmarschall auf den Gedanken kam, dass ein im Stadtgraben von Werl angelegter Brunnen dem Erzbischofe von Köln gehörte. Und wie will man ferner erklären, dass jener Brunnen schliesslich den Sälzern zugesprochen wurde, wenn nicht durch die Annahme einer bergrechtlichen Verleihung durch den Salzregalinhaber? Oberflächenbesitzer waren die Sälzer nicht, deren Genossenschaft durchaus nicht mit der Stadtgemeinde zusammenfiel oder zusammenfällt.²⁾ Ebenso wenig hatten sie den Brunnen graben lassen. Man muss also annehmen, dass ihnen die Kaiser und beziehungsweise die Kölner Erzbischöfe die Sülze im ganzen

1) Urkunde 582 im II. Bande von Seibertz Urkundenbuch S. 169.

2) Dies ergibt sich u. A. aus der Urkunde vom 15. Juni 1321. Nr. 583 im II. Bande von Seibertz Urkundenbuch S. 170.

Stadtgebiete verliehen haben und diese Annahme ist auch eine wohlberechtigte. Denn da die Sülzer von Werl eine recht hohe Abgabe entrichten mussten, so verstand es sich fast von selbst, dass ihnen nicht durch einen zweiten Brunnen in demselben Städtchen ein Theil, unter Umständen die ganze Sülze entzogen und überdies auch noch ihrem Absatze durch den Verkauf anderen Salzes Abbruch bereitet werden durfte.

So musste auch die Verleihung des Mühlenrechts durch den Regalherrn, zumal wenn sie gegen hohen Zins erfolgte, von selbst ausschliessen, dass derselbe in unmittelbarer Nähe ein zweites Mühlenrecht verlieh.

Wenn endlich selbst von Böhlau und Schröder zugegeben wird, dass im vierzehnten Jahrhundert die Kölner Erzbischöfe das Salzregal auch in Werl ausgeübt haben¹⁾, irgend welche Aenderung in den Rechtsverhältnissen der Sülzer aber nicht nachweisbar ist (denn ihre Salzrechte blieben erblich und die Abgaben mussten sie fortbezahlen), so dürfte kein Grund abzusehen sein, das Vorhandensein dieses Regals im Jahre 1246 und noch früher in Abrede zu stellen.

Die Urkunde 74 vom Jahre 1246 ist von Böhlau angeführt, weil der Erzbischof von Salzburg in ihr eine Saline als „*nostra*“ bezeichnet. Durch diese Urkunde²⁾ übereignet Erzbischof Eberhard dem Kloster Aldersbach:

„*nudi Salis libram dimidiam Cuppularum, quod ain halbs Pfund fûderlein vulgariter appellatur, in Salina nostra . . . annuatim.*“

Der Besitz von Salinen (Siedehäusern) durch Salzburg steht aber nach den oben wiederholt gemachten Ausführungen nicht im Widerspruche mit der Annahme eines Salzregals. Jenes Siedehaus war übrigens nur ein Theil der uralten und ehemals königlichen Salzwerke um Mühlbach oder Hallein³⁾. Das Wort „*salina*“ bedeutet hier wie vielfach, nicht das ganze

1) Urkunde vom 14. Januar 1382 in Seibertz Urkundenbuch Nr. 680 II. S. 636 ff.

2) In Hundii *Metropolis Salisburgensis* II, p. 46. Vergl. übrigens auch von Koch-Sternfeld II. S. 298.

3) von Koch-Sternfeld II. S. 292 ff.

Salzwerk, sondern ein einzelnes Siedehaus. *Salina* ist jeder „*locus ad confectionem salis*“.¹⁾

In der Urkunde 75²⁾ vom 24. September 1252 schenkt der Fürst Borwin dem Kloster Dargun die Freiheit, aus den Salzquellen bei Sulz Salzwasser zu schöpfen, zu sieden und dazu das Eigenthum einer Baustelle daselbst mit allen dem Fürsten zustehenden Freiheiten:

„*Borwinus dedimus libertatem hauriendi aquas de puteis salinariis juxta sulten sitis et positis atque perfectam potestatem sal coquendi de eisdem una cum fundo et proprietate unius loci ibidem.*“

Diese Urkunde beweist nicht nur das Salzregal des Fürsten, sondern zeigt auch, wie es mit demselben wohl vereinbar ist, dass Privatpersonen das Eigenthum an Siedehäusern zustand; denn der Fürst übertrug jenen Platz, damit das Kloster dort ein Siedehaus errichten konnte.³⁾

Die Urkunde 76 betrifft die nämlichen Salzwerke bei Sulz. Privatpersonen verfügen über Siedehäuser.

Die Urkunde 77 vom Jahre 1162 scheint mir die Richtigkeit der für die Lüneburger Saline oben zur Urkunde 45 aufgestellten Behauptungen zu beweisen.

Der Inhalt ist der folgende:

Von den 50 Siedehäusern in Lüneburg hat eines, Berding genannt, ausnahmsweise das Recht, so viel Sülze aus dem gemeinschaftlichen Sood zu beziehen, wie in demselben gesotten werden konnte. Der Berding gehörte mehreren, meist geistlichen Herren gemeinschaftlich. Dieselben baten nun den Herzog, dass er ihnen gestattete, an Stelle des Berding drei Häuser zu errichten, in jedem Hause drei Pfannen aufzustellen, und dass jedem dieser Häuser in jeder Woche statt der früher unbeschränkten Menge 8½ Unze Sülze zugetheilt würden. Diese Bitte erfüllte der Herzog gegen hundert Mark reinen Silbers und zwar, wie er bemerkt „*de bona nostra voluntate*“.⁴⁾

1) von Koch-Sternfeld II. S. 224.

2) Mecklenburgische Jahrbücher XI. S. 273.

3) S. unten zu Urkunde 77a.

4) Bei Jung *Sylloge documentorum pro salina Luneburgensi* p. 78.

Die Urkunde 77a hat zum Gegenstande den Verkauf eines Siedehauses an der Saline zu Sülz in Mecklenburg durch das Kloster Dargun an den Rostocker Bürger Arnold Kopmann. Das Kloster Dargun hat das Siedehaus, wie zu Urkunde 75 ausgeführt ist, vom Regalherrn erhalten.

Kopmann hat nun das Siedehaus dem Kloster Bergen letztwillig zugewendet, welches einen Theil der aus diesem Hause von dessen Betreibern zu leistenden Abgaben später wiederum an das Kloster Dargun zurückverkaufte. In der betreffenden Urkunde¹⁾ heisst es:

„quod nos (das Kloster Bergen) annuum censum salis nostri videlicet lastonis, quem in sulta juxta Marlow singulis annis habere solebamus de domo illo, quam Arnoldus beate memorie dictus Copmann sub annuo censu quondam a fratribus habuit Dargunensibus.“

Man wird hierbei zu beachten haben, dass die Besitzer der Siedehäuser die Salzgewinnung nicht persönlich, sondern damals meist durch Hörige betreiben liessen, welche ihnen von jedem Siedehause jährlich gewisse Mengen Salzes liefern mussten.

Die Urkunde 78 vom Jahre 1273²⁾ betrifft wiederum die Saline zu Lüneburg.

Der Herzog von Braunschweig hatte einen neuen Salzbrunnen graben lassen. Ob dies auf seiner eigenen Privatbesitzung in der ihm allodial und erblich gehörigen Stadt Lüneburg geschah oder nicht, verschweigt die Urkunde und, mir scheint, mit Recht, weil der Herzog sein Recht, dies zu thun, nicht aus seiner etwaigen Eigenschaft als Oberflächenbesitzer, sondern nur aus derjenigen des Regalinhabers herleiten konnte.

Das Graben eines Salzbrunnens und die damit verbundene Anlegung einer neuen Saline versetzte aber diejenigen, welche, sei es als Pfannherren (Besitzer der Siedehäuser) oder als Choralisten (Empfangsberechtigte der Chorusgüter) Anrechte an der alten Saline hatten, in grosse Aufregung; einmal weil das Ausschöpfen der Soole aus dem neuen Brunnen die

1) Nr. XXXV in den Mecklenburgischen Jahrbüchern XI. S. 279.

2) In Jung's *Sylloge documentorum* p. 83—85.

Menge derselben in dem alten verringern musste und sodann, weil der etwaige Verkauf des Salzes von der neuen Saline ihnen beim Verkauf ihres eigenen Salzes Abbruch thun konnte. Nun waren die Pfannherren und Choralisten der alten Saline meist mächtige Geistliche: Aebte mehrerer Cisterienser- und Benediktinerklöster, die Domkapitel von Lübeck, Bardewieck u. A. Diese baten nun den Herzog „*humiliter*“, dass er ihnen „*specialem gratiam facientes*“ die neue Saline verkaufen möchte.

Dieser Bitten und seines Seelenheiles halber verkaufte der Herzog den Besitzern der älteren Saline die neue mit der Massgabe, dass dieselbe gänzlich zerstört werden solle. Gleichzeitig verspricht der Herzog:

„*neque nos, neque heredes nostri neque successores nostri unquam alio tempore in eodem loco intra civitatem Luneborg, vel etiam extra in dominio Luneborg fodi vel exstrui alium puteum salis sive salinam aliam faciemus.*“

Der Herzog begiebt sich also des ihm bis dahin zugestandenen Rechts, überall und also auch Privatgründen in der Herrschaft Lüneburg Salzbrunnen graben zu lassen.

Als Entschädigung mussten diejenigen, welche Anrechte an der alten Saline hatten, ihm „*in quolibet flumine*“ 150 Chorusgüter Salz, 3 von jeder Siedekothe geben. Ausserdem zahlten ihm dieselben 1800 Mark „*argenti examinati pro gratia et favore . . . et etiam pro theloneo in nova salina quod ibi de sale accipere consuevimus penitus removendo.*“

Dafür verzichtete schliesslich der Herzog für sich und seine Nachkommen noch darauf, die Wahl des Brunnenmeisters zu beeinflussen.

Die Urkunde 78a vom Jahre 1276 erwähnt des Verkaufs¹⁾ von Kolberg und der dortigen Salinen durch zwei Wendenfürsten. Diese Salinen standen, wie schon aus dem zu Urkunde 52 Gesagten hervorgeht, im Privatbesitze und Privatbetriebe. Ihre Betreiber mussten aber Abgaben an die Herzöge Pommerns zahlen²⁾, welchen durch Friedrich I. das Eigenthum nebst dem Abgaberechte an jenen Salinen bestätigt

1) Vergl. auch Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 75.

2) Brüggemann, Beschreibung des Herzogthums Vor- und Hinterpommern 2. Th. 2. Band S. 480 ff.

wurde¹⁾. Die den Herzögen hiernach an den Salinen zustehenden Rechte sind später, nämlich im Jahre 1246²⁾, von ihnen dem Bisthume zu Cammin übertragen worden, welche Uebertragung im Jahre 1276 nur wiederholt wurde.

In der Urkunde 79³⁾ vom 18. Mai 1277 verleiht Kaiser Rudolf dem Erzbischofe von Freising das Recht auf alle Metalle und Salze in seinem und des Erzstiftes Besitzungen:

„ubicunque in possessionibus venerabilis Frisingensis episcopi . . . auri vel argenti vel alterius cujuscunque metalli vel salis venae repertae fuerint, idem gaudebit per omnia jure suo, nobis et imperio similiter jure nostro in omnibus reservato. Concedimus etiam episcopo, ut metallum cujuslibet generis in ecclesiae suae fundo quaerere valeat, imperii jure salvo.“

Durch die Urkunde 80⁴⁾ vom 2. December 1277 verspricht der Fürst Waldemar von Rostock den Besitzern von Salzgütern zu Sülz aus besonderer Gnade, dass er keine neuen Salinen daselbst mehr anlegen wollte. Ausserdem verlieh er ihnen das Recht der freien Veräusserung ihrer Salzgüter unter Lebenden und von Todeswegen. In der Urkunde heisst es:

„Memoratum vero paludem Sulte aliis salinis superedificandis nullatenus volumus pergravari, sed quemadmodum ab initio cum numero salinarum est fundata perpetuo permanebit. Accedit etiam ad hoc quod omnes habentes salinas in sepedicta pallude Sulte, ipsas suas non solum heredibus hereditare poterunt verum etiam, quibuscunque heredes tunc viventes de herede ad heredem easdem pro tempore vendere, emptores perpetuo possidebunt, tali quidem condicione mediante, quod nobis aut heredibus nostris de dictis salinis census debitus tempore congruo persolvatur.“

Aus den durch den Druck hervorgehobenen, bei Böhlau fehlenden Worten ergiebt sich, wie mir scheint, dass die Salinen mit einer bestimmten Zahl Siedehäusern gegründet, d. h.

1) von Koch-Sternfeld II. S. 25.

2) von Koch-Sternfeld daselbst.

3) In Meichelbeck *historia Frisingensis* 1724. tom. II. p. 81.

4) Mecklenburgische Jahrbücher XI. Nr. XXXIV. S. 277.

also, dass von Anfang an die Sülze unter eine bestimmte Zahl von Rechtssubjekten getheilt war.

Diese Einrichtung widerspricht aber, wie mir scheint, der Annahme, dass etwa das Recht Sülze zu beziehen und im Siedehause zu kochen, ein blosses Zubehör zu jedem Oberflächenbesitze gewesen ist. Sie streitet umgekehrt dafür, dass nur der Regalinhaber, in Mecklenburg der Fürst von Rostock, in Kraft seines Regales über die Sülze verfügen durfte.

Aus der Urkunde 81 vom 23. April 1279 erhellt, dass ein Privatmann Salz „sal“ bei Freiberg vom Markgrafen zu Meissen lehenweise und gegen Entgelt übertragen erhalten hatte. Die Fürsten zu Meissen leiten aber das Bergregal im Markgrafenthume besage der bereits früher erwähnten Stiftungsurkunde für Alten-Zelle vom Jahre 1185 von Kaiser und Reich ab ¹⁾.

Die Urkunde 82 aus dem Jahre 1300 betrifft die uralte und in die Heidenzeit zurückreichende Saline zu Soden bei Allendorf an der Werra. Soden war seit der Frankenzeit königliche Besetzung. Otto II. schenkte diesen Ort unter dem Namen *Tudinsoda* am 29. April 973 seiner Ehefrau Theophanie ²⁾. Später ist der Ort in den Besitz der Landgrafen von Hessen gekommen. Dieselben übten auch die Rechte des Regalinhabers an jener Saline aus. Darüber wie sie in deren Besitz gelangt sind, habe ich keine Aufklärung gefunden. Vielleicht genügt der Umstand, dass sie diese Rechte jedenfalls nicht als Oberflächenbesitzer hatten. Wie bei den übrigen Salinen, so bestand auch hier eine Anzahl Siedehäuser und Pfannen. Den Pfalzgrafen gehörten die je 44. und 45. Pfanne ³⁾.

Die Besitzer solcher Siedehäuser oder Pfannen leiteten ihre Rechte nicht vom etwaigen Oberflächennutzungsrechte, sondern von Privilegien und Verleihungen ab. Als Philipp

1) Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen S. 306: „*Praeterea sciendum, cum ab imperio cujuslibet metalli proventum in nostra marchia beneficii jure suscepimus.*“

2) S. zu oben Urkunde 23, Schmincke, Monimenta Hassiaca p. I. Cassel 1747 p. 20 ff. Kopp, Beitrag zur Geschichte des Salzwerks in den Soden bei Allendorf a. d. Werra. Marburg 1788.

3) von Koch-Sternfeld II. S. 76.

der Grossmüthige, so wird nämlich berichtet¹⁾, im sechzehnten Jahrhundert die Besitzer der Salzhäuser aufforderte, ihre Privilegien vorzuzeigen, fand sich zu erinnern, dass die ersten Lehnbriefe nicht mehr vorhanden waren und dass von ihm keine Bestätigung oder Erneuerung der alten Privilegien ausgebracht worden ist.

In der Urkunde²⁾ vom Jahre 1300 erklärt nun der Pfalzgraf Heinrich, dass er mehr Pfannen zum Sieden auf dem Salzwerke hatte setzen wollen, dass er aber mit den „Geburem von Soden, die Geerbet sein zu dem Salzwerke“, dahin übereingekommen sein, gegen Empfang einer Abgabe davon Abstand zu nehmen.

Diese Urkunde lässt also, wie mir scheint, den Schluss zu, dass das Recht, Salz aus der Quelle zu beziehen und zu sieden, nicht aus dem Rechte auf die Nutzung der Erdoberfläche, sondern aus dem Rechte eines Anderen, des Salzregalinhabers, herzuleiten ist. Letzteres schliesst aber nicht aus, dass die den Privaten eingeräumten Rechte erblich sind, und dass der Regalherr sein Recht aus eigener Macht beschränken kann. Die Setzung neuer Pfannen würde den alten Pfannherren den Bezug des Salzes und dessen Vertrieb verkümmert haben, und es erscheint nicht unbillig, dass daher der Regalherr von einer solchen Handlung gegen Entschädigung Abstand nahm.

Ergebniss aus den in §. 22 aufgeführten Urkunden.

§. 23. Die eben besprochenen Urkunden sind von Böhlau aufgestellt worden, um zu beweisen, dass die Salzbergwerke ehemals nur Zubehör zur Oberfläche gewesen, dass ein Salzregal sich zuerst im eilften Jahrhundert gezeigt, dass aber gleichwohl bis in das dreizehnte Jahrhundert neben dem Vorhandensein des Salzregals noch häufig Fälle vorgekommen seien, in welchen Salzwerke nicht dem Regalherrn, sondern dem Oberflächenbesitzer gehört haben.

Die Zugehörigkeit der Salinen zur Oberfläche sollte nun,

1) Kopp, S. 43 ff.

2) Bei Kopp, Beilage I, S. 59.

so scheint es, durch zwei Umstände festgestellt werden, einmal dadurch, dass solche auch von Privatpersonen besessen wurden und sodann dadurch, dass sie als Zubehör zu Städten oder Ortschaften bezeichnet sind.

Was den ersten Umstand anlangt, so scheint übersehen zu sein, dass man zwischen dem Eigenthum an dem ganzen Bergwerke und dem Besitz an einzelnen Siedehäusern¹⁾, Pfannen, Pfannstellen unterscheiden muss.

Der Besitz dieser Gegenstände durch Privatpersonen und das mit diesem Besitze verbundene ideelle Antheilsrecht an der Benutzung eines Salzbrunnens oder einer Soolquelle schliessen aber, wie schon gezeigt sein dürfte, das Salzregal nicht aus. Es ist mindestens ebenso wahrscheinlich, dass diese Privatpersonen durch Beleihung von dem Salzregalherrn, wie dass sie etwa in Folge eines ideellen Mitbenutzungsrechtes an der Erdoberfläche jenen Besitz erlangt haben.

Die Zahl der Salinen in Deutschland ist und war insbesondere zu Beginn des Mittelalters eine ziemlich beschränkte. Eine Saline hatte eine oder einige Soolquellen oder Salzbrunnen, dagegen viele Siedehäuser und noch mehr grössere und kleinere Salzpflanzen, *patellae* und *sartagines*. Wir wissen z. B., dass an der Saline zu Reichenhall überaus zahlreiche geistliche Territorialherren, Klöster, Stiftungen²⁾ und nebenbei auch Privatpersonen durch den Besitz von Pfannen, Oefen u. s. w. betheiligt waren, während es doch feststeht, dass die gesammte Saline ehemals den Agilolfingerherzögen gehörte.

Um die Regalität des Salzes zu widerlegen und dessen Zugehörigkeit zur Erdoberfläche zu beweisen, erscheint es also

1) Die Siedehäuser werden, um dies nochmals anzuführen, auch als Salinen bezeichnet, so z. B. von der Urkunde 1 bei Böhlau vom Jahre 740, in *Pezii thesaurus tom. III*, p. 3 und in den *Monumentis Boicis tom. VII*, p. 8, wo fünf Siedestellen der einen Saline zu Hall im Innthale als „*salinae quedam vel quinque loca ad confectionem salis*“ bezeichnet werden. Auch die Siedehäuser der einen aus einem Brunnen gespeisten Saline Sulz bei Marlow in Mecklenburg werden als „*salinae*“ oder „*domus salinariae*“ bezeichnet u. a. Fälle mehr.

2) Die Besitzveränderungen an den einzelnen Brunnen, Siedehäusern, Pfannen führt von Koch-Sternfeld II, von S. 104 bis 212, also auf mehr als 100 Seiten und doch nur unvollständig auf.

nothwendig, dass bei jeder Salzpfanne, bei jeder Salzstelle, bei jedem Salzhause, bei jeder Salzquelle deren Lage und näheren Umstände angegeben werden.

So gewiss man nun, um ein Beispiel herauszugreifen, die bis zum 1. October 1865 bestandene Regalität der Hallischen Salinen durch den Nachweis nicht widerlegen kann, dass schon vorher zahlreiche Personen Siedekothen, Pfannen oder Besitzungen und Rechte aller Art an denselben besessen haben, so gewiss kann, wie mir scheint, auch die Zugehörigkeit der Salinen zur Erdoberfläche nicht durch den Umstand dargethan werden, dass hier und da eine Pfanne einem Kloster von einer Privatperson geschenkt worden ist.

Selbst der Besitz ganzer Salinen durch Privatpersonen steht an sich dem Salzregale nicht entgegen, weil der Regalherr auch Salinen im Ganzen oder alle Theile einer Saline Privaten übertragen kann. Es muss auch hier wiederholt darauf hingewiesen werden, wie viele Bergwerke z. B. unter der Herrschaft des Bergrechts des Allgemeinen Preussischen Landrechts im erblichen und frei veräusserlichen Besitze von Privatpersonen gewesen sind.

Der Annahme, dass die Anrechte an Salinen durch den Mitbesitz an der Erdoberfläche erworben sind, stehen die besprochenen Urkunden rücksichtlich der Salinen zu Halle a/S., Lüneburg, Sülz, Werl und Soden entgegen, bei denen theils mit Gewissheit, theils mit hoher Wahrscheinlichkeit sich diese Rechte nicht von dem Oberflächenbesitzer, sondern von den Inhabern des Bergregals herleiten.

Die Irrigkeit der Ansicht, dass das Recht zur Anlegung von Salinen mit dem Besitze jedes Grund und Bodens verbunden gewesen sei, dürfte aber unverkennbar und offenbar hervortreten, sobald die Folgen einer solchen Ansicht in's Auge gefasst werden. Wäre sie nämlich richtig und hätte also jeder beliebige Besitzer einer Handvoll Erde in Lüneburg, Sülz, Werl, Reichenhall, Halle u. s. w. auf seinem Besitzthume einen Salzbrunnen tiefer, als derjenige, welcher die Salzwerke speiste, anlegen dürfen, so hätte der letztere leichtmöglich vollkommen trocken gelegt werden können!

Darf man hiernach behaupten, dass der Besitz von Salzpflanzen, Siedehäusern u. dergl. m. durch Privatpersonen noch

keineswegs den Beweis für die Zugehörigkeit der Salinen zum Oberflächenbesitze erbracht hat, so kann auch ferner, wie mir scheint, dieser Beweis nicht daraus hergenommen werden, dass dieselben als Pertinentien zu Städten oder Ortschaften bezeichnet werden, da dies aus bereits früher entwickelten Gründen auch bei anderen Regalien, z. B. bei Münz-, Markt- und Zollgerechtigkeiten geschieht.

Aus diesen Gründen möchte ich die Behauptung wagen, dass der Beweis der Zugehörigkeit der Salinen zur Oberfläche durch keine einzige der von Böhlau aufgeführten Urkunden erbracht, und dass die Annahme des Gegentheils trotz dieser Urkunden nicht ausgeschlossen ist. Diese Behauptung kann aber auch, wie mir scheint, den Urkunden gegenüber aufrecht erhalten werden, welche Georg Waitz als Vervollständigung der Böhlau'schen Abhandlung in der deutschen Verfassungsgeschichte Band VIII. S. 272 und 273 beigebracht hat:

Die erste Urkunde¹⁾ ist keine Ergänzung, sondern nur eine Wiederholung der Urkunde 18 bei Böhlau. Sie beweist Nichts gegen das Salzregal, da nur ein „*locus patellaris*“ im Besitze eines Privaten ist, dieser im Admontthale gelegenem *locus patellaris* aber jenem Privaten zu Lehen vom Erzstifte zu Salzburg gegeben war, welches alle seine Salzrechte *de regalibus imperii* hatte.

Die folgenden Urkunden betreffen Schenkungen an die Abtei St. Peter zu Salzburg über:

„*loca duarum patellarum*“ „*bina integra octonaria et dimidium in salinario fonteque halloricio appellantur more 2 ahteil et tercium dimidium*“ „*locus patellae*“, „*locus patellaris*.“

Die Abtei St. Peter ist nun auf ähnliche Weise in den Besitz von Salzstellen gekommen, wie die Abtei Admont. Bereits v. Koch-Sternfeld²⁾ giebt hierüber ausführliche Nachricht. Um das Jahr 980 verließ Erzbischof Friedrich von Salzburg jener Abtei „*montem et sylvam a flumine Schwarzenbach per decursum fluminis Salzahae usque ad locum cum omni jure nostro sive salis*.“ Auch finden sich andere

1) *Juvavia*, Anhang p. 132.

2) II, S. 124 und II, S. 293 ff. a. a. O.

Verleihungen von Salzstellen durch Salzburg an St. Peter¹⁾. Im Jahre 1141 wurden dieser Abtei schon die Einkünfte von 24 Salzpflanzen in Mühlbach durch den Erzbischof Conrad bestätigt²⁾.

Die Salzstellen und Salzpflanzen, wie die Antheile an solchen und die mit deren Besitz verbundenen Anrechte an Salzquellen, welche die Abtei St. Peter besass, lagen in Reichenhall, Hallein oder Mühlbach, Hall im Admontthale und Hall im Innthale. Besonders bei der letzteren Saline begegnen wir auch häufig ideellen Antheilen von Salzstellen³⁾. Da aber diese sämtlichen Salinen selbst nicht Zubehör zum Grund und Boden waren, so beweist der Besitz einiger Bruchtheile an Bruchtheilen dieser Salinen, durch die Abtei St. Peter keineswegs die Zugehörigkeit der Salinen zum Oberflächenbesitze. Die vorgenannten Salinen reichen theilweise schon in die Römerzeit zurück, und bereits die Agilolfinger haben über Theile an denselben in ausgiebiger Weise zu Gunsten der Geistlichkeit verfügt. Oefen und Pfannen sind bei ihnen von jeher im Privatbesitze gewesen. Es wird desshalb auch nicht erwartet werden können, dass in den von Waitz beregten Fällen, der Besitz jeder einzelnen Salzpflanze auf den Regalherrnbesitzer zurückgeführt wird.

Die nunmehr folgenden beiden Citate aus dem Urkundenbuche des Landes ob der Enns⁴⁾ betreffen beide gleichfalls nur Salzstellen.

In dem ersteren vom 9. Juni 1117⁵⁾ bestätigt Erzbischof Conrad von Salzburg dem Kloster Nonnberg zu Salzburg:

„et quod Hall detinent, scilicet pontem Puhiln cum om-

1) *Juvavia*, Anhang p. 113.

2) von Koch-Sternfeld II, S. 294.

3) von Koch-Sternfeld S. 227 aus den *Mon. Boica*, tom. VIII, p. 125, 161:

pars fontis in Halle — vocabulo Achtheil, per singulos annos pondera salis VI scilicet talentorum pretia, — partes salis in Halle duo scilicet Achtail in loco q. d. Ulbrecke, et tertiam partem unius Nuin-tail in loco q. d. Houbtachere et dimidium locum patellae in loco q. d. Chere.

4) Bd. II. Wien 1856, S. 1.

5) Nr. CI, S. 150 ff.

nibus ad ipsum locum pertinentibus, quartam partem aquae in Gerhohisprete et tertiam partem aquae in Wazzimann galgen et dimidium aquae nonae partis, quam partem in eodem ligno quatuor loca patellaria et dimidium loca curtilia quatuor et dimidium.“

In der anderen Urkunde vom Jahre 1137¹⁾ schenkt Erzbischof Conrad von Salzburg dem Kloster Reichersberg in Reichenhall:

„patellam in halla eum una curtili in ipsa villa hallensi et VI curtilibus in silvestribus unchen²⁾ vulgo nominatis, de quibus ligna persolvuntur ad ipsam patellam.“

Beide Urkunden sprechen nun, so scheint mir, um so weniger gegen die Regalität, als Salzburg, dessen Dependenzen Nonnburg und Reichersberg waren, erklärtermassen ihre Salzrechte *de regalibus imperii* hatte.

Dann folgt bei Waitz ein Citat aus dem Urkundenbuch für Steiermark,³⁾ betreffend Salzstellen in Reichenhall, welche unter anderen Besitzungen durch das Erzstift Salzburg an die Abtei zu Admont in den Jahren 1074 bis 1087 gegeben sind. Zwar hatte Salzburg einen Theil dieser Salzstellen durch die Gräfin Irmgard. Diese aber hatte dieselbe von ihrer Mutter, der Gräfin Hemma, welche ihrerseits ihre Salzrechte theils von ihrem Oheim Heinrich II.⁴⁾, theils von anderen Kaisern hatte⁵⁾.

Das nunmehr folgende Citat⁶⁾ hat die Abtretung des *totum jus saline* an einer Salzstelle durch den Abt Ulrich von St. Lambrecht zum Gegenstande. Dieses Stift hatte aber Salzrechte auf den hundert königlichen Huben, welche König

1) Daselbst Nr. CXX, S. 178 ff., übrigens auch in den *Monum. Boica* IV, p. 403.

2) Vergl. auch von Koch-Sternfeld II, S. 191 und S. 284 a. a. O.

3) Nr. 77, S. 84.

4) S. Die Urkunde vom 18. April 1016 im Urkundenbuch für Steiermark Nr. 38, S. 48 ff.

5) S. Urkunde vom Jahre 1045 in dem Buche „Beyträge zur älteren Geschichte und Topographie des Herzogthums Kärnten von P. Ambros Eichhorn“, II. Sammlung. Klagenfurt 1819, S. 102 ff.:

„quae a romanis imperatoribus et regibus Arnolfo videlicet Ludevico, Ottone, Heinricho, Chunrado data habuerat.“

6) Urkunden 122, 123 im Urkundenbuch für Steiermark S. 137 ff.

Konrad am 12. Mai 1025 der Edelfrau Beatrix übertragen und zwar, wie es im St. Lambrecht Saalbuche¹⁾ heisst: „*cum salino et rudere quod Aric dicitur*,“ oder wie es in dem Urkundenbuch für Steiermark²⁾ heisst: „*cum usu salis seu cum omni utilitate, quae ullo modo inde provenire poterit*.“

Die nunmehr in Bezug genommene Urkunde Nr. 169 des Urkundenbuches für Steiermark S. 166 ff. hat zum Gegenstande die Schenkung einer Salzpanne „*sartago*“ im Admontthale durch das Erzstift zu Salzburg an die Abtei St. Admont. Das Erzstift war aber keineswegs Grundbesitzer im Admontthale.

Die ferner angezogene Urkunde Nr. 178 daselbst S. 181 ff. enthält die Bestätigung der an die Abtei Admont gemachten Schenkungen durch den Erzbischof Konrad von Salzburg, welche theils er selbst, theils seine Vorfahren Gebhard und Tiemo vorgenommen hatten. Dass darunter Salzstellen vorhanden waren, ist um so weniger auffallend, als Salzburg solche „*de regalibus imperii*“ hatte und als ein Theil der auf Admont übergegangenen Salzstellen aus dem Nachlasse der Gräfin Hemma herrührten.

Dass auch ferner das Kloster St. Emmeran einen „*locus unius patellae*“ an der Saline in Reichenhall übertragen erhielt, widerlegt gleichfalls nicht das Bergregal. Ebenso dient es, wie mir scheint, nicht als Beweis für die Zugehörigkeit der Salzwerke zum Oberflächenbesitze, wenn auch das Kloster Steyergarsten an dieser nämlichen Saline eine Salzpanne besass³⁾.

Auch die *pars fontis*, welcher um das Jahr 983⁴⁾ in Besitz des Salvatorklosters kam, beweist, wie mir scheint, die Zugehörigkeit der Salinen zum Oberflächenbesitze nicht.

Die *jura salis Chiemensium apud Halle* (Reichenhall), auf welche sodann Bezug genommen wird, hat dies Kloster Herrschiemse vom Erzstifte zu Salzburg um das Jahr 1130 erhalten⁵⁾. Dieses war aber in der Lage, solche Schenkungen

1) von Muchar, Geschichte von Steiermark, 3. Theil, S. 95 a. a. O.

2) Urkunde 44, S. 53 ff.

3) S. auch von Koch-Sternfeld II, S. 196, 197.

4) *Pezii thesaurus anect. tom. VI, pars I.*

5) *Monum. Boica II*, p. 279 seq. von Koch-Sternfeld II, S. 169.

zu machen, da es einen grossen Theil der Reichenhaller Salinen *de regalibus imperii* besass.

Wenn sodann eine für die Salzbereitung geeignete Quelle als nicht im Besitze des Kaisers befindlich aufgeführt wird, so schliesst dies die Möglichkeit nicht aus, dass dieselbe vom Kaiser vergeben ist.

Die nun folgenden Citate beweisen, dass Pfannstellen im Besitze des Bischofs zu Halberstadt waren.

Im Jahre 1112¹⁾ übereignet der Bischof von Halberstadt dem Kloster des heiligen Pankratius unter Anderem „*in Dalheim una mansio et quinque jugera et unum Panstal* (Pfannstelle) *in quo sal coquitur.*“ Ferner schenkt am 18. October 1121 Bischof Reinhard von Halberstadt dem Augustiner Mönchkloster zu St. Lorenz den Ort Kalbe und unter Anderem *juxta Bardewick in Mechtenhusen unum panstalle et dimidium in Beckenhusen qui solvunt XXIV solidos.*“

Die letzterwähnte wie viele andere Urkunden ergeben, dass Halberstadt auch sonst viele andere Regalien besass. Es dürfte sicher sein, dass es dieselben, wie die Salzrechte, vom Kaiser hatte. Es heisst nämlich beim *Annalista Saxo*²⁾ zum Jahre 1009 vom damaligen Bischofe:

„*Adquisivit quoque sancto Stephano non rapinis, sed divina favente clementia mille mansos et ducentos In molendinis in areis, silvis, in fossis salinariis quantum adquisiverit, explicare nequimus.*“

Von wem er diese grossen Erwerbungen *divina faventa clementia* machte, ist freilich nicht angegeben, doch wird man wohl in dem frommen Kaiser Heinrich II. den Geschenkgeber zu suchen haben.

Die letzten beiden von Waitz angezogenen Urkunden betreffen Salinen, welche das Hochstift zu Magdeburg besass.

Nach einer Urkunde vom 13. December 1016³⁾ über-

1) Leuckfeld's *Antiquitates Halberstadenses*. Wolfenbüttel 1714, Urkunde Nro. 58. Riedel's *Codex diplomaticus Brandenburgensis* 1859. 1. Haupttheil, Bd. 17, S. 427.

2) In der *Monumenta Germaniae Historica* ed. Pertz, *Scriptorum* tom. VI, *Hannoverae* 1849, p. 641.

3) von Heinemann, *Codex Diplomaticus Anhaltinus*, Dessau 1867, 1873, Band I, Nr. 100, S. 78.

eignet der Erzbischof Gero von Magdeburg dem neu gegründeten Kloster Unser Lieben Frauen:

„*civitatem Frose cum omnibus quae ad eandem pertinent, quaesitis et inquirendis, aquis salis et insulsis et quidquid in ea utilitatis esse poterit in mercatu, thelonaeo et moneta.*“

Endlich bestätigt oder schenkt Erzbischof Friedrich von Magdeburg im Jahre 1145¹⁾ dem Stifte St. Peter und St. Nicolai daselbst die für das in Halle belegene Grundstück ausreichende Salzsoole, welche die Eltern des Stiftsherrn Burchhard schon früher zum Gebrauche der Conventualen geschenkt hatten. Der Erzbischof erlässt dabei mit Zustimmung des Salzgrafen Meinfried allen ihm an der Soole zustehenden Zins, dergestalt, dass hinfort der Salzgraf keinerlei Gerechtsame und Zoll, seien es Erntepfennige (*in denariis messium*), sei es Mägdesalz (*in sale puellarum*) noch irgend eine Bede davon fordern soll. Auch sollen die Leute, welche jenes Salz gewinnen, von dem Gerichte des Salzgrafen frei sein.

Rücksichtlich dieser zuletzt erwähnten Verleihung ist daran zu erinnern, dass das Hochstift zu Magdeburg durch die kaiserlichen Schenkungen vom 11. April 965 und 5. Juni 973 die Salinen zu Halle erhalten hat. Wie aber bereits ausgeführt ist, waren diese Salinen im Privatbesitze. Die Besitzer mussten nach der Zahl der beim Betriebe verwandten Personen Abgaben entrichten, welche durch die Schenkung auf das Hochstift übergingen. Ausser den Abgaben hatte dasselbe das Eigenthum und die Gerichtsbarkeit, welche es durch den Salzgrafen ausübte und im gegebenen Falle wahrscheinlich diesem nebst den Abgaben zu Lehen übertragen hatte. Der Betrieb des Salzwerks geschah in Kothen, denen aus den vorhandenen Quellen das zum Sieden erforderliche Wasser geliefert wurde. Die Besitzer der Kothen waren Lehnträger von Magdeburg. Die Schenkung vom Jahre 1145 bedeutet hiernach, dass von der den Conventualen geschenkten Kothe beziehungsweise von der dazu erforderlichen Soole keine Abgaben an das Hochstift mehr gezahlt zu werden

1) *Regesta Archiepiscopatus Magdeburgensis* . . . von Georg Adalbert von Mülverstedt I. Theil, Magdeburg 1876, Nro. 1197, S. 477.

brauchten. Gleichzeitig wurden die Arbeiter der Kothe von der Gerichtsbarkeit des Salzgrafen befreit. Diese Urkunde beweist also, wie mir scheint, keineswegs gegen das Salzregal und gewiss stellt sie nicht fest, dass etwa Magdeburg oder ein Anderer das Verfügungsrecht über die Soole als Zubehör zur Erdoberfläche besaßen.

Was dagegen die vorcitierte Urkunde vom 13. December 1016 anlangt, so wird man gleichfalls annehmen dürfen, dass jene *aquae salsae et insulsae* in Frose wie die Markt-, Zoll- und Münzgerechtigkeit daselbst von Kaiser und Reich in den Besitz des Erzbisthums gelangt sind ¹⁾.

Viel, viel mehr Urkunden über Salinen, Salzpflanzen, Oefen, Salzquellen als Böhlau und Waitz anführen, finden sich in dem oft angezogenen Werke von Koch-Sternfeld, welches trotz nicht zu verkennender Mängel neben einem überreichen Material den grossen Vorzug besitzt, dass es die Urkunden nicht ganz bunt durch einander wirft, sondern einigermaßen nach den Salinen selbst ordnet. Es ist, scheint mir, nicht unwichtig, dass von Koch-Sternfeld, wie übrigens auch von Muchar, welche so genaue Einsicht in die alten Urkunden und Saalbücher, besonders Süddeutschlands, genommen haben, die Regalität der Salinen als feststehend annehmen.

Waitz VIII, S. 272 selbst stellt nicht einmal die Behauptung auf, dass die Privatbesitzer von Salinentheilen dieselben als Nutzungsberechtigte an der Oberfläche erworben hätten.

Wenn aber die Zugehörigkeit der Salinen zur Oberfläche nicht angenommen werden soll — wie anders, als durch Verleihung des Regalherrn können dieselben in Privatbesitz gelangt sein, da von einem Occupationsrechte an Salinen auch nicht das Geringste bekannt ist?

Vielleicht darf nach Vorstehendem behauptet werden, dass die von Böhlau und die von Waitz angeführten Urkunden vielleicht die Regalität des Salzes nicht positiv beweisen, dass sie aber dieselbe auch nicht widerlegen.

1) Vielleicht liegt Frose im *pagus Neletice*, den mit „*aquis salsis et insulsis*“ Kaiser Otto I. am 11. April 965 dem Erzbischofe in Magdeburg geschenkt hat (Dreyhaupt I, S. 14).

Nun giebt es aber Urkunden, welche zugestandener Massen nicht anders wie durch die Annahme eines Salzregals erklärt werden können. Um von späteren Urkunden abzusehen, so erinnere ich an die Urkunde vom 18. April 1016, in welcher Heinrich II. seiner Nichte Hemma und deren Sohn Wilhelm das Recht ertheilt¹⁾, auf ihren eigenen Besitzungen einen Markt, eine Münzstelle und Zölle anzulegen, ihnen endlich auch alle Metalle und Salinen auf ihren Besitzungen überlässt. Ich erinnere ferner an die Urkunde vom 5. December 1064, in welcher Heinrich IV. dem Pfalzgrafen von Thüringen auf dessen Bitten „*in loco haereditatis suae Sulza*“ die „*coctura salis*“ gestattet.

Es ist sodann darauf Bezug zu nehmen, dass bereits Ludwig das Kind im Jahre 908 Einkünfte aus Salinen verschenkt, welche weder auf seinen eigenen Besitzungen, noch auf denjenigen des Geschenknehmers lagen. Spricht aber Nichts gegen die Annahme eines Salzregals, Vieles aber dafür; giebt es keine Urkunde, welche die Annahme des Salzregals ausschliesst, dagegen mehrere Urkunden aus dem zehnten und elften Jahrhundert, welche nur durch eine solche Annahme erklärt werden können, so wird man diese letztere als eine wohl begründete annehmen müssen.

Es soll noch bemerkt werden, dass die Könige in den ersten Zeiten des Mittelalters deshalb Theile oder Abgaben von Salinen, Pfannen, Oefen u. s. w. häufig verschenken konnten, weil sie damals deren noch zahlreich besaßen. Später hatten sie keine mehr zu verschenken, wie sich leicht ermitteln lässt, wenn man die Zahl der Salinen mit derjenigen der Schenkungen vergleicht. Seitdem zeigten sie ihre Freigebigkeit dadurch, dass sie einzelnen Reichsständen das Recht ertheilten, auf ihren Herrschaften Salinen anzulegen. So und nicht etwa durch die Annahme²⁾, dass die Könige später auf den Besitz der Salzwerke grösseren Werth legten, erklärt sich meines Erachtens die Thatsache, dass Schenkungen von Salz-

1) Urkundenbuch für Steiermark Nr. 38, S. 45 ff. Die Beliehenen waren nicht einfache Grundbesitzer, sondern sehr mächtige Territorialherren. Die Verleihung erstreckt sich auf ihr ganzes Territorium. Dasselbe lässt sich für die später Beliehenen sagen, welche sämmtlich, auch die Bisthümer und Klöster nicht blosse Grundbesitzer waren.

2) Waitz VIII, S. 273, 274.

pfannen und dergleichen früher häufiger als später vorgekommen sind.

Bis zum eilften Jahrhundert etwa reichten auch die alten Salinen aus, um den Bedarf an Salz zu decken. Erst als die Bevölkerung dichter zu werden begann, stellte sich die Nothwendigkeit heraus, neue Salinen anzulegen. Auf diese Weise dürfte es sich erklären lassen, wenn sich die ersten Verleihungen mit dem Rechte der Anlegung neuer Salinen nicht vor dem eilften Jahrhundert finden.

Auch ferner muss noch hervorgehoben werden, dass sich mindestens bis zum vierzehnten Jahrhundert auch nicht der geringste Anhalt für die Annahme einer Bergbaufreiheit auf Salz in demjenigen Sinne dieses Wortes findet, wonach jeder auf jedes Grund und Boden nach Salz oder Salzbrunnen suchen durfte. Es bestand das Salzregal, es bestand aber nicht die Bergbaufreiheit in dem Sinne dieses Wortes, dass Jeder nach Salz suchen durfte; auch ein Beweis, wie mir scheint, dafür, dass nicht das Bergregal im Gefolge der Bergbaufreiheit, sondern nur diese im Gefolge jenes aufgetreten ist.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass uns von Unterscheidungen zwischen Gemeindegossen und Fremden, zwischen Allmend und aufgetheilte Mark rücksichtlich der Salinen auch nicht einmal die leiseste Spur begegnet ist.

Die Urkunden, betreffend das Metallregal bis zum Jahre 1300.

§. 24. Wie bereits früher erwähnt wurde, wird von mehreren Seiten angenommen, dass sich das Salzregal nicht zugleich mit dem Regale an den Metallen gebildet habe. Deshalb erscheint es geboten, die über die Regalität der Metalle handelnden Urkunden besonders zu behandeln, wobei es nicht ganz zu vermeiden ist, dass schon besprochene Urkunden noch einmal aufgeführt werden.

Die erste Urkunde, welche die Regalität der Metalle widerlegen soll, ist angeblich von einem im siebenten Jahrhunderte lebenden Herzog Adalrich ausgestellt worden. Derselbe soll das Kloster Ebersheim-Münster gestiftet und demselben bei der Stiftung unter Anderem auch das *jus naule*

cum investigatione auri verliehen haben¹⁾. Wie Wagner angiebt, soll sich jene Urkunde in der *Alsatia illustrata* von J. Daniel Schöpflin²⁾ p. 755 finden. Dies ist aber nicht der Fall. Vielmehr findet sich an der angezogenen Stelle nur die Nachricht, dass für zwei Klöster „*regum diplomata*“ ausgestellt worden seien, deren Inhalt aber nicht mitgeteilt ist. Zu diesen beiden Klöstern gehört das hier in Frage kommende. Die Stiftung von Ebersheim-Münster ist später durch Karlmann und Karl den Grossen wiederholt. Die beiden hierüber lautenden Urkunden³⁾ führen zahlreiche Regalien, nicht aber das *jus naule cum investigatione auri* auf. Dieses findet sich erst in dem von Grandidier als *fictitium* bezeichneten Bestätigungsdiplom Ludwig des Frommen vom 3. November 824⁴⁾. Dasselbst heisst es:

„*In Witswili (Weisweiler) que est in pago Brisigaugensi curtis dominica cum omni mundebuge sua, salica terra, mansus serviles et censuales, mancipiis utriusque sexus, molendina cum piscationibus ac forestis, jus naule cum investigatione auri. bannus totaliter cum omni libera utilitate.*“

Wenn also Ebersheim-Münster wirklich das Goldrecht gehabt hatte, so besass es dieses, wie die anderen ihm zustehenden Regalien (*molendina cum piscationibus*) vom Könige und nicht als Oberflächenbesitzer. War das Recht, Gold zu graben, damals ein jedem Beliebigen zustehendes, so ist auch nicht abzusehen, warum man dieses „*jus naule cum investigatione auri*,“ welches in den beiden ächten Urkunden Karlmann's und Karl des Grossen fehlte, in eine neue Urkunde absichtlich hineingesetzt hat.

Nun folgt der Zeit nach die Schenkung des Merowingerkönigs Dagobert vom Jahre 635⁵⁾, wonach

1) Wagner, über den Beweis der Regalität deutschen Bergbaues. Beilage II, p. II. Walter, deutsche Rechtsgeschichte, §. 126.

2) Colmar 1751.

3) In Grandidier, *Histoire de l'église et des évêques-princes de Strassbourg tome II*. Strassbourg 1778 *pièces justificatoires* Nr. 59 und 60.

4) In Grandidier II, *pièces justif.* p. CLXXVIII.

5) S. oben §. 5.

„*plumbum quod ei ex metallo censitum in secundo semper anno solvebatur.*“

Die Erhebung von Bergwerksabgaben steht aber der Annahme des Bergregals nicht entgegen. Sie beweist, dass Privatpersonen abgabepflichtigen Bergbau betrieben haben. Die Regalherrn haben aber stets ihr Bergregal in der Weise ausgeübt, dass sie Privaten gegen Abgaben den Bergbaubetrieb überliessen. Es kommt nur darauf an, woher diese Privaten das Recht zum Bergbaubetriebe hatten, ob als Oberflächenbesitzer oder aus königlicher Verleihung oder aus sonst einem Grunde. Hierüber giebt die Urkunde indess keine Auskunft, so dass sie die Regalität der Bergwerke nicht widerlegen kann.

Wir gehen jetzt zum Jahre 811 über. Es wird erzählt, dass der Abt Irmino von Paloiseau, welcher das in dem genannten Jahre verfasste Testament Karl des Grossen mit unterschrieb, Bergwerke besass. Dies soll von Mabillon in seinem Buche *de re diplomatica*¹⁾ p. 307 erwähnt werden. Nun findet sich nicht p. 307, sondern p. 319 zum Worte *Palatiolum* (Paloiseau) aus dem *Codex Censualis* eines Klosters in Bezug auf jenen Abt unter Anderem Folgendes:

„*Habet in Palatiolo mansos ingenuiles CVIII qui solvunt omni anno ad bostem carra VI, ad tertium annum vervices. cum agnis CVIII, de vino in pastrine modios CCXL, de argento in lignericia solidos XXXV pultos CCL oca mille ducenta quinquaginta.*“

Glaubt man hieraus selbst annehmen zu dürfen, dass in Paloiseau Silberbergbau betrieben wurde, so steht dies der Annahme des Bergregals nicht entgegen, da Paloiseau *villa regia*²⁾ war und von Pipin, wahrscheinlich also denn auch mit den daselbst etwa betriebenen königlichen Silbergruben an jenes Kloster geschenkt ist. Ein etwaiges Bergbaurecht des Abtes von Paloiseau würde hiernach vom Könige herühren.

1) *Libri sex*, Ausgabe von Adimari, Napoli 1789.

2) Mabillon p. 319, 320.

Nun folgt das bereits früher erwähnte Kapitulare Karl des Grossen *de villis* vom Jahre 812¹⁾.

Dasselbe spricht von dem Bergbaue auf den königlichen Besitzungen und widerlegt nicht die Annahme, dass auf Privatbesitzungen nur mit königlicher Genehmigung Bergbau betrieben werden durfte. Sie beweist ferner, dass die Könige die Bergwerke selbst auf ihren eigenen Besitzungen durch Privatpersonen gegen Abgaben betreiben liessen, welche allem Anschein nach in Quoten vom Ertrage bestanden haben.

Der Theilungsurkunde Kaiser Ludwig des Frommen vom Jahre 817²⁾ ist gleichfalls bereits oben erwähnt worden. Ludwig weist seinen Söhnen bestimmte Theile des Reiches zu, verordnet, dass sie den Namen Könige führen sollen und verfügt noch cap. XII:

„*De tributis vero et censibus vel metallis, quodquid in eorum potestate exigi vel haberi potuerit, ipsi habeant.*“

Warum der Kaiser der *metalla* in Verbindung mit den *tributa* und *census* gedenkt, wenn dieselben wie etwa im Pandektenrechte nur als *fruges agri* aufzufassen wären, ist, wie mir scheint, gar nicht abzusehen. Ich glaube, dass Nichts gegen die Annahme spricht, dass alle wo immer in ihren betreffenden Reichen befindlichen *tributa*, *census* und *metalla* den Kindern des Kaisers zufallen sollten, eben weil dieselben als Könige ihrer Reiche gelten.

Im Jahre 823 bestätigt Ludwig der Fromme einen zwischen dem Bischofe von Strassburg und einem Grafen des Nordgaues abgeschlossenen Tausch. Rücksichtlich des letzteren heisst es in der Bestätigungsurkunde³⁾:

„*Et e contra dedit Comes ex suo proprio memorato Episcopo ad partem ecclesiae id est, ... areales duas cum casis et granea et de terra arabili jugera quadraginta sex ad Platpontaim areale cum casa una, de terra arabili jugera quindecim prata ad carra*

1) *Monum. Germ. Historica* tom. II, leg. I, p. 183 seq.

2) Pertz daselbst p. 198 seq.

3) Grandidier, *Histoire de l'église et des évêques-princes de Strassbourg* tom. II. *Pièces justificatoires* p. 174, 175 und Schöpflin, *Alsatia diplomatica* I, p. 71 seq.

quatuor et, wie es bei Grandidier heisst, *Goldmarcha* oder wie es bei Schöpflin heisst, *Holzmarka*.

Hält man selbst die erstere Lesart für richtig, so steht Nichts der Annahme entgegen, dass jener Graf die Goldmark vom Kaiser zu Lehen trug. Der Kaiser bestätigt ja auch das Tauschgeschäft. Grandidier bemerkt in der Anmerkung zum Worte *Goldmarka*:

„*Goldmarka innuit aurilegium seu jus colligendi aurum, quod Germani dicunt Goldwäsche. Jus illud adhuc hodie exercent Nobiles de Guntzer et Kempfen in ipso vico Plobsheim ratione feodi quod possident a Rege.*“

Am 7. November 830 hatte Ludwig der Fromme einer von seinem Vater zu Frankfurt gestifteten Kapelle einige Ortschaften geschenkt. Karl der Kahle bestätigte im Jahre 881¹⁾ diese Schenkungen und fügte denselben noch hinzu:

„*partem de omni conlaboratu videlicet de annona, ... foeno et argento de nostris indominicatis villis.*“

Hieraus folgt, dass der Kaiser auf seinen Besitzungen Bergbau betreiben liess, von welchem er einen Theil des Ausgebrachten erhielt. Gegen oder für das Bergregal beweist dies meines Erachtens nicht.

Die jetzt der Zeit nach folgende, für die Untersuchung erhebliche Urkunde dürfte die Schenkung oder Bestätigung Kaiser Arnulfs vom 20. November 890 sein²⁾.

In dieser Urkunde schenkt der Kaiser dem Erzstifte zu Salzburg unter Anderem:

„*unam fossam ruderis in monte gamanara (am Gamernigberge) semper per totum annum habendam*³⁾“.

In der Schenkungsurkunde⁴⁾ Kaiser Arnulf's für das Bisthum Passau vom Jahre 898 sagt der Kaiser:

1) Hontheim, *Historia Trevirensis diplomatica* Aug. Vind. 1750, I, p. 218.

2) *Juvavia*, Anhang p. 112 seq. und im Urkundenbuche des Herzogthums Steiermark, bearbeitet von Zahn, Graz 1875, S. 12.

3) S. hierüber von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark, 3. Theil, S. 104.

4) Hundii *Metropolis Salisburgensis* I, p. 232 seq. Das Citat bei Wagner Beilage II, p. III, ist falsch.

„*aurifices autem eorum, quoscunque permiserit praefatae Ecclesiae Antistes non aliter, quam nostri omnibus fluminum arenis sine contradictione utantur.*“

Hieraus folgt, dass es einer besonderen Vergünstigung des Kaisers bedurfte, damit der Bischof Gold waschen lassen konnte. Es folgt aus der Urkunde ferner, dass der Kaiser sein Recht Gold waschen zu lassen und die von ihm mit diesem Rechte begnadeten Personen solches durch Arbeiter ausüben liessen, von denen sie wahrscheinlich sich Abgaben zahlen liessen. Endlich folgt daraus, dass nicht jeder Arbeiter das Recht hatte, gegen Abgaben Gold zu waschen; denn es heisst: „*quoscunque permiserit.*“ Der *aurifex* (*aurilegulus*) muss also erst die Erlaubniss um Gold in Flüssen zu suchen vom Kaiser oder einem von diesem mit dem Gewinnungsrechte Beliehenen erhalten haben.

Gewiss beweist jene Urkunde eher für als gegen ein Goldregal.

Die Schenkungsurkunde Kaiser Ludwig des Kindes vom 17. December 908 für das Erzbisthum Salzburg ist schon oft erwähnt und dabei nachgewiesen worden, dass die Schenkung der *omnes census in auro et in sale* zwischen den Flüssen Sala und Salzach sich auch auf ein Gebiet erstreckte, welches weder dem Geschenkgeber noch dem Geschenknehmer gehörte. Das Eigenthum an dem Golde, welches der Kaiser durch jene Urkunde auf Salzburg übertrug, wurde mittels der *census* nutzbar gemacht, welche von den Bergleuten zu entrichten waren. Die Schenkung der *census* wird daher auch derjenigen der Bergwerke selbst gleichgestellt.

Die Tauschurkunde ¹⁾ zwischen dem Erzbisthum Salzburg und dem Grafen Alberich vom 27. Juni 931 ist gleichfalls bereits früher erwähnt worden. Letzterer erhielt eine Salzstelle von Salzburg; dahingegen übertrug er dem Hochstifte die Eisenerzgrube am Gameringberge, die nämliche ²⁾, welche Kaiser Arnulf im Jahre 890 an Salzburg übertragen hatte, und welche inzwischen durch eine der vielen von Salzburg

1) *Juvavia*, Anhang p. 132, auch im Urkundenbuch für Steiermark Nr. 20, S. 24.

2) von Muchar III, S. 104.

vorgenommenen Tauschgeschäfte in seinen Besitz gekommen war. Der Besitz jener Eisenerzgrube durch den Grafen Albrecht widerlegt also das Bergregal nicht.

Für das Vorhandensein des Bergregals dürfte die folgende Urkunde¹⁾ Kaiser Heinrich I. vom Jahre 932 sprechen, in welcher dieser dem Kloster Bovium in Belgien auf dessen Besitzungen „*in omnibus quae possidet*“ unter Anderem „*bannum sanguinem, reperturam*“ überliess. Das Wort *repertura* dürfte hier den Sinn von Bergwerksgut und nicht den von Schatz haben, und zwar schon deshalb, weil die Schätze auf Gründen des Klosters diesem auch ohne königliche Verleihung gehört haben würden²⁾.

Die Urkunde des Abtes Folkmar von Corvey vom 26. Mai 936 wird allgemein als Beweis gegen das Bergregal aufgefasst³⁾. Sie ist der Stiftungsbrief für das Kloster Westergröningen, welches vom Grafen Siegfried (*Segefredus*) gegründet wurde. In demselben sagt der Abt von Corvey:

„*qualiter Comes quidam Segefredus nomine tradidit haereditatem suam ad monasterium nostrum in pago Hartgo, in loco cujus vocabulum est Westergroningem sito juxta flumen Bode h. i. ipsam Ecclesiam cum Clericis, quos ibi proprios habuit et metallis.*“

Man hat hieraus geschlossen, dass der Graf Siegfried Bergwerke besessen hat. Würde dies richtig sein, so hatte er doch dieselben, wie die übrigen Besitzungen, vom Reiche erhalten, denn er stellte die Schenkung nicht für sich allein aus, sondern:

1) Wagner, Beilage II, S. III, aus Gundling *Vita Aucup.* p. 304 und Du Fresne *Gloss. in Verb. Repertura*.

2) S. über das Wort *repertura*, *robustara*, *rebustura* auch die *Lex Romana Wisigothorum*, Haenel p. 218, 219.

3) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte VIII, S. 217, Anm. 3. Grueter, *de regali metallorum jure* in den *Regesta Diplomatum* Nr. 19. Wagner, Beilage II, S. III. Vollständig und mit dem im Texte angegebenen Datum ist die Urkunde im *Codex Anhaltinus* von Heinemann als Urkunde Nr. 2, Dessau 1867 bis 1873 abgedruckt. Sie findet sich gleichfalls vollständig in Johann Georg Lenckefeld's *Antiquitates Groningenses*, Quedlinburg 1710, S. 174 ff.

„*pro Rege Gloriosissimo videlicet Heinrico, cum Serenissima Mathilda et Regia Prole nec non et pro ipso*“¹⁾.

Auch der Kaiser hatte seine Einwilligung zur Stiftung gegeben.

Der Besitz von Bergwerken durch den Grafen Siegfried dürfte sich also mit der Annahme des Bergregals wohl vereinigen lassen; indessen hat ein solcher wahrscheinlich gar nicht stattgefunden. Um Wester-Gröningen kann es nämlich, wie ich wenigstens berichtet bin, ausser Braunkohlen, die hier nicht gemeint sein können, gar kein zum Bergbau geeignetes Mineral gegeben haben. Die Urkunde Kaiser Heinrich I., durch welche Wester-Gröningen dem Grafen Siegfried, noch nicht zwei Jahre vor der Stiftung des Klosters, übertragen wurde, erwähnt der Bergwerke auch nicht²⁾. Die Worte des Stiftungsbriefes, dass die Kirche mit Geistlichen und Bergwerken geschenkt sein solle, dürften auch auffallend erscheinen.

Die Urkunde³⁾ Kaiser Otto I. vom Jahre 940 enthält die Wiederholung der am 17. December 908 durch Ludwig das Kind für Salzburg über die *census in auro et in sale* ausgestellten Verleihung.

Jetzt folgt die oft besprochene Urkunde⁴⁾ Kaiser Heinrich II. vom 18. April 1016 für den Grafen Wilhelm und dessen Mutter Hemma. Der Kaiser verleiht denselben auf ihren eigenen Besitzungen die Münz-, Markt-, Zoll- und Berggerechtigkeit, letztere für Salinen und alle Metalle⁵⁾. Die Urkunde kann, scheint mir, nur durch die Annahme des Bergregals erklärt werden.

1) Leuckfeld S. 174 erklärt jene Stelle des Schenkungsbriefes daraus: „weile des Kayser Heinrich's I. und seiner Printzen Lehns- und Herrliche *Consens* zu der Verschenkung des Wester-Gröningens an Corvey und Verwandelung in ein Kloster höchst von Nöthen war.“

2) von Heinemann, *Codex Anhaltinus* Nr. I, vom 25. Juni 934.

3) *Juvavia*, Anhang p. 176 und oben.

4) Im Urkundenbuch für Steiermark Nr. 38, S. 45 ff.

5) „*nec non et omnes fodine cajúscunque metalli et saline que in bonis suis reperientur, usibus eorum subjaceant, universum quoque jus ad imperium spectans eis remisimus et ea proprietati ipsorum imperiali clementia assignavimus.*“

Am 12. Mai 1025 schenkt Kaiser Konrad II. der vornehmen Frau Adelheid auf Anstiften der Kaiserin Gisela 100 königliche Huben in der Gegend von Aflenz¹⁾:

„centum mansos nostrae proprietatis cum utriusque sexus mancipiis in loco Auelniz sitos . . . cum usu salis seu cum omni utilitate quae ullomodo inde provenire poterit, nostra regali traditione perpetualiter donavimus.“

Auch diese Urkunde spricht, scheint mir, eher für als gegen das Bergregal.

Im Jahre 1028 erteilte Kaiser Konrad II. dem Bisthum Basel eine Verleihung²⁾, in welcher es heisst:

„Sanctae Basiliensis ecclesiae venerabilis Episcopi obtemperantes petitioni quasdam venas et fossinas argenti in comitatu Bertholdi et in pago Brisichgowe, atque in locis Moseberch, Lupencheimhaha, Cropach, Steinebronnen superius et inferius et in valle Sulzberc, Baden, Luxberc nominatis, aliisque inibi locis inventas et sitas, quidquid inde nostrum attingit, cum omni utilitate, quae ullo modo inde provenire queat, ecclesiae supradictae contulimus et in perpetuum tradidimus.“

Auch diese Urkunde lässt sich meines Erachtens nicht anders wie durch die Annahme eines Bergregales erklären³⁾. Das im Jahre 1028 an Basel übertragene Bergbaurecht hat dieses später dem Grafen von Freiburg als ein Afterlehen übertragen⁴⁾; eine Thatsache, welche deshalb bemerkenswerth erscheint, weil sie die Unabhängigkeit der Bergwerke vom Oberflächenbesitze klar erkennen lässt. Hervorzuheben ist noch, dass aus der Urkunde vom Jahre 1028 die *utilitates* aus den

1) Die Urkunde findet sich im Urkundenbuch für Steiermark Nr. 44, S. 53 ff. und sonst.

2) Die Urkunde ist abgedruckt in der *Genealogia Diplomatica Augustae Gentis Habsburgicae*, Vienna 1737, tom. II, pars I, p. 109, ebenso in Trouillat *monuments de l'évêche de Bâle* I, p. 161 und sonst mehrfach.

3) S. auch Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte VIII, S. 270, Anm. 1.

4) Trenkle, Geschichte des Bergbaues im südwestlichen Schwarzwalde, in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 194.

Bergwerken als der hauptsächlichste Inhalt des Bergregals hervortreten.

Am 10. März 1029¹⁾ bestätigte Kaiser Konrad II. dem Bisthum Freising dessen Besitzungen: *cum . . . montibus, silvis . . . redditibus quaesitis et inquirendis*. Ob diese Urkunde für das Bergregal spricht, mag dahin gestellt bleiben. Gegen dasselbe, so scheint mir, spricht sie sicher nicht.

Am 4. Juni 1050²⁾ verlieh Kaiser Konrad der Abtei Pfeffers unter Anderem das Bergbaurecht auf ihren eigenen Besitzungen:

„totum cum terminis et cum omni utilitate rerum, id est cum mineralibus, liquoribus, auri argentine rivis, Alpibus, sylvis . . . piscationibus . . . Abbati praefatae et monasterio suo perpetualiter contradita sunt.“

Aus dem Jahre 1072 werden zwei Bergverleihungsurkunden Heinrich IV. aufgeführt³⁾, deren Aechtheit von Stumpf (Nr. 2754) bezweifelt wird. Die Verleihungen hatten den Bergbau auf den eigenen Besitzungen des Beliehenen zum Gegenstande. Der Beliehene war das Kloster, nachmalige Bisthum Gurk, welches indess schon lange vor dem Jahre 1072 das Bergbaurecht hatte. Gurk wurde nämlich von der mehrfach genannten Gräfin Hemma aus einem Theile ihrer Besitzungen im Jahre 1045 gegründet, welcher Gräfin durch die schon citirte Urkunde ihres Oheims, des Kaisers Heinrich II. vom Jahre 1016 das Bergbaurecht auf allen ihren Herrschaften verliehen war.

Einen Theil ihrer Besitzungen schenkte die Gräfin dem Kloster Gurk⁴⁾:

„cum foris, monetis et theloneis, cum salinis et fodinis cujuslibet Metallum . . . omne, dico propria sive donatione imperatorum et regum seu hereditario jure parentum po-

1) Urkunde in Meichelbeck, *historia Frisingensis Aug. Vind. et Graecii* 724 I, p. 223.

2) Urkunde in Herrgott, *genealogia diplomatica Augustae Gentis Habsburgicae tom. II, pars I*, p. 122.

3) Grueter, Regesten S. 21, 22 u. „Beyträge zur älteren Geschichte und Topographie des Herzogthums Kärnten von P. Ambros Eichhorn, II. Sammlung, Klagenfurt 1819,“ S. 206.

4) Die vom Salzburger Erzbischof verfasste Stiftungsurkunde ist bei Eichhorn I, S. 103 ff. abgedruckt.

sessā, cum jure, quo ea manu tenuerat et secundum tenorem privilegiorum, quae a romanis Imperatoribus, et regibus, Arnolfo videlicet Ludeuico, Ottone, Hainrico, Chunrado data super habuerat et simul ipsa privilegia super altare Sancte Marie donavit.“

Am 20. Mai 1073¹⁾ bestätigte Kaiser Heinrich IV. die im Jahre 1028 erfolgte Bergregalverleihung an Basel.

Im Jahre 1094 schenkte der Abt Anselm von Lorch unter Anderem:

*„De monte autem, ubi argentum foditur, j. marca, et de mercato XX marcae; de molendinis vero XX et vj malter tritici“*²⁾.

Allgemein dient diese Urkunde zur Widerlegung des Bergregals³⁾; indess, wie ich glaube, nicht mit Recht. Zunächst kann sie ebenso sehr das Markt- und Mühlenregal wie das Bergregal widerlegen, da der Abt Einkünfte nicht bloss aus einem Silberbergwerke, sondern auch aus einem Markte und von Mühlen bezieht. Sodann aber dürfte anzunehmen sein, dass die Abtei jenes Bergwerk vom Kaiser oder vielleicht gar schon von den Agilolfingern hatte, da es von diesen dotirt war⁴⁾.

Die Schenkung⁵⁾ Herzog Heinrich's von Kärnthen über das Thal Avelnice *„cum usu salis et rudere, quod Aric dicitur“* ist bereits bei den Urkunden über das Salzregal besprochen worden. Die Schenkung umfasst die 100 Huben, welche im Jahre 1025 vom Kaiser Konrad II. der Edelfrau Beatrix *„cum usu salis seu cum omni utilitate“* geschenkt wurden⁶⁾.

1) Urkunde in das *Genealogia Diplomatica Augustae Gentis Habsburgicae* von Herrgott tom. II, pars I, pag. 124. Trouillat, *monuments de l'évêche de Bâle I*, p. 188.

2) Die Urkunde findet sich im *Codex Laureshamensis Diplomaticus Tomus I, Mannhemii* 1778 als Urkunde CXXIX, p. 215, 216.

3) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte Band VIII, S. 271, Anmerk. 4. Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 65.

4) Hundii, *Metropolis Salisburgensis I*, p. 222 seq.

5) Pezii, *thesaur. anectod. VI*, 285, von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark S. 101. Pusch und Frölich, *Diplom. Sac. Styriae II*, p. 271.

6) Urkundenbuch für Steiermark Nr. 44, S. 53.

Im Jahre 1122¹⁾ ertheilte Heinrich V. dem Kloster Siegburg das Bergbaurecht auf dessen Gebiete:

„si quid metalli, vel pecunia in ullo possessionum fundo, sive loco tellus quaerentibus exposuerit, ex his quae avaro sinu multa nobis abscondit, juris ipsorum sit, nec molestus quisquam sit illis pro jure regio, quia quod ad nos attinet damus.“

Am 24. Juli 1131²⁾ wiederholte Kaiser Lothar von Supplinburg die bereits erwähnten Bergregalverleihungen für Basel von den Jahren 1028 und 1073.

Im Jahre 1131³⁾ bestätigte derselbe Kaiser dem Kloster Reichersberg seine Besitzungen und bemerkte noch:

„Adicimus preterea, si succedente tempore in sylvis, montibus, campis sive locis aliis eidem ecclesiae appropriantibus mineram aliquam cujuscunque metalli reperiri contigerit, proprietatem illius totam, nullo etiam homini decimandam, ipsi ecclesiae regali munificentia liberaliter largimur.“

Die Worte *„nullo homini decimandam“* erklären sich, wie mir scheint, in folgender Weise:

Reichersberg lag im Harze bei Goslar, wo Silberbergbau umging. Derselbe gehörte zwar, wie früher nachgewiesen wurde, den Kaisern, wurde aber von diesen durch Private betrieben, welche die Verpflichtung hatten, den Zehnten zu zahlen und die ihnen zugetheilten Grubenfelder vorschriftsmässig bauhaft zu halten.

Die Urkunde will nun besagen, dass der Kaiser sein Eigenthum an den unter den Gründen des Klosters vorkommenden Metallen diesem überträgt und demselben dadurch unter Anderem das Recht giebt, die daselbst etwa vorkommenden Metalle für sich nutzbar zu machen, ohne dass sie,

1) Die Urkunde findet sich in Lacomblet Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, Düsseldorf, 1840 bis 1857 I, S. 193, bei J. F. Pfeffinger, *Vitriarii institutionum juris publici novis notis illustratarum. Gothae 1725 tom. III, p. 1347.*

2) Herrgott, *Genealogia tom. II, p. I. p. 156.*

3) Die Urkunde in Heineccius *Antiquitates Goslarienses* S. 132, Wagner, Beilage III, S. V, Waitz VIII, S. 270.

wie die sonstigen Bergwerksbetreiber im Harze, ihm den Zehnten zu zahlen brauchen.

Dem Stifte Corvey stellte Kaiser Konrad III. im Jahre 1150 über die im Eresberge vorkommenden Metalle eine Verleihung aus, welche gleichfalls das Vorhandensein des Bergregals schon vor der Ronkalischen Constitution, wie mir scheint, auf das Unzweideutigste feststellt.

In der Verleihungsurkunde¹⁾ heisst es:

„*Conradus Wieboldo Corbeiensi Abbati venas metalli scilicet auri, argenti, cupri, plumbi et stanni, et omnem pecuniam sive rudem sive formatam, quae intra montem Eresburch, qui Corbejensi ecclesiae jure proprietario pertinere noscitur, latet, tibi et per te Corbeiensi ecclesiae concedimus ut liceat tibi et successoribus tuis absque ullius personae contradictione in eodem monte fodere omne metallum, quod inventum fuerit, emere et conflare tuisque et fratrum tuorum usibus licenter aptare, ut tanto melius possit Corbeiensis ecclesia tam divinis quam regni rebus subservire.*“

Im Jahre 1156²⁾ verlieh, worauf schon hingewiesen ist, Kaiser Friedrich I. dem Abt von Berchtesgaden die in einem der Abtei längst gehörigen Walde vorkommende Bergwerke.

Hochwichtig ist die nun folgende Urkunde Kaiser Friedrich I. vom 28. April 1158.³⁾ Ueber den Besitz der Silbergruben um Ems schwebte ein langer Streit zwischen den Grafen von Nassau und den Erzbischöfen von Trier. Später nahm auch der Kaiser das Eigenthum an den Gruben für sich in Anspruch, welches vom Erzbischofe zu Trier bestritten, von den deutschen Fürsten ihm aber zugesprochen wurde. Im Jahre 1158 verlieh darauf der Kaiser die Silbergruben seines Seelenheiles halber und aus Dankbarkeit mit anderen Regalien dem Erzbischofe von Trier.⁴⁾

1) *Schaten Annalium Paderbornensium pars I*, p. 786. Seibertz, Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte Westphalens I, Nr. 51, S. 57. S. auch Waitz VIII, S. 270.

2) Urkunde in *Hundii Metropolis Salisburgensis II*, p. 122.

3) *Historia Trevirensis diplomatica Aug. Vind. 1750 I*, p. 558. Günther *Codex Rheno-Mosellanus I*, p. 364.

4) Achenbach, Deutsches Bergrecht S. 33 und S. 84, 85.

In der Urkunde heisst es:

„*Fridericus scire volumus, qualiter Hilline Trevirorum episcopo omnem justitiam, quam in Argentaria in Ulmeze et in toto monte adjacente de judicio principum habere videbamus pro amore tuo et honesto fidelique servitio, quod nobis in expeditione Italica et post liberaliter et laudabiliter impendisti, tibi et per te tuis successoribus cum ceteris regalibus in beneficio libere habendam concessimus, et in perpetuum legitimo titulo possidendam nostra Imperiali auctoritate sancire decrevimus.*“

Diese Urkunde ist älter als die Ronkalische Constitution. Die Ansicht, dass durch letztere die Kaiser sich das Bergregal „angemasst“ haben, dürfte daher haltlos erscheinen. Was unter der „*omnis justitia*“ zu verstehen ist, welche dem Kaiser zustand, dürfte klar sein: Das Recht auf die Abgaben, das Recht, die Grubenfelder zu verleihen und die verliehenen, wenn sie nicht vorschriftsmässig abgebaut werden einzuziehen, die Gerichtsbarkeit: kurz das Eigenthum.

Am 11. November 1158 wurde die Ronkalische Constitution erlassen.

Im Jahre 1160¹⁾ bestätigte der Erzbischof von Salzburg der Abtei zu Admont ihre Bergwerke mit dem Bemerken, dass letztere dieselben von ihm besitze, Salzburg aber solche *de regalibus imperii* erhalten habe.

Zwischen den Jahren 1164 und 1170, so theilt von Muchar²⁾ mit, schenkte die Markgräfin Kunigunde dem Stift zu Vorau (*Forowe*): „*mansum unum apud Leoben, ubi foditur ferrum.*“

Diese Markgräfin war aber die Wittve Ottokar VII.³⁾, des Vaters Ottokar VIII. Letzterer aber bekennt in der schon früher erwähnten Stiftungsurkunde⁴⁾ für Seckau vom

1) Bereits oben häufig erwähnt. S. Urkundenbuch für Steiermark S. 390 ff. „*sed et ubicunque in possessione cenobii vene salis seu ferri aut argenti vel cujuslibet metalli fodine reperiri poterunt, quae de regalibus Imperii Salzburgensis ecclesia hactenus quiete possedit.*“

2) Geschichte des Herzogthums Steiermark 3. Theil S. 86.

3) von Muchar daselbst S. 87.

4) Pusch et Frölich *Dipl. Sacr. Styriae* I, p. 167.

Jahre 1182, dass seinem Vater, wie ihm selbst, „*ab Imperiali largitate*“ die Salze und Metalle verliehen sind. Dass die Wittwe Ottokar VII. einen „*mansus, ubi foditur ferrum*“ besass, scheint mir somit als kein Umstand, welcher das Bergregal zu widerlegen geeignet sein dürfte.

Am 29. Juli 1167¹⁾ schenkte Kaiser Friedrich I. dem Erzbischof von Köln: „*curtem nostram in Eikenhaim cum hominibus possessionibus Argentifodinis, omnibusque aliis pertinentiis.*“

Wie Hüllmann²⁾ durch diese Urkunde das Bergregal widerlegen will, vermag ich nicht abzusehen.

Im Jahre 1177 verließ Kaiser Friedrich I. dem Kloster Neustift: „*montem Vilanders cum fodinis aliisque possessionibus ab Arnolfo comite et Regniberto de Sebene eidem ecclesiae collatis, nec non et fodine ferri, que apud Fufillum reperte sunt ut predicta ecclesia memoratas fodinas tam in monte Vilanders, quam apud Furfillum cum omni jure et utilitate, que nunc vel in futurum inde provenire poterit, libere teneat et possideat.*“³⁾

Von Sperges⁴⁾ folgert aus dieser Urkunde das Bergregal und, wie ich glaube, mit Recht; denn, falls die Bergwerke nur Zubehör zum Oberflächenbesitze waren, wie konnte der Kaiser die auf ihm nicht gehörigen Besitzungen, in der Vergangenheit oder in der Zukunft entdeckten Silbergruben verleihen?

Umgekehrt folgert Hüllmann⁵⁾ aus dem Umstande, dass jener Graf Arnold von Greifenstein Gruben bei Vilanders schon früher besessen hat, die Zugehörigkeit der Bergwerke zu Grund und Boden.

Diese Folgerung erscheint jedoch nicht richtig. Der Kaiser bestätigt allerdings auch dem Kloster solche Gruben,

1) Die Urkunde findet sich in Nikolaus Kindlinger Münsterische Beiträge u. s. w. Band III, Münster 1793, S. 62, 63.

2) Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 65.

3) von Sperges, Tyrolische Bergwerksgeschichte, Wien 1765, S. 34.

4) S. 34, 35.

5) Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 65. Hüllmann setzt übrigens fälschlich die Schenkung von Vilanders in das elfte, statt in das zwölfte Jahrhundert. Ihm folgt hierin Grueter (Regesten Nr. 20).

welche ihm vom Grafen Arnold geschenkt sind. Allein dies erklärt sich, wenn man annimmt, dass dieser Graf jene Gruben vom Kaiser hatte.¹⁾ Derselbe war aus dem Hause von Epan (*de Piano*), deren Herrschaften Friedrich I. bei der Verleihung des Bergregals an den Bischof von Trient ausnahm. Schliesslich bleibt zu beachten, dass, wenn die Bergwerke des Grafen nicht vom Kaiser herrührten, die kaiserliche Bestätigung ihrer Uebertragung gar nicht nöthig gewesen wäre.²⁾

Am 5. September 1177³⁾ stellte Kaiser Friedrich I. dem Bisthum zu Brixen eine Bergregalverleihung aus.

Die am 29. September 1178 erfolgte Verleihung des Bergregals oder genauer des Bergdukale an das Kloster Leubus⁴⁾ durch den Herzog Boleslaus von Schlesien ist bereits bei den schlesischen Bergordnungen besprochen worden.

Im Jahre 1181⁵⁾ übertrug der Graf von Epan dem Bischof von Trient eine Goldader (von Sperges S. 37).

Diese Grafen von Epan waren indess, wie schon früher glaubhaft gemacht ist, vom Kaiser mit Bergwerken begnadet.

Die Verleihung des Bergbaurechts im Jahre 1182 durch den vom Kaiser mit dem Bergregale beliehenen Herzog Ottokar VIII. von Steiermark an das Kloster Seckau ist schon angeführt worden.⁶⁾

Am 15. März 1184 ertheilte Kaiser Friedrich I. das Bergbaurecht an Gurk.⁷⁾ Diese Ertheilung war Wiederholung früherer Verleihungen. Eine solche von Kaiser Lothar von Supplinburg ausgestellte findet sich im Archiv für Oesterreichische Geschichte.⁸⁾

Am 6. Juli 1184⁹⁾ verlieh der nämliche Kaiser dem St. Lambrechts-Kloster das Recht zum Bergbaubetriebe.

1) Vergl. von Sperges S. 46 ff.

2) S. auch von Sperges S. 34 ff.

3) Hormayr, Geschichte der gefürsteten Grafschaft Tyrol I, S. 84, Grueter Regesten Nr. 37.

4) Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues S. 36.

5) Nicht 1187, wie Grueter Reg. Nr. 4 annimmt.

6) Pusch et Frölich, *Dipl. Sacrae Styriae* I, p. 167.

7) Böhmer, Reg. Nr. 144, Grueter, Reg. Nr. 40.

8) Band XIII, S. 381. S. auch Waitz VIII, S. 270.

9) Böhmer *regesta* 911—1313 Nr. 2663. Böhlau Nr. 54. Steinbeck S. 30. Grueter, Reg. Nr. 41.

Im Jahre 1184¹⁾ stellte er Admont eine schon früher (§. 17) erwähnte Verleihung aus über die auf den Stiftsgütern vorkommenden regalen Mineralien.

Am 2. August 1185²⁾ bemerkte Otto, Markgraf von Meissen, wie schon früher erwähnt ist, dass er vom Reiche die Einkünfte aus allen Bergwerken in seinem Markgrafenthum zu Lehen trüge.

Am 24. März 1185³⁾ schloss Bischof Albrecht von Trient mit den dortigen Gewerken einen Bergwerksvertrag ab: „*salvo honore imperii*“ und nicht als Grundbesitzer, sondern als Territorialherr.

Am 7. März 1187⁴⁾ bestätigte Kaiser Friedrich I. dem Erzbischof von Magdeburg den Theil eines Waldes und legte diesem Besitze allen Nutzen bei (*utilitas*) „*que in salis ferrive venis seu foedinis in ea reperiri poterit*“ und zwar „*imperiali auctoritate*.“

Die Verleihung des Bergregals innerhalb des Bisthums und Herzogthums Trient am 15. Februar 1189⁵⁾ durch Friedrich I. ist schon zur Genüge besprochen worden.

Aus dem Jahre 1189 werden zwei Urkunden Heinrich VI. angeführt⁶⁾, welche derselbe als Vertreter seines im Kreuzzuge abwesenden Vaters ausgestellt hat. In der einen verbietet er den Bischöfen zu Minden, Paderborn und Osnabrück, sich die in ihren Herrschaften entdeckten Bergwerke zuzueignen, indem er sagt: „*Cum omnis argentifodina ad jura*

pertineat Imperii, et inter regalia sit computata, nulli venit in dubium, quin ea, quae nuper in Episcopatu Mindensi dicitur inventa, ad nostram totaliter spectet distributionem.“

In der anderen Urkunde überlässt der Kaiser dem Bischof von Minden zwei Drittel der Bergwerke, sich selbst nur vorbehaltend: „*tertiam partem totius Argentifodinae et totius fructus sive juris exinde provenientis, sive ex decima, quae in aliis locis recipi solet, sive ex juris dictione, vel iudicio.*“

1) Pèzii *thes. anecd. nr. III*, 3 p. 676 seq.

2) Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen S. 306.

3) von Sperges, Tyrolische Bergwerksgeschichte S. 263 bis 265.

4) Böhlau Nr. 56.

5) von Sperges S. 265, 266; oben §. 16.

6) Wagner, Beilage V, S. XI. Achenbach, Deutsches Bergrecht S. 86. Kommer, Zeitschrift für Bergrecht X, S. 387.

Einen Widerspruch zwischen diesen beiden Urkunden, wie ihn Achenbach (S. 86) erkennen will, vermag ich nicht zu entdecken. Denn wenn auch die Bergwerke, wie die anderen Regalien, dem Kaiser von Rechtswegen ganz gehörten, so hinderte ihn doch Nichts, solche ganz oder theilweise den Territorialherren zu übertragen. Solche Uebertragungen sind Nichts weniger als ungewöhnlich. Wenn Kommer die Urkunden deshalb für falsch erklärt, „weil noch niemals ein Kaiser sich vorher über eine neu entdeckte Grube auf fremdem Grundeigenthum einen Anspruch angemasst habe,“ so erscheint diese Erklärung der voraufgeführten Urkunden gegenüber ebenso wenig haltbar wie die fernere, dass die Uebertragung der Gruben zu zwei Drittheilen auf den Bischof zeige, wie sich der Kaiser der Ungesetzmässigkeit seiner Ansprüche wohl bewusst gewesen sei.

Am 8. September 1189¹⁾ bestätigt Herzog Heinrich VI. von Steiermark dem Kloster Steingaden: „*praedium in Horne cum piscaturis et molendinis alpibus, et venis ferri, quod vulgo Bergrecht dicitur.*“

Das Gut war dem Kloster, ohne dass dabei der Bergwerke erwähnt wäre, im Jahre 1147 vom Herzog Welf von Spoleto geschenkt.²⁾

Kommer³⁾ sieht in dieser Urkunde ein „sehr gewichtiges Zeugniß dafür, dass die Regalität im 13. Jahrhundert nicht allgemein gültig war“ — indess nicht mit Recht; denn schon die Vorfahren jenes Heinrich von Steiermark hatten das Bergregal „*Imperiali largitate*“ wie dies Ottokar VIII. im Jahre 1182 ausdrücklich anerkannte.⁴⁾ Der Herzog Heinrich VI. besass ausweise obiger Urkunde auch andere Regalien: Fischfang und Mühlen.

Kaiser Heinrich VI. stellte im Jahre 1192 eine allgemeine Bergregalverleihung für das Stift Corvey aus.⁵⁾

„*Heinricus*

1) In Hundii *Metropolis Salisburgensis* III, p. 247.

2) Wagner, Beilage Nr. IV, p. VII.

3) Zeitschrift für Bergrecht X, S. 388.

4) S. oben zu der Urkunde vom Jahre 1182 für das Kloster Seckau.

5) Die Urkunde findet sich in Martene *Thesaurus novus anecdotorum*. Paris 1717, tom. I, p. 1002.

. concedentes — auctoritatem et potestatem plenam, regio jure sine diminutione ex nostra Serenitate collato, in aurifodinis et argentifodinis et caeteris quoque metallorum generibus cum decima et omni utilitate, ut ubicunque in tenimento monasterii, sive de jure possessorio, sive de jure sit proprietatis, sive utriusque inveniantur aurifodinae, vel aurifluentae, argentifodinae, vel cujuslibet alius metalli fodinae potestatem habeatis in fodiendo, exquirendo aurum, argentum et cetera metalla.“

Am 18. Mai 1193 verlieh Kaiser Friedrich VI. dem Kloster Ebersperg auf dessen Besitzungen:

„quaecunque generantur in humo vel quae latent sub terra, sive sint venae salis, vel ferri, argenti vel auri vel cujuslibet metalli.¹⁾

Am 6. Mai 1194²⁾ bestätigte Herzog Heinrich VI. von Steiermark die von seinem Vorfahren, Herzog Ottokar VIII. im Jahre 1182 dem Kloster zu Seckau ertheilte Bergregalverleihung.

Am nämlichen Tage wiederholte Kaiser Heinrich VI.³⁾ die von Friedrich I. am 6. Juni 1184 dem Kloster St. Lambrecht ertheilte Bergregalverleihung.

Im Jahre 1197⁴⁾ bestätigte Erzbischof Adalbert II. von Salzburg die dem Kloster Seckau durch Herzog Heinrich VI. eingeräumten Regalien. Diese Bestätigung war für Seckau nothwendig, weil es Dependenz von Salzburg war.

Im Jahre 1199 wiederholte König Philipp dem Erzstifte zu Salzburg die diesem schon im Jahre 908 durch Kaiser Ludwig das Kind ertheilte Verleihung der *census de auro et sale*.“⁵⁾

Am 1. September 1200 schenkte Herzog Wladislaw von Mähren dem Kloster Hradisch den Markt in Krihnitz,

1) Urkunde in Hundii *Metropolis Salisburgensis II*, p. 191, Böhlau, Regesten Nr. 57 und sonst.

2) von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark III, S. 106. *Diplom. S. Styriae* (Pusch et Frölich) I, p. 165.

3) Böhmer Reg. (911—1313) Nr. 2821.

4) von Muchar III, S. 106.

5) Urkunde in Hundii *Metropolis Salisburgensis II*, p. 123, 124.

dazu einen Wald und ertheilte ihm, unter Zustimmung König Ottokars von Böhmen das Recht, die daselbst etwa in Zukunft aufgefundenen Metalle sich nutzbar zu machen.¹⁾

Am 9. desselben Monats sprach der genannte Herzog dem nämlichen Kloster den Wald bei Lastian und Domasow zu und bemerkte:²⁾

„*Quidquid igitur in predictis bonis ex utilitate auri, ferri, lapidum molinarium et omnium metallorum de cetero proveniret ad Monasterium pertinet memoratum.*“

Rücksichtlich dieser beiden Verleihungen des Herzogs ist auf dasjenige hinzuweisen, was oben (§. 13) über die böhmisch-mährischen Bergwerke ausgeführt wurde.

Im Jahre 1202 wiederholte Herzog Leopold von Steiermark und Oesterreich, als Herzog von Steiermark, das von den steierischen Herzögen Ottokar VIII. und Heinrich VI. dem Kloster zu Seckau ertheilte Bergwerksprivilegium:³⁾

„*Item cum praefatus Dux Otocherus (Ottokar VIII.) ex specialis favoris gracia ipsi monasterio mineras cujuscunque metalli in eorum praediis inventas licentiam dederit fodiendi, gratiam hujusmodi duximus confirmandam.*“

Der im Jahre 1205⁴⁾ von König Philipp dem Bisthume zu Brixen ertheilten Bergregalverleihung ist bereits bei den tyrolischen Bergordnungen gedacht worden.

Am 10. März 1205 verließ König Philipp dem Abte zu Berchtesgaden:

„*ea, quae intra terminos foresti, quae erant imperii in venationibus, piscationibus et quae in salis vel cujuslibet metalli venis subterraneis inveniri aut elaborari potuerit.*⁵⁾“

1) Graf Kaspar Sternberg, Urkundenbuch Nr. 2, S. 3: *Silvam cum omnibus proventibus et omni utilitate Metallorum, si que ibidem postmodum inventa fuerint nunc et imposterum ex eisdem percipiendis, de consensu Fratris nostri Domini Ottokari, Incliti Regis Boemie.*

2) Graf Sternberg's Urkundenbuch Nr. 3, p. 4 seq.

3) Pusch et Frölich *Diplom. S. Styriae I*, p. 185; von Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark III, S. 106.

4) Böhmer Reg. von 911 bis 1313 Nr. 2938.

5) Hundi *Metropolis II*, p. 122, 123 und sonst.

Im Jahre 1205 verließ Herzog Leopold von Steiermark und Oesterreich den Mönchen zu Rain (*fratribus de Runa*)¹⁾:

„quantum (in fodina ferri nostri) utilitatis provenire potest ex quatuor follibus.“

Dass die Herzöge Steiermarks das Bergregal in ihrem Herzogthum hatten, ist bereits oben nachgewiesen. Dieses Regal nutzten sie durch die Verleihung der Grubenfelder an Private gegen Abgaben. Einen Theil derselben übereignete der Herzog dem vorgenannten Kloster.

Im Jahre 1206 ertheilte König Philipp dem Kloster Rott das Bergwerksprivilegium auf seinen Besitzungen.²⁾

Am 23. November 1208 wiederholte König Otto IV. die vom König Philipp im Jahre 1199 für Berchtesgaden ausgestellte Bergwerksverleihung.³⁾

Die am 28. März 1214 durch Kaiser Friedrich II. erfolgte Bestätigung des Bergregals für das Bisthum zu Brixen ist bereits bei den tyrolischen Bergordnungen mitgetheilt worden.⁴⁾

Am 11. Mai 1216 stellte Kaiser Friedrich II. dem Erzstifte zu Magdeburg ein Bergwerksprivilegium aus.⁵⁾ Die *aquae salsae* waren dem Erzstifte schon früher verliehen worden.⁶⁾

Am folgenden Tage verließ derselbe Kaiser den Grafen von Henneberg:

„omnes argentifodinas et tam alia quecunque metalla seu saline fuerint in terra sua a modo reperte, ut eas ad usum suum convertat et tam ipse, quam sui heredes, sicut ad imperium et nos spectaret, cum universis proventibus suis jure feodali teneant et possideant.“ (S. schon oben §. 22.)

Der im Jahre 1216⁷⁾ abgefasste Bergbrief des Abtes

1) Urkunde in Pusch und Frölich II, p. 17.

2) Lori, Sammlung des bairischen Bergrechts, Einleitung p. XI. *Monum. Boica XXIX, 1, p. 369.*

3) *Monum. Boica XXIX, p. 545.*

4) von Sperges, Tyrolische Bergwerksgeschichte S. 277, 278. *Monum. Boica XXX, 1, p. 21.*

5) Huillard-Bréholles, *Historia Diplomatica Friderici Secundi, Parisiis* 1852, tom. I, pars I, p. 461.

6) Dreyhaupt I, p. 14 und 20.

7) Wagner, *Corpus juris Metallici* S. 31, 32.

Gottfried von Admont ist als mit dem Vorhandensein des Bergregals in Uebereinstimmung befindlich bereits früher erwähnt und besprochen worden.

Auch dass der Herzog Friedrich II. von Steiermark und Oesterreich am 14. Juni 1217¹⁾ zu Gunsten des Klosters Lilienfeld verfügen konnte, ist bereits zu der Seckauer Urkunde vom Jahre 1182 erklärt worden.

Am 29. December 1217²⁾ stellte Kaiser Friedrich II. nochmals eine Bergregalverleihung für Brixen aus:

„in ecclesia Brixinensi concedimus et donamus omnesque fodinas metallorum et salis quae in eo sunt episcopatu et de cetero possunt reperiri, cum omnibus justiciis et pertinentiis suis possidendas et tenendas.“

Diese Verleihung unterscheidet sich von derjenigen desselben Kaisers aus dem Jahre 1214, dass in ihr der Anspruch auf die Hälfte der Einkünfte vom Kaiser nicht wiederholt wird.

In das Jahr 1218 fällt der Krieg zwischen Kaiser Friedrich II. und dem Markgrafen Dietrich von Meissen wegen der Freiburger Silbergruben. Hüllmann³⁾ meint, dass der Markgraf „nach dem Geiste des Altdutschen Staatsrechtes verfuhr,“ indem er die Ansprüche des Kaisers auf jene Bergwerke zurückwies. Nach diesem Geiste des Altdutschen Staatsrechtes, wie Hüllmann ihn versteht, waren die Bergwerke Ausfluss der Grundherrlichkeit.⁴⁾ Nun leiteten die Markgrafen aber ihr Recht an den Bergwerken, wie bei der Freiburger Bergordnung gezeigt ist, gar nicht aus ihrer Grundherrlichkeit her, sondern aus einem wahrscheinlich im Jahre 1156 ertheilten kaiserlichen Privilegium.⁵⁾ Der Markgraf Dietrich hatte es seinerseits versäumt, sich dieses Privilegium wiederholen zu lassen. Doch war er im Stande, seine Rechte auf die Bergwerke gegen den Kaiser mit den Waffen zu vertheidigen.

1) Meiller, Regesten der Markgrafen Oesterreichs, Wien 1850, S. 147.

2) Huillard-Bréholles I, p. 526 seq.

3) Geschichte des Ursprungs der Regalien S. 75.

4) Seite 62 ff.

5) *„cum ab imperio cujuslibet metalli proventum in nostra Marchia beneficii jure suscepimus“* sagt Otto der Reiche von Meissen im Jahre 1185. (Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen S. 306.)

In der Verleihungsurkunde¹⁾ Kaiser Friedrich II. vom 25. November 1219 für den Bischof von Regensburg heisst es:

„Fontes quoque salinarum et cathmias sive materias auri, argenti, plumbi, cupri, sive aliorum metallorum cujuscunque generis, in possessionibus ecclesie Ratisponensis, vel in fundis quocunque jure dominatus aut patronatus ad eandem ecclesiam Ratisponensem pertinentibus inventas autem et inveniendas in fundis hereditarii patrimonii ipsius episcopi Chuonradi, sibi specialiter contulimus jure feodali, et eas utriusque tam ecclesie videlicet quam ipsius usibus confirmavimus.“

Aus dieser Urkunde geht klar hervor, dass der Kaiser auch über Bergwerke unter solchen Grundstücken verfügte, welche nicht privatrechtlich, sondern *„jure dominatus aut patronatus“* dem Beliehenen gehören.

Die nämliche Bemerkung lässt sich bei der am 26. November 1219 für den Herzog Ludwig von Baiern durch Kaiser Friedrich II. ausgestellten Bergregalverleihung²⁾ wiederholen:

. donavimus — sagt der Kaiser — (duci Bavarie Ludowico) et heredibus suis et in rectum feudum concessimus omne genus metalli tam in auro et in argento quam in aliis, quod in terris patrimonii et feudi sui fuerit repertum, cum omni jure et utilitate inde proveniente, et quam nos et imperium percipere deberemus.

In der am 21. Mai 1220 für den Erzbischof von Mainz ausgestellten kaiserlichen Verleihungsurkunde heisst es³⁾:

„Fridericus recognoscimus quod montem Diependal prope Cogenstein, cujus Fundi proprietas est Ecclesie Moguntine in quo Argenti fossio est reperta concessimus, antiqua privilegiis imitantes, in quibus Regalis Largitas ejusdem Ecclesie episcopis concessit in fundis Episcopatus omnia inventa et invenienda.“

1) *Monum. Boica* XXX, p. 86. Huillard-Bréholles I, 2, p. 706.

2) Huillard-Bréholles I, 2 p. 580, 581.

3) Wagner, über den Beweis der Regalität des Bergbaues, Beilage IV, p. I, wo das Jahr 1219 angegeben ist. Böhlau, Regesten Nr. 78. Böhmer, Regesten von 911 bis 1313, Nr. 3269.

Die Urkunde¹⁾ Kaiser Friedrich II. vom 23. März 1222 wurde durch folgenden Hergang veranlasst.

Die Markgrafen von Meissen übten, „soweit das Fürstenthum reichte“, wie das Freiburger Bergrecht sagt, das Bergregal aus. Als sie dasselbe auch auf den Besitzungen der Bischöfe von Meissen zur Anwendung brachten, wandten sich diese Beschwerde führend an den Kaiser, welcher darauf an die Markgräfin²⁾ von Meissen und deren Ehemann, den Landgrafen von Thüringen nachstehendes Schreiben richtete:

Fridericus

Fidelis Misnensis episcopi principis nostri gravem accepimus quaestionem, quod quasdam foveas argentinas et decimas pertinentes ad illas sitas in territoriis episcopatus sui et ei ac ecclesie libere pertinentes occupatis utpote violenter et vestris usibus vendicatis, alias in quibusdam bonis ecclesie sue graves existentes eidem. Quia vero illa specialiter nostre pertinet majestati et nos tueri teneamur volumus et precipiendo mandamus, ut quod episcopi est, et ecclesie pertinet antedictae, eis libere relinquatis.“

Im März 1226³⁾ ertheilte Friedrich II. dem deutschen Orden das Bergregal im Lande Kulm, in dem ihnen vom Herzog Massoviens versprochenen, wie in den von ihnen zu erobernden preussischen Landen.

Eine gleiche Verleihung für einen andern Ritterorden⁴⁾ vom Mai desselben Jahres ist bereits früher besprochen worden.

Von der Aufzählung weiterer kaiserlicher Verleihungen darf nunmehr Abstand genommen werden. Es sollen deshalb nur noch Urkunden über den Bergbau erwähnt werden, welche nicht vom Kaiser ausgestellt sind.

Aus einer Urkunde⁵⁾ vom Jahre 1227 ergibt sich, dass

1) Huillard-Bréholles II. 1, p. 231.

2) Diese Markgräfin scheint mir die Fürstin zu sein, von welcher im Freiburger Bergrechte gesprochen wird.

3) Huillard-Bréholles II. 1, p. 549 seq.

4) Daselbst II. 1, p. 583 seq.

5) Stenzel, Urkunden zur Geschichte des Bisthums Breslau im Mittelalter, Breslau 1845, Nr. 1.

der Herzog Schlesiens einen Goldzehnten in Anspruch nahm. Die Herzöge hatten aber alle Regalien oder Dukalien in ihrem Herzogthum, wie schon bei Besprechung der schlesischen Bergordnungen nachgewiesen sein dürfte.

Eine fernere Urkunde vom Jahre 1227¹⁾ zeigt, dass der König Premysl Ottokar I. von Böhmen das Bergregal ausübte, ein Umstand, der indess schon bei Erörterung der böhmisch-mährischen Bergwerke erklärt worden ist.

Im Jahre 1230²⁾ schlossen Konrad v. Massovien und der deutsche Orden einen Bund. Es wird dabei bemerkt, dass dem letzteren auf den ihm von ersterem abgetretenen Gebieten auch „*aurum sive argentum vel alia quaecunque species aeris vel metallorum et gemmarum, fontes vel venae salis*“ zustehen sollten. Dies rechtfertigt sich dadurch, dass Kaiser Friedrich II. im Jahre 1226 auch auf den Gebieten, welche der Herzog Konrad von Massovien dem Orden übergeben würde, diesem alle Bergwerke verliehen hatte³⁾.

Aus dem Jahre 1232 ist die Kulmische Handveste. Der deutsche Orden konnte sich durch dieselbe die Erze und das Salz vorbehalten, weil ihm Kaiser Friedrich II., wie bereits gezeigt ist, sechs Jahre zuvor das Bergregal im Kulmischen Lande verliehen hatte.

Zwei Urkunden aus den Jahren 1234 und 1236⁴⁾ zeigen den Mährenherzog als im Besitze des Bergregals befindlich.

von Sperges theilt in seiner Tyrolischen Bergwerksgeschichte (S. 49) mit, dass das mächtige Geschlecht der Herrn von Matsch (*de Macio* oder *Amacia*) im Jahre 1239 auch Metallgruben besessen haben. Wie sie in deren Besitz gelangt sind, hat v. Sperges nicht ermittelt; doch zweifelt er nicht daran, dass sich ihre Rechte an den Bergwerken auf den Kaiser zurückführen, und mit Recht; denn wenn die Bischöfe in Tyrol der kaiserlichen Verleihung bedurften, so darf man dies wohl auch von minder mächtigen Edelleuten dieser Gegend annehmen.

1) Sternberg's Urkundenbuch Nr. 4, S. 7 ff.

2) Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaues, S. 77.

3) Huillard-Bréholles II. 1, p. 549.

4) Sternberg's Urkundenbuch Nr. 5 und 6, S. 8, 9.

In einer Urkunde¹⁾ vom Jahre 1241 verfügte Herzog Miesko v. Oppeln über den Goldzehnten. Wenn Böhlau p. 14 hierin eine Usurpation insofern erblickt, als dem Herzoge keine kaiserliche Verleihung zur Seite stand, so dürfte dem gegenüber darauf hinzuweisen sein, dass die schlesischen Herzöge einer solchen Verleihung gar nicht bedurft haben.

In einer Urkunde²⁾ vom 2. Juni 1256 verleiht Bischof Bruno von Olmütz einem Helmbrecht vom Thurme einige Güter im Slawitschiner Kreise zu Lehen und fügt noch hinzu:

„*Praeterea, si per tuam vel aliquorum industriam in eodem districtu in nostris vel in tuis bonis metallum cujuscunque generis inventum fuerit, plumbum, stannum, ferrum sive cuprum, vel eciam sal repertum fuerit, de omnibus his, excepto duntaxat auro et argento, medietas te continget.*“

Der Bischof hatte die von ihm verliehenen Güter vom Herzog von Oppeln erhalten, und es ist anzunehmen, dass ihm dieser auch das Bergwerksprivilegium mit verliehen hat. Der Genehmigung des deutschen Kaisers bedurfte er nicht. Der Bischof verfügte übrigens in derselben Urkunde auch über einen Markt und einen Zoll in der Stadt Zlawitzin (Schlawitschin).

Dass am 16. December im Jahre 1256³⁾ der König Bela IV. von Ungarn über Bergwerke verfügte, ist weiter nicht auffällig.

Rücksichtlich der tyrolischen Edlen Migazzi von Rasura, welche nach einer kurzen Mittheilung von Sperges (S. 49) im Jahre 1259 auch *venas metallicas* besessen haben, ist auf Dasjenige hinzuweisen, was bei den Herren von Matsch gesagt wurde.

Auch dass die Erben Tregel und von Erbecke im Jahre 1273⁴⁾ „*utilitas que in metallo sub terra provenire poterit*“ besaßen, lässt sich mit der Annahme des Bergregals vereinen⁵⁾.

1) Stenzel's Urkunden Nr. 2. S. 3.

2) Sternberg's Urkundenbuch Nr. 10, S. 17.

3) *Fontes Rer. Austr. pars II, tom. 15, I, Nr., 159* nach Grueter Regesten Nr. 95.

4) Seibertz Urkundenbuch, Bd. I, Nr. 358.

5) Vergl. dagegen Achenbach, deutsches Bergrecht S. 68.

Wenn die mächtigsten deutschen Fürsten damals der kaiserlichen Verleihung bedurften, um auf ihren Besitzungen Bergbau zu treiben, so darf man, wie ich glaube, auch voraussetzen, dass die Erben Tregel und von Erbecke ihre Bergwerke vom Kaiser oder von einem mit den Bergwerken beliehenen Fürsten (Erzbischof von Köln oder Abt von Corvey) erhalten haben. Und selbst wenn um das Jahr 1275, um die Zeit des Interregnums, wo nach einem Worte Müllers nicht einmal der Räuber seines Raubes sicher war, ein Ritter ohne kaiserliche Verleihung eigenmächtig Bergwerke auf seinen Dörfern betrieb, so wird dies für das damals geltende Recht nicht beweisend sein können.

Dass im nämlichen Jahre Herzog Heinrich IV. von Schlesien dem Cistercienser-Kloster zu Kamenz Bergwerke nach böhmischem Bergrechte verlieh¹⁾, und dass im Jahre 1276 zwei Wendenfürsten Gold- und Silbergruben in Pommern besaßen²⁾, wird keiner weiteren Erklärung bedürfen.

Es lässt sich auch mit dem Bergregale vereinen, dass im Jahre 1282 der Abt von Voralpe Silbergruben besessen hat³⁾. Voralpe hatte bereits zwischen den Jahren 1164 und 1170 Eisengruben von der Markgräfin Kunegunde, der Wittwe Ottokar VIII. erhalten⁴⁾. Den Markgrafen von Steiermark stand, wie bei der Seckauer Urkunde von Jahre 1182 oben ausgeführt wurde, das Bergregal in ihrem Markgrafenthum „*imperiali largitate*“ zu. Der Abt von Voralpe muss also auch seine Silbergruben vom Markgrafen zu Lehen erhalten haben.

Bei Trient gab es 1282 eine gewerkschaftlich betriebene Eisenerzgrube⁵⁾. Wie dies das Bergregal widerlegen, und was daraus für oder gegen das Bergregal folgen soll, vermag ich nicht abzusehen⁶⁾.

Als die letzte hier in Frage kommende Urkunde vor dem Jahre 1300 ist noch diejenige vom 25. März 1297⁷⁾ zu er-

1) Graf Sternberg's Urkundenbuch Nr. 19, S. 328.

2) Urkunde 78a bei Böhlau. S. auch oben.

3) v. Muchar, Geschichte des Herzogth. Steiermark. 3. Thl., S. 106.

4) von Muchar daselbst.

5) von Sperges, tyrolische Bergwerksgeschichte S. 59.

6) Grueter führt diese Urkunde als Nr. 103 auf.

7) Graf Sternberg's Urkundenbuch Nr. 43, S. 60.

wähnen, in welcher König Wenzel II. von Böhmen und Mähren der Stadt Brünn alle Bergwerke verleiht, welche im Umkreise von sechs Meilen um diese Stadt entdeckt werden würden.

Ergebniss aus den im §. 24 besprochenen Urkunden.

§. 25. Nach dem Sachsen- und Schwabenspiegel gehören alle Bergwerksgüter zur königlichen Gewalt und nicht dem Oberflächenbesitzer. Letzterer darf ohne Erlaubniss des königlichen Richters nicht tiefer auf seinem Grund und Boden graben, als Pflug und Spaten gehen. Mit diesen Grundsätzen stimmen die sämtlichen deutschen Bergordnungen des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts überein.

Der Inhalt dieser Bergordnungen ist älter als ihre Abfassung; diejenige der Iglauer soll schon von „allererst“ gegolten haben¹⁾.

Von den Satzungen des Sachsenspiegel sagt die Vorrede zu demselben, dass sie von Konstantin und Kaiser Karl herrühren.

Aus diesen Gründen wird man annehmen müssen, dass die Bergwerke in Deutschland dem Könige, und nicht dem Oberflächenbesitzer, gehört haben; es sei denn, dass gegen diese Annahme unzweideutige Urkunden sprechen würden. Solche Urkunden sind aber, wie gezeigt worden ist, nicht vorhanden. Zwar giebt es solche, nach denen im Mittelalter Privatpersonen den Besitz von Bergwerken hatten. Allein diese Thatsache steht an sich der Annahme des Bergregals so wenig entgegen, wie etwa der Besitz von Mühlen durch einen Privatmann dem Vorhandensein des Mühlenregals. Keine der angezogenen Urkunden beweist, dass die Privatpersonen den Besitz an Bergwerken aus eigenem Rechte, etwa als Oberflächenbesitzer, hatten und keine schliesst die Möglichkeit aus, dass ihnen die Bergwerke vom Könige oder von einem durch diesen mit dem Bergwerksprivilegium Beliehenen übertragen worden sind. Dies ist oben in fast allen Fällen entweder mit voller Gewissheit oder doch mit grosser Wahrschein-

1) Klotzsch, Ursprung der Bergwerke in Sachsen. S. 204.

lichkeit dargethan worden. Viele der mitgetheilten Urkunden beweisen dagegen positiv, dass die metallischen Bergwerke, so gut wie die Salinen, dem Könige oder nur einem vom Könige mit denselben Beliehenen zustanden.

Bereits aus dem Anfange des elften Jahrhunderts finden sich Urkunden, in welchen die Kaiser Reichsständen die auf deren Herrschaftsgebiete vorkommenden Metalle übereignen. Dies ist z. B. der Fall im Jahre 1016 für die Gräfin Hemma und deren Sohn Wilhelm, und im Jahre 1028 für das Bisthum zu Basel. Würden die Metalle dem Oberflächenbesitzer gehört haben, so hätten die Kaiser nicht solche Verleihungen ertheilen können.

Im Jahre 908 verfügte Kaiser Ludwig das Kind über alle Einkünfte aus dem Goldbergbau auf einem Gebiete, welches weder ihm selbst, noch dem Beliehenen gehörte.

Zehn Jahre zuvor erlaubte Kaiser Arnulf den Bischöfen von Passau, Gold in Flüssen waschen zu lassen.

Kaiser Ludwig der Fromme verlieh im Jahre 817 seinen Söhnen neben den *tributa* und *census* alle Bergwerke in den ihnen zugetheilten Reichen.

Nach der aus dem achten Jahrhundert herrührenden Erzählung des Bischofs Arno „*de inventione Juvavensis castrî*“¹⁾ bat und erhielt der heilige Rupert vom Agilolfinger-Herzog Theodo die Erlaubniss, Goldbergbau betreiben zu lassen. Auf wessen Gründen die Golderze lagen, erschien so gleich-

1) In *Juvavia*, Anhang p. 31 und in Hundii *Metropolis Salisburgensis*:

„*De cella vero sancti Maximiliani ita contigit, ut construeretur ab initio. Ibant duo fratres in locum, qui dicitur Longawi . . . in venatione et ad aurum faciendum et viderunt illuc multa luminaria pluribus noctibus et alia signa multa et venientes ad dominum Hrodbertum Episcopum, dixerunt ei, quod ipsi ibi viderunt, et ipse pergens cum eis vidit ibi similiter. Tunc quoque perrexit Dominus Hrodbertus ad Theodonem Ducem et dixit ei ipsa miracula, rogansque eum licentiam sibi dare, ut cellam ibi construeret. Et ita Dux Theodo ei licentiam dedit.*“

Die beiden Mönche waren Franken. Der Sinn der Erzählung ist der, dass der heilige Rupert durch zwei des Bergbaues kundige Franken, den Goldbergbau nach Baiern verpflanzte, nachdem er sich hierzu zuvor vom Herzoge die Erlaubniss verschafft hatte.

gültig, dass es nicht einmal erwähnt wurde. Hiernach konnte um das Jahr 600 Niemand in Baiern ohne Erlaubniss des alle Regalien ausübenden Herzogs Goldbergbau treiben.

Es kann auch nicht befremdlich erscheinen, dass Distriktsverleihungen — wie wir heute sagen würden — durch die Kaiser an Dritte erst im eilften Jahrhundert häufiger werden. Denn nach allen geschichtlichen Zeugnissen hat der Bergbau, und besonders derjenige auf Metalle, bis zum eilften Jahrhundert in Deutschland fast geruht. Nur die bereits zur Römerzeit betriebenen Gruben in der Rheingegend und besonders in Süddeutschland blieben einigermassen in Betrieb, und nur wenige neue Bergwerke kamen damals in Aufnahme. Es lag also keine Veranlassung vor, um vor dem eilften Jahrhunderte Bergwerksprivilegien auf die im Gebiete eines Reichsstandes etwa vorkommenden Metalle auszustellen.

Diejenigen Fürsten, welche in ihren Gebieten alle Regalien ausübten, ohne dass für sie eine Beleihung der Kaiser nöthig oder üblich war, z. B. die Könige Böhmens, Ungarns, Polens, die Herzöge in Schlesien und die Wendenfürsten, haben selbstverständlich auch das Bergregal ohne kaiserliche Verleihung ausgeübt.

Das Metallregal wurde in der Weise ausgeübt, dass der Regalinhaber die Metalle in bestimmten Grubenfeldern Privaten gegen Abgaben zum Abbau für deren eigene Rechnung überliess. Der Besitz und Betrieb von Bergwerken durch Private (zu Beginn des Mittelalters meist Hörige) bildet mithin keinen Gegensatz zum Bergregal. Selbst der Umstand, dass sich das Recht auf solche Abgaben zuweilen in den Händen von Privaten, meist Geistlichen befindet — ein Umstand, auf welchen Waitz¹⁾ Gewicht legt — kann nicht auffallend sein, da die Könige Abgaben aller Art, zumal an Geistliche, häufig genug verschenkt haben²⁾. Solcher Fälle, in denen Private das Recht auf Bergwerksabgaben besessen haben, führt

1) Deutsche Verfassungsgeschichte VIII, S. 271.

2) Heinrich von Sybel, Entstehung des deutschen Königthums, Frankfurt a. M. 1844, S. 266. Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte II, Aufl. 1, S. 572 ff.

Waitz¹⁾ besonders zwei an. Der eine betrifft die Urkunde Kaiser Heinrich V. vom 25. Juni 1111 für das St. Nikolas-kloster²⁾, laut welcher Bischof Altmann III. *houbas ad aheferckingen solventes ferrum* verschenkt. Allein der Bischof hatte jene Huben zu Lehen vom Kaiser; denn sonst hätte dieser nicht die Schenkung vollziehen können. Uebrigens besass der Bischof ausweislich jener Urkunde auf dem nämlichen Gebiete auch andere Regalien, z. B. Mühlen, so dass man annehmen darf, der Kaiser habe ihm ebensogut die Bergwerke wie jene Mühlen verliehen.

Die zweite Urkunde betrifft eine Aufzählung der Einkünfte für das Kloster der heiligen Adelgund zu Maubeuge aus dem zehnten Jahrhundert³⁾, wobei neben Sklaven (*haistoldi*) und Hörigen auch erwähnt sind: „*duo, qui solvunt ferrofossuras.*“ Ob hierbei an eine Abgabe aus dem Eisenbergbau zu denken ist, erscheint Duvivier zweifelhaft. Ist dieses der Fall, so lässt sich vermuthen, dass jene Einkünfte des Klosters vom Kaiser herrührten. Denn auf dem gleichen Gebiete hatte das Kloster auch den Mühlencensus⁴⁾, und dieser konnte nur vom Kaiser herrühren.

Im Wesentlichen blieb es sich oft gleich, ob der Kaiser eine bestimmte Grube, oder Abgaben aus einer Grube verschenkte, weil das Eigenthum an der Grube durch die von derselben bezogenen Abgaben nutzbar gemacht wurde.

Die Verleihungen von Bergwerksprivilegien beziehen sich nicht bloss auf diejenigen Besitzungen, an welchen den Beliehenen die Oberflächennutzung zustand, sondern auch auf solche, welche von ihren Vasallen oder Unterthanen besessen wurden.

Die Verleihungen solcher Privilegien erfolgen selten an blosse Privatpersonen, und meist an geistliche und weltliche Territorialherrn. Sie erstrecken sich entweder auf ein gewisses räumlich abgegrenztes Gebiet oder auf alle Besitzungen

1) Band VIII, S. 271, Anmerk. 3.

2) In den *Monum. Boic. XXIX*, p. 226.

3) *Recherches sur le Hainaut ancien, Bruxelles 1865, par Chr. Duvivier*, p. 361 suiv.

4) Duvivier p. 361: „*sunt ibi molini II censiti modios XXVI, et tertius molinus sine censu.*“

der Beliehenen. Unter letzteren werden, soweit sie nicht ausdrücklich ausgenommen sind, alle dem Beliehenen unterworfenen, von ihm abhängigen Gebiete begriffen. Deshalb bedurfte es eines besonderen kaiserlichen Vorbehalts zu Gunsten der Grafen von Epan und Tyrol, um zu vermeiden, dass deren unmittelbarer Lehnsherr, der Bischof von Trient, die ihm von Friedrich I. ertheilte Bergwerksverleihung auch auf ihren Herrschaften ausüben durfte.

Die Verleihungen haben entweder ein oder mehrere bestimmte oder alle der königlichen Gewalt unterworfenen, alle regalen Mineralien, zum Gegenstande. Letzteres sind im mittelalterlichen deutschen Recht das Salz und alle Metalle¹⁾.

Das Bergregal, die Bergbaufreiheit und die Alt-germanische Agrarverfassung.

§. 26. Wie früher dargestellt wurde, soll sich nach der Ansicht Achenbach's die Bergbaufreiheit aus den Anrechten der Gemeindegengenossen an der gemeinen Mark gebildet haben. Diese Ansicht ist, wie ich glaube, oben als eine unrichtige nachgewiesen worden. Wäre es aber selbst richtig, dass ursprünglich nur die Gemeindegengenossen als solche das Recht hatten, auf der gemeinen Mark Bergbau zu treiben, so würde daraus noch nicht der Ursprung der Bergbaufreiheit erklärt sein. Denn das Wesen der Bergbaufreiheit besteht darin, dass jeder das Recht hat, auch auf eines Anderen Grund und Boden ohne dessen Einwilligung Bergbau zu treiben.

1) Z. B. Urkunde Heinrich VI. für Ebersperg vom Jahre 1193 in *Hundii Metropolis II*, p. 191: „*sive sint venae salis vel ferri argenti vel auri, vel cujuslibet metalli.*“

Aehnlich heisst es in der Urkunde König Philipp's für Berchtesgaden in *Hundii Metropolis II*, p. 122 seq.: „*quae erant imperii, . . . et quae in salis vel cujuslibet metalli venis subterraneis inveniri aut elaborari potuerit*, und sonst häufig.

In der goldenen Bulle vom 10. Januar 1358, Kap. IX, §. 1, werden als Gegenstand des Bergregals bezeichnet:

universae auri et argenti fodinae atque minerae stanni cupri, ferri, plumbi et alterius cujuscunque generis metalli ac etiam salis, tam inventae quam inveniendae. S. auch weiter unten.

Wenn also wirklich die Gemeindegossen auf ihnen gehörigen Grund und Boden hätten Bergbau treiben dürfen, so war dies von der Bergbaufreiheit noch grundsätzlich verschieden.

Nun gehörte die gemeine Mark nach fränkischem Rechte¹⁾ und deshalb auch im deutschen Reiche²⁾ ursprünglich nicht den Gemeindegossen, sondern dem Könige. Sie war Königs- oder Fronfeld, an welchem den Gemeindegossen nur Nutzungsrechte gegen Abgaben vom Könige eingeräumt waren.

Hieraus ergibt sich, dass, wenn die Gemeindegossen im deutschen Reiche ursprünglich die Befugniss hatten, auf der Allmende Bergbau zu treiben, ihnen dieselbe nur vom Könige übertragen sein konnte. Hieraus ergibt sich ferner, dass die Bergbaufreiheit, auch wenn sie sich zuerst auf die Allmende beschränkt hätte, vom Könige ausgegangen, von ihm gewollt und „erklärt“ sein musste.

Es ergibt sich hieraus endlich, dass, wenn sich die Trennung zwischen Bergwerks- und Ackernutzung zuerst auf der gemeinen Mark zeigte, auch das Bergregal zuerst nur auf derselben gegolten haben musste.

In der That wird diese Ansicht von Schröder vertreten. Schröder hält das Bergregal für eine blosse Consequenz derjenigen Auffassung, wonach die in Feldgemeinschaft befindlichen Grundstücke gleich den völlig herrenlosen Wildländereien im Eigenthum des Königs gestanden haben.

Allein es ist oben als nicht zutreffend nachgewiesen, dass sich Bergregal oder Bergbaufreiheit ehemals nur auf die gemeine Mark beschränkt haben. Es ist vielmehr gezeigt worden, dass dieselben schon von Anfang an gleichmässig auf allen Ländereien gegolten haben.

Schröder stellt das Bergregal mit dem Strom-, Fluss- und Schatzregale zusammen. Es ist aber zwischen denselben der wesentliche Unterschied vorhanden, dass jenes überall, diese dagegen nur auf ganz bestimmten Theilen der Erdober-

1) Schröder, in den Forschungen zur deutschen Geschichte XIX, S. 144 ff.

2) Rudolph Sohm, die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung I, S. 27, Anmerk. 50.

fläche gegolten haben. Rücksichtlich des Strom- und Flussregals folgt dies aus ihrem Gegenstande von selbst, und rücksichtlich des Schatzregals ist früher bei Besprechung des Bergrechts im Sachsen- und Schwabenspiegel nachgewiesen worden, dass es im deutschen wie im römischen Reiche nur unter öffentlichen oder kaiserlichen Grundstücken, nicht aber überall Anwendung fand.

Schröder war indess, wie mir scheint, der Wahrheit ziemlich nahe¹⁾ und er würde diese wohl getroffen haben, wäre er nicht von der irrigen Annahme ausgegangen, dass ursprünglich die Bergwerksgüter nicht Regalien gewesen seien²⁾.

Die Rechtslehrer gehen bei der Frage nach der Entstehung des Bergregals und der Bergbaufreiheit von der ihnen als selbstverständlich erscheinenden Ansicht aus, dass die Bergwerksgüter ursprünglich als ein Theil des Grund und Bodens zum Oberflächenbesitze gehört haben, und erst später durch irgend welche äussere Einwirkung von demselben getrennt worden seien.

Diese Ansicht widerspricht aber, wie mir scheint, der Entwicklung, welche das Grundeigenthum in Deutschland genommen hat.

Ein Eigenthum, als ein unumschränktes und ausschliessliches Verfügungsrecht über eine Sache, hat es an Grund und Boden in der ersten uns bekannten Periode des deutschen Rechts überhaupt nicht gegeben.

Julius Caesar³⁾ beschreibt die Lebensweise der Sueven, wie folgt:

„Hi centum pagos habere dicuntur ex quibus quotannis milia armatorum bellandi causa ex finibus educunt. Reliqui,

1) Die Stelle bei Schröder lautet:

„Berg-, Strand-, Fluss- und Schatzregal waren denn eine blosse Konsequenz dieser Auffassung (wonach die in Feldgemeinschaft befindlichen Grundstücke gleich den völlig herrenlosen Wildländereien Königsgut waren), wie umgekehrt durch Achenbach die Entstehung der Bergbaufreiheit aus dem Gesamteigenthum der Gemeinden bei der Feldgemeinschaft nachgewiesen ist.“

2) Schröder rücksichtlich der Salinen in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte Band X, S. 258 ff.

3) *Bellum Gallicum lib. IV, cap. 1.*

qui domi manserunt, se atque illos alunt. Hi rursus anno post in armis sunt, illi domi remanent. Sic neque agricultura, nec ratio atque usus belli intermittitur. Sed privati ac separati agri apud eos nihil est, neque longius anno remanere uno in loco incolendi causa licet.“

Rücksichtlich aller Germanen bemerkt derselbe an einer anderen Stelle¹⁾:

„Neque quisquam agri modum certum aut fines habet proprios, sed magistratus ac principes in annos singulos gentibus cognationibusque hominum, qui una coierunt, quantum et quo loco visum est agri attribuunt, atque anno post alio modo cogunt.“

Tacitus²⁾ schildert die deutsche Agrarverfassung in folgender Weise:

„Agri pro numero cultorum ab universis in vices occupantur, quos mox inter se secundum dignationem partiuntur. Facilitatem partiendi camporum spatia praebent. Arva per annos mutant et superest ager.“

Es ist nicht unstreitig, ob aus den angezogenen Stellen zu folgern ist, dass zu Caesar's und Tacitus' Zeiten ein dauernder Privatbesitz an Grund und Boden noch unbekannt gewesen ist³⁾. Jedenfalls herrscht aber darüber keine Meinungsverschiedenheit, dass ein volles Privateigentum im Römisch-rechtlichen Sinne dieses Wortes an Grund und Boden zu den Zeiten von Caesar und Tacitus in Deutschland nicht bestanden hat⁴⁾. Es ist ferner gewiss und unstreitig, dass im deutschen Rechte ein dauernder Privatbesitz an Grund und Boden keinesfalls den Anfangs- und Urzustand bezeichnet, sondern dass sich derselbe erst später entwickelt hat. Man

1) *Bellum Gallicum lib. VI, cap. 22.*

2) *Germania c. 26.*

3) Dies nehmen an unter Anderen: Heinrich von Sybel, Entstehung des deutschen Königthums. Frankfurt a/M. 1844. S. 3 ff. Schröder in den Forschungen zur deutschen Geschichte XIX, S. 144 ff. Dagegen: Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte Band 1. Aufl. 2. Kiel 1865. S. 93 ff.

4) Ebenso wenig auch nicht in den anderen germanischen und slavischen Ländern. S. Wilhelm Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues 8. Aufl. §. 71. von Maurer, Einleitung zur Geschichte in die Markenverfassung I, S. 118 ff.

wird deshalb auch annehmen dürfen, dass nicht von Anfang an schon ein dauernder Privatbesitz an Bergwerksgütern bestanden hat. Diese Zustände lassen die Annahme zu, dass, als die strenge Feldgemeinschaft im deutschen Rechte aufhörte, und sich ein dauernder Privatbesitz an Grund und Boden entwickelte, nicht zugleich die Bergwerksgüter mit in die Nutzungsbefugniß des Oberflächenbesitzers übergegangen sind.

Wenn Tacitus an zwei schon angezogenen Stellen mittheilt, dass Aecker im Ueberflusse vorhanden waren, dass dagegen um eine Soolquelle ein schwerer und blutiger Kampf zwischen zwei grossen deutschen Volksstämmen ausgefochten wurde: dann spricht, wie mir scheint, Nichts für und Alles gegen die Auffassung, dass diese Quelle zu Eigenthum demjenigen gehörte, welcher den Fleck Erde zur Ackernutzung überwiesen erhalten hatte, wo jene Quelle lag.

Es fehlt auch gänzlich an Beweisen dafür, dass die ursprünglich gewiss nicht im Sondereigenthume gestandenen Bergwerksgüter später in den Besitz des Oberflächennutzungsberechtigten als blosses Zubehör zu Grund und Boden gekommen seien. Gegen eine solche Annahme würde besonders noch der Umstand sprechen, dass die Bergwerksgüter unendlich werthvoller waren, als der lange noch im Ueberflusse vorhandene Boden.

Aus diesen Gründen wird die Behauptung gewagt werden dürfen,

dass die Bergwerksgüter in Deutschland niemals dem Oberflächenbesitzer gehört haben, dass sie demselben also auch nicht erst durch die Anmassung der Kaiser oder durch die Ausdehnung einer zuerst nur auf der gemeinen Mark entstandenen Rechtsgewohnheit entzogen zu werden brauchten oder entzogen worden sind.

Für diese Behauptung streitet auch der Sachsenspiegel, welcher im 35. Artikel des ersten und im 66. Artikel des dritten Buches vorschreibt, dass die Gewalt des Oberflächenbesitzers nur so tief reicht, als Pflug und Spaten gehen.

Erklärt sich aus dem Angeführten, dass und warum die Bergwerksgüter nicht dem Oberflächenbesitzer zustanden, so steht es auch mit der Entwicklung des deutschen Rechts

nicht im Widerspruche, das Verfügungsrecht über dieselben seit der Merowingerzeit dem Frankenkönige zuzuschreiben.

Die Feldgemeinschaft der Taciteischen Zeit hat sich bekanntlich als Regel noch bis zur *Lex Salica* behauptet¹⁾. Dieselbe kannte ein Besitz- und Nutzungsrecht, aber kein Privateigenthum an Grund und Boden. Der Eigenthümer desselben war meiner Ansicht nach der Frankenkönig, und sein Eigenthum daran nur soweit beschränkt, als Nutz- und Besitzrechte vorhanden waren. Für diese Ansicht scheint mir die allgemeine Stellung zu sprechen, welche der Frankenkönig einnahm²⁾; sowie der Umstand, dass derselbe das Markgenossenrecht, Rodungsprivilegien, Baustellen u. s. w. verleihen durfte³⁾.

Will man dies nicht gelten lassen, so ist doch gewiss, dass im fränkischen Reiche alle nicht in das Sonderrecht übergegangenen Befugnisse an Grund und Boden, dem Könige gehörten. Der König, und nicht die Markgenossenschaft, war ehemals Eigenthümer an allem noch nicht aufgetheilten Land, allen noch nicht in Sonderrecht übergegangenen Wiesen, Wäldern, Unland, Gewässern u. s. w.⁴⁾ Der König muss also auch Eigenthümer der Bergwerksgüter gewesen sein, wenn und weil dieselben dem Ackernutzungsberechtigten nicht mit übertragen waren.

Dies ist meiner Ansicht zufolge der wahre Ursprung des Bergregals. Das Bergregal wie das Jagd-, Wald-, Unland-, Fluss-, Mühlenregal sind meines Erachtens die Consequenz der Auffassung, dass alle nicht in das Sonderrecht übergegangenen Befugnisse an Grund und Boden dem Könige zu seinem Eigenthum und zu seiner Verfügung im fränkischen Reiche

1) Sohm I, S. 117, 118. Heinrich von Sybel, Entstehung des Königthums S. 25—31. Schröder, in den Forschungen zur deutschen Geschichte XIX, S. 144ff.

2) Rudolph Sohm I, S. 22 a. a. O. Auf den Frankenkönig waren zur Merowingerzeit alle Rechte übergegangen, welche sonst der Gau, die Hundertschaft u. s. w. besaßen. Vergl. von Sybel, Entstehung des Königthums S. 184ff.

3) Schröder a. a. O.

4) Sohm I, S. 27. Anmerk. 50.

verblieben sind. Die Anschauungen des fränkischen Reichs sind in das deutsche Reich übergegangen.

In England herrschte sogar seit der Zeit Wilhelm des Eroberers nicht bloss die Anschauung, dass alles nicht in Sonderrecht übergegangene Gut dem Könige gehöre, sondern sogar die Vorstellung, dass überhaupt aller Immobiliärbesitz im Eigenthume des Königs stehe und von diesem nur zu Lehn getragen werde.

In England gehörten die Bergwerksgüter dem Könige schon deshalb, weil sie den Grundherren nicht ausdrücklich vom Könige mit überlassen worden sind.

Die germanischen Könige haben die ihnen zustehenden Rechte in der Weise nutzbar gemacht, dass sie deren Ausübung Dritten gegen Abgaben überliessen. Dies war zweifellos der Fall bei der Fischerei und Mühlengerechtigkeit. Sie gestatteten auch Jedem das Weiden von Vieh auf ihren Weide- und Wiesenplätzen gegen Weidegelder¹⁾. Es wird deshalb nicht auffallen können, wenn die Könige gleichfalls ihr Bergregal in der Weise nutzbar machten, dass sie Jedem den Abbau bestimmter Grubenfelder gegen Abgaben überliessen.

Für die Auffassung, dass die Bergwerke dem Könige gehörten, spricht auch der Umstand, dass sie, wie das sonstige²⁾ Königsgut, als Königs- oder Fronfelder angesehen und die aus den Bergwerken zu zahlenden Abgaben als Fronen bezeichnet werden.

So legt das Freiburger Bergrecht allen, welche im Markgrafenthume Meissen Bergwerke betreiben, die Pflicht auf, die dritte Schicht als Frontheil dem Regalherrn abzuliefern³⁾.

Im südwestlichen Schwarzwald hiessen ehemals die Besitzer der Gruben „Froner“, die Grubenfelder „Frone“, ein „Fron“ zerfiel in vier ideelle Theile, „Froneberge“ genannt, der „Froneberg“ zerfiel in zwei und dreissig „Fronetheile“

1) Schröder S. 147.

2) Schröder a. a. O.

3) Abschnitt II, Kap. 11 von den nuve vengern (Neufängern) bei Klotzsch. Ursprung der Bergwerke in Sachsen S. 261. Hilffet got den vindere, das syn ercz vor sich gehit, so sal der Czendener myns Herren Vrontheil ufheben, das ist dy drytte schicht.

und von je sechzehn Fronetheilen musste einer für den Regalherrn frei gebauet werden.¹⁾

Der Schlädmingen Bergbrief vom Jahre 1307²⁾ erwähnt des Froners. Der Bezeichnung „Frone“, als der an den Regalherrn zu leistenden Bergwerksabgabe begegnet man auch noch später, z. B. in der Bergordnung für die Bergwerke in Oesterreich, Steiermark, Kärnten und Krain vom Jahre 1517³⁾.

In England endlich hiessen und heissen die Grubenbaue, welche schon zu Anfang des Mittelalters bestanden, Königsfelder.

Da der König Baustellen und Weideplätze auf der gemeinen Mark anweisen und über Wälder und Wasser verfügen durfte, so begreift es sich auch, dass die im Interesse des Königs thätigen Bergbaubetreiber Baustellen, Weideplätze, Holz- und Wassergerechtigkeiten eingeräumt erhielten.

Im Iglauer Bergrechte bestimmte der König von Böhmen:
*„quilibet mons mensuratus XVI areas de jure optinebit“*⁴⁾.

Ausführlicher ist die Anordnung König Wenzel's in seinen *Constitutiones Metallicae (liber II, cap. III)*⁵⁾:

„Sciendum est vero, quemlibet montem in haereditate, in qua fuerit mensuratus, sine cujuslibet contradictione sedecim areas jure moncium obtinere et tantum spacy pro pecoribus quantum unus homo cum arco semel poterit sagittare. Insuper de nemoribus ac silvis ejusdem haereditatis, in qua mons fuerit mensuratus, omnia illa ligna gratis montani recipiant, que quantum in argenti fodinis fuerint opportuna.“

Item nec de conflatorys sive gazis (Schmelzhütten) in eadem haereditate fundatis ad ullum censum ab aliquo compellantur, nam hoc prerogativa dicitur montanorum.“

Die Bergleute in Böhmen und Mähren hatten hiernach das Recht, auf jedem gemessenen Berg 16 Baustellen, einen hin-

1) Trenkle, Geschichte des Bergbaues im südwestlichen Schwarzwald (Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 211 ff.)

2) In Lori's Sammlung des bairischen Bergrechts S. 6 ff.

3) Art. 25. Wagner *Corpus Juris Metallici* S. 37.

4) Graf Sternberg's Urkundenbuch S. 15.

5) Schmidt Sammlung der österreichischen Berggesetze S. 49.

reichenden Weideplatz und das zum Grubenbetriebe erforderliche Holz von den Grundherren fordern zu dürfen.

Das Schemnitzer Bergrecht¹⁾ verpflichtete die geistlichen und weltlichen Herren, in deren Gebieten Gruben liegen, den Bergleuten das Grubenholz unentgeltlich zu überlassen.

Auch die *Jura et libertates Silvanorum*²⁾ verliehen den Bergleuten ähnliche Holzgerechtigkeiten.

Derartige Einrichtungen finden sich auch im Auslande: Art. XI der *High-Peak Laws*:

„*We say, all Miners within the King's field, ought to have the next Wood and Water of the King's land to timber their ground under and above the earth.*“

Patent König Johann's ohne Land vom 29. October 1201³⁾:

„*Et quod possint (stammatores nostri) omni tempore libere et quiete absque alicujus hominis vexatione in moris et in feodis Episcoporum emere buscam ad funturam stammi sine vesto in regardis forestarum et divertere aquas ad operationem eorum in stammariis sicut de antiqua consuetudine consueverunt.*“

Die Beschaffenheit der altgermanischen Agrarverhältnisse schliesst nach den vorstehenden Ausführungen die Annahme aus, dass ehemals in Deutschland die Bergwerksmineralien Zubehörungen zum Grundeigenthume gewesen seien und sie ist auch mit dem Vorhandensein des Bergregals wohl vereinbar. Gleichwohl dürfte dieselbe noch nicht für sich allein ausreichen, diejenige Entwicklung als eine nothwendige zu erklären, welche das Bergrecht in Deutschland genommen hat. Ein nicht geringer Theil Deutschlands zumal im Süden und Westen, war nämlich bereits von den Römern colonisirt worden⁴⁾, und soweit dies der Fall war, gab es auch einen dauernden Privatbesitz, zuweilen sogar volles Eigenthum an Grund und Boden. Dafür, dass in diesen colonisirten Gebieten ein anderes Bergrecht galt, spricht keine Thatsache und es dürfte vielmehr nach den bereits früher besprochenen Bergordnungen und Urkunden aus den verschiedensten Theilen

1) Wagner, *Corpus Juris Metallici* S. 168.

2) Wagner S. 1024 ff.

3) Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 173.

4) Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte I. Aufl. Bd. II, S. 163 ff.

Deutschlands als sicher anzunehmen sein, dass überall und von Alters her in Deutschland gemeinsame Normen darüber bestanden haben, ob die Bergwerksmineralien dem Oberflächenbesitzer gehörten, ob sie herrenlos waren, oder ob sie der Verfügung des Königs unterstanden haben. Die ersten unzweideutigen Spuren des Bergregals finden sich gerade in den romanisirten Theilen Deutschlands. Man denke an die Gestattung des Goldsuchens durch Kaiser Arnulf an den Bischof von Passau, die Verleihung der *omnes census in auro et in sall* durch Ludwig das Kind an das Erzbisthum Salzburg, die Bergwerksverleihungen v. J. 1016 an die Gräfin Hemma in Steiermark, v. J. 1026 an Basel u. a. m.

Zur geschichtlichen Erklärung der bergrechtlichen Zustände in Deutschland wird es daher nöthig sein von der Annahme auszugehen, dass schon zur Römerzeit auf germanischem Boden die Bergwerksmineralien des Römischen Rechts (die Metalle, vielleicht auch der Marmor und wohl auch das Salz) zur Verfügung des Römischen Kaisers standen, welcher die Gewinnung derselben, der Regel nach innerhalb gewisser Grubenfelder und unter Aufsicht seines *procurator metallorum*, Privaten gegen gewisse Abgaben, meist Quoten vom Ertrage, überliess. So wenigstens sind allem Anscheine nach¹⁾ zur Römerzeit die Verhältnisse um Vipaska und in den englischen Grafschaften Cornwall, Devonshire und Derbyshire, wie im Walde von Dean gewesen und hiermit stimmen in allen Grundzügen noch die mittelalterlichen Bergordnungen überein, gleichviel ob sie in Ungarn, Schlesien (Polen), Italien (z. B. die für die Massitanischen Bergwerke), England und Frankreich gegolten haben. Dasselbe Recht ist sogar von den Spaniern nach Peru gebracht worden, woselbst der Bergbau vom Regalherrn gleichfalls in der Weise freigegeben wurde, dass Jeder gegen gewisse Abgaben im landesherrlichen Interesse Bergbau unter und auf allen Besitzungen treiben durfte.²⁾

Der germanische König wurde, so wenigstens dürfte anzunehmen sein, auch rücksichtlich der Bergwerke Besitznach-

1) S. oben §§. 2 und 19.

2) Adam Smith, *Inquiry into the Nature and Causes of Wealth of Nations*, deutsch von Ascher, Stuttgart 1861, Band I, S. 165.

folger des Römischen Kaisers¹⁾. So wenig er bei den von ihm in Besitz genommenen Ländereien deren bisherige Besitzer ihres Besitzes zu berauben pflegte²⁾, so beließ er auch den bisherigen Bergbaubetreibern Besitz und Betrieb der einzelnen Gruben, Siedehäuser u. s. w. dergestalt, dass die Bergwerke nur den Eigenthümer wechselten, und ihre Betreiber nach wie vor die nämlichen Abgaben entrichteten.

Die Rechtsentwicklung so wenig wie die Kulturentwicklung sind jemals vollständig unterbrochen worden und ebenso gut wie das Grundsteuer-, Münz-, Markt-, Zoll-, ja selbst das Zunftwesen und die Städteverfassungen, die Zwangs- und Bannrechte, aus dem Römischen in das Deutsche Recht übergegangen sind³⁾, wird sich dasselbe auch in Betreff der Bergwerke annehmen lassen können und dies um so mehr, weil der Bergbau überhaupt erst von den Römern nach Deutschland gekommen ist.

Die Fortentwicklung des Bergregals und der Bergbaufreiheit vom vierzehnten bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

§. 27. Es dürfte durch die Besprechungen der Bergordnungen des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts nachgewiesen worden sein, dass gewisse Mineralien um jene Zeit nirgends in Deutschland ein rechtliches Zubehör zum Grundeigenthum gebildet haben. Für die Zeit vom vierzehnten Jahrhunderte an findet dieser Satz keinen Widerspruch und es erscheint daher überflüssig, neue Beweise für denselben zu sammeln.

Nicht minder dürfte dargethan worden sein, dass das Bergregal auch schon im zwölften und dreizehnten Jahrhundert überall in Deutschland gegolten hat. Auch dieser Satz ist für die Zeit vom vierzehnten Jahrhundert an unbestritten.

Es bedarf ferner kaum der besondern Erwähnung, dass das Bergregal wie die übrigen Regalien allmählig in den Besitz der einzelnen deutschen Territorialherren übergingen. Die

1) Vergl. Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte Aufl. I. Band II, S. 164 ff. S. 208 a. a. O.

2) Waitz, daselbst S. 164, 165.

3) S. hierüber u. A. Waitz II, S. 260, 506 ff., 516 ff., 550 ff. und in Ansehung des Zoll- und Marktwesens Falke, Geschichte des deutschen Zollwesens S. 24 ff.

goldene Bulle v. J. 1356 Kapitel IX sprach allgemein und dergestalt, dass es dafür fortan keiner besonderen Verleihung mehr bedurfte, den Kurfürsten alle Bergwerksmineralien¹⁾, die entdeckten und die noch zu entdeckenden, in ihren Kurfürstenthümern zu und im Westfälischen Frieden v. J. 1648 wurde anerkannt, dass jeder Reichsstand alle Regalien, also auch das Bergregal, in seinem Gebiete kraft eigenen Rechts ausüben dürfe²⁾.

Zweifelhaft, indess selbst für das Verständniss des heutigen Rechts hoch wichtig, ist das Verhältniss, in welchem die Bergbaufreiheit in dem heute mit diesem Begriffe verbundenen Sinne, dass Jeder berechtigt ist, ohne weitere Erlaubniss des betreffenden Grundeigenthümers überall nach gewissen Mineralien zu suchen, zum Bergregale gestanden hat und noch heute steht. Bereits oben³⁾ war erwähnt, dass die heutigen Rechtslehrer das Bergregal und die Bergbaufreiheit von einander als zwei entweder gänzlich unabhängige oder doch nur theilweise abhängige Rechtsinstitute ansehen, während oben im §. 9 die Auffassung vertreten wurde, dass die Bergbaufreiheit weiter Nichts sei als eine Folge des Bergregals, deren

1) Dasselbe ist u. A. abgedruckt nach einem Original in Schmidt's Sammlung der Berggesetze der österreichischen Monarchie I, S. 124 ff.

§. 1: *Praesente constitutione in perpetuum valitura statuimus. Quod successores nostri Bohemiae reges, nec non singuli principes ecclesiastici et seculares, universas auri et argenti fodinas atque mineras stanni, cupri, ferri, plumbi et alterius cujusque metalli, ac etiam salis, tam inventas, quam inveniendas, in posterum quibuscunque temporibus, in regno praedicto ac terris et pertinentiis iidem regno subiectis nec non supradicti principes in principalibus, terris, dominiis et pertinentiis suis tenere juste possint, et legitime possidere cum omnibus juribus, nullo prorsus excepto, prout possunt seu consueverunt talia possidere.*

2) Art. 8. §. 1: *Ut autem provisum sit, nec posthac in statu politico controversiae suboriantur, omnes et singuli electores, principes et status imperii Romani in antiquis suis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis, libero juris territorialis tam in ecclesiasticis quam politicis exercitio, ditionibus, regalibus, horumque omnium possessione, vigore hujus transactionis, ita stabiliti firmitque sunt, ut a nullo umquam sub quocunque praetextu, de facto turbari possint vel debeant* (Hake, Commentar über das Bergrecht, Sulzbach 1823. §. 60. S. 42.)

3) §. 1.

Eintritt, Umfang und Wirksamkeit von dem freien Ermessen und der Willkür des Regalinhabers abhängen. Praktisch bedeutsam wird diese Verschiedenheit der Auffassungen besonders für die Beurtheilung des bergrechtlichen Fundes, der bergrechtlichen Muthung und der bergrechtlichen Verleihung. Es kommen hier drei verschiedene Ansichten in Betracht.

Nach der einen, namentlich von Klostermann¹⁾ vertretenen Ansicht sind die regalen Mineralien herrenlose Sachen, die durch den blossen Fund und höchstens noch hinzutretende Muthung — aus dem eigenen Rechte des Finders — erworben werden. Von den beiden Grundprinzipien des Bergrechts, der Bergbaufreiheit und dem Bergregale sei das erstere „sowohl nach der rationellen als nach der historischen Geltung das obere“. Im dreizehnten Jahrhundert habe sich das Bergrecht „in einer Formentation“ befunden, indem die Bergbaufreiheit, das Regal und das Recht des Grundeigenthümers um die Herrschaft stritten. Durch die goldene Bulle seien die Ansprüche der Grundeigenthümer zurückgedrängt und zwischen den beiden übrig bleibenden Prinzipien der Bergbaufreiheit und des Bergregals sei eine Ausgleichung in der Art vollzogen, dass im Allgemeinen die Bergbaufreiheit überwog.

Die zweite von Achenbach aufgestellte Ansicht geht davon aus, dass die Bergbaufreiheit sich zunächst aus den Anrechten der Gemeindegengenossen an der gemeinen Mark gebildet habe und erst unter Miteinwirkung des seit dem zwölften Jahrhundert allmählich Geltung findenden Bergregals auf das getheilte Land ausgedehnt worden sei. Diese Ansicht erblickt in dem Bergregale zwar nicht ein dem Bergregale überlegenes, wohl aber ein dasselbe beschränkendes Prinzip. Aus der Bergbaufreiheit, und nicht aus dem Bergregale, sei das Recht des ersten Finders auf Einräumung einer Fundgrube hervorgegangen, dieses Recht des ersten Finders richte sich gegen das Bergregal und schränkte dasselbe ein²⁾.

„Dieses (in dem Bergregale enthaltene) Verfügungsrecht“, sagt Achenbach, „wird nun aber durch die aus der

1) Uebersicht der bergrechtlichen Entscheidungen des Königlichen Ober-Tribunals, Berlin 1861 (R. Decker) S. 7, S. 45ff. Derselbe Commentar I. Aufl. S. 38ff.

2) Achenbach, Deutsches Bergrecht S. 98.

Bergbaufreiheit hervorgegangene und in die Berggesetze übernommene Befugniss des ersten Finders und Muthers beschränkt, die Uebertragung des Bergbaurechts innerhalb eines bestimmten Feldes zu verlangen. Die letztere Seite der deutschrechtlichen Bergbaufreiheit, welche sich gegen den Regalinhaber richtet, bildet eine der wichtigsten Bestimmungen der deutschen Bergordnungen.“

„Mit der vorstehend bezeichneten Beschränkung¹⁾ ist das Bergregal auf Grund der namentlich im sechszehnten Jahrhundert geschehenen Entwicklung als ein gemeinrechtliches Institut anzusehen. Bis zum Beweise des Gegentheils muss überall angenommen werden, dass das Bergregal nur in Verbindung mit der Bergbaufreiheit hergebracht sei.“

Hiermit stimmt es überein, wenn nach Achenbach's Ansicht das Bergregal nur da wirksam sein soll, wo ihm das Erstfinderrecht nicht entgegensteht.

Dagegen nimmt Achenbach an, dass nicht durch den Fund, noch durch die Muthung, sondern erst durch die Verleihung das Bergwerkseigenthum erworben werde²⁾.

Die dritte Ansicht, diejenige der älteren Rechtslehrer³⁾ und die oben in §. 9 entwickelte geht dahin, dass es keine Rechte an Bergwerken gebe, welche nicht vom Regalinhaber herrühren, dass es lediglich von dessen Belieben abhängt, ob er einzelnen Personen oder Jedermann, nur an bestimmten Orten oder überall, auf alle oder nur auf eines oder einzelne der seinem Regale unterworfenen Mineralien, mit oder ohne Vorzugsrecht für den Erstfinder, den Bergbau zu erlauben für gut befinde; dass die Bergbaufreiheit und das Erstfinderrecht nur in Verbindung mit dem Bergregale hergebracht seien, dieses aber auch ohne jene gelten könne. Selbstverständlich nach dieser Ansicht erscheint, dass das Bergbaurecht erst durch die Verleihung — und zwar nur durch diejenige von Seiten des Regalinhabers — erworben wird.

1) Deutsches Bergrecht S. 99.

2) Dasselbst S. 371 ff.

3) Hake, Commentar §. 72. S. 55.

Vielleicht dürfte die Richtigkeit der zuletzt vorgetragenen Ansicht sich schon ohne Weiteres daraus ergeben, dass nur sie allein mit dem Vorhandensein des Bergwerksregals in Uebereinstimmung ist; denn Regalien sind eben solche Sachen, welche dem Regalherrn und nicht jedem beliebigen Finder zustehen, und auf welche daher Niemand anders wie durch Verfügung des Regalherrn Rechte erlangen kann. Jedenfalls aber dürfte die Klostermann'sche Ansicht, wonach die Bergwerksmineralien schlechthin herrenlose, der Occupation freistehende Sachen sind, sich schwer mit der unbestreitbaren Thatsache des Bergregals vereinigen lassen. Sonst müssten ja auch das Recht, Gerichtsbehörden einzusetzen und Befestigungen anzulegen, die Zölle, Münzen, Mühlen, das Vermögen der gewisse verbotene Ehen abschliessenden Personen u. a. m. herrenlose Sachen sein.

Es ist, wie ich glaube, bei Besprechung der deutschen und englischen Bergordnungen aus dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert dargethan worden, dass zu jener Zeit alle Rechte der Bergwerksbetreibenden am Bergwerke vom Regalinhaber herrühren, dass denselben das Recht zum Bergbaubetriebe „von des Regalherrn wegen“ verliehen wird und ihnen nicht kraft eigenen Rechts zusteht, dass die Bergbaufreiheit wie die Ansprüche des Finders auf gewisse Grubenfelder vom Regalherrn „*regia auctoritate et libera voluntate*“ zu seinem eigenen Nutz und Frommen gegeben worden sind¹⁾.

Selbst nach der Verleihung blieben die Bergwerke des Regalherrn, welcher sie durch „seine Bergleute“ als ihm dienst- und frohnbare Personen in seinem Interesse und unter Leitung seiner Beamten bauen liess. Die Regeln über den Abbau wie die Abgaben waren die Bedingungen, unter welchen der Regalherr den Bau „seiner“ Bergwerke gestattete.

Wenngleich nun in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Rechtsentwicklung die Rechte der mit Bergwerksfeldern Beliehenen auf Kosten des Verleihers allmählich wachsen,

1) Darüber, dass nach den ältesten deutschen Bergordnungen Grubenfelder nicht durch den Fund, sondern nur durch die Verleihung (*concessio*) erworben wurden, ist auch Achenbach, Deutsches Bergrecht S. 371 ff. zu vergleichen. Dagegen Beseler, System des gemeinen deutschen Privatrechts III. Aufl. Berlin 1873. §. 203. S. 842.

so dürfte sich gleichwohl noch aus den späteren Bergordnungen nachweisen lassen, dass auch nach dem dreizehnten Jahrhundert alle Rechte des Bergwerksbetreibenden an ihren Grubenfeldern vom Regalherrn ausgehen.

Um diesen Nachweis zu führen, sollen im Nachstehenden einzelne „Bergfreiheiten¹⁾“ und Bergordnungen aus verschiedenen Ländern in Kürze besprochen werden.

1. Der Bergbrief des Leonhard Eckelzhaim, Bergrichters in Schlädming v. J. 1308²⁾.

Nach §. 1 soll der Bergrichter nicht mehr als drei Feldbaue (Grubenfelder) auf ein Mal verleihen.

§. 14 lautet: „Auch ist zu mercken, wer ain neu Fundt findet, der da plos an dem Tag ligt, dem soll man dreu Veldpau verleihen und zwei nachgehende Pau und da soll unsere gnedige Frau die Herzogin ain Neuntail darinn haben.“

Auch der Finder bedarf also der Verleihung; auch er muss Abgaben entrichten.

Verlegene d. h. auflässig gewordene Baue können von Jedem begehrt werden — §. 4 —. Es können also Grubenfelder auch auf andere Weise wie durch Inbesitznahme erworben werden.

2. Im Jahre 1350 gab Ruprecht der Aeltere Herzog von Baiern und Pfalzgraf zu Rhein den Bürgern von Amberg die „Gnade und Freiheit“ Eisenerz in allen seinen Ländern zu suchen³⁾.

Eine allgemeine, von dem Willen des Regalherrn unabhängige Bergbaufreiheit hat also damals in Baiern nicht be-

1) Jede Verleihung des Bergbaurechts von Seiten des Regalherrn wird Bergfreiheit genannt.

2) In Lori, Sammlung des bairischen Bergrechts S. 4 ff. Schlädming lag in Steiermark, dessen Landesherren, wie aus der Seckauer Urkunde v. J. 1182 hervorgeht, *Imperiali largitate* das Bergregal besaßen. Die Rechte der Herrscherin übte 1308 Elisabeth, Gräfin von Tyrol, vermählte Herzogin von Oesterreich, Wittwe Kaiser Albrechts, als Pfandinhaberin der Grafschaft Steiermark aus. Der Schlädmingener Bergbrief bildet die Grundlage aller späteren bairischen und salzburgischen Bergordnungen.

3) Lori S. 13.

standen; denn sonst hätten die Bürger von Amberg nicht dieser besonderen Gnade und Freiheit bedurft.

3. Im Jahre 1341 ertheilte der nämliche Herzog den Bürgern von Amberg die Gnade und Freiheit, wo sie sich Erzes versehen „und welcherley Aerzt das sey, es sey uff unser Edeln, Burgmannen, armer und reicher Leuth Aigen oder Erb gelegen — zu suchen und einzuschlachen“ und wo sie dies thun, da sollen sie alle Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten wie auf dem Erzberg um Amberg haben¹⁾.

4. Die Bergfreiheit zu Fischbach v. J. 1426²⁾.

Die Herzöge von Baiern verliehen zwei Personen und deren Erben Theile an der Fundgrube eines Bergwerks zu Fischbach, welche dieselben so arbeiten sollten, wie es Bergwerksrecht sei. Das Bergwerk, welches im Besitze und Betriebe von Privaten ist, nannten die Herzöge das ihrige (unser).

5. Im Jahre 1441 verlieh der Herzog die Eisen- und Stahlerzgruben um Fischbach gewissen Personen und ihren Erben unter der Bedingung des Bergzehnten. Dabei versprach er, keinem Andern zu verleihen, noch zu vergönnen dort auf Erz zu arbeiten; es sei denn, dass die beliehenen Personen die Bergwerke drei Jahre nicht bauhaft halten würden³⁾.

Das Recht, Erz zu suchen, hing hiernach lediglich von der Erlaubniss und dem Willen des Regalherrn ab.

6. Heinrich der Reiche, Herzog von Baiern, ertheilte 1447⁴⁾ „seine Gunst und seinen Willen“ allen Bergbaulustigen, dass sie allenthalben Bergwerke in den Herrschaften Ratenberg und Küzbüchel (also keine allgemeine Bergbaufreiheit!) suchen und nach Bergwerksrecht arbeiten möchten gegen Leistung der „landesherrlichen Fron“, des zehnten, wie des neunten Theils von allen neuen Fünden und Bergwerken, die am Tage liegen.

7. Derselbe Herzog gab v. J. 1459 die Bergbaufreiheit in den Herrschaften Ratenberg, Küzbüchel und Kufstein⁵⁾ auf zehn Jahre. — In der „Freiheit“ heisst es:

1) Lori S. 14.

2) Lori S. 27.

3) Lori S. 32 ff.

4) Lori S. 33.

5) Lori S. 52.

II. Und haben darumb allen und yeglichen, die dann das Aerzt und Perkwerkh in den benannten Herrschaften und Lanndt-Gerichten suchen wellen und werden, samentliche und sonderliche erlaubt und erlauben in (ihnen) auch das wissentlich mit dem Brief von Dato desselben die nächsten zehen ganze Jar. also das sy . . das Berkwerk und Aerzt den benannten unsern Herrschaften, und in den benannten zehn Jarn, mit allen Freiheiten und Gnaden suechen und arbeiten sollen und mögen, als das Aerzt zu Schwaz gefreit ist.“

Dass für die nämlichen Landestheile im Laufe weniger Jahre von Neuem die Bergbaufreiheit vom Landes- und Regalherrn gegeben wird, findet seine Erklärung in dem Umstande, dass die Bergwerke unzählige Male wegen Nichtbauhafthaltung an den Landesherrn zurückfielen. Meist waren die Abgaben so hoch, dass die Bergbaubetreibenden bei nicht sehr günstigen Anbrüchen ihre Rechnung bei dem Betriebe nicht fanden. In Verbindung hiermit steht, dass in den unzähligen allgemeinen und besonderen d. h. nur bestimmten einzelnen Personen gegebenen Bergfreiheiten zugleich die Zehntfreiheit auf einige Zeit versprochen wird, damit nur überhaupt erst wieder die Bergwerke in Betrieb gesetzt werden.

8. Im J. 1467 vergönnten und erlaubten die Herzöge von Baiern dem Schultheissen Grünreuter und seiner Gesellschaft, die er dazu nimmt, in ihren Ländern, zu Ober- und Niederbaiern allenthalben Gold- und Silbererz zu suchen und zu gewinnen unter den Freiheiten, die auf den Bergwerken am Ratenberg stattfinden¹⁾.

9. Bergordnung Herzog Ludwig des Reichen von Baiern für Ratenberg v. J. 1463²⁾.

Nach §. 1 soll, so befiehlt der Herzog, keiner unserer Bergrichter eine Grube mehr verleihen, ohne unsere besondere Erlaubniss und Befehl.

Was er aber — §. 2 — auf Befehl des Landesherrn verleiht, da soll er von Stund an den Beliehenen ihre Schnur

1) Lori S. 56.

2) Lori S. 57 ff.

und Gerechtigkeit geben und alsdann Pflöcke einschlagen, wie Bergwerksrecht ist. — §. 2. —

Die verliehenen Gruben sind in ein Bergbuch einzutragen. — §. 3. —

Verlassene Baue können beliebig weiter verliehen werden. Sie gehören also nicht jedem Occupanten und können auch dem Nichtoccupanten verliehen werden.

§. 25. Wer einen neuen Fund macht, der am Tage liegt, dem solle man Feldbaue verleihen und des Herzogs Sohn soll ein Neuntheil davon haben.

10. In demselben Jahre stellten die Herzöge Johann und Siegmund von Oberbaiern eine Bergfreiheit aus auf die Bergwerke zu Lam im Landgerichte Bleistein.¹⁾

11. Herzog Ludwig der Reiche gab i. J. 1468 eine neue Bergfreiheit für die Herrschaften Kufstein, Küzbüchel und Ratenberg,²⁾ Inhalts deren die Gewerken in diesen Herrschaften mit allen „Freiheiten und Gnaden“ suchen, arbeiten und dieselben Freiheiten und Gnaden halten und gebrauchen sollten, als im Bergbriefe Eckelzaims v. J. 1308 geschrieben ist.

12. Herzog Albrecht IV. von Baiern ertheilte 1469³⁾ einem Ulrich Valdner und dessen Socien die Freiheit, überall im Herzogthume Bergwerke zu suchen und zu bauen so, als des Bergwerks bei Ratenberg Freiheit und Recht ist.

13. Wernher von Kötze entdeckte Gold-, Silber- und Bleierze in der Nähe von Tegernsee. Ein Finderrecht stand ihm nicht zu. Denn er „bat“ darauf den Herzog Albrecht IV. unterthäniglich ihm zu vergönnen, solch' Bergwerk zu suchen und in demselben mit denjenigen zu arbeiten, welche er sich dazu nehme, nach Bergwerksrecht, wofür (d. i. also für die Erlaubniss zum Bergbaue) er dem Landesherrn Fron und Zehnt nach Bergwerksrecht geben wolle. Solches gestattete ihm denn auch unter den angeführten Bedingungen Albrecht IV. i. J. 1470 durch einen „Vergönnbrief.“⁴⁾

1) Lori S. 64.

2) Lori S. 95.

3) Lori S. 97.

4) Lori S. 95.

14. Einen ähnlichen Vergönnbrief erhielt im gleichen Falle Heinrich Raminger von Rameneck in demselben Jahre von Albrecht IV.¹⁾

15. Derselbe Herzog ertheilte im nämlichen Jahre Allen und Jeglichen in den Gerichten Landsberg, Päl und Schöngau die Erlaubniss, Bergwerke zu suchen und zu arbeiten nach denselben Grundsätzen, die um Ratenberg gelten.²⁾

16. Einem Steffan Kellner erlaubte im Jahre 1475 Albrecht IV.³⁾ Bergbau in Baiern zu treiben und verlieh demselben eine Fundgrube, einen Suchstollen und einen Erbstollen.

17. Im folgenden Jahre vergönnte der Herzog einigen Bergbaulustigen im Gerichtsbezirke Murnau Erz zu suchen.⁴⁾

18. Im Jahre 1477⁵⁾ erlaubte derselbe Herzog einer Gewerkschaft im Umkreise von drei Meilen um Regensburg „nach Laut des Eckenzens“, d. i. nach Laut des Schlädminger Bergbriefs, Bergwerke zu suchen und zu bauen. Er versprach Solches bis zu einem bestimmten Tage keinem Andern zu gestatten.

Solche und ähnliche Fälle, aus denen klar hervorgeht, dass in Baiern alle Rechte an den Bergwerken nur vom Landesherrn ausgingen und dass von seinem Willen unabhängige allgemeine Bergbaufreiheiten und Finderrechte nicht bestanden, lassen sich noch zahlreiche aufsuchen. Es mag in dieser Hinsicht hingewiesen werden auf die zahlreichen anderen bei Lori abgedruckten General- und Specialfreiheiten zum Bergbau in Baiern.⁶⁾

19. Von bairischen Bergordnungen soll nur noch die Oberpfälzische Bergwerksordnung Churfürst Friedrichs von der Pfalz, d. d. Augsburg den 22. Februar 1548, besprochen werden.⁷⁾ Dieselbe geht davon aus, dass alle, auch die von Privaten besessenen und betriebenen Bergwerke des

1) Lori S. 99.

2) Lori S. 99.

3) Lori S. 101.

4) Lori S. 103.

5) Lori S. 104.

6) Bei Lori S. 100, 111, 112, 113, 114, 115, 147 a. a. O.

7) Lori S. 245 ff.

Landesherrn, „unser“ sind. Der bereits früher erwähnte §. III. lautet:

„Und dieweil aus Krafft der Regalien Berckwerk sollen und mögen gesucht werden und Bergwerk der Regalien eines ist wollen wir, dass keiner auf seinen Gütern oder liegenden Gründen . . . einem Bergmann Bergwerk zu suchen verhindere, dieselben dürfen vielmehr nach ihrem Gefallen in Haus und Hof und Gütern Erz suchen und einfahren und ist weiter nichts, den unter dem Tisch, Bett und Feuerstätte gefreit.“

Der §. IV. bestimmt:

Es soll Niemand Macht noch Recht haben, einigerlei Bergwerk zu verleihen in unseren Bergwerken weder Schurf, noch Neufang (neuen Fund), noch alte Zechen oder verlegene Grubenbaue als allein der verordnete unser Bergmeister.

Auch der Neufänger, Erstfinder, bedurfte also der Verleihung.

Nach §. VI soll der Bergmeister Macht und Gewalt haben, auf allen Gebirgen und Gütern, nach bergläufiger Weise, wie Bergwerksrecht ist, auf alle Metalle Bergwerke zu verleihen; und Muthung anzunehmen, soll er zu keiner Zeit weigern.

§. IX macht dem Bergmeister zur Pflicht, auf einen Muthzettel nicht über eine Fundgrube und beide nächste Maasse auf ein Mal zu verleihen. Auch die Fundgrube musste also gemuthet und verliehen werden.

Nach geschehener Miethung soll ein jeder Aufnehmer (also auch der Finder) seinen gemutheten Gang in den nächsten vierzehn Tagen entblößen; durch den Bergmeister besichtigen und ihn alsdann sich von demselben an dem verordneten Leihetage bestätigen lassen.

20. In der Bergordnung Erzbischof Heinrich von Salzburg v. J. 1347¹⁾ heisst es:

„Des ersten wellen wir, das unser Perchrichter alle Hofstet vnd fünde auf dem Perch leihe, wo sich das wandelt, awer dy Manch pfenning vnd das Viertzigist gehört den an, des der was (Grund und Boden) ist.

1) Wagner, *Corpus Juris Metallici* S. 411 ff.

Die Betreiber der einzelnen Baue heissen „Vröner“. Von allem gewonnenen Erz bekommt der Erzbischof ein Drittheil als Vron.

21. Die Bergordnung Erzbischof Gregors von Salzburg v. J. 1401 für die Eisenbergwerke um Krems¹⁾ enthält folgende Bestimmung:

Item wer ein Newes paw (Bau) aufslahen (aufnehmen) wil, der sol sitzen sibem Perckhlachter (Berglachter) hindan und sol das enpfahen (empfangen) von dem Pergrichter, und soll Im geben zwelf pfening. So sol Im denn der Perkrichter verleihen. Thäte Er das nicht, so hat der Perkrichter vollen Gewalt, sich des pawes zu underwinden.

22. In der Bergordnung Erzbischofs Burkarts v. J. 1463²⁾ heisst es:)

Wir haben auch denselben Pergrichtern gantze gewalt geben dy Pergwerk, paw und Gruben zu verleihen und zu snüren nach Perchwerks Recht.

Die Baue sollen fleissig betrieben werden, damit dem Landesherrn die Fron gefallen mag.

23. Durch die Bergordnung Erzbischof Bernhards von Salzburg aus dem Jahre 1477³⁾ wird verordnet, dass der erzbischöfliche Bergrichter in den erzbischöflichen Landen, Herrschaften, Gerichten, Thälern und Gebirgen von des Erzbischofs wegen (von unseren wegen) verleihen möge wie Bergwerksrecht sei — §. 1. — Nach §. 4 soll, wer einen neuen Fund empfangen will, dem Richter ansagen, ob er Stoll- oder Schatzrecht empfangen wolle und was Rechtens derselbe alsdann begehrt, das soll ihm der Richter leihen und einschreiben — §. 4. — Baue, in denen 14 Tage nicht gearbeitet ist, werden auflässig; dieselben mag der Richter leihen, wer an ihn kommt.

24. Die Bergordnung Erzbischofs Mathaeus von Salzburg aus dem Jahre 1532:⁴⁾

1) Wagner S. 413 ff.

2) Wagner S. 415 ff.

3) Lori S. 104 ff.

4) Lori S. 194.

§. 1. Erstlich und Anfangs sollen uns, als Herrn und Landesfürsten alle Perckwerk, Methall und Fundt, wo die in unserem Fürstenthumb, Lande, Herrschaften, Gerichten, Thälern und Gebirgen, allenthalben jetzt gearbeytet und gebawet, oder kunfftiglich noch mochten gefunden, aufgeslahen und gebawet werden, sambt allen und jeden ihren Hoheiten und Obrigkeiten, auch allen Wasserflüssen, Hoch- und Schwarzwäldern, Weg, Fertten und andern anhangenden Dingen, on (ohne) welche dieselben unsere Bergkwerk nit mögen nützlich gebawet, noch erhebt, und ihn Aufnehmen gebracht werden, on alles Mittel, als unser Camergut zustehen, vorbehalten und ausgezogen sein; also dass sich Niemandt weder von Prelaten, Ritterschaften, Adel, Gemeinden, noch ander hochs oder nieders Stands understehen, dieselben Bergwerk aus aygnem Gewalt on sonder unser Erlaubniss und Vergün- nung aufzeslahen, zu pawen und zu arbeyten, oder von denselben unserer Bergkwercken, und Bergkleuten, aynicherly Fron, Viertzigisten, oder andre Aufsatz wie die genannt möchten werden, gegen die gegenwärttig unsre Ordnung begeren oder zu enpfahen, noch in den Wäldern, Wasserflüssen, Wegen, Stegen, oder anderen Dingen, zu den Bergkwercken gehörent und Jemandts geferlich Irrung, Eingriff und Widerstand zu thun, dadurch uns solch unser Bergkwerk und Camergut möchten verhindert, oder in Abfall gebracht werden.

Nach §. 10 soll Jeder, der in dem erzbischöflichen Stifte und Lande Bergwerk aufnehmen und bauen will, solches zuvor vom Erzbischof oder vom erzbischöflichen Bergrichter empfangen und sich der erzbischöflichen gemeinen Bergordnung gemäss halten.

§. 11 schreibt vor: Findet Einer einen Gang mit Erz und öffnet das und will es empfangen und kommt dann ein Anderer, der ihn davon verdrängen will, der soll da kein Recht haben, sondern der Richter soll es dem leihen, der es am ersten gefunden und geöffnet hat.

Also auch der Finder bedarf der Verleihung. Dieselbe soll ihm nur vor allen Anderen ertheilt werden.

Es ist in der Bergordnung ferner vorgesehen, dass Jeder, welcher einen Bau, neuen Schurf oder etwas anderes auf stehenden oder flachen Klüften erhalten will, es dem Richter mit Namen nennen und anzeigen soll, wo und an welchem Berge das Begehrte gelegen sei, und ob er Stollen- oder Schachtrecht empfangen wolle; was Rechtens alsdann, solle ihm der Richter verleihen und in das Verfachbuch bei Gericht einschreiben.

Welcher Bau feiert und nach Vorschrift der Bergordnung nicht gearbeitet wird, den mag und soll der Bergrichter dem nächsten verleihen, der darum an ihn kommt.

25. In dem Urkundenbuche des Grafen Kaspar Sternberg zu dessen Geschichte der böhmischen Bergwerke finden sich zahlreiche Bergfreiheiten, welche nicht für alle, sondern nur für einzelne Orte und nicht für Jedermann, sondern nur für bestimmte Personen vom Könige ausgestellt sind.¹⁾ Eine allgemeine, Jedem kraft eigenen Rechts zustehende Bergbaufreiheit hat daher in Böhmen nicht bestanden. Dies ergibt sich klar u. A. aus den Formeln königlicher Verwilligungen auf Seifengold zu bauen, deren eine aus dem Jahre 1400²⁾, wie folgt, lautet:

Wenzeslaus Notum facimus, quod Joanni dicto Liczko fidei nostro dilecto, facimus et indulsumus, et virtute praesentium regia auctoritate Boemiae gratiosius indulgemus, ut ipse cum suis cooperantibus in bonis religiosorum abbatis et conventus monasterii Aulae regiae aurum vulgariter dictum Seifengolt querere et ibidem aurifodinas facere et laborare valeat atque possit juribus tamen nostris, quae nobis ratione urborae et praefatis abbati et conventui praetextu fundis praedictarum aurifodinarum vulgariter dictum Ackergelt juxta rectum et consuetudinen regni nostri Boemiae provenire debebunt, semper salvis.

26. Herzog Albrecht II. von Oesterreich, Steier-

1) S. Nr. 19 S. 28, Nr. 41 S. 57, Nr. 45 S. 61, Nr. 50 S. 65, Nr. 58 S. 76, Nr. 73 S. 100, Nr. 93 S. 143, Nr. 102 S. 166 ff.

2) Nr. 73 S. 100.

mark u. s. w. bestimmte durch die Bergordnung v. J. 1336 oder 1346 für die Steiermark¹⁾, dass der Bergmeister dem Finder eines Bergwerks gewisse Maassen verleihen soll, es sei der Grund, wem er will, geistlich oder weltlich. Der Grundherr soll den vierzigsten Theil, der Landesherr die Fron haben. Die Betreiber der Bergwerke heissen Fronmänner. Die Baue werden nach drei Mal vierzehn Tagen auflässig und können dann Jedem verliehen werden.

27. Am 2. December 1410 befiehlt König Wenzel von Böhmen²⁾ den Gewerken auf den Bleibergwerken zu Mrkowitz die erste Fundgrube mit sieben Lehen auszumessen aus besonderer Gnade und Fürgabe.

28. Die Bergordnung Kaiser Maximilians für Oesterreich, Steiermark, Kaernten, Krain v. J. 1517³⁾ bestimmt, dass jedes Bergwerk einen Bergrichter haben soll, dem ein Fronbote zur Seite steht. Der Bergrichter hat alle Baue zu verleihen.

Art. 30. Wer verfahren will der soll das Pergkwerch oder Paw von unserem Pergkhrichter oder seinem Statthalter Empfahen, die auch solichist an unser stat gewalt haben zu verleihen.

Art. 32. So ainer von unserem Pergmaister oder Pergkhrichter begehrt zu verleihen; So soll der selb Pergmaister oder Richter nicht leyhen, Er weiss dann zuvor, ob es ain lehen sein mag, damit ain grueb nit zu nahent angesessen werde.

Art. 33. Die alten Grueben Halben die sich verlegen haben, Wo ainer käm und begert die zu verleihen, So sol man sy kainem leihen, man wiss dan, das sy verlegen sind.

Die Gruben sind hiernach, so scheint mir, nicht herrenlose Sachen, die durch die blosse Occupation erworben werden.

Nach Art. 37 sollen die verliehenen Gruben in das Gerichtsbuch durch In- oder Bergschreiber eingezeichnet werden.

1) Bei von Sperges, tyrolische Bergwerksgeschichte S. 281 ff.

2) Schmidt, Sammlung der Berggesetze der österreichischen Monarchie I, S. 136, 137.

3) Bei Wagner, *Corpus jur. met.* S. 33 ff.

29. Am 1. April 1534 schloss König Ferdinand I. von Böhmen und Oesterreich mit den böhmischen Ständen einen Bergwerksvertrag ab. Diese Stände hatten Theile der Souverainität an sich gerissen und wollten in ihren Gebieten unter den übrigen Regalien auch das Bergregal haben. Der Vertrag ging dahin, dass der König den Ständen alle niederen Metalle überliess, dazu die Hälfte seiner Urbure von Gold und Silber. Soweit der König den Ständen die Mineralien zusprach, verlor er das Recht, den Bergbau auf dieselben freizugeben. Die Bergbaufreiheit hörte seitdem für die unedlen Metalle in Böhmen auf, an denselben gab es in diesem Lande auch keine Erstfinderrechte mehr; es sei denn, dass die Standesherrn auf ihren Gebieten besondere Bergfreiheiten und Erstfinderrechte verliehen.¹⁾

In dem Vertrage²⁾ heisst es:

W. II. Erstlich wo in diesem Königreiche (Böhmen) auff jemand's Grund und Boden ein Bergwerk der Metallen Gold und Silber sich zeigen und gefunden werden möchte, des Orts sol der Grundherr denselben Gewerken und Bergleuten, und sonst jedermänniglich zu schurffen und zu suchen gestatten und des Grund-Herrn bestellter Bergmeister sol des Orts, wer das Bergwerk gefunden, im Namen des Grund-Herrn zu schurffen, die Schacht, Fundgruben und Stollen verleyhen, darinnen der Grundherr keine Hinderniss thun, sondern die Gewerken viel mehr fördern soll, und was also, aus Verleihung Gottes von Gold und Silber gemacht wird, darvon wullen wir (der König) dem Grund-Herrn (wer das Golt und Silber gefunden und gemacht) den halben Theil des Zehenden erblich folgen und geben lassen, aber der Uberkauff, und auch Schlagschatz von Gold und Silber soll aus der Muntz, Uns und den künfftigen Königen zu Böheim allein verbleiben.

W. XII. Und über diess alles haben wir den oft geschriebenen Ständen der Herrschaft, Ritterschaft und den Prägern, der Alt und Newen Stadt diese sonderliche Gnad

1) Wenzel, Handbuch des österreichischen Bergrechts S. 88 ff.

2) Schmidt, Sammlung I, S. 168 ff.

erzeuget, und hiermit in Krafft dieses Brieffes und Vertrages thun und erzeugen, dass Wir oder unsere nachkommende Böheimische König, ihnen in die andern niedrige Metallen als nemlich, Messing, Zien, Eysen, Bley und Quecksilber (wie sie zuvor von Alters her bey unsren Vorfahren, Kaysern und Königen zu Böheim vor vielen Jahren in diesem Königreich sich des gebraucht und genossen) keinen Einhalt oder Eingrieff thun wollen, sondern ihnen dasselbige einräumen zu lassen.

30. Die Bergordnung des mit dem Bergregale beliehenen Grafen von Schlick für Joachimsthal in Böhmen vom Jahre 1518.¹⁾

Der Bergmeister hat — Art. 5 — nach bergläufiger Weise auf alle Metalle Bergwerk zu verleihen und Muthungen anzunehmen. Muthungen sind schriftlich einzulegen. Jeder Muther (auch der Finder) ist verbunden — Art. 6 — den gemutheten Gang binnen 14 Tagen zu entblößen, der Bergmeister hat denselben danach zu besichtigen; alsdann soll sich der Muther auf dem verordneten Leihetage sein Lehen von dem Bergmeister leihen und bestätigen lassen.

Muthungen, welche binnen dieser Frist nicht bestätigt werden, ohne besondere Fristung des Bergmeisters erhalten zu haben, fallen ins Freie, d. h. jeder Andere kann den nämlichen Gang muthen.

Alte Zechen, die ins Freie gefallen sind, können — Art. 7 — gemuthet werden, wenn durch zwei Geschworene nachgewiesen wird, dass die Zeche ohne des Bergmeisters Fristung, drei anfahrende Schichten nicht bauhaftig gehalten war.

Der Bergschreiber — Art. 10 — trägt die Muthungen und Verleihungen in die Bergbücher ein, deren Einsicht — Art. 23 — Jedermann frei steht.

Die Bergmeister sollen aufpassen, dass in allen Zechen nützlich und nicht schädlich gebauet werde — Art. 29. —

31. Die (zweite) Bergordnung für Joachimsthal vom 6. September 1541:²⁾

1) Graf Sternberg, Geschichte der böhmischen Bergwerke II, S. 199 ff.

2) Sternberg, Geschichte II, S. 254 ff. Schmidt, Sammlung I, S. 195 ff.

Thl. II, Art. 1: Einen itzlichen Bergkman sol hiemit nachgelassen und vergünstiget sein, auff diesen und anderen, Unseren zuständigen Gründen, auf alle Metall nach Gengen, Cluffte und Geschicken ohne der Grundherrn und Besitzer der Guter einhalt, zu schürffen, Und welcher also einen neuen gangk entblößen und ausrichten wird, der sol der erste Finder sein auch des ersten Finders recht, nämlich einen Fundgruben haben, die Massen aber sollen den ersten Muthern verliehen werden.

Um die Maassen zu muthen, braucht man also keinen Fund gemacht zu haben. Entscheidend ist bei denselben nur das Alter der Muthung. Aber auch die Fundgrube erlangt der Finder nicht ohne Weiteres; vielmehr muss er dieselbe muthen und diese muss ihm verliehen werden. Sein Vorrecht besteht eben nur darin, dass er rücksichtlich der Fundgrube als erster Muth angesehen, d. h. selbst früheren Muthern vorgezogen werden soll.

Theil II, Art. 2: Bergmeister, sollen macht und gewalt haben, auff den gebirgen nach bergkleuffiger weis, und der bergkrecht, auff alle Metal, Bergwerck zu verleyhen, und Muthung des auffnehmens, soll er zu keyner zeit, auch niemandes weygern, ... doch sol er von itzlichen einen zedtel nehmen, was er gemuthet desgleichen soll der Bergkmeister zu Erweisung der Muthung, dem auffnehmer, wo ers begert, auch einen zedtel geben, und von einer Fundtgrube, Masse, o. Stollen, nicht mehr zu Muthgelt dann 1 von w. nehmen.

Thl. II, Art. 3: Nach geschעהner Muthung muss jeder Aufnehmer den von ihm gemutheten Gang binnen 14 Tagen entblößen, widrigenfalls die Muthung erlischt. Nach der Entblössung und Befahrung des Ganges durch den Bergmeister hat dieser denselben an dem verordneten Leihetage zu leihen und zu bestätigen.

Freischürfen werden verboten — Art. 5 — d. h. die bergamtliche Bewilligung, in einem gewissen Revier allein mit Ausschluss aller Anderen schürfen zu dürfen.¹⁾ Früher

1) Ueber Freischürfen, s. Karsten, Grundriss der deutschen Bergrechtslehre, Berlin 1828, §. 86, S. 87.

waren solche Freischürfen erlaubt, eine Thatsache, welche dafür spricht, dass der Regalherr die Schürffreiheit beliebig einschränken konnte. Verboten werden sie vom Regalherrn im eigenen Interesse, weil sie für den Bergbau weniger vortheilhaft als die allgemeine Schürffreiheit waren.

Alte Zechen können von Jedem gemuthet werden, wenn nachgewiesen wird, dass sie auflässig geworden sind — II, Art. 6. —

Die verliehenen neuen und alten Zechen sind in Bücher einzutragen — II, 8, 9.

Der Belehnung hat die Vermessung des verliehenen Feldes, der verliehenen Fundgruben oder Maassen nachzufolgen. Vor derselben hat der Lehnträger und in dessen Abwesenheit der Vorsteher der Zeche einen leiblichen Eid zu leisten, dass der Gang, darauf er vermessen lassen will, sein rechter belehnter Gang sei und dass er seine Fundgrube oder Maasse auf demselben und auf keinem anderen Gange laut seiner Belehnung vermessen nehmen wolle — II, 27. —

32. Die (dritte) Bergordnung für Joachimsthal Kaiser Ferdinand I. v. J. 1548 stimmt im Wesentlichen mit derjenigen aus dem Jahre 1541 überein.

33. Die Niederösterreichische Ferdinanddeische Bergordnung v. J. 1553.¹⁾

I. Die landesfürstliche Hoheit.

Anfänglich, nachdem uns als regierenden Herrn und Landesfürsten alle Bergwerke und Funde, wo sie immer in unseren Fürstenthümern und Ländern, Herrschaften, Gerichten, Thälern und Gebirgen gegenwärtig bestehen oder künftig gefunden, aufgeschlagen und gebaut werden, sammt allen und jeden andern Hoheiten, Oberkhaiten, Wasserflüssen, Hoch- und Schwarzwäldern, Wegen, Forsten und andern dergleichen anhängenden Stücken und Zugehörungen, ohne welche unsere Bergwerke mit Vorthail nicht erhoben, gebaut und in Aufnahme gebracht werden können, ohne alle Ausnahme als unser Kammergut zustehen, so wollen wir uns dieselben

1) Ausgabe von Gritzner, Wien 1842 (Braumüller und Seidel).

gänzlich und sogestaltig vorbehalten, dass sich Niemand von Bischöfen, Prälaten, Grafen, Freiherrn, von der Ritterschaft, den Adelichen und gemeinen hohen oder niedern Standes unterstehe, dieselben aus eigener Gewalt oder ohne unsere Erlaubniss und Bewilligung aufzuschlagen, zu bauen und zu arbeiten, noch von unsern Beamten und Gewerken den Vierzigsten oder andere Frohne und Aufsätze, wie sie immer genannt werden mögen, dieser unserer Bergordnung zuwider, zu begehren oder zu nehmen, noch in den Wäldern, Wasserflüssen, Wegen und Stegen (zu und von den Bergwerken) oder auf andere Weise Verhinderung, Eingriff und Irrung zu thun, wodurch unsere Bergwerke, das Kammergut und die Mannschaft geschmälert und in Abfall gebracht werden könnte.

VII. Wir behalten uns aber vor: alle Salz-, Eisen-, Quecksilber- und Alaun-Bergwerke; diese sollen nur durch uns selbst oder durch denjenigen, welchen wir dazu insbesondere ermächtigen und beauftragen, verliehen werden.

34. Die Ungarische Bergordnung vom 16. Februar 1575:¹⁾

Art. I, §. 1: Anfänglich nachdem Uns als Regierendem König in Hungarn alle Bergwerke und Funde, wo die allenthalben in Unserem Königreich Hungarn gelegen, jetzo im Wesen seyn, oder künftig gefunden, aufgeschlagen, und gebauet werden, samt allen und jeden anderen Hoheiten, Obrigkeiten, Wasser-Flüssen, Hoch- und Schwarz-Wäldern, Wegfahrten und andern dergleichen anhängenden Zugehörungen und Stücken ohn alles Mittel, als Unser Cammer-Guth zu stehen, so wollen wir Uns (Unseren Erben und nachkommenden Königen in Hungarn vermöge der alten Decrete dieselben hirit) gänzlichen vorbehalten, also, dass sich niemand von Bischöfen unterstehe, dieselben (Berg-Werke) aus eigener Gewalt ohne sonderere frühere Erlaubniss aufzuschlagen, zu bauen und zu arbeiten, noch von unseren Amt-Leuten und Waldbürgern²⁾ das Urbar oder Fron zu begehren und zu nehmen.

1) Bei Wagner *corpus jur. met.* S. 173 ff.

2) So hiessen in Ungarn die Bergleute.

Alle Bergwerke und alle Funde gehörten also auch in Ungarn dem Könige. Dass sie den Bergleuten nicht gehörten, verstand sich so sehr von selbst, dass dies nicht einmal erwähnt wird. Die Verordnung richtet sich lediglich gegen die Stände. Es bedarf auch kaum noch der näheren Ausführung, dass vom Willen des Königs unabhängige Bergfreiheiten und Erstfinderrechte in Ungarn nicht bestanden haben. Mit diesem Willen und aus diesem Willen bestanden indess im Interesse des Regalherrn solche Freiheiten und Rechte.

Art. II, §. 1: Ein jeder der in Unserm Königreich Hungarn mieten. (muthen) begehren, aufschlagen und bauen will, der soll es zuvor von Unserm Berg-Meister oder Berg-Richter derselben Ende empfangen oder ausbitten

Art. II, §. 5: Fünde nun einer einen Gang mit Erzt, Spur oder Anzeigung eines Berg-Werks, und schurfet, oder oeffnet darauf, und will es empfangen oder ausbitten, und ein anderer käme und ihn davon dringen und mit dem Verfahren füreilen wolte, der soll da kein Recht haben, sondern der Berg-Meister oder Berg-Richter soll es dem leihen, der es am Ersten gefunden und geöffnet hat, doch dass derselbe mit dem Lehen zu begehren und auszubitten über drey Tage nicht verziehe, sonst mag es der Berg-Meister, oder Berg-Richter wohl einem andern leihen, damit die Bergwerke an Tag kommen.

35. Die Nassau-Katzenelnbogensche Bergordnung vom 1. Mai 1559¹⁾:

Alle Bergwerke, die entdeckten und noch unentdeckten, die betriebenen und die feiernden sind des Regalherrn, der sie seine (unsere) nennt und über dieselben wie über die seinigen verfügt. Bergbaufreiheit besteht aus dem Willen des Regalherrn.

„Wir lassen auch jetzigen und künfftigen Gewerken, allenthalben in Unserer Grafschaft Nassau, in eines jeden Güthern und Grund, in Hauss und Hoff (ausgescheiden unter Tisch, Bett und Feuerstatt) einzuschlagen und zu suchen zu.“

1) Brassert, Bergordnung der preussischen Lande, S. 3 ff.

Der Regalherr behält sich den Zehnten vor, giebt aber den Gewerken Holzgerechtigkeit. Er setzt (Art. 1) Bergvoigte, Bergmeister, Geschworene, Berg-Gegen- und Hütten-schreiber ein, die seinen und der Gewerken Nutzen fördern sollen. Die Geschworenen (Art. 4) insbesondere sollen sehen, dass dem Landesherrn, den Gewerken und den gemeinen Bergwerken zu Nutz gebaut werde.

Der Bergmeister soll Macht und Gewalt haben, auf alle Metalle zu verleihen und Miethung (Muthung) des Aufnehmens soll er zu keiner Zeit und Niemanden weigern. Art. 10.

Wer ein Lehen aufnehmen will, soll zum Bergmeister kommen und sprechen:

„Herr Bergmeister ich begehre meines gnädigen Herrn als des Land-Herrn dieses Bergwerckes Freiheit.“

Art. 12 lautet:

Item hat einer einen neuen Gang funden, der hier-vor nicht verlehnet ist, und begehrt denselben von dem Bergmeister zu Lehen zu empfangen, dem-selbigen soll der Bergmeister 6 Wehre auf dem Gang zu einer Fundgruben leyhen.

Wer alte Zechen — Art. 14 — „vor Unser Freyes“ muthen will, braucht nur zu beweisen, dass dieselben ohne des Bergmeisters Fristung drei anfahrende Schichten nicht bauhaftig gehalten sind.

Die gemutheten Gänge müssen binnen 14 Tagen entblösst werden, widrigenfalls die Muthung erlischt. Nach der Entblössung hat der Bergmeister die Gänge zu besichtigen und demnächst dieselben zu „leyhen und bestättigen“. Art. 16 . .

36. Die Churtriersche Bergordnung vom 22. Juli 1564¹⁾ stimmt im Wesentlichen mit der Nassau-Katzenelnbogischen, den Joachimsthaler u. s. w. Bergordnungen überein. Alle Bergwerke und Bergwerksmineralien im Churtrierischen sind Regal²⁾, aber nicht auf alle Bergwerksmineralien ist die Bergbaufreiheit zulässig. Denn der Bergbau auf Eisen war nicht freigegeben; denselben behielt sich der Herzog nach wie

1) Brassert, Bergordnungen, S. 95 ff.

2) Hontheim, *historia Trevirensis*, Tom. II. pag. 169, Urkunde Kaiser Karl IV.:

Praeterea nos jus omnium argentariarum sive aliarum mineriarum in

vor¹⁾, so dass Niemand ohne besondere Erlaubniss Eisenerze suchen oder finden durfte. Erstfinderrechte, welche das Regal des Erzbischofs beschränken, gab es an Eisen nicht.

Ausser auf Eisen gestattete der Erzbischof auf alle übrigen regalen Mineralien zu suchen, indem er seine Bergwerks-Begnadigung und Freyheit in folgenden Worten erklärt:

„Und dieweil in Krafft der Regalien Bergkwerck sollen und mögen gesucht werden und Bergkwerck der Regalien eine ist. . . . Auch der grösste Nutz dem Geringsten billig weichen sole, Wöllen wir, das keiner oder niemand auf seinen gütern oder gründen, wie die namen haben mögen, einichem Bergkmann, Bergkwerck zu suchen wehren, verhindern und indracht thun sollen, Sonder mögen nach ihren gefallen in hauss, hof unnd allen gütern Ertz zu suchen, einschlagen, und ist weiter nichts dann under dem Tisch, Beth und Feyerstat gefreyet.“

Die Verpflichtung der Grundherrn sich den Bergbau jedes auf ihren Gütern gefallen zu lassen, wird also nicht aus dem Rechte der Bergleute, sondern dem Regale des Landesherrn hergeleitet. Damit übrigens recht viel gesucht werde, stellte die Bergordnung den glücklichen Findern noch besondere Geldgeschenke in Aussicht.

II. 2²⁾. „Es sol niemandt macht, noch recht haben, einicherley Bergkwerck zu verleihen, in unseren Bergwercken, so allenthalben um Bernkastel und anderstwo in unserem Ertzstiftt liegen, weder schurff, noch newfeng (Neuen Fund), noch alt Zechen oder verlegene Gebew . . . allein der verordnet unser Bergkmeister.

III. 1³⁾. Wenn einer ein frey Schurffen muth. Es sey

dominio seu districtu ecclesiae Trevirensis ad Episcopum et ipsius successores volumus perpetue pertinere ita, ut hujusmodi argentarias et minerias sibi vindicare valeant et suis et ecclesiae Trevirensis utilitatibus applicare.

Eine Verleihung Kaiser Friedrich I. für Trier aus dem Jahre 1158 (Hontheim, I, p. 588) ist bereits früher erwähnt (§§. 10 und 24).

1) Brassert, S. 111.

2) Brassert, S. 106.

3) Brassert, S. 109.

in freyem Feldt, wo es wölle, und was er für klufft und geng emplöst, oder erschürfft, der ist zu demselbigen der erst muther, und soll vor ihm keiner zugelassen werden, Erst nach ihm.

Der erste Finder ist also der erste Muther; er ist nicht durch den Fund Eigenthümer des Gefundenen geworden; sondern soll nur vor den Anderen befugt sein, das Gefundene zu muthen.

III. 3. Wer im freyen ungemessenen Gebürg am ersten new klufft und Geng verschrot, oder emplöst derselb sol vor meniglich als der erste auffnemmer zugelassen werden.

Der Bergmeister hat Macht und Gewalt — III. 4 — auf alle Metalle, ausser auf Eisen, zu verleihen und Muthung anzunehmen, soll er sich zu keiner Zeit weigern.

Es sollen auf ein Mal und auf einen Muthzettel nicht über eine Fundgrube und die beiden nächsten Maasse verliehen werden. Alle Muthungen müssen binnen 14 Tagen entblösst und hiernach durch den Bergmeister am Leihetage bestätigt werden. III. 6, 7.

Wer alte Zechen — III. 9 — als landesherrliches Freies muthet, hat nachzuweisen, dass sie acht Tage ohne Erlaubniss des Bergmeisters nicht bauhaftig geblieben sind. Verliehene Zechen (Lehen) werden vom Bergschreiber eingetragen. IX, 1. Art. XXVI, 1¹⁾.

Nachdem Uns als dem Landtfürsten, vermöge unser Regalien von allen gewonnen Ertz und Metallen der rechte Zehende zueigent und gebühret, soll es damit gehalten werden, wie solliches bey andern Fürsten und Herrn gebräuchlich ist.

Das Zehntrecht folgt also nicht aus dem Recht des Landesherrn, Gewerbesteuern zu erheben, sondern aus seinem Bergregal.

37. Die Hennebergische Bergordnung vom 18. Decbr. 1566²⁾.

1) Brassert, S. 195.

2) Brassert, S. 231 ff. Die Grafen von Henneberg waren seit 1216 vom Kaiser mit dem Bergregale beliehen. Die Urkunde ist oben S. 157 mitgetheilt.

Art. 1: Damit auch Unsere Bergwerken geöffnet werden — so ordnen wir, dass einem jeden, der einen neuen unverschrotenen Gang erschürfft und am Tage ausricht Gulden aus Unsern Zehenden . . . soll gegeben werden.

Und welcher also einen neuen Gang entblössen und ausrichten wird, der sol der Erstfinder seyn, auch des ersten Finders Recht, nemlichen einen Fundgruben sammt beyden nechsten massen, soll dem ersten Muther verliehen werden.

Der Bergmeister — Art. 2 — hat Macht und Gewalt nach bergläufiger Weise auf alle Metalle Bergwerke zu verleihen und Muthung anzunehmen soll er zu keiner Zeit und Niemandem weigern.

Alte Zechen können — Art. 6 — für „Unser Freyes“ gemuthet werden, wenn man durch zwei Geschworene beweist, dass sie ohne Zulassung des Bergmeisters während dreier anführenden Schichten nicht bauhaft gehalten sind.

Die Fundgrube hat 42, jede Maasse 28 Lachter Feldes.

38. Homburgische Bergordnung vom 25. Januar 1570¹⁾.

Die Grafen von Sayn, Homburg und Wittgenstein u. s. w. erklären, dass sie Jedem, der in ihrer Herrschaft Homburg zu bauen Lust hat, nach bergläufiger Weise und Bergrecht zu bauen erlauben, vergönnen und zulassen.

Art. 7. Einem jglichen Bergman soll hiermitt zugelassen sein, auf allen gebiergen und anderen uns zustendigen Gründen unserer Herrschafft Homburg auff alle Methall ohne der Grundtherren oder besitzer der guittere Verhinderung ausserhalb undter dess Grundherrn feuer, tisch und beth zu schurpffen und welcher also einen neuwen gangk endtblössen werde, der soll der erste finder sein, auch finders Recht, nemblich ein fundtgruben haben. . .

Der Grundherr kann 4 Kuxe mitbauen. Der Bergvogt kann — Art. 8 — auf alle Metalle Bergwerke verleihen und muss alle Muthungen annehmen. Alte Zechen, die erweislich drei anführende Schichten nicht bauhaft gehalten sind, können von Jedem gemuthet werden.

1) Brassert S. 299 ff.

Dass auch der erste Finder der Muthung und Beleihung bedarf folgt u. A. aus Artikel 11:

Item hat einner einen neuwen gankh, welcher Isensteinführer (Eisenstein führt), entblöst, der hie bevor nitt verlehdnt (verliehen) ist und begerdt denselben by dem Bergvogt zu muten, denselben soll der Bergvogt damitt allsbaldt belehnen, und soll derselbige finder auf den endtblösten ganckh eine fundtgrube in ewige dieffte (in die ewige Teuffe) vierundachtzig und in hangendes ein und zwanzig lachtern und in liegendts noch souill lachtern haben und behalten.

39. Die (Chursächsische) Bergordnung des Churfürsten von Sachsen vom 12. Juni 1589¹⁾ bestimmt zunächst, dass damit des Churfürsten Bergwerke geöffnet werden, jeder glückliche Finder eine Geldbelohnung erhalten solle. Der Bergmeister — Art. 6 — soll Macht und Gewalt haben, auf alle Metalle Bergwerk zu verleihen und Muthung des Aufnehmens soll er zu keiner Zeit und Niemandem weigern. Nach der Muthung muss der gemuthete Gang binnen 14 Tagen entblöst werden, widrigenfalls dieselbe hinfällig wird. Alte Zechen, die erweislich drei anfahrende Schichten unbauhaft geblieben sind, können — Art. 23 — von Jedem für landesherrliches Freies gemuthet werden. Der Grundherr kann 4 Kuxe mitbauen oder einen Freikux beanspruchen.

40. Die churkölnische Bergordnung vom 4. Januar 1669²⁾.

Thl. III, Art. 1: . . . Wir lassen zu, dass in Unserem Ertzstifte, Fürstenthumb und Landen einem jedwederen Bergmann vergünstiget seyn solle, nach Gängen, Klüfften und Geschicken auf alle Metal, ohne Eintrag der Grund-Herrn und Besitzern der Güter zu schurffen; welcher alsdan einen newen Gang entblösen und ausrichten wird, der solle für den ersten Finder gehalten seyn, auch damit dess ersten Finders Recht, als nemblich eine Fundgrub und nechste beyde Maassen, . . . erlangt haben, die folgende nechste Maassen aber mögen dem ersten darauff sich angebenden Mutheren verliehen werden.

1) Brassert, S. 339 ff.

2) Brassert, S. 517 ff.

Thl. III, Art. 2. Der Oberbergmeister hat Macht und Gewalt auf alle Metalle Bergwerke zu verleihen und darf die Annahme von Muthungen nicht weigern.

Thl. III, Art. 6. Auch die Fundgrube wird verliehen. Zechen, — III. 9 — die ein Quartal ohne besondere Verhinderung und erhebliche Ursachen nicht bauhaft gehalten sind, werden auflässig und können von Neuem gemuthet werden.

41. Die Eisleben - Mansfeldsche Bergordnung vom 28. Oktober 1673¹⁾.

Die Grafen von Mansfeld leiten ihr Bergregal aus alten kaiserlichen Verleihungen her²⁾. Der Bergbau war aber innerhalb der in den Verleihungen bezeichneten Grenzen nicht freigegeben, vielmehr waren einzelne Gewerkschaften mit dem Bergbaurechte in bestimmten Revieren beliehen. Erst 1671 wurde der Bergbau allgemein freigegeben³⁾.

Art. XVIII: Jedermänniglich soll hinführo nachgelassen seyn, an allen Orten der Graffschaft und ferner so weit sich die Berg-Gräntze erstreckt, auff alle Metall nach Flötzen, auch Gängen und Klüfften, wann sich dergleichen finden sollen, ohne der Grund-Herren und Besitzer der Güther, sie seyn gleich geistlich oder weltlich, hoch oder niedrig, Einhalt, in Aeckern, Wiesen, Gärthen oder Gehölzten, wie von Alters hero üblichen gewesen, einzuschlagen und Schächte zu sincken. Wer auch einen neuen Gang oder mit dem Schacht Schiefer entblößen wird, der soll der erste Finder seyn, und des ersten Finders Recht, nemlich ein gantz Lehen vor denen, die bereits die umbliegenden vor ihm auffgenommen hätten, behalten.

Ueber die Muthung, Entblössung der Gänge, Verleihung, die verlassenen Gruben gilt das Nämliche, wie in den übrigen vorbesprochenen Bergordnungen.

1) Brassert, S. 701 ff.

2) Im Jahre 1215 haben Friedrich II. und im Jahre 1364 Karl IV. solche Verleihungen ausgestellt. Brassert, S. 704.

3) Brassert, S. 708.

42. Die revidirte (cleve-märkische) Bergordnung König Friedrich II. von Preussen für das Herzogthum Cleve, Fürstenthum Meurs und für die Grafschaft Mark vom 29. April 1766¹⁾:

Cap. I, §. 1: Einem jedweden Liebhaber und Bergmann soll hiermit nachgelassen seyn, in gedachten Unseren Landen auf Feldern, Wiesen, in Gärten, Gehölzen und an anderen Orten und auf allerley Mineralien, Metallen oder Fossilien nach Gängen, Flötzen, Bänken, Klüften und Geschicken zu schürffen, ohne dass deswegen von dem Grund-Herrn und Besitzer der Güter Einhalt oder Hinderung geschehen möge; jedoch dass der Schürffer sich deswegen vorhero bey Unserem Berg-Amte gehörig gemeldet und von demselbigen Concession erhalten habe.

Schürffscheine sollen indess nicht über 1 Jahr und 6 Wochen gelten.

Cap. I, §. 4: Welcher Schürffer nur nach obbestimmten Sätzen einen dergleichen Gang, Flötz u. s. w. entblößen und ausrichten oder finden wird, derselbe soll der erste Finder seyn, auch des ersten Finders Recht, nemlich eine Fundgrube à 42 Lachter lang haben, die Maassen aber über und unter derselben sollen dem ersten Muther verliehen werden.

Salzadern aber und Salzquellen — Cap. I, §. 5 — will der Landesherr für sich behalten, auf dieselben findet die Bergbaufreiheit nicht Anwendung, noch giebt es rücksichtlich derselben Erstfinderrechte; dem Finder sollen nur seine Kosten und Mühen ersetzt werden. Dass auch an den freigegebenen Mineralien der Erstfinder keine eigenen Rechte hat, folgt aus nachfolgenden beiden Bestimmungen:

Cap. II, §. 1: Sobald ein Gang, Flötz oder Bank, sie führen Metall, Mineralien oder Stein-Kohlen, erschürfet ist, so soll der Finder seine Fund-Grube nach Bergmännischer Art muthen. Die übrigen Maassen kann sowohl der erste Finder, als ein anderer Liebhaber, wer solche zuerst begehrt, muthen.

1) Brassert, S. 817 ff.

Cap. II, §. 2. Der Muthzettel des Erstfinders hat zu lauten:

Ich muthe und begehre Sr. K. Majestät von Preussen . . . Bergfreyes

als } 1 Fundgrube und Maassen
 } 1 Fundgrube und Stollen u. s. w.
 } 1 Fundgrube und Wasser-Fälle

benebst der Vierung

auf einem erschürften Kupfer Gange, ... mit der Bitte, diesen Muthschein zu registriren und künftig mir zu belehnen und zu messen u. s. w.

Muthungen sind nach Cap. II, §§. 3, 4 vom Bergmeister anzunehmen und in das Muth-Verleih- und Bestätigungsbuch einzutragen.

Jeder Aufnehmer — Cap. III, §. 1 — alter oder neuer Zechen soll sofort nach geschehener Muthung und darauf erfolgter Approbation zur Belehnung seinen gemutheten Gang, Flötz u. s. w. entblößen. Nach der Entblössung ertheilt das Bergamt die Verleihung und Bestätigung.

Die verliehenen Felder sind im beständigen Fortbau zu erhalten. Geschieht dies nicht, so werden dieselben nach Ablauf einer gewissen Zeit und unter Beachtung bestimmter Formen (Freifahren) frei erklärt, worauf sie von Jedem gemuthet werden können. — Cap. VII, §. 1.

43. Die revidirte (schlesische) Bergordnung für das souveraine Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 5. Juni 1769¹⁾.

Cap. I, §. 1. Alle Mineralien und Fossilien, die zu dem Bergwerks-Regal gerechnet und dahin gezogen werden, sollen Uns fernerhin dergestalt verbleiben (d. h. also nicht dem Erstfinder zustehen!), dass Wir selbige nach Unserem Gutbefinden Selbst bauen oder baulustige Gewerke damit belehnen können, jedoch reserviren Wir Uns alles Steinsalz und Salzquellen vor beständig zu Unserer allerhöchsten eigenen Nutzung. Es gehören also zu Unserm Bergwerks-Regal alle Metalle und Halb-Metalle, das Eisen allein aus-

1) Brassert, S. 937 ff.

genommen, ferner Arsenik, Kobalt, Nickel, Vitriol, Alaun, Salpeter, Steinsalz, Salzquellen, Steinkohlen, Schwefel, Serpentin, Flussspath, Wasserbley, Berg-Kristal, Chrysopas, alle ganze und halbedle und übrige pretiöse Steine.“

I, §. 2. Es verbleiben aber denen Dominiis alle Eisen-Erze ¹⁾ . . die Kalk, Marmor, Alabaster Steinbrüche.

Von diesen Mineralien brauchten die Grundherrn auch keinen Zehnt zu entrichten. Es bestanden rücksichtlich derselben auch weder die Bergbaufreiheit noch Erstfinderrechte.

Im Uebrigen gelten in Ansehung des Schürfens, Muthens, Verleihens und der Bauhafthaltung im Wesentlichen die nämlichen Vorschriften wie in der Kleve-Märkischen Bergordnung, indess mit der Massgabe, dass der Grundherr das Vorrecht zum Muthen bei den regalen Mineralien selbst vor dem Erstfinder hat. Dieses Vorrecht wurde durch die Allerhöchste Deklaration vom 1. Februar 1790 (Brassert S. 948) in ein Mitbaurecht zur Hälfte umgewandelt. Cap. I. §. 3.

44. Die revidirte (Magdeburg-Halberstädtische) Bergordnung für das Herzogthum Magdeburg, Fürstenthum Halberstadt, die Grafschaften Mansfeld, Hohenstein und Reinstein etc. vom 7. December 1772²⁾.

Bis zu dieser Bergordnung war der Bergbau in jenen Ländern nicht jedem freigegeben. Mittels Privilegiums vom 12. December 1691 hatte Churfürst Friedrich III. von Brandenburg einer durch den Freiherrn von Knyphausen gebildeten Gewerkschaft die Berechtigung zum Bergbau auf alle Erze und Steinkohlen im Herzogthum Magdeburg und der incorporirten Herrschaft Mansfeld Magdeburgischer Hoheit dergestalt verliehen, dass die Gewerkschaft befugt sein sollte, nicht allein selbst die Bergwerke zu betreiben, sondern auch zu dem Be-

1) Dies hängt damit zusammen, dass Schlesien früher mit Böhmen verbunden war, dessen Stände sich unter den übrigen unedlen Metallen auch die Eisenerze allmählich angemasst haben. Die Nichtregalität des Eisens in Schlesien wurde insbesondere aus den Böhmischem Bergwerksverträgen vom 1. April 1534 u. 18. September 1575 hergeleitet. Brassert, S. 947.

2) Brassert, S. 1073 ff.

triebe andere Liebhaber zuzulassen und neue Gewerkschaften zu errichten.

Die Bergordnung v. J. 1772 stimmt im Wesentlichen mit der revidirten schlesischen überein.

Cap. I, §. 1: Alle Mineralien, die zu dem Bergwerks-Regali gerechnet und dahin gezogen werden, sollen Uns fernerhin dergestalt verbleiben, dass Wir selbige nach Unserm Gutbefinden selbst bauen, oder baulustige Gewerke damit belehnen können, jedoch reserviren wir Uns alles Stein-Salz und Salz-Quellen vor beständig zu Unserer Allerhöchsten eigenen Nutzung. Es gehören also zu Unserm Bergwerks-Regali alle Metalle und Halb-Metalle, (auch Eisen).

Nach Cap. I, §. 3 hat der Grundherr das Mitbaurecht auf die Hälfte.

Cap. III, §. 1: Sobald ein Gang, Flötz oder Bank, sie führen Metall, Mineralien oder Steinkohlen mit sich, erschürfet ist, so soll der Finder seine Fund-Grube nach bergmännischer Art muthen. Die übrigen Maassen aber kann sowohl der erste Finder, als ein anderer Liebhaber, wer solche zuerst begehret, muthen und in Lehen nehmen.

10) Das Allgemeine Preussische Landrecht Theil II, Tit. 14.

§. 21: Die Land- und Heerstrassen, die von Natur schiffbaren Ströme, das Ufer des Meeres und die Häfen sind ein gemeines Eigenthum des Staates.

§. 22: Eben dahin wird auch das ausschliessende Recht, gewisse Arten der herrenlosen Sachen in Besitz zu nehmen, gerechnet Tit. 16 — d. s. die Bergwerksmineralien.

Der Staat also hat das ausschliessende Recht die in seinem Eigenthume stehenden herrenlosen, d. h. hier, keiner Privatperson gehörenden Bergwerksmineralien in Besitz zu nehmen. Dies beweist, dass ausserhalb seines Willens stehende Rechte auf die Bergwerksmineralien nicht bestehen können. Die hier angeführten Gesetzesvorschriften dürften daher derjenigen Ansicht widersprechen, wonach die Bergwerksmineralien nach dem Preussischen Landrechte in dem Sinne herrenlose

Sachen seien, dass sie von Jedem durch die Occupation und die Muthung erworben werden.

Theil II, Titel 16, 4. Abschnitt. Vom Bergwerksregal.

§. 69: Alle Fossilien, woraus Metalle und Halbmetalle gewonnen werden können gehören, in Ermangelung besonderer Provinzialgesetze, ausschliessend zu dem Bergwerksregal.

§. 70: Desgleichen alle Edelsteine u. s. w.

§. 71: Ferner alle Salzarten mit den Salzquellen u. s. w., sowie auch Inflammabilien, als Schwefel, Reissblei, Erdpech, Stein- und Braunkohlen.

§. 75: Fossilien, die keine Regalien sind, können diejenigen, welchen solche . . . gehören, ohne besondere Erlaubniss aufsuchen

§. 79: Wer ein Stockwerk, Gang oder Flötz von solchen Fossilien, welche nach §. 69, 70 und 71 zum Bergwerksregal gehören, bauen will, muss damit gehörig beliehen sein.

§. 82: Jeder Beliehene muss sein Bergwerkseigenthum den Grundsätzen der Bergwerkspolizei gemäss benutzen und kann sich dabei der Aufsicht und Direktion des Bergamts nicht entziehen.

§. 95: Auf alles von den beliehenen Bergwerkseigenthümern gewonnene Gold und Silber hat der Staat den Vorkauf.

§. 98: Von allen zum Bergwerksregale gehörenden (nicht also von anderen) Metallen und Mineralien, welche die Beliehenen gewinnen, gebührt dem Staate der Zehent.

§. 106: Das Bergwerksregal auf einem gewissen Distrikt, oder auf ein gewisses Objekt kann gleich anderen niederen Regalien von Privatpersonen und Communen erworben und besessen werden.

§. 141: Niemand hat das Recht auf die nach §. 69, 70 und 71 zum Bergwerksregal gehörenden Fossilien zu schürfen, ohne von dem Bergamte einen Erlaubnisschein dazu erhalten zu haben.

§. 142: Der Grundeigenthümer kann demjenigen, welcher einen Schürfschein erhalten hat, das Schürfen nicht

wehren noch hindern, es sey denn, dass er selbst mit einem älteren Schürfscheine versehen worden.

§. 154: Wer auf erhaltenen Schürfschein ein Stockwerk, Erzlager, Gang oder Flötz zuerst erschürft hat, ist befugt zu verlangen, dass ihm der Bau auf das entdeckte Werk innerhalb eines gewissen Distrikts, vorzüglich vor allen anderen, verliehen werde.

Was man zu verlangen befugt ist, hat man noch nicht. Es dürfte daher anzunehmen sein, dass nicht schon durch den Fund und das Verlangen nach Verleihung, d. i. die Muthung, sondern erst durch die Verleihung das Bergbaurecht erworben wird¹⁾.

§. 155: Von diesem (in §. 154 ertheilten) Rechte aber muss er, bei Verlust desselben, innerhalb vier Wochen von Zeit der wirklichen Entdeckung Gebrauch machen und die schriftliche Muthung bei dem Bergamte gehörig niederlegen.

§. 158: Macht der Finder, nach §. 154 ff. von seinem Rechte keinen Gebrauch, so tritt derjenige, der am ersten den Gang oder Flötz muthet, an dessen Stelle.

§. 160: Bei auflässigen Zechen wird derjenige, welcher sie frei gemacht hat, als Finder betrachtet.

§. 161: Ausserdem geht der ältere Muther dem jüngern vor und wird das Alter nach dem Praesentato des Bergamts beurtheilt.

§§. 162, 163, 164: Der Finder sowohl als der Muther müssen binnen 4 Wochen nach erfolgter Appropation der Muthung beginnen, den gemutheten Gang, Flötz oder die Bank zu entblößen und diese Arbeit beständig fortsetzen, widrigenfalls das Werk ins Freie fällt.

§. 169: Wenn hiernächst das Bergamt festgesetzt hat, dass es ein Gang, Stockwerk, Lager oder Flötz, auch bauwürdig und im Freien gelegen sei, so muss der Finder oder Muther binnen 4 Wochen, bei Verlust des Rechts, die Beleihung nachsuchen.

Der Finder muss also, nachdem er längst gemuthet, die Muthung auch approbirt und das gemuthete Werk als vorhan-

1) S. auch weiter unten.

den und bauwürdig nachgewiesen ist, noch besonders um Beileihung nachsuchen. Dies dürfte wiederum beweisen, dass er nicht schon durch den Fund und die Muthung das Bergbaurecht erworben hat.

§. 188: Jede Bergwerksverleihung geschieht unter der Bedingung, das überkommene Bergwerkseigenthum, bei dessen Verlust zu dem beabsichtigten Entzwecke zu benutzen.

Das Bergwerkseigenthum ist hiernach überkommen, d. h. vom Staate überkommen. Es liegt ein derivativer, kein originairer Erwerb vor.

§. 105. Hat ein Beliehener die Recessgelder der einmal geschehenen Erinnerung ungeachtet durch 4 Quartale nicht gezahlt, so fällt sein Bergwerkseigenthum an den Staat zurück, und kann wieder an einen Andern verliehen werden.

§. 189: Berggebäude müssen . . . ununterbrochen fortgebaut werden.

§. 190: Ausserdem fallen die Berggebäude in das Landesherrliche Freie.

§. 198: Zum Verluste des Eigenthums wegen unterlassener Belegung wird erfordert, dass das Bergamt die Zeche in einer Woche dreimal oder bei Eigenlöhnern eine ganze Woche hindurch nicht gehörig belegt finde, über diese Freifahrung Registraturen aufnehme, und in dem Bergbuche anmerke, dass die Zeche in das Freie gefallen sei.

§. 200: Ein neuer Muther kann das Bergamt um diese Freifahrung bitten.

Die Bergbaufreiheit, das Erfinderrecht, der bergrechtliche Fund und die bergrechtliche Muthung im Verhältnisse zum Bergregale.

§. 28. Betrachtet man die im vorigen Paragraphen besprochenen Bergfreiheiten und Bergordnungen, so zeigt sich zunächst, dass die Bergbaufreiheit als das Jedem zustehende Recht auf und unter Jedes Boden nach Bergwerksmineralien

zu suchen, nur da vorkommt, wo auch das Bergregal besteht. Das Gleiche gilt für das Erstfinderrecht.

In Böhmen waren seit dem sechszehnten Jahrhundert die unedlen Metalle kein landesherrliches Regal. Es gab daher auch keine landesgesetzliche Bergbaufreiheit in Böhmen auf diese Metalle und noch weniger bestanden rücksichtlich derselben landesgesetzliche Erstfinderrechte. Dieselben kamen bei denselben nur dann vor, wenn der betreffende Standesherr zufällig dieselben ertheilt hatte.

Das Gleiche lässt sich für das Eisen in Schlesien sagen. Dieses Metall gehörte dort nicht zum landesherrlichen Regal und deshalb bestanden rücksichtlich desselben weder die Bergbaufreiheit noch das Erstfinderrecht. — Für England ist bereits oben in den §§. 19 und 20 gezeigt worden, dass die Zurückdrängung der Bergbaufreiheit mit derjenigen des Bergregals überall gleichen Schritt hielt und dass erstere als allgemeines, wenn auch kaum noch praktisches, Rechtsinstitut in England nur noch bei den regalen Mineralien (Gold und Silber) besteht.

In den Reichsgesetzen (z. B. der goldenen Bulle) wie in den zahlreichen kaiserlichen Verleihungen ist niemals von der Regalität der Kohlen die Rede. Dieses Mineral gehört daher nach gemeinem deutschen Bergrecht¹⁾ nicht zu den regalen Mineralien, es gab daher, wo nicht partikularrechtliche Ausnahmen vorliegen, weder Bergbaufreiheit noch Erstfinderrechte bei demselben. Diese kamen nur da vor, wo partikularrechtlich, wie durch Cap. II, §. 1 der revidirten Cleve-Märkischen²⁾, Cap. I, §. 1 der revidirten Schlesiischen³⁾, Cap. I, §. 1 der Magdeburg-Halberstädtischen⁴⁾ Bergordnung und in §. 71, Theil II, Titel 16 des Allgemeinen Preussischen Landrechts die Kohlen zum Regal gezogen worden sind.

1) Christoph Herttwig, Neues und vollkommenes Bergbuch, Dresden und Leipzig 1710, Artikel Kohle S. 241 ff.:

„Dieweil blosser Steinkohl, nach Ausweisung Sebastian Span's in denen hiesigen Landen (Sachsen) recipirte Berg-Urthel vor kein Metall noch Minerale, oder solche Berg-Arth, damit man *in specie* zu beleihen, zu achten.“

2) Brassert, Bergordnungen S. 824.

3) Brassert S. 943.

4) Brassert S. 1076.

Aber nicht überall, wo das Bergregal bestand, kamen auch die Bergbaufreiheit und Erstfinderrechte vor¹⁾. Einzelne dem Regale unterworfenen Mineralien haben nämlich die Regalherren sich ausdrücklich vorbehalten, so der König von Preussen durch die revidirte Cleve-Märkische Bergordnung das Salz und die Salzquellen. Rücksichtlich solcher Mineralien gab es aber weder eine Bergbaufreiheit noch Erstfinderrechte²⁾.

Auch in Fällen, wo die Regalherren die Bergwerksmineralien sich nicht selbst vorbehielten, war nicht immer die allgemeine Bergbaufreiheit vorhanden. Vielmehr ergibt sich aus den besprochenen Bergfreiheiten und Bergordnungen, dass die Regalherren nicht selten nur gewissen Personen³⁾ und nur in bestimmten Theilen ihres Gebiets das Suchen der regalen Mineralien freigegeben haben. Wo der Bergbau nicht freigegeben war, gab es natürlich auch keine Erstfinderrechte.

Es kam auch nicht selten vor, dass die Regalherren zwar im Allgemeinen den Bergbau freigaben, dass sie aber in gewissen Distrikten denselben sich ausschliesslich vorbehielten⁴⁾. Selbst, nachdem sie den Bergbau freigegeben hatten, konnten durch die blosse Erklärung ihrer Bergverwaltungsbehörden gewisse Felder ihnen zum eigenen Betriebe reservirt und die Muthung derselben durch andere Bergbaulustige, der Freierklärung ungeachtet, ausgeschlossen werden. Dies war allgemeiner, durch die Theorie und Rechtsprechung sanktionirter Brauch⁵⁾.

1) Hake, Kommentar §. 72 ff., S. 55 ff.

2) Hake §. 74, S. 58.

3) Hake §. 85, S. 65, Karsten, Grundriss der deutschen Bergrechtler u. s. w., Berlin 1828, §§. 22, 25 ff., S. 21 ff.

4) Sogenannte Feldesreservationen, s. oben §. 9.

5) Karsten §. 23, S. 22, 23, Plenar-Beschluss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 3. Oktober 1849 (Entscheidungen Bd. XIX, S. 44 ff., Präjudiz 2144):

„Im Bereiche der Cleve-Märkischen Bergordnung genügt die durch die Bergverwaltungsbehörden erklärte Reservation eines gewissen Feldes zum Betriebe des Bergbaues für den Fiskus, um, der Freierklärung des Bergbaues ungeachtet, die Muthung desselben durch andere Bergbaulustige auszuschliessen.“

Vergl. auch die Erkenntnisse des nämlichen Gerichts vom 22. Juni 1874 (in der Zeitschrift für Bergrecht Bd. XVI, S. 96) aus dem Geltungs-

Es ist nicht unstreitig, ob die Feldesreservation auch dann noch erfolgen kann, wenn schon auf Grund der geschehenen Freierklärung ein bergrechtlicher Fund gemacht war. Meines Erachtens kommt es hierbei nicht sowohl auf die Thatsache des Findens als auf den Inhalt der Freierklärung an, da alle Rechte an den regalen Mineralien nur vom Regalherrn ausgehen. Wenn der Regalherr, wie im Allgemeinen Preussischen Landrecht geschehen, den Finder in gewissen Fällen für befugt erklärt zu verlangen, dass ihm eine Fundgrube verliehen werde, so kann die Bergverwaltungsbehörde nicht, nachdem der Finder im Vertrauen auf solche Erklärung einen Fund gemacht hat, demselben den bereits erworbenen Anspruch auf die Fundgrube einseitig wieder entziehen. Freilich lässt sich ein solcher Anspruch gegen den Regalherrn nicht im Wege Rechts verfolgen.

Wo aber eine derartige Befugniss dem Finder nicht zugesichert war, konnte meines Erachtens das Feld, der Freierklärung und des Fundes ungeachtet, durch die Verwaltungsbehörde mit Rechtswirksamkeit zum ausschliesslichen Bergbaubetriebe für den Regalherrn reservirt werden. Diese Ansicht stimmt mit der Rechtsprechung überein. So hat das Obertribunal zu Berlin in der Entscheidung vom 7. September 1874¹⁾ für die Geltungsgebiete der Cleve-Märkischen und Schlesischen Bergordnungen²⁾ angenommen, dass die Feldreservation für den Regalherrn selbst dann noch zulässig sei, wenn bereits ein Dritter im Bergfreien einen Fund gemacht und Muthung eingelegt hatte³⁾.

gebiete der schlesischen Bergordnung und vom 7. September 1874 (ebenda selbst und in Striethorst Bd. 92, S. 29 ff. abgedruckt) u. a. m.

1) Zeitschrift für Bergrecht Bd. XVI, S. 96, Strieth. Arch. Bd. 92, S. 209 ff.

2) In diesen Bergordnungen heisst es:

„Alle Mineralien, die zum Bergwerksregal gehören sollen Uns ferner dergestalt verbleiben, dass wir selbige nach Unserem Befinden entweder Selbst bauen oder baulustige Gewerke damit belehnen können.“

3) Vergl. hiergegen Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 211, nach dessen Ansicht das Erstfinderrecht das Regal beschränkt, so dass nach gemachtem Funde die Feldesreservation unzulässig sein würde.

Weil dem Regalherrn die regalen Mineralien aus eigener Macht gehörten, so brauchten von ihm die besonderen Bedingungen und Formen nicht beobachtet zu werden, unter denen ein Dritter Bergwerkseigenthum erwerben und benutzen musste¹⁾. Der Regalherr konnte daher, ohne einen Fund gemacht oder Muthung eingelegt zu haben, Bergbau betreiben. Er hatte nicht einmal nöthig, seinen dahin gehenden Willen öffentlich bekannt zu machen²⁾, die Vorschriften über die Bauhafhaltung der Gruben finden auf ihn keine Anwendung; denn seine Gruben, heisst es im Freyberger Bergrecht³⁾, „haben besser Recht, die mögen sich nicht verliegen.“ Auch wenn der Regalherr nicht zugleich Landesherr war, brauchte er keine Bergwerksabgaben zu entrichten⁴⁾.

Es dürfte sich ferner beweisen lassen, dass das Bergbaurecht bei regalen Mineralien nicht durch den Fund, noch durch die Muthung, sondern nur durch die Verleihung des Regalherrn erworben wurde.

Durch den Fund wurde es nicht erworben; denn man konnte das Bergbaurecht erwerben, ohne gefunden zu haben, und gefunden haben, ohne das Bergbaurecht zu erwerben.

Von einer Erwerbung des Bergbaurechts durch den Fund kann höchstens bei der Fundgrube die Rede sein. Die folgenden Maassen konnte, wie die besprochenen Bergordnungen zeigen, jeder Beliebige muthen und sie sollen demjenigen verliehen werden, welcher sie zuerst muthet⁵⁾. Ebenso sollen

1) S. die Erkenntnisse des Ober-Tribunals zu Berlin vom 3. Oktober 1849 (Entsch. Bd. XIX, S. 44 ff.) und vom 15. Mai 1865 (Entsch. Bd. LIV, S. 446 ff.) u. a.

2) In dem schon angezogenen Erkenntnis vom 7. September 1874 (Zeitschr. f. Bergr. XVI, S. 96) heisst es:

„Es braucht nur die Thatsache des Ansprechens eines gewissen Feldes durch den Fiskus festgestellt zu sein, um die Reservation in Wirksamkeit zu setzen. Die Reservation ist nicht durch die Publikation bedingt.“

3) S. oben §. 14.

4) Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 28. Febr. 1850 (Strieth. Archiv Bd. 7, S. 51 ff.).

5) Hake, Commentar §. 138, S. 105. Dasselbe galt auch von jeher in England, so weit und so lange Bergregal u. Bergbaufreiheit bestehen blieben. *High Peak Articles XVII* (oben §. 20):

auflässig gewordene Gruben an jeden Beliebigen, der sie wieder aufzunehmen wünscht, verliehen werden¹⁾).

Auf der umgekehrten Seite wurde durch den Fund ein Anspruch auf das Bergbaurecht nur da erworben, wo ihm eine solche Wirksamkeit vom Regalherrn ausdrücklich beigelegt worden ist. Er war unwirksam bei den regalen Mineralien, welche sich der Regalherr vorbehalten hatte. Es giebt zahlreiche Urkunden, z. B. die goldene Bulle, welche anerkennen, dass gewisse Mineralien im ganzen deutschen Reiche Regalien sind; dagegen giebt es keine Urkunde, welche die Bergbaufreiheit und das Erstfinderrecht in Deutschland das allgemeine Rechtsinstitute bezeichnen. Nur das Bergregal, nicht aber die Bergbaufreiheit und das Erstfinderrecht haben gemeinrechtliche Geltung; letztere gelten nur partikularrechtlich und auch dort bis zur allerneuesten Entwicklung nicht mehr, als der Regalherr (und zwar in seinem Interesse) für gut befunden hatte. Bei den Soolquellen sind Bergbaufreiheit und Erstfinderrecht erst in neuerer Zeit partikularrechtlich hergebracht (s. oben §§. 22, 23).

Für die rechtliche Natur des bergrechtlichen Fundes dürfte auch nicht entscheidend sein, dass einzelne Bergordnungen dem Finder ausdrücklich die Befugniss beilegten, zu verlangen, dass ihm ein gewisses Feld verliehen werde. Es fragt sich eben, woher derselbe eine solche Befugniss hatte, ob aus eigenem Rechte oder, weil sie ihm der Regalherr beigelegt hatte. Nur die letztere Ansicht möchte, wie gezeigt sein dürfte, die richtige sein. Dass der Regalherr dem Finder die Befugniss einräumte, eine Fundgrube zu verlangen, dürfte weniger eine Beschränkung als eine meist zweckmässige und selbstsüchtige Ausbeutung seines Regals sein. Was konnte für den Regalherrn in seinem Interesse näher liegen, als dass er Bergbaulustige durch die Zusicherung eines gewissen Fel-

. . . the first Finder must have two Mears and the Barmaster the next for the King, . . . and the Miner every Mear after, so far as the Rake or Vein will continue.

1) Hake, Commentar §. 164, Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 17. September 1869 (für das gemeine Recht) in der Zeitschrift für Bergrecht XI, S. 281 ff. und Entscheidungen Bd. 62, S. 282 ff.

des im Falle des glücklichen Fundes anlockte, auf eigene Gefahr und Kosten Nachgrabungen nach regalen Mineralien vorzunehmen?¹⁾ Und umgekehrt, welches Interesse konnte Jemand haben, solche Nachgrabungen nach fremden Sachen auf eigene Gefahr und Kosten vorzunehmen, wenn er nicht gegründete Aussicht hatte, dass im Falle des Gelingens ihm ein gewisses Grubenfeld als Ersatz gegeben werde?

In keinem Falle begründet der Fund eine „deutschrechtliche Gerechtigkeit,“ da die Ansprüche des Finders auf eine Fundgrube schon von uralter Zeit her auch in den englischen Grafschaften Cornwall, Devon- und Derbyshire gegolten haben²⁾. Dieselben sind von den Spaniern im regalerherrlichen Interesse selbst nach Peru getragen³⁾.

Aber selbst, wenn der Finder befugt ist, zu verlangen, dass ihm eine Fundgrube zugetheilt wird, hat er diese selbst noch nicht durch den Fund erworben; er soll sie vielmehr erst erwerben. Dies folgt daraus, dass er verpflichtet ist, bei Verlust seiner Finderrechte innerhalb gewisser Zeit Muthung einzulegen, seinen gemutheten Gang vorschriftsmässig zu entblößen und sich denselben hernach verleihen und bestätigen zu lassen⁴⁾.

1) *Constitutiones Metallicae Wenzeslai II.* (Kuttenberger Bergordnung) *lib. II, cap. 1* (Schmidt I, S. 44):

Qui autem argentum primo redactum ex metallo suscepti meatus obtulerit, concessori, si primus inventor fuerit, in illo campo ex utraque parte argentifodinae integer laneus emensuretur, ut haec praerogativa alios incitet ad laborem.

Aehnlich auch *lib. III, cap. I* (Schmidt S. 65): *nam quod a pluribus invenitur, facilius invenitur.*

2) S. oben §§. 19 und 20, Adam Smith, *wealth of nations*, deutsch von Ascher I, S. 165.

3) Adam Smith an der angezogenen Stelle:

„Und doch giebt in Peru, weil der Monarch einen beträchtlichen Theil seiner Einkünfte von der Silberausbeute bezieht, das Gesetz jede mögliche Aufmunterung für das Aufsuchen und Bearbeiten neuer Minen. Wer eine solche entdeckt, hat Anspruch auf 240 Fuss in der Länge und 120 Fuss in der Breite einer Bodenfläche in der von ihm vermutheten Richtung der Ader, welche Strecke nun sein Eigenthum wird, ohne dass er nöthig hätte, dem Grundherrn eine Abgabe dafür zu entrichten.“

4) Karsten, §. 92 ff., S. 89 ff. Hake, Commentar §. 137 ff. S. 105 ff., §. 145 ff. Erkenntniss des Ober-Tribunals zu Berlin vom

Es genügt auch nicht jeder Fund, sondern nur der allen vom Regalherrn gesetzten Bedingungen entsprechende, um dem Finder ein Vorrecht zu verschaffen. Nach diesem Grundsatz beantwortet sich meines Erachtens die Streitfrage, ob nur ein auf Grund eines Schürfscheins gemachter oder auch ein anderer Fund das Vorrecht des Erstfinders verschafft¹⁾.

Wenn als der Wille des Regalherrn anzusehen ist, dass der Schürfschein nur zur Legitimation des Schürfers gegenüber dem Grundeigenthümer dienen soll, so wird auch ein ohne Schürfschein gemachter Fund zur Erwerbung des Erstfinderrechts genügend sein. Wenn dagegen als der Wille des Regalherrn anzusehen ist, dass überhaupt Niemand ohne Schürfschein, d. i. ohne regalherrliche Erlaubniss schürfen soll, so wird nur einem auf Grund eines Schürfscheins gemachtem Funde das Vorrecht beizulegen sein. Letzteres ist der Fall u. A. für die Geltungsgebiete der Cleve-Märkischen Bergordnung (Kap. I, §§. 1, 4), der Schlesischen (Kap. II, §§. 1, 4), der Magdeburg-Halberstädtischen (Kap. II, §§. 1, 4), Bergordnungen, des Allgemeinen Preussischen Landrechts (§. 154 Thl. II, Tit. 16).

12. Februar 1875 (Zeitschr. f. Bergr. XVI, S. 398 ff.). Entscheidungen Bd. 74, S. 196 ff.:

„Das Finderrecht — Recht des ersten Finders — besteht darin, dass der Finder als solcher mit seiner Muthung denjenigen Muthungen vorgeht, welche in der Zeit zwischen seinem Funde und der Einlegung seiner Muthung zur Präsentation gelangen (Allgemeines Preussisches Landrecht Thl. II, Tit. 16, §§. 154, 158 . . .) . . . dies drückt die Paroemie aus: der erste Finder ist der erste Muther.“

„Der Finder erlangt“ — heisst es in einem anderen Erkenntnisse des Ober-Tribunals zu Berlin vom 1. März 1864 (Zeitschrift f. Bergrecht Bd. V, S. 239) — „auf Grund eines Schürfscheins nicht schon durch den Fund, sondern erst durch die Verleihung das Bergwerkseigenthum.“

1) S. hierüber Brassert in der (ministeriellen) Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen Jahrg. III, 3, S. 209 ff., Achenbach deutsches Bergrecht I, S. 379 ff., welche beide den Schürfschein nach gemeinem deutschen Bergrecht nicht für erforderlich halten, während Hake, Commentar §. 139 ff., S. 106 ff. die gegentheilige Ansicht vertrat.

Mit vorstehenden Grundsätzen stimmt auch die Rechtsprechung überein¹⁾.

Wo der Fund nicht als Grundlage eines Vorrechts, sondern nur als Grundlage einer Muthung, d. h. nur als Beweis des Vorhandenseins eines verleihbaren Minerals dienen soll, genügt selbstredend jeder Fund, der zufällige so gut wie der mit Absicht gemachte²⁾. Zufällige Finder haben nur kein Vorrecht zum Muthen und es geht, wer von ihnen zuerst muthet, dem Anderen vor.

Der Fund ist keine Occupation, keine Inbesitznahme, sondern nur der Nachweis, dass überhaupt ein verleihbares Mineral vorliegt. Die Occupation ist in keiner Bergordnung gefordert. Dass der Fund keine Occupation ist, ergibt sich daraus, dass dem Funde und der Muthung die Entblössung der Lagerstätte nachfolgen soll. Selbst die Entblössung ist keine Occupation und nur deshalb vorgeschrieben, damit der zu verleihende Gegenstand erkennbar bestimmt werden kann³⁾. Ein bergrechtlicher Fund liegt deshalb auch vor, wo das gefundene Mineral nur durch eine Bohrprobe nachgewiesen ist und die Möglichkeit einer unmittelbar physischen Einwirkung fehlt⁴⁾.

Auch durch das Hinzutreten der Muthung zum Funde wird meines Erachtens das Bergbaurecht nicht erworben. Dieses

1) Plenar-Beschluss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 12. Juni 1843 (Entsch. Bd. IX, S. 90 ff., Präjudiz 1308), Erkenntnisse desselben Gerichts vom 20. Juni 1854 (Striethorst's Archiv für Rechtsfälle Bd. XIII, S. 202 ff.) vom 1. März 1864, Entsch. Bd. 74, S. 196 ff. (Zeitschrift für Bergrecht V, S. 235) und besonders vom 12. Februar 1875 (Zeitschrift für Bergrecht XVI, S. 398 ff.), s. auch Klostermann, Uebersichten S. 45 ff.

2) Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 24. April 1840, Präj. 861 (Präj. I, S. 218) und vom 3. December 1841, Präj. 1182 (Präj. I, S. 218).

3) S. z. B. Nassau-Katzenelnbogische Bergordnung Art. 16 (Brassert S. 29)

„auf dass Er (der Bergmeister) nichts anders dann auf Klufften oder Gängen verleihe.“

4) Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 12. Februar 1875 (Entsch. Bd. 74, S. 196 ff., Zeitschrift für Bergrecht XVI, S. 398). Die im Texte vertretene Ansicht herrscht unbedingt in der Verwaltungspraxis. Siehe für diese Ansicht noch Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 378 und dagegen Klostermann a. a. O., Commentar zu §. 15 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes.

stand dem Regalherrn zu und konnte daher nicht anders wie durch die Verleihung des Regalherrn übertragen, oder wie das Preussische Landrecht sagt, überkommen werden. Dass das Bergbaurecht verliehen werden muss, ist, wie ich glaube, durch die im vorigen Paragraphen angeführten Bergordnungen und Bergfreiheiten nachgewiesen worden, und entspricht auch der weit überwiegenden Ansicht in der Theorie¹⁾ und herrscht in der Rechtssprechung²⁾.

Zwar beruft sich Klostermann³⁾ für seine Ansicht dass schon durch die Muthung ein vorerst allerdings nur bedingtes Bergwerkseigenthum geschaffen werde, auf den Umstand, dass die gemutheten Felder dem Muther bestätigt werden, ihm also schon früher gehört haben müssen. Allein die mitgetheilten Bergordnungen haben gezeigt, dass die Felder nicht bloss bestätigt, sondern auch verliehen werden. Bestätigt wird das gemuthete und hernach verliehene Feld dadurch, dass es ins Bergbuch eingetragen wird⁴⁾. Diese Eintragung schafft kein Bergbaurecht, dieses entsteht

1) Hake, Commentar §. 160 ff., Karsten §. 102 ff., Achenbach, deutsches Bergrecht. Schon Agricola, *de re metallica* (Ausgabe Basel 1667) *Liber quartus, pag. 55*:

„*Itaque metallicus, si vena, quam aperuit, ipsi cordi est, primo quoque tempore adit ad magistrum metallicorum et petit, ut ei det jus fodinae. Hujus enim est proprium officium atque munus fodinas addicere. Itaque primo illi, ut venae inventori, caput fodinarum addicit, caeteris pro ut ordine quisque petit, reliquas fodinas.*“

2) Die Muthung hat gemeinrechtlich nicht die Kraft der Occupation, das Muthen enthält nur das Bewerben um die Verleihung, welches nicht Eigenthum gewährt, wird in einem Erkenntnisse des Ober-Tribunals zu Berlin vom 28. Oktober 1862 ausgeführt (Striethorst's Archiv Bd. 47, S. 122).

3) In seinem Lehrbuch des preussischen Bergrechts S. 148 a. a. O.

4) Herttwig, Bergwörterbuch zum Worte Bestätigung S. 74, 75.

§. 1: „Bestätigung geschieht, wenn dem Lehnträger eine gewisse bergmännische Refier Feld, vom Bergmeister in Lehn gereicht und mit seinem besonderen Namen ins Buch eingeschrieben wird. §. 2. Es muss aber der Verley- und Bestätigung (denn verleyhen und bestätigen ist ein Actus) alle zeit die Muthung vorhergehen. §. 4. Und im Falle die Bestätigung nicht geschieht, fället das Gemuthete wieder hin und wird kraftlos.“ S. auch Hake, Commentar §. 164 ff.

vielmehr durch die Verleihung. Die Bestätigung hat insofern eine besondere Bedeutung, als nach der Muthung der Muther den gemutheten Gang entblößen muss und die Bestätigung nur, wenn dies wirklich geschehen ist, erfolgen kann. Der Ausdruck „Bestätigung“ dürfte gleichfalls unschwer zu erklären sein. Zuerst hat der Bergbaulustige zu muthen — und Muthungen anzunehmen, soll bekanntlich der Bergmeister Niemandem und zu keiner Zeit verweigern. Nach der Muthung hat der Muther den gemutheten Gang zu entblößen. Wenn er dies gethan hat, wird ihm die bereits angenommene Muthung bestätigt.

Gegen die Ansicht, dass die Muthung ein und zwar resolutiv bedingtes Bergwerkseigenthum schaffe, spricht auch der Umstand, dass kein Muther vor der Verleihung über Bergwerksmineralien verfügen, insbesondere sich solche zueignen darf¹⁾.

Die Muthung begründet aber auch meines Erachtens keine „deutschrechtliche Gerechtigkeit“²⁾, und zwar keine deutschrechtliche, weil sich das nämliche Rechtsinstitut mit derselben Wirksamkeit von Alters her auch in den übrigen Ländern, z. B. in England und Italien vorfindet, und keine Gerechtigkeit, weil sie überhaupt kein dingliches Recht, kein Recht von irgend welcher Dauer, noch endlich die Besitzstörungsklage³⁾ verschafft. Die Muthung bestrickt, wie mir scheint, auch nicht, wie Achenbach glaubt, das Oberflächeneigenthum, noch wie Baron⁴⁾ annimmt, das gemuthete Mineral. Nur Rechte, deren unmittelbarer Gegenstand eine körperliche Sache ist, sind dingliche⁵⁾. Der unmittelbare Gegenstand der Muthung ist aber nicht das gemuthete Mineral, sondern nur die Bitte, das Begehren, das Verlangen, oder, wie das

1) Für Preussen kommt hier das Gesetz vom 26. März 1856 zur Anwendung. S. auch für das heutige Recht Baron in der Zeitschrift für Bergrecht XIX, S. 45.

2) Vergl. hierüber Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 426 ff.

3) S. für das heutige Recht Baron in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte XIX, S. 49.

4) Dasselbst S. 53.

5) Windscheid, Pandekten, Aufl. 3, Bd. I, §. 40, S. 90. Allgemeines Preussisches Landrecht I, Tit. 2, §. 126.

preussische Ober-Tribunal¹⁾ sagt, das Bewerben um Verleihung: *la demande en concession*, wie es im französischen Rechte heisst²⁾. Dieser Bitte, diesem Begehren ist zumal nur in dem Falle Gehör zu schenken, wenn derjenige, von welchem dieselben zu erfüllen sind, die Erfüllung im Voraus zugesichert hat. Wo, wie in Frankreich³⁾, es lediglich von dem Ermessen der Behörden abhängt, ob sie der Muthung willfahren wollen oder nicht, wird ganz gewiss nicht von einer Gerechtigkeit die Rede sein können. Dasselbe gilt auch für Bergordnungen nach Art der Schlesischen und Halberstädtischen, in welchen der Regalherr erklärt, nach seinem Gutbefinden die regalen Mineralien selbst zu bauen oder Andere damit zu beleihen, nach welchen Bergordnungen er des Fundes und der Muthung ungeachtet, das gemuthete Mineral für sich behalten darf. Aber selbst da, wo dem Muther die Befugniss beigelegt ist, zu verlangen, dass ihm nach Erfüllung aller gesetzlichen Vorbedingungen ein Grubenfeld verliehen werde, hat er zwar einen Anspruch auf dieses Feld, aber weder einen dinglichen, noch regelmässig einen obligatorischen, sondern einen regelmässig nur dem öffentlichen Recht angehörenden und privatrechtlich nur zuweilen verfolgbaren Anspruch. Einen dinglichen Anspruch hat er nicht; denn es steht ihm nicht das geringste gegenwärtige Recht auf ein von ihm gemuthetes, ihm aber nicht verliehenes Mineral zu. Auch einen vollständigen obligatorischen Anspruch hat er nicht, denn er kann den Regalherrn, beziehungsweise im heutigen Rechte den Staat, nicht auf Einräumung des gemutheten Grubenfeldes vor den Gerichten belangen⁴⁾. Vielmehr kann er nur nach einzelnen Rechten, z. B. den §§. 22 und 23 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, den Anspruch aus einer allen

1) Erk. vom 28. Oktober 1862 (Strieth, Arch. Bd. 47, S. 122).

2) Karsten §. 92 ff.

3) Art. 16, *code des mines* v. J. 1810: *Le gouvernement juge des motifs ou considérations, d'après lesquels la préférence doit être accordée aux divers demandeurs en concessions, qu'ils soient propriétaires de la surface, inventeurs ou autres.*

4) S. Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 404 ff., S. 428, vergl. auch Erkenntniss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 4. Juni 1875 (Zeitschrift für Bergrecht XVI, S. 509 ff., Entscheidungen Bd. 75, S. 210 ff.)

gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Muthung gegen einen solchen Muther im Wege der Klage geltend machen, welcher, obwohl nach dem Gesetze weniger berufen, als er selbst, gleichwohl ihm in der Verleihung vorgezogen worden ist oder vorgezogen werden will.

Es dürfte auch nicht angehen, mit Achenbach¹⁾ die Muthung als eine deutschrechtliche Gerechtigkeit im Verhältnisse zu dritten Muthern aufzufassen. Denn einmal fehlen der Muthung, wie gezeigt sein dürfte²⁾, die wesentlichsten Erfordernisse einer „Gerechtigkeit“ und sodann setzt, wie mir scheint, der allerdings wenig bestimmte Begriff einer Gerechtigkeit eine absolute und keine bloss relative Wirksamkeit voraus, so dass eine nur gegenüber gewissen Personen wirksame Gerechtigkeit schon aus diesem Grunde meines Erachtens keine Gerechtigkeit ist.

Auch beim Pfand- und Grundbuchrechte finden sich ähnliche Vorschriften über die Priorität wie bei den Muthungen. Der Gläubiger aus einer früher zur Präsentation gelangten Verpfändungserklärung des eingetragenen Eigenthümers hat einen Anspruch auf Eintragung seiner Hypothek vor später zur Präsentation gelangten Anträgen. Der Grundbuchrichter soll die zuerst zur Präsentation gelangte Hypothek zuerst eintragen. Thut er dies aber nicht, so ist gleichwohl die Eintragung in das Grundbuch massgebend³⁾.

Der Benachtheiligte hat in solchem Falle kein dingliches Recht, sondern nur unter Umständen einen Anspruch gegen den Begünstigten dahin, dass derselbe sein Vorrecht anerkenne⁴⁾. Es ist ganz unstreitig, dass ein dingliches Recht nur durch die Eintragung in das Grundbuch und nicht durch die Verpfändungserklärung des eingetragenen Eigenthümers

1) Deutsches Bergrecht S. 426 ff.

2) S. auch Baron (Zeitschr. f. Bergrecht XIX, S. 49).

3) S. u. A. §§. 17, 34 des preussischen Grunderwerbgesetzes vom 5. Mai 1872. Bahlmann, Commentar zu §. 17: „Nicht das Datum, sondern die Stelle des Eintrags im Buche entscheidet.“

4) Allgemeines Preussisches Landrecht Theil I, Titel 20, §. 500 ff., Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 10. November 1865 (Arch. Bd. 62 S. 30 ff.).

oder durch die Präsentation dieser Erklärung entsteht¹⁾. Es ist auch meines Wissens von keiner Seite die Präsentation einer Verpfändungserklärung als eine bedingte Hypothek, oder als eine deutschrechtliche Gerechtigkeit überhaupt, oder als eine solche gegenüber dritten Gläubigern aufgefasst worden. Dieselbe bestrickt auch weder das Grundstück, noch den betreffenden Lokus.

Es dürfte endlich die Muthung nicht mit Baron²⁾ als beginnendes Bergwerkseigenthum zu bezeichnen sein. Ebensogut könnte man, scheint mir, den Klageantrag als ein beginnendes Urtheil, den Antrag auf Eintragung einer Hypothek als eine beginnende Hypothek, den Kauf einer Sache als beginnendes Eigenthum an dieser Sache, den Antrag auf Concessionirung einer Schankconcession als eine beginnende Schankconcession u. s. w. bezeichnen. Vielmehr ist meines Erachtens die Muthung nicht mehr und nicht weniger als das Gesuch um Verleihung des Bergbaurechts.

Auf positiver, von dem gemeinen Rechte abweichender³⁾ und, wie mir scheint, willkürlicher Vorschrift beruht es, wenn nach einzelnen Berggesetzen jüngere Muthungen so lange unstatthaft und von vornherein als ungültig zurückzuweisen sind, wie noch eine ältere auf dasselbe Feld eingelegte und noch nicht zurückgewiesene Muthung besteht. Eine solche Vorschrift beschränkt allerdings das Recht Muthungen einzulegen, aber sie giebt, wie mir scheint, dem älteren Muther kein neues und zumal kein dingliches Recht auf das von ihm gemuthete Feld.

1) Förster, preussisches Privatrecht, Aufl. III, Bd. III, §. 193, S. 409, daselbst §. 198, S. 457, wo es heisst:

„Die Eintragung, der ausschliessliche Modus des Erwerbs einer Hypothek.“

2) Zeitschr. f. Bergrecht XIX, S. 53.

3) Vergl. Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 403, 404.

Die rechtliche Natur der regalen Mineralien vor und nach der Verleihung. Das Bergwerkseigenthum.

§. 29. Vier verschiedene, indess theilweise in einander übergehende Ansichten bestehen über die rechtliche Natur der regalen Mineralien, und zwar die folgenden:

1. Auch die regalen Mineralien bilden einen natürlichen und rechtlichen Bestandtheil des Grundeigenthums¹⁾. Das Bergregal ist das dingliche Verfügungs- und Gewinnungsrecht des Regalherrn rücksichtlich der regalen Mineralien und ihrer Lagerstätten: eine Gerechtigkeit des deutschen Rechts²⁾. Das Bergbaurecht oder das Bergwerkseigenthum ist kein Sacheigenthum, sondern ein dem deutschen Rechte eigenthümliches dingliches Recht, die verliehene Lagerstätte und die verliehenen Mineralien innerhalb bestimmter Grenzen abzubauen³⁾.

2. Die dem Regale unterworfenen Mineralien sind kein Theil des Grundeigenthums, sondern herrenlose Sachen, die durch die Occupation (Fund und Muthung) erworben werden. Das Bergwerkseigenthum ist ein Sacheigenthum, kein bloss dingliches Recht⁴⁾.

3. Die dem Regale unterworfenen Mineralien sind herrenlose Sachen, aber solche, welche dem staatlichen oder dem staatlich verliehenen Occupationsrechte hingegeben sind⁵⁾. Darüber, ob das Bergbaurecht nur eine Gerechtigkeit oder ein Sacheigenthum sei, sind die Meinungen der Anhänger dieser Ansicht getheilt. Jenes nimmt Gerber, dieses Beseler an.

1) Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 97, S. 249.

2) Achenbach, daselbst S. 98, S. 249.

3) Achenbach, daselbst S. 263; vergl. auch den Plenarbeschluss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 18. April 1843 (Entsch. Bd. 9, S. 110).

4) Klostermann, Uebersichten u. s. w. S. 31 ff., Strohn im Archiv für Rechtsfälle Bd. XXXIII, S. 351 ff.

5) Windscheid Pandekten 3. Aufl. §. 169, S. 479, Anm. 22. „Weiter geht das deutschrechtliche Bergregal, kraft dessen gewisse Fossilien für herrenlos erklärt und dem staatlichen oder staatlich verliehenen Occupationsrechte hingegeben sind.“ Beseler, System des gemeinen deutschen Privatrechts III. Aufl. Berlin 1873, §. 205, S. 855. Gerber, System des deutschen Privatrechts, Aufl. 11, §§. 95 ff. Baron in der Zeitschr. f. Bergrecht XIX, S. 45 ff.

Ersterer bemerkt in dieser Hinsicht (S. 259): „Das Bergbaurecht, welches als Immobilienrecht gilt, wird in der Regel als ein dingliches Recht an dem Grundstück, in welchem sich das zu bauende Fossil befindet, bestellt sein, und dann als ein dingliches Recht besonderer Art aufgefasst werden müssen. Seine Ausführung fordert indessen mannigfache rechtliche Ergänzungen, welche nach ihrer besonderen Natur beurtheilt werden wollen. Unrichtig aber ist es, wenn das Bergbaurecht als Eigenthum charakterisirt und danach Bergwerkseigenthum genannt wird; diese Prädicirung gehört in die Klasse der Versuche, ein litterarisches Eigenthum nachzuweisen.“ Dagegen spricht sich Beseler in folgender Weise aus: „Das Bergwerkseigenthum lässt sich als das Eigenthum an einem Bergwerke definiren d. h. an dem verliehenen Mineral, den zur Gewinnung desselben bestimmten Liegenschaften, Vorrichtungen und Anstalten.“ „Das Bergwerk ist ein Vermögenscomplex.“

4. Die regalen Mineralien sind weder Theile des Grundeigenthums noch herrenlose Sachen, stehen vielmehr bis zur Verleihung (und wie ich hinzufügen möchte, bis zur neuesten Entwicklung selbst noch nach der Verleihung) im Eigenthume des Regalherrn¹⁾. Das Bergwerkseigenthum ist ein Sacheigenthum.

Gegen die erste Ansicht, wonach die regalen Mineralien ein Zubehör zum Grundeigenthum sein sollen, sprechen folgende Erwägungen:

Von einem gewissen rechtlichen Standpunkte aus wird das Eigenthum aus der Occupation hergeleitet. Alles Eigenthum sei, da ursprünglich die Erdoberfläche Allen gemeinsam gewesen, einst durch Occupation entstanden²⁾. Die Occupation der Erdoberfläche hat sich indess meiner Ansicht nach nur auf diese selbst und nicht auf die Bergwerksmineralien erstreckt. Man kann deshalb aus dieser Theorie die Zugehörig-

1) Karsten, Grundriss §. 14, S. 6: Das Bergregal besteht in dem vollen und freien Eigenthum der unter der Oberfläche vorkommenden, dem Hoheitsrechte vorbehaltenen Mineralien.“ Derselbe §§. 121 ff. Hake, Commentar §. 69, S. 52.

2) Die sogenannte Occupationstheorie, vergl. hierüber Adolph Wagner, Volkswirtschaftslehre, Leipzig und Heidelberg 1876, S. 472 ff.

keit der Bergwerksmineralien zum Grundeigenthum nicht beweisen.

Von einem anderen naturrechtlichen Standpunkte wird das Eigenthum auf die Arbeit zurückgeführt. Allein man kann vielleicht behaupten, dass die Erdoberfläche durch menschliche Arbeit urbar, werthvoll und zum Grundeigenthum gemacht worden sei, aber jedenfalls nicht, dass sich jene Arbeit bis auf die Bergwerksmineralien im Schoosse der Erde ausgedehnt habe. Man wird deshalb vom Standpunkte der Arbeitstheorie¹⁾ aus die Zugehörigkeit der Bergwerksmineralien zum Grundeigenthum nicht behaupten können.

Von einem mehr metaphysischen Standpunkte (Hegel, Fichte, Stahl) hat man das Eigenthum als die nothwendige Consequenz der menschlichen Natur und der Selbstständigkeit der Individuen, als den Stoff für die Offenbarung der Individualität der Menschen begründen wollen²⁾. Von diesem Standpunkte lässt sich das Grund- und das Bergwerkseigenthum, aber, wie mir scheint, nicht die Zugehörigkeit dieser beiden Eigenthumsarten zu einander rechtfertigen.

Eine vierte Theorie sieht in dem Eigenthume³⁾ keine logische, sondern nur eine historische Kategorie. Dasselbe beruhe lediglich auf den Gesetzen, den positiven Satzungen der Menschen im Staate. Vor den Gesetzen sei kein Eigenthum gewesen. Der Umfang der Befugnisse des Eigenthümers richte sich stets nach den jeweiligen Gesetzen. Das Eigenthum sei nichts von Anfang an Gegebenes, aus dem Prinzip der Persönlichkeit Fliessendes, sich ewig Gleichbleibendes, sondern etwas Gewordenes, im fortdauernden Werden und daher stetigem Anderswerden Begriffenes. Seine Wurzel habe es lediglich in dem gemeinsamen Rechtsbewusstsein des Volkes.⁴⁾ Auch nach dieser Theorie wird man nicht *a priori* die natürliche Zugehörigkeit der regalen Mineralien zum Grundeigenthume rechtfertigen können, vielmehr prüfen müssen, ob das in den Gesetzen offenbarte Rechtsbewusstsein

1) Vergl. Wagner S. 478 ff.

2) Vergl. Wagner S. 443 ff., S. 459 ff.

3) Die sogenannte Legaltheorie, vergl. Wagner S. 486 ff.

4) Lassalle, System der erworbenen Rechte, Leipzig 1861, Bd. I, S. 154 ff.

zu allen Zeiten dahin gegangen sei, dass das Grundeigenthum nach unten bis zum Mittelpunkte der Erde und nach oben bis zum Ende der atmosphärischen Luft reiche.

Ein dahin gehendes Rechtsbewusstsein dürfte nun selbst im Römischen Rechte schwerlich und im deutschen Rechte gewiss nicht bestanden haben.

Nur soweit die gewöhnliche und regelmässige Benutzung eines Grundstücks es nothwendig mache, behauptet Werenberg für das Römische Recht¹⁾, könne die Grundtiefe (vom Grundeigenthümer) als occupirt gedacht werden; soweit dies nicht geschehen, habe jeder Dritte das Recht der Occupation. Da die Bergwerksmineralien für die ordentliche und regelmässige Benutzung des Grundstücks nicht nothwendig seien, so gehören sie also auch nicht dem Grundeigenthümer. Zu derselben Ansicht bekennt sich Ihering.²⁾ „Aber wie weit“, fragt er, „soll es (das Grundeigenthum in die Tiefe) reichen? Ich ertheile darauf die Antwort, soweit als das praktische Interesse reicht.“

„Der Eigenthümer wird die ökonomische Verwendung der Sache in einer Tiefe, in der sie ihm selbst nicht mehr möglich ist, von Seiten Anderer, die in der Lage sind, sie hier noch vornehmen zu können, zu dulden haben. Das Römische Recht erkennt dies an, indem es den Bergbau unter fremden Grundstücken, vorausgesetzt, dass er die darauf befindlichen Gebäude nicht bedroht, freigiebt.“

An einer anderen Stelle³⁾ bemerkt Ihering, dass das Römische Recht dem Grundeigenthume auch in dieser Richtung nicht jene schroffe Gestalt gegeben habe, wie die nackte Consequenz des Begriffs sie mit sich führen würde.

Derselbe Jurist sagt in seinem neuesten Werke⁴⁾:

S. 506: Die Ansicht der Juristen und Laien stimmt darin überein, dass das Wesen des Eigenthums in der

1) In den Jahrbüchern für Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts von Gerber und Ihering Bd. VI, Jena 1863, S. 23 ff.

2) Daselbst S. 91 ff.

3) Daselbst S. 93.

4) R. von Ihering, der Zweck im Recht, I. Band, Leipzig 1877.

Unumschränktheit des Eigenthümers bestehe und dass jede Beschränkung desselben im Grunde einen Eingriff in dasselbe enthalte, der die Idee des Instituts widerspreche. Wie verhält es sich aber damit? Meiner Ansicht nach ist diese Vorstellung eine grundirrige.“

S. 508: „Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, dass die Schätze des Bodens gehoben werden, verschmäht der Eigenthümer dies zu thun, so spricht sie jedem Anderen, der sich dazu bereit erklärt, das Recht zu, zu schürfen und zu muthen“ (So schon im Römischen Rechte.)

S. 510, 511: „Es ist also nicht wahr, dass das Eigenthum seiner Idee nach die absolute Verfügungsgewalt in sich schliesse. Ein Eigenthum in solcher Gestalt kann die Gesellschaft nicht dulden und hat sie nie geduldet. Die Idee des Eigenthums kann nichts mit sich bringen, was mit der Idee der Gesellschaft in Widerspruch steht. Diese Vorstellung (von der Absolutheit des Eigenthums) ist noch ein letzter Rest jener ungesunden naturrechtlichen Vorstellung, welche die Individuen auf sich selber isolirte.“

S. 517: „Wo die Zweckmässigkeit im Römischen Eigenthum aufhört, hört auch das Recht auf.“

Was das Deutsche Recht anlangt, so ist oben nachgewiesen worden, dass das Privateigenthum am Grund und Boden nicht von Anfang an bestanden und sich erst später allmählich entwickelt hat. In seiner heutigen Form als „freies“ Grundeigenthum ist es sogar erst ein Produkt der neuesten Entwicklung, gebildet von der staatsbürgerlichen Gesellschaft durch vorhergegangene Auftheilung, Grundentlastung u. s. w. der Entwicklung der individuellen Freiheit halber.¹⁾ Viel älter als das private Grundeigenthum ist der Bergbau, der schon von der Römerzeit her bestanden hat. Wie sollte daher einst die Soolquelle Zubehör zum Grundeigenthum gewesen sein, wenn ein solches noch gar nicht bestanden hatte? Daher sind, und auch dies dürfte gezeigt worden sein, in Deutschland die Bergwerksmineralien niemals und von Anfang nicht Zubehör zum Grundeigenthum gewesen und deshalb

1) Lorenz von Stein, Verwaltungslehre, Band VII, S. 299—301 a. a. O.

Regalien gewesen, weil sie nicht dem Grundeigenthümer, sondern dem Könige oder dem in seine Machtsphäre eingetretenen Territorialherrn gehört haben. Der deutsche Grundeigenthümer ist niemals Eigenthümer der Bergwerksmineralien auf, in oder unter seinem Grundstücke gewesen und deshalb sind ihm dieselben auch niemals entzogen worden. Diese Mineralien gehörten schon einem Andern, ehe sein Grundeigenthum bestanden hat und dieses reichte ehemals überhaupt nicht tiefer, als Pflug und Spaten gehen.

Auch in den Abgaben, Grund- und Freikuxen, welche nach einzelnen Bergordnungen den Grundbesitzern von den Bergleuten zu leisten waren¹⁾, darf man kein Anerkenntniss dafür erblicken, dass eigentlich diesen die Bergwerksmineralien gehörten. Diese Abgaben dienten vielmehr als Ersatz und zwar als einziger Ersatz für die Beschädigungen des Grundstücks durch den Bergbau, dafür, dass die Grundeigenthümer die Bergleute auf ihren Grundstücken einschlagen lassen mussten und dass sie ihnen Baustellen und Weideplätze, sowie die Holz- und Wassernutzung unentgeltlich einzuräumen hatten.²⁾ Uebrigens giebt es Bergordnungen z. B. die *jura et libertates silvanorum*, der Schlädminger Bergbrief, welche den Grundbesitzern kein Recht auf irgendwelche Leistung der Bergleute verleihen. Insbesondere ist ein derartiges Recht bei den Soolquellen nicht hergebracht, augenscheinlich, weil deren Gewinnung ohne Schädigung des Grundbesitzes erfolgte. Schliesslich erhielt nicht jeder Grundbesitzer, unter dessen Grund

1) Freiburger Bergrecht, Abschnitt I, Kap. 36 (Klotzsch S. 250), Schemnitzer Bergrecht (Wagner *corp. jur. met.* S. 168), Kuttenberger Bergordnung *lib. II, cap. II* (Schmidt I, S. 46 ff.), Graf Sternberg II, S. 22—24, Liegnitzer Goldrecht (Steinbeck S. 85 ff.) u. s. w.

2) S. Erk. d. Ober-Tribunals zu Berlin v. 22. Okt. 1850 (Entsch. Bd. 20, S. 476 ff.). Dasselbst heisst es (S. 485): „Die Verpflichtungen des Grundherrn beziehen sich daher auf die Vorthelle aus den Freikuxen und sind deren Aequivalent. Deshalb heisst es in der Kuttenberger Bergordnung *lib. II, cap. 3* (Schmidt I, S. 49) nach Aufzählung dessen, was die *domini, in quorum hereditate mons mensuratus fuit*, den Bergleuten zu gewähren hatten: „*Sed e converso dominorum jus est recipere terciam partem illius partis que urbura dicitur, et in monte mensurato unam tricesimam secundam partem, que dicitur pars agrorum*“, s. auch Klostermann, Uebersichten S. 207 ff.

Bergwerksfelder lagen, Abgaben nach dem Verhältniss der Grösse, sondern nur derjenige, dem ausdrücklich eine solche Befugniss beigelegt war, in der Regel nur derjenige, unter dessen Grundstücke die Fundgrube, dieses *caput fodinae* lag.¹⁾

Meist kam früher z. B. nach den Schemnitzer, Iglauer, Kuttenberger und vielen englischen Bergordnungen nicht der Grundbesitzer als solcher, sondern nur der Grundherr (*dominus, in quorum hereditate mons mensuratus fuit, Lord of the soil, Lord of the manour*) in Frage, welcher auf seinem Gebiete dem Könige, beziehungsweise seinem Lehn Herrn gegenüber sich unabhängig und souverain zu machen suchte, was ja auch in Deutschland den grösseren Grundherrschaften gelungen ist.

Allerdings sind die Machtbefugnisse der Grundbesitzer allmählich gewachsen, aber auf die Bergwerksmineralien haben sie sich, wie noch weiter unten zu zeigen sein wird, auch im heutigen Rechte nicht ausgedehnt.

„Eigenthum bezeichnet“ sagt Windscheid²⁾, dass Jemandem eine (körperliche) Sache eigen ist und zwar nach dem Rechte eigen ist. Dass aber Jemandem eine Sache eigen ist, will sagen, dass sein Wille für sie entscheidend ist in der Gesammtheit ihrer Beziehungen. Dies zeigt sich in einer doppelten Richtung; 1) der Eigenthümer darf über die Sache verfügen, wie er will; 2) ein Anderer darf gegen seinen Willen über die Sache nicht verfügen. Es lassen sich ferner einzelne Befugnisse namhaft machen, welche dem Eigenthümer kraft des Eigenthums zustehen, z. B. die Befugniss, die Sache zu gebrauchen und zu nützen, die Befugniss jeden Dritten von aller Einwirkung auf dieselbe auszuschliessen, die Befugniss, sie von jedem dritten Besitzer abzufordern.“

Nichts hiervon passt rücksichtlich der regalen Mineralien auf den Grundeigenthümer und Alles passt, wie mir scheint, auf den Regalherrn. Der Grundeigenthümer kann in keiner Weise rechtswirksam über die regalen Mineralien verfügen; eignet er sich solche an, so ist er strafbar.³⁾ Dagegen konnte

1) Klostermann, Uebersichten S. 223 u. Erk. des Ober-Tribunals zu Berlin vom 3. November 1850 daselbst.

2) Pandekten 3. Aufl. Band I, §. 167 S. 463.

3) In Preussen, Gesetz vom 26. März 1856, betreffend die Bestrafung unbefugter Gewinnung und Aneignung von Mineralien (Gesetz-Samml. S. 293).

der Regalherr, wie er wollte, über dieselben verfügen, er konnte sie selbst abbauen oder ihren Abbau Anderen gestatten. Der Grundeigenthümer seinerseits musste sich den Abbau Dritter ohne Widerrede gefallen lassen.

Hiernach dürfte sich die Ansicht, dass die regalen Mineralien ein natürliches und rechtliches Zubehör zum Grundeigenthume seien, mit ihren weiteren Consequenzen nicht aufrecht erhalten lassen.

Auch die Klostermann'sche Ansicht, dass die regalen Mineralien herrenlose Sachen seien, welche durch die Occupation (Fund und Muthung) erworben werden, dürfte zu verwerfen sein.

Herrenlose Sachen werden von demjenigen erworben, welcher sie zuerst in Besitz nimmt.¹⁾ Dies ist aber bei den regalen Mineralien nicht der Fall; sie können erworben werden ohne die Inbesitznahme und nicht erworben werden trotz der Inbesitznahme. Die Maassen und verlassenen Gruben werden, wie früher gezeigt ist, ohne jede Besitzergreifung erworben und was die Fundgrube anlangt, so hat der Muther nur nachzuweisen, dass er ein verleihbares Mineral gefunden hat; es ist nicht nöthig, dass er das Mineral in Besitz genommen hat. Herrenlose Sachen werden stets nur soweit erworben, wie die Inbesitznahme reicht. Die Inbesitznahme erstreckt sich aber wenn durch die Bohrprobe das Vorhandensein eines verleihbaren Minerals nachgewiesen oder selbst wenn dieses an einer Stelle auf den Augenschein ausgeschlossen ist, nicht über die ganze in ihrer weiteren Beschaffenheit noch unbekannte Lagerstätte. Wäre die Occupationstheorie richtig, so könnten die Bergwerksmineralien erst in dem Augenblicke als erworben gelten, wo sie von ihrer Lagerstätte im Schoosse der Erde entfernt sind. Ebenso wie das herrenlose wilde Thier nicht eher durch Inbesitznahme erworben wird, als bis es in die gegenwärtige und thatsächliche Verfügungsgewalt des Occupanten gefallen ist, d. h. bis es ergriffen oder erlegt ist.

Mit der Occupations-Theorie ist deshalb, wie mir scheint, auch die Annahme nicht vereinbar, dass ohne Inbesitznahme der Mineralien, bloss durch den Fund und die Muthung das

1) §. 12 *Inst. de R. D* (2, 1): *Quod . . . ante nullius est, id naturali ratione occupanti conceditur*; l. 3 pr., l. 30 in fine *D. de acq rer. dom.* (41, 1).

Bergwerkseigenthum an dem ganzen Bergwerksfelde erworben werde. Es dürfte auch ferner nicht abzusehen sein, wozu es bei dieser Theorie noch überhaupt erst der Muthung bedarf.

Es tritt hinzu, dass nach den früheren Ausführungen das Bergwerkseigenthum weder durch den Fund noch durch die Muthung, sondern nur durch Verleihung von Seiten des Regalherrn erworben wurde, und dass Fund und Muthung überhaupt nur da rechtliche Bedeutung hatten, wo ihnen der Regalherr eine solche beizulegen für gut befunden hatte. Für das französische Recht kann die Klostermann'sche Theorie schon deswegen nicht aufrecht erhalten werden, da dort durch Fund und Muthung so wenig eigenes Recht von dem Finder und Muther erworben wird, dass es allein vom Ermessen der Behörde abhängt, ob sie Diesen oder Anderen das Bergwerkseigenthum übertragen will.

Die Occupationstheorie ist aber auch geschichtlich nicht zutreffend; denn es giebt kein Gesetz und keine Urkunde, welche die regalen Mineralien als herrenlose und der Occupation fernstehende Sachen bezeichnet. Sie gehören zur königlichen Gewalt, sagt der Sachsenspiegel, sie gehören in ihren Ländern den Churfürsten, bestimmt die goldene Bulle, sie sind unser Kammergut, erklären die Regalherrn.

Man wird schliesslich für diese Ansicht auch nicht das Allgemeine Preussische Landrecht anrufen können. Zwar bezeichnet dasselbe¹⁾ die regalen Mineralien als herrenlose Sachen; aber es sagt zugleich, dass der Staat das ausschliessende Recht hat, dieselben in Besitz zu nehmen. Auch schreibt es vor²⁾, dass nur derjenige ein Stockwerk, Erzlager, Gang oder Flötz von regalen Mineralien bauen darf, der damit gehörig beliehen ist.

Ueberhaupt dürfte mit der Herrenlosigkeit vom Landrechte nur gemeint sein, dass die regalen Mineralien keinem Privaten gehören, sondern „ein gemeines Staatseigenthum“ sind.³⁾ Die Rechtslehrer des siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderts gingen davon aus, dass alles Eigenthum an

1) Thl. II, Tit. 14 §. 22.

2) Thl. II, Tit. 16 §. 79.

3) S. auch Thl. II, §§. 21, 24, Tit. 14 und §§. 3, 6, Tit. 16 A. L. R.

Grund und Boden ursprünglich gemeinsam gewesen und der Gesamtheit, dem Staate, gehört habe, und dass die Besitzrechte der Einzelnen an denselben erst durch Auftheilung und Occupation entstanden seien. Alles was auf diese Weise nicht in Sonderrecht übergegangen, was herrenlos geblieben, sei eben deshalb im Eigenthum der Gesamtheit geblieben.¹⁾ Von dieser Theorie aus rechtfertigte man auch das Eigenthum des Staates auf die Bergwerksmineralien. Dieselben seien, sagte man, von den Grundeigenthümern nicht mit erworben, sie seien herrenlos geblieben und weil herrenlos dem Staate gehörig.²⁾

„Certum est — sagt ein Jurist des vorigen Jahrhunderts³⁾: *plerasque res, quas publicas vocabant Romani, Germanos nostros vel principibus vel reipublicae attribuisse, ita ut usus non pateret singulis nisi eum concessissent principes, iive qui praeerant reipublicae. Id sane verum est de fluminibus, portibus, iisque omnibus quae ἀθέσποτα vocari solent, facile probatur. Reges sane Francorum sibi vindicabant jus piscandi in fluminibus, idque suam forestem vocabant, silvas majores seu forestas, metallifodinas*

Annehmbarer als die beiden bisher besprochenen Theorien über die Natur der regalen Mineralien dürfte die dritte sein, auf welche nunmehr einzugehen ist. Nach dieser Theorie sind die regalen Mineralien herrenlose Sachen, aber solche, welche dem staatlichen oder dem staatlich verliehenen Occupationsrechte hingegeben sind. Hiernach würde an den regalen Mineralien, wenn sie vom Staate occupirt werden, unmittelbar durch die Occupation (Inbesitznahme) Eigenthum erworben werden, während ein Dritter nur dann durch die Occupation Eigenthum erwerben kann, wenn derselben die Verleihung des Occupationsrechts an ihn von Seiten des Staats vorhergegangen ist. In beiden Fällen kann, wie mir scheint, das

1) Hugo Grotius, *de jure belli ac pacis lib. I, cap. I, §. 6, lib. II, cap. 14 §§. 7 seq.*, Christian Wolf, *Grundzüge des Natur- und Völkerrechts* §§. 300 ff., 310, 311.

2) S. den von Regnauld d'Epercy in der constituirenden französischen Nationalversammlung am 20. März 1791 abgestatteten Bericht (in der Zeitschrift f. Bergrecht I, S. 604 ff.).

3) Heineccius, *Elementa juris Germanici tum veteris tum hodierni, Halae 1736 lib. II, p. 369.*

Eigenthum nur soweit reichen, als die Mineralien thatsächlich in Besitz genommen sind. Der blosse Nachweis des Vorhandenseins eines Minerals dürfte dagegen nicht ausreichen, um die ganze noch unbekannte und noch nicht einmal für den Finder überall zugängliche Lagerstätte in das Eigenthum zu übertragen.

Bei dieser Theorie giebt also die Verleihung des staatlichen Occupationsrechts dem Beliehenen nur ein Recht zur Occupation, kein Eigenthum. Die Annahme, dass durch die staatliche Verleihung des Occupationsrechts in einem gewissen Grubenfelde ein Sacheigenthum entsteht, würde bei der Windscheid-Gerber'schen Theorie, worin dem letzteren beizustimmen sein dürfte, allerdings ein Gegenstück zum geistigen Eigenthume sein. Auch das Bergregal kann dieser Theorie nicht als das Eigenthum des Regalherrn an den regalen Mineralien, sondern nur als ein Recht zur Aneignung derselben erscheinen.

Die von Windscheid und Gerber vertretenen Ansichten sind hiernach in sich schlüssig; es steht theoretisch Nichts im Wege, dass sich die Sachen diesen Ansichten gemäss verhalten haben können. Aber vielleicht können sie sich auch anders verhalten haben, nämlich in der Weise, dass der Regalherr Eigenthümer der regalen Mineralien war und, wenn er wollte, Eigenthum an denselben übertrug.

Die Entscheidung wird davon abhängen, ob erstlich die Bergregalherrn nur eine Berechtigung auf die regalen Mineralien, oder diese selbst besassen, ob sie der Ansicht waren, dass ihnen die Mineralien unmittelbar gehörten oder dass ihnen nur ein Recht zur Aneignung derselben zustand, ob zweitens die Regalherrn nur ein Aneignungsrecht oder körperliche Sachen verliehen haben und drittens, ob prinzipielle Bedenken gegen die Annahme eines körperlichen Eigenthums des Regalherrn an den regalen Mineralien oder der Bergwerksbeliehenen an den Bergwerken vorliegen.

Es ist nun meines Erachtens ganz gewiss, dass die Gesetze den Regalherrn nicht bloss ein Aneignungsrecht an den regalen Mineralien zusprechen.¹⁾ Dieselben gehören, entdeckte wie verborgene, den Churfürsten, sagt die goldene Bulle, sie sind

1) Die Kaiser verliehen den Territorialherren nicht Aneignungsrechte, sondern die Mineralien selbst. S. die Urkunden in §§. 22 u. 24 z. B. Urkunde von Ebersberg S. 156.

unser Eigenthum, erklären König Johann von England und König Karl VI. von Frankreich, sie sind Besitzungen unserer Kammer, drücken sich die Könige von Böhmen und Ungarn aus, sie sollen uns ferner verbleiben, bestimmt König Friedrich II. von Preussen.¹⁾

Der Regalherr verfügt wie ein Eigenthümer über die regalen Mineralien; er bauet sie selbst ab, veräussert dieselben, ganz nach Willkür; er schliesst jeden Andern von der Verfügung über dieselben aus.

Man wird gegen die Annahme eines Eigenthums nicht geltend machen können, dass der Regalherr weder die Kenntniss von jedem einzelnen regalen Mineral, noch die gegenwärtige Verfügungsmöglichkeit über alle regalen Mineralien hat. Denn auch der Hauseigenthümer kennt nicht alle Kalkkörnchen in seinem Gebäude, noch hat er die gegenwärtige Verfügungsgewalt über dieselben. Ebenso wenig kennt der Waldeigenthümer jedes Blatt in seinem Walde, der Latifundieneigenthümer jeden Fisch in seinen Teichen oder jedes Wild in seinen Gehegen, noch der Grundeigenthümer jedes Sandkorn in und unter seinem Grundstücke. Der Begriff des Eigenthums, als des Rechtes der unumschränkten und ausschliesslichen Herrschaft über eine Sache ist vom Mobilienrechte hergenommen und von dort auf das Immobilienrecht erst übertragen worden. Sobald man sich von der Vorstellung loslösen kann, als ob das Eigenthum an einem Grundstücke überall ebenso beschaffen sei wie dasjenige an einem Buche, einer Uhr oder einer anderen beweglichen Sache, und als ob es die unumschränkte und ausschliessliche Verfügung über alle unter ihm bis zum Mittelpunkte der Erde vorhandenen Gegenstände verleihe, so wird man auch die Annahme eines besonderen Eigenthums an den Bergwerksmineralien begreiflich finden. Jedenfalls übertragen die Regalherren an einer Grube keine blosse Berechtigung zur Gewinnung, sondern die Grube selbst, eine körperliche Sache.

Es wird gemuthet, nicht die Berechtigung Bergbau zu treiben, sondern eine körperliche Sache, das Fossil, worauf

1) Schlesische Bergordnung vom 5. Juni 1769, Cap. I, §. 1. Brassert, S. 943: „Alle Mineralien und Fossilien, die . . . zu dem Bergwerks-Regal gerechnet und dahin gezogen werden, sollen uns fernerhin der-

Bergbau betrieben werden soll,¹⁾ eine Fundgrube, ein Gang und dergleichen.

So sagt die Nassau-Katzenelnbogen'sche Bergordnung Artikel 12:

Item hat einer einen neuen gang funden, der hiavor nicht verlehnnet ist, und begehrt denselben von dem Bergmeister zu Lehen zu empfangen.

Die Cleve-Märkische Bergordnung Cap. II, §. 2:

Ich muthe Sr. Majestät „Bergfreyes“ als eine Fundgrube. Das Allgemeine Preussische Landrecht Thl. II, Tit. 16, §. 80:

„Wasch- und Pechwerke, ingleichen Graben und Wasserleitungen über Tage, sind unter der Muthung einer Grube nicht mitbegriffen, sondern müssen besonders gemuthet und verliehen werden.“

Desgleichen wird kein Gewinnungsrecht, sondern eine körperliche Sache verliehen.²⁾

So heisst es schon im Iglauer Bergrechte³⁾:

. . . . et ubicunque Mons vel Stollo inventus fuerit vel elaboratus, de jure habebit in eo, quod dicitur ligendem unum laneum altitudo et profundum in aequali statura uti montis inventor meatum a Concessore suscepit.

gestalt verbleiben u. s. w.“ Die Regalherrn haben sich die Bergwerksmineralien und nicht den Bergbau oder das Bergrecht, dagegen nicht die Fische und jagdbaren Thiere, sondern nur den Fischfang und die Jagd zugesprochen.

1) Hake, Commentar §. 148, Karsten, Grundriss §. 95: Die Muthung muss enthalten:

„Die Benennung des Minerals, welches der Muther als ein Bergwerkseigenthum verlangt.“

2) Karsten §. 103. Die Verleihungsurkunde soll enthalten:

„Die Angabe des Minerals, welches als Eigenthum verliehen wird.“

Hake §. 169: Der Lehenschein muss enthalten:

c) die genaue Bestimmung des verliehenen Gegenstandes, nämlich das Streichen des Ganges und wohin das Feld gestreckt worden ist.

d) die Grösse des verliehenen Feldes.

3) Schmidt I, S. 1.

Freiberger Bergrecht:¹⁾

„Ein yczlicher oberbergmeister hat dy gewalt , daz er yczliche genge lyhen mag.“

Preussisches Allgemeines Landrecht Thl. II, Tit. 16, §. 79:

„Wer ein Stockwerk, Erzlager, Gang oder Flötz von solchen Fossilien, welche nach §. 69, 70 und 71 zum Bergwerksregal gehören, bauen will, muss damit gehörig beliehen sein.“

Selbst Achenbach ist der Ansicht, dass, wenn man nicht von der Annahme ausgehe, dass die regalen Mineralien vor ihrer Verleihung rechtliche Bestandtheile des Grundeigenthums seien, das Bergwerkseigenthum als ein Sacheigenthum und nicht als ein blosses Recht anzusehen sei. Deshalb nimmt er an, dass das Allgemeine Preussische Landrecht, weil es die regalen Mineralien als herrenlose Sachen bezeichne, ein Bergwerkseigenthum in dem Sinne des Eigenthums an einer körperlichen Sache kenne. An sich hat Achenbach gegen die Möglichkeit eines Sacheigenthums an den Bergwerksmineralien Nichts zu erinnern. „Auch für das gemeine Recht,“ sagt er²⁾, „würde, wie gezeigt, unzweifelhaft ein wahres Sacheigenthum bei Bergwerken bestehen, wenn nach demselben nur Eigenthum des Regalherrn an den regalen Lagerstätten, oder, wie nach dem Preussischen Allgemeinen Landrechte die Herrenlosigkeit der letzteren anzunehmen wäre.“ „Wer rücksichtlich des gemeinen Rechts von der einen oder der anderen der obigen Voraussetzungen ausgeht, wird mit zureichenden Gründen das Vorhandensein eines wahren Eigenthums an Bergwerken nicht leugnen können.“

Das Bergwerkseigenthum wird nach allen Beziehungen ebenso, nach keiner anders wie ein Sacheigenthum behandelt. Es ist wie dieses ideell und reell theilbar, und zwar nicht

1) I, 2 Klotzsch S. 221.

2) Deutsches Bergrecht S. 249. Derselbe bemerkt daselbst S. 248, Anm. 1, dass die Lagerstätte der regalen Mineralien eine bestimmte körperliche Sache sei. „Sie ist wirklich vorhanden, und kann von dem Bereiche der übrigen Körperwelt auf das genaueste unterschieden werden. Diese Gewissheit in der Existenz und diese Sicherheit in der Entscheidung wird dadurch in keiner Weise ausgeschlossen, dass das Streichen und Fallen einer Lagerstätte nicht überall bekannt ist.“

bloss die Berechtigung, sondern die Grube, das Grubenfeld selbst¹⁾. Das Bergwerkseigenthum wird in öffentliche Bücher eingetragen, vindicirt, tradirt²⁾ und ersessen wie anderes Immobiliareigenthum³⁾. Wird es verpfändet, so gilt nicht die blosse Berechtigung, sondern die gesammte Grube mit allen Zubehörungen, den zugemutheten Gängen, Beilehen, Bergschmieden, Wasserhebungs-, Wetter-, Förderungsmaschinen, Hut- und Zechenhäusern, Wasch- und Pochwerken, Halden, Erzvorräthen, so lange solche noch nicht verkauft oder verschmelzt worden sind, den zu der Grube gehörigen Förderungsgeräthschaften, wie Gezähstückten, den Vorräthen, welche zur Fortsetzung des Bergbaues erforderlich sind, wie dem vorhandenen Grubenholze, Pulver u. s. w. als gesetzlich verhaftet⁴⁾. Kein Bergwerkseigenthümer hat die Vorstellung, dass ihm nur ein Recht zur Aneignung der Mineralien in seinem Felde zusteht, sondern vielmehr die, dass ihm die in seinem Felde verliehenen Mineralien schon gegenwärtig, schon vor der Lösung von der Lagerstätte, zu eigen gehören. So gut wie ein Eigenthum an einem lebenden Walde möglich ist, dürfte auch solches an einem fossilen Walde möglich sein. Dasselbe lässt sich für Torf- und Braunkohlenlager anführen.

Jedenfalls ist, wie mir scheint, das Bergwerkseigenthum etwas Anderes wie eine Gewerbeberechtigung, als welche es die Motive zum vorläufigen Entwurfe des preussischen Berggesetzes v. J. 1862⁵⁾ hinstellen. Unmittelbarer Gegenstand des Rechts, Fischerei in einem öffentlichen Wasser zu treiben, eine Mühle, an einem öffentlichen Flusse anzulegen, eine Fabrikanlage zu errichten, die Jagd in einem gewissen Reviere

1) Achenbach, deutsches Bergrecht §§. 86 — 90, S. 283 — 313, preuss. Bergges. §. 51.

2) Plenar-Beschluss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 7. Juli 1851, Entsch. Bd. 21, S. 17. Seit dem Gesetze vom 5. Mai 1872 wird in Preussen das Bergwerkseigenthum wie anderes unbewegliches Eigenthum, d. i. nicht durch Tradition, sondern durch Auflassung und Eintragung erworben.

3) Hake §. 305 ff. (auch §. 68 des preussischen Grunderwerbgesetzes vom 5. Mai 1872).

4) S. Hake §. 116, vergl. Beseler II, §. 205, S. 837 und Achenbach, deutsches Bergrecht S. 263 ff.

5) Berlin 1862, S. 13.

auszuüben, sind nicht körperliche Sachen, sondern nur die Befugniss, Etwas zu thun, die Befugniss zu fischen u. s. w.¹⁾ Die Fische selbst sind nicht unmittelbarer Gegenstand des Rechts; an sie erhält der Berechtigte nur ein Recht, wenn er sie fängt. Entfernen sie sich aus dem Wasser, in dem ihm das Fischereirecht zusteht, so ist sein Recht sie zu fangen erloschen. Das Recht eine Mühle anzulegen, ist von dem Eigenthume an der Mühle selbst verschieden, man kann jenes Recht haben, ohne Eigenthümer einer Mühle zu sein und Eigenthümer einer Mühle sein, ohne die Mühlengerechtigkeit zu haben. Die Befugniss eine Mühle anlegen zu dürfen, ist kein Recht, welches ohne Weiteres das Eigenthum an einer Mühle giebt, ebensowenig schafft die Befugniss, eine Fabrik errichten zu dürfen, das Eigenthum am Fabrikgebäude. Endlich verleiht auch das Jagdrecht kein unmittelbares Recht auf die jagdbaren Thiere. Diese müssen erst gefangen sein, ehe sie in das Eigenthum des Jagdberechtigten übergehen. Wenn sie sich

1) Treffend sagt in dieser Beziehung Klostermann in seinem Kommentar zu §. 50 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes:

„Wenn in den Motiven zum vorläufigen Entwurfe das Bergwerkseigenthum als eine Gewerbeberechtigung aufgefasst wird, so wird dadurch sowohl dem Begriffe des Bergwerkseigenthums als dem der Gewerbeberechtigung Zwang angethan. Die oben angeführte Definition würde auf eine Berechtigung zum Lachs- oder Drosselfang allerdings vollständig passen. Denn hier beruht die Aneignung der durchziehenden Fische oder Vögel nicht auf einem Eigenthume an diesen herrenlosen Thieren, sondern auf einem ausschliesslichen Rechte der Occupation an denselben, welches dem Berechtigten innerhalb seines Bezirks zusteht. Er erwirbt an den Objekten seines Rechts nur insoweit Eigenthum, als er an demselben Besitz ergreift und die Thiere hören auf, Objekte seines Rechts zu sein, wenn sie ungefangen seinen Vogelheerd oder seine Reusen passiren“ . . .

„Die verliehenen Mineralien gehören nicht sowohl (dem Belieben), insofern sie aus seiner Grube gefördert werden, sondern schon deshalb, weil sie in seinem Felde anstehen.“

„Mit demselben Rechte, mit welchem man das Bergwerkseigenthum als die ausschliessliche Gewerbeberechtigung zur Gewinnung und Aufbereitung der in einem Felde anstehenden Mineralien definiert, könnte man das Eigenthum an einem Acker als die Gewerbeberechtigung zum Ackerbau definiren, vorausgesetzt, dass eine andere Kulturart durch die Natur der Sache oder durch gesetzliche oder vertragsmässige Festsetzungen ausgeschlossen wäre.“

in ein anderes Revier entfernen, so erlischt sein Recht sie zu fangen.

In allen diesen Fällen ist das Recht nicht nur kein unmittelbares, sondern auch kein ausschliessliches. Es steht begriffsgemäss Nichts im Wege, dass Anderen das gleiche Recht zusteht, in denselben Revieren zu fischen, zu jagen, Mühlen und Fabriken anzulegen.

Dagegen hat der Bergwerkseigenthümer ein unmittelbares und ausschliessliches Recht auf die ihm verliehenen Mineralien. Durch die Verleihung wird ihm kein Gewinnungsrecht, sondern werden ihm Mineralien übereignet.

Wenn nun Gewicht darauf gelegt worden ist, dass nur selten in den Gesetzen und Bergordnungen den Bergbaubetreibenden ein Bergwerkseigenthum zugesprochen ist¹⁾, so erklärt sich dies meines Erachtens aus dem Umstande, dass nicht der Bergwerksbetreibende, sondern der Regalherr Eigenthümer der Bergwerke war. Ersterer hatte nur ein sogenanntes Unter-eigenthum. Im mittelalterlichen Sprachgebrauche legte man der Bezeichnung Eigenthum häufig einen relativen Begriff bei; man sprach von einem mehrfältigen Eigenthume an derselben Sache. So kam es, dass sowohl der Regalherr dem von ihm Beliehenen, wie dieser dem Afterbeliehenen gegenüber als Eigenthümer bezeichnet wurde. Der Beliehene war nach dem Freiburger Bergrecht, wie gezeigt ist, nicht Eigenthümer seiner Grube, sondern nur der Fronmann des Regalherrn, der gegen eine Frone das ihm zugetheilte dem Regalherrn gehörige Fronfeld nach Anweisung des regalherrlichen Beamten abzubauen hat. Aber demjenigen gegenüber, welchem er einen Theil des ihm zugewiesenen Feldes überträgt, gilt er selbst als Eigenthümer und als Eigenthum wird sein Recht an dem afterverliehenen Felde dem Afterbeliehenen gegenüber bezeichnet. Eigenschaft, Eigenthum, *proprietas* heisst daher auch die Abgabe, welche der Afterbeliehene dem Hauptbeliehenen für die Afterverleihung zu zahlen hat und sonst drücken eigen und Eigenthum den Gegensatz des Rechts an dem unmittelbar verliehenen Felde zum afterverliehenen Felde aus.

1) Vergl. hierüber Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 246.

Die Richtigkeit dieser Ansichten dürfte sich aus nachstehenden Stellen ergeben. Freiburger Bergrecht Abschnitt I, Cap. 32¹⁾:

„Ist daz yemandt seyner teyl verlyhet eynem andern, iz sy an bergen, stollen adir lehen, um eyn eygenschaft, sy sy gros adir kleyne, yst daz jener, der sy zcu lehenschafftyn entphahen hat, ym seyner eygenschaft nycht angybt, sy sy gros adir kleyne, wenig adir viyl, er verlyget sie mit rechte und dy lehenschaft do myte.“

Const. Metallicae Wenzeslai II, lib. III, cap. 1²⁾

laneos autem pro certa proprietate concessos.

Jura et libertates Silvanorum³⁾:

Id ne mach nen medinge (Miethung, conductio) noch nen lenscap (Lehnschaft) nen eghen (eigen) krieghen, wen en eghen en eghen.

Wer seine Grube (vom Hauptbeliehenen) in Pacht oder Lehnschaft hat, kann kein eigen damit gewinnen; Goslarer Berggewohnheiten⁴⁾:

Art. 10. *Wur en medinge oder eghen heft an kameren oder an delen (Theilen).*

Art. 26. *Et en mach nement vor del to ener groven gheven so en hebbe dar medinge oder lenscap oder eghen oder len.*

Diesem Sprachgebrauche entsprechend nahm eine ältere Theorie in vielen Fällen und namentlich im Lehenrechte ein getheiltes, ein mehrfaches Eigenthum an derselben Sache an. Derselben Theorie huldigte noch das Allgemeine Preussische Landrecht⁵⁾, welches sowohl dem Lehnsherren als dem Lehnvasallen ein Eigenthum zusprach. Es ist deshalb nicht auffällig, dass das Landrecht von einem Bergwerkseigenthume spricht, obwohl es den Bergwerkseigenthümer nur als „Lehnträger“ des Staates ansieht⁶⁾.

1) Klotzsch S. 248.

2) S. auch lib. IV, cap. I (Schmidt I, S. 62):

concessio est de persona pro quota parte lueri concessi. rei translatio aliam in personam.

3) Wagner, *corp. jur. met.* S. 1021 ff.

4) Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 246.

5) Theil I, Titel 8, §§. 16 ff.

6) §. 4, Theil I Titel 18, §. 105 Theil II Titel 16 a. a. O.

Die heutige Theorie verwirft überwiegend die Annahme eines mehrfachen Eigenthums an derselben Sache und spricht dem sogenannten Untereigenthümer nur ein *jus in re aliena* zu ¹⁾. Darnach wird man regelmässig ²⁾ nur den Regalherrn als Eigenthümer der Bergwerke auch nach der Verleihung ansehen und dem Beliehenen nur ein dingliches Recht an dem verliehenen Bergwerke zusprechen dürfen.

Das Regal erstreckte sich, wie ich im Gegensatze zur herrschenden Ansicht ³⁾ bemerken zu dürfen glaube, nur auf das ihm unterworfen Mineral und nicht auf dessen Lagerstätte. Es giebt kein Gesetz, welches dem Regalherrn auch diejenigen Gebirgsmassen als Eigenthum zugesprochen hat, in welchem sich die regalen Mineralien vorfinden ⁴⁾, und kein Gesetz, welches dieselben der Verfügung des Grundeigenthümers entzieht. Dies hindert aber nicht, dass der Regalherr und der von ihm mit einem Bergwerke Beliehene das Recht haben, diese Gebirgsmassen sprengen, Gänge in dieselbe zum Zwecke des Bergbaues treiben zu lassen u. s. w. Ihr Recht hierzu ist älter als die wirklichen oder vermeintlichen Ansprüche des Oberflächeneigenthümers auf die Grundtiefe. Selbst diese Ansprüche als gerechtfertigt zugegeben, so folgt das Recht der Regalherrn zur Verfügung über die Lagerstätten im Interesse jenes Bergbaues aus dem Umstande, dass in Kollisionsfällen stets das Grund- dem Bergwerkseigenthume, das Minderwerthvolle dem Werthvolleren ⁵⁾ zu weichen hatte und noch heute

1) Förster, preussisches Privatrecht Aufl. 3, Bd. III, S. 132, Gerber, Aufl. 11, §. 77.

2) Der Regalherr konnte wenn er wollte, auch die Bergwerke zu vollem Eigen übertragen.

3) Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 249.

4) S. auch §. 57 der preuss. Bergg.: Der Bergwerkseigenthümer ist befugt, die durch den Betrieb des Bergwerks gewonnenen, nicht unter den §. 1 gehörigen Mineralien zu Zwecken seines Betriebes ohne Entschädigung des Grundeigenthümers zu verwenden. Soweit diese Verwendung nicht erfolgt, ist der Bergwerkseigenthümer verpflichtet, die bezeichneten Mineralien dem Grundeigenthümer auf sein Verlangen gegen Erstattung der Gewinnungs- und Förderungskosten herauszugeben.

5) S. die in §. 27 besprochenen Bergordnungen, z. B. Churtrierische (Brassert S. 98):

„auch der grösste nutz dem geringsten billich weichen soll.“

zu weichen hat¹⁾. Eine besondere Entschädigung kann der Grundeigenthümer nicht verlangen, einmal, weil eine Beschädigung kaum jemals vorliegen wird und sodann, weil die Verpflichtung des Bergbaubetreibenden zum Schadenersatze allgemein geregelt ist²⁾.

Bergregal und Bergbaufreiheit im heutigen Rechte.

§. 30. Zu einer Zeit der niedergehenden Centralgewalt und der aufsteigenden Macht der Territorialherrschaften im deutschen Reiche liess ein thatkräftiger Kaiser alle Rechte aller Art zusammenstellen, welche nur ihm selbst und Anderen nur kraft seiner Beleihung zustehen sollten. Nach der Person, welche allein über diese Rechte aus eigener Macht verfügen durfte, wurden dieselben Regalien genannt. Als später die Centralgewalt im deutschen Reiche ohnmächtig geworden und die ihr einst vorbehaltenen Rechte, die Regalien, mit Recht und Unrecht in den thatsächlichen Besitz der Territorialherren übergegangen waren, als somit der einstige Zweck der Aufzählung der Regalien vereitelt war, fing man an, das Wesen der Regalien nicht mehr in ihrem Rechtssubjekte, sondern nur noch in ihrem Inhalte und ihrem Gegenstande zu suchen.

Das einzig Gemeinsame für die unter den Regalien begriffenen Rechte, das geistige Band, welches dieselben zusammenhielt, war nur ihr Träger: der König. Nachdem dieses Band zerschnitten war, fielen die einst als Regalien bezeichneten Rechte nach allen Richtungen auseinander und der Name der Regalien, unter denen Rechte des verschiedensten Inhalts zusammengefasst waren, wie der Gegenstand selbst erschienen

1) Z. B. §. 135 ff. des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865.

2) Entweder nämlich dient der Grundkux als Entschädigung für allen dem Grundeigenthume zugefügten Schaden oder das Gesetz — z. B. §. 148 des preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 — erklärt den Bergbaubetreibenden allgemein für allen durch den Bergbau entstandenen Schaden verantwortlich, so dass es nicht darauf ankommt, wodurch im Einzelnen derselbe verursacht worden ist.

„als etwas auffallend Bunt, Systemloses und Chaotisches“¹⁾. Die Theorie suchte sich aus dem scheinbaren Chaos dadurch herauszuhelfen, dass sie die Regalien ihren Gegenständen nach in höhere und niedere zerlegte, unter ersteren die wesentlichen, unveräusserlichen, unter letzteren die zufälligen, veräusserlichen begreifend²⁾. Noch später glaubte man jene höheren Regalien gänzlich ausscheiden zu müssen, da sie keine Rechte des Staats, sondern die Staatsgewalt selbst seien³⁾.

Mit den sogenannten niederen und eigentlichen Regalien, als zufälligen, veräusserlichen und zugleich nutzbringenden, fiskalischen Rechten verband sich die Vorstellung einer monopolistischen Beschränkung der allgemeinen wirthschaftlichen Freiheit im fiskalischen Interesse⁴⁾.

Diese Vorstellung fand auch auf das Bergregal Anwendung. Dasselbe war ein veräusserliches, nutzbringendes, fis-

1) Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland, München 1874, S. 154.

2) Preussisches Allgem. Landrecht Thl. II, Tit. 13, §. 5 ff., vergl. Eichhorn, deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte §. 264 ff., Böhlau, *de regalium notione* §§. 1—4.

3) Gerber, Aufl. 11, §. 67.

Man wird hierbei meines Erachtens indess berücksichtigen müssen, dass damals, wo die Bezeichnung Regalien aufkam, Befugnisse, welche heute als wesentliche und unveräusserliche Rechte des Staates, als Staatsgewalt selbst, erscheinen, z. B. das Recht Gerichtsbehörden einzusetzen, der Heerbann, das Recht, Befestigungen anzulegen, thatsächlich vom Reiche fortgegeben wurden. Das deutsche Reich ging eben in Stücke. Es ist hier wiederholt hinzuweisen auf die bereits in §. 7 besprochenen mittelalterlichen Rechtsanschauungen.

„In derselben Weise“ — äussert sich von Sybel, Entstehung des Königthums S. 266 —, dachten sich die Franken den König als Inhaber der Gerichts- und Finanzhoheit wie als Eigenthümer seiner Wälder, Wiesen, Ackerflächen, eine Art der Betrachtung, welche darin sichtbar wurde, dass der König die Befugnisse der öffentlichen Richter und Einnehmer wegschenkte wie die Häuser und Dörfer des Fiskus.“

4) Gerber §. 67, Anmerk. 1. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik, achtes Kapitel „das Eindringen des wälschen Regalismus“ S. 150 — 167. Adolph Wagner, Finanzwissenschaft §§. 145 — 147, S. 331 ff.

kalisches Recht, welches die allgemein wirthschaftliche Freiheit in mannigfachster Weise beschränkte, nämlich dadurch, dass nur der vom Regalherrn Beliehene Bergbau treiben durfte, dass der Regalherr sich einzelne Mineralien gänzlich vorbehalten und sich den Bergbau in gewissen Distrikten ausschliesslich reserviren konnte, dass er für die Ueberlassung des Bergbaurechts überaus hohe und drückende Abgaben erhob, welche den Privaten die Konkurrenz gegen die staatlichen Bergwerke erschwerten, und dass er im Interesse seiner Einkünfte, im sogenannten Wohlfahrtsstaate allerdings auch mit in der wohlwollenden Absicht zu bevormunden, den Bergbau von oben herab regelte. In Preussen setzte der Staat, soweit er das Bergregal hatte, die Preise der Bergwerksprodukte fest, bestimmte die Höhe der an die Bergwerksunternehmer auszahlenden Ausbeuten oder von denselben zu leistenden Zuschüssen, nahm die Arbeiter, Steiger, Schichtmeister an u. s. w.¹⁾ Die Instruktion für das Kleve-Märkische Bergamt zu Wetter vom 24. Mai 1783²⁾ bestimmte, dass keine neuen Steinkohlenwerke (auch nicht von Privaten) in Betrieb gesetzt werden sollen, bis sich ein Kohlenmangel herausgestellt habe. Aus diesem Grunde wurde einer Grube zehn Jahre lang, von 1816 bis 1826, die nachgesuchte Eröffnung eines Tiefbaues verweigert, weil der Tiefbau einer benachbarten Grube zur Versorgung des dortigen Kohlenmarktes genüge. „Die Gewerken hatten weiter nichts zu thun als Geld zu geben oder Geld zu nehmen“³⁾.

Es ist nach dem Vorstehenden begreiflich, dass sich gegen diese Wirkungen des Bergregals die modernen Rechtsanschauungen mit Entschiedenheit richteten. Entstanden waren dieselben wesentlich unter dem Einflusse der volkswirthschaftlichen Ansichten, welche sich besonders seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in England⁴⁾ nach dem europäischen

1) Allgemeines Preussisches Landrecht Thl. II, Tit. 16, §§. 274, 300, 315 a. a. O.

2) Klostermann, Kommentar S. 62.

3) von Beughem, Bemerkungen zu dem Entwurfe eines allgemeinen Bergwerksgesetzes. Neuwied 1863, S. 5.

4) Massgebend in erster Reihe war das Werk des Schotten Adam Smith:

Festlande geltend machten und von dort herüberdrangen. Unter der Einwirkung derselben stand theilweise bereits Hüllmann, der neben und mit Kraus an der Hochschule in Königsberg wirkte¹⁾. Diese Ansichten gehen besonders in der Fortbildung, welche sie in diesem Jahrhunderte erfahren haben, dahin, dass überhaupt alle Domainen und alle Regalien zu verwerfen seien, dass der Staat keinen Ackerbau kein Gewerbe, keinen Bergbau betreiben und alle seine Bedürfnisse ausschliesslich durch Geldsteuern befriedigen solle. Sie verwerfen ganz besonders jede Bevorzugung des Staats in der allgemeinen Gewerbethätigkeit, jedes Monopol, und überhaupt jede Einmischung des Staats in die wirthschaftliche Freiheit²⁾, in welcher sie nach den Worten von Adam Smith nur eine Ueberhebung und Anmassung des Staates erblicken wollen. Selbstverständlich sind mit diesen Ansichten die vorgeschilderten Wirkungen des Bergregals gänzlich unvereinbar. Aber noch von einer andern Ansicht aus wurde das Bergregal angegriffen. Einzelne hielten nämlich dafür, dass dasselbe einen Eingriff in die Rechte des Grundeigenthümers bilde. Zu diesen gehörte nicht Turgot, wie mehrfach angenommen ist, wohl aber Adam Smith, der in dem Bergregale eine Verletzung des „heiligen Privateigenthums“ erblickte³⁾.

Die erste durchgreifende Aenderung in Ansehung des Bergregals erfolgte in Frankreich während der Revolution. In diesem Lande bestand ebenso wie in Deutschland von der Römerzeit her das Bergregal mit dem einzigen Unterschiede, dass die französischen Könige dasselbe einst mit Erfolg gegen die Anmassung ihrer Grossen vertheidigt haben. Wie in

Inquiry into the Nature and Causes of wealth of Nations, deutsch von C. W. Asher, Stuttgart 1861, vergl. besonders I. Band, Buch 4, S. 410—471.

1) Vergl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik S. 593 ff.

2) Vergl. Adolph Wagner, Volkswirthschaftslehre I, S. 188 ff.

3) *Wealth of Nations* in der Asher'schen Uebersetzung I, S. 165, wo nach Erwähnung, dass in Peru und Cornwall im Interesse der landesherrlichen Einkünfte unter fremden Grundstücken Bergbau frei betrieben werden durfte, gesagt wird:

„In beiden Fällen wird das heilige Recht des Privateigenthums den vermeinten Interessen der öffentlichen Einkünfte geopfert.“

Deutschland so hing auch in Frankreich es vom Ermessen des Regalherrn, hier des Königs ab, ob er den Bergbau selbst betreiben, oder Einzelnen oder Allen frei geben wollte. Die französischen Könige zogen es regelmässig vor, den Bergbau nicht allgemein frei zu geben, sondern übertrugen meist einzelnen Personen und Gesellschaften das ausschliessliche Recht des Bergbaubetriebes¹⁾.

In der constituirenden Nationalversammlung handelte es sich zunächst darum, ob die Verfügung über die Bergwerksmineralien den Grundeigenthümern zu übertragen sei. Der Berichterstatter der mit Berathung eines neuen Berggesetzes beauftragten Kommission, Regnauld d'Épercy schlug Namens derselben am 20. März 1791 vor, dem Grundeigenthümer nach wie vor die Gewinnung der Bergwerksmineralien zu untersagen und diese als zur Verfügung der Nation stehend zu erklären. Er gründete diesen Vorschlag darauf, dass bei dem Ursprunge der bürgerlichen Gesellschaft das Eigenthum nur durch Theilung oder Arbeit habe gegründet werden können, dass die Bergwerksmineralien weder mitgetheilt noch vom Grundeigenthümer erarbeitet und also zur Verfügung der Gesellschaft geblieben seien, weil dasjenige, was keinen besonderen Eigenthümer habe, der Nation gehöre²⁾.

Gegenüber dem Vorschlage: „*que les mines et les minières sont à la disposition de la nation*“ empfahl Heurtauld Lamerville³⁾ das Princip: „*que les mines et minières font partie de la propriété foncière et individuelle des citoyens*,“ indem er zu beweisen suchte, dass die Bergwerksmineralien rechtliches und faktisches Zubehör zum Grundeigenthum seien.

Ausschlag gebend wurde eine Rede Mirabeau's, welcher sich im Wesentlichen auf den Standpunkt der Kommissions-

1) Vergl. Achenbach, französisches Bergrecht S. 38 ff., besonders den Bericht des Grafen Regnauld de Saint Jean d'Angély vom 13. April 1810 (daselbst S. 93), wonach die Berwerke bis 1791 „die Beute von Höflingen gewesen sind, die in gleicher Weise mit den Rechten der Bodeneigenthümer wie der Finder ihr Spiel getrieben haben.“

2) Der Bericht ist in deutscher Uebersetzung abgedruckt in Achenbach's französischem Bergrecht S. 46—55.

3) Seine Rede, welche die Einflüsse der physiokratischen Schule erkennen lässt, s. daselbst S. 56—61.

mehrheit stellte. „Ich sage“, rief er¹⁾, „dass die Anmassung, die Fossilien als ein Accessorium der Oberfläche und ein wirkliches Privateigenthum ansehen zu wollen, gewiss etwas sehr Neues ist; denn ich möchte wohl wissen, ob es irgend einem Käufer eingefallen wäre, jemals eine Verminderung des Preises oder eine Aufhebung des Kaufs zu verlangen, weil er entdeckt hatte, dass eine Lagerstätte unter dem erkauften Grundstücke abgebaut sei? Endlich sage ich, dass es fast keine einzige Lagerstätte giebt, welche in physischer Hinsicht mit dem Grund und Boden eines Eigenthümers übereinstimmt. Die schiefe Neigung einer Lagerstätte von Osten nach Westen macht, dass sie auf einem sehr kurzen Raume 100 verschiedene Besitzungen trifft.“

Die Nationalversammlung entschied sich gegen die Rechte der Grundeigenthümer und für das Verfügungsrecht der Nation an den Bergwerksmineralien, trug indess den Ansprüchen der ersteren insoweit Rechnung, als sie ihnen bei neuentdeckten Gruben ein Vorzugsrecht verlieh²⁾. Allseitig war man darüber einig, dass die Nation das ihr eingeräumte Verfügungsrecht nicht monopolitisch, noch zu fiskalischen Zwecken gebrauchen sollte³⁾. Auf diesen Grundsätzen beruht das Gesetz vom 28. Juli 1791.

Auch der *code des mines* vom 21. April 1810 hält die Trennung des Verfügungsrechtes über die Bergwerksmineralien vom Grundeigenthume aufrecht. Niemand, auch nicht der Grundeigenthümer, darf ohne staatliche Verleihung Bergwerke betreiben⁴⁾. Vor ihrer Verleihung sollen sie, so wenigstens sagte Napoleon, einen Theil des Grundeigenthums bilden; doch fügte er hinzu, dass sie nur (auch vom Grundeigenthümer) auf Grund eines Concessionsaktes von Seiten des

1) Seine Rede, s. ebendasselbst S. 62—70.

2) S. Achenbach, französisches Bergrecht S. 71 ff.

3) „Es bedeutet also,“ sagte Mirabeau, „in dem Gesetzentwurfe der Ausdruck Nationaleigenthum oder ein der Verfügung der Nation unterworfenen Eigenthum, dass die Nation das Recht hat, die Bergwerke zu concediren.“

4) Art. 5: „*Les mines ne peuvent étre exploitées qu'en vertu d'un acte de concession*“

Staatsoberhauptes gewonnen werden dürfen¹⁾. Die Ertheilung der Concession hängt lediglich vom Ermessen der Behörde ab; weder der Grundeigenthümer, noch der Finder haben einen Anspruch auf dieselbe²⁾ gemäss der Ansicht Napoleon's, „*que l'acte de concession déterminera suivant les circonstances, si la préférence doit être accordée au propriétaire (de la surface) ou à l'inventaire et à quel propriétaire elle est due*³⁾. Die Verleihung giebt ein neues, volles Sacheigenthum⁴⁾. Den Interessen der Grundeigenthümer wird (Art. 6 und 42) in so weit Rechnung getragen, als in der Verleihungs-urkunde dem Berechtigten zugleich gewisse Leistungen an dieselben auferlegt werden. Zur Vornahme von Schürfarbeiten auf fremdem Grund und Boden bedarf man einer schriftlichen Erlaubniss des Staats, welche zugleich eine Entschädigung an den Grundeigenthümer festsetzt.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob nach den vorstehend entwickelten Prinzipien der französischen Berggesetze aus den Jahren 1791 und 1810 das Bergregal aufrecht erhalten ist, so wird die Beantwortung derselben davon abhängen, was unter dem Bergregale zu verstehen ist. Versteht man unter demselben irgend ein unbestimmtes, lediglich fiskalischen Interessen dienendes monopolistisches Recht des Staates, so wird man diese Frage verneinen müssen; versteht man darunter aber nicht mehr und nicht weniger, als dass Niemand kraft eigenen und Jeder nur kraft des ihm vom Staate oder vom Staatsoberhaupte ertheilten Rechtes Bergbau betreiben darf, und dass alle Rechte an den Bergwerken vom Staate ausgehen, so wird man meines Erachtens das Fortbestehen des Bergregals im französischen Rechte nicht verneinen

1) „*Il faut d'abord*“ — waren seine Werke (Achenbach, französisches Bergrecht S. 120) — „*poser clairement le principe, que la mine fait partie de la propriété de la surface. On ajoutera, que cependant elle ne peut être exploitée qu'en vertu d'un acte du souverain.*“

2) Art. 16.

3) S. Achenbach, fr. Bergr. S. 137.

4) Art. 19: „*Du moment où une mine sera concédée même au propriétaire de la surface, cette propriété sera distinguée de celle de la surface et désormais considérée comme propriété nouvelle, sur laquelle de nouvelles hypothèques pourront être assises.*“

können. Jedenfalls wird man behaupten dürfen, dass in Frankreich auch nach den Gesetzen von 1791 und 1810, welches letztere noch heute gilt, die Bergwerksmineralien zur Verfügung des Staates stehen und, wie mir scheint, auch ferner, dass sie dem Staate zwar nicht als fiskalische, wohl aber als öffentliche, d. h. dem allgemeinen Nutzen dienende Sachen gehören, dass daher in Frankreich bis zur Verleihung der Staat Eigenthümer der Bergwerksmineralien ist. Diese letztere Behauptung dürfte aufrecht erhalten werden können, obwohl Napoleon gesagt hatte, dass die Bergwerke bis zur Verleihung dem Grundeigenthümer gehören. Denn, wenn sie dem Grundeigenthümer gehörten, warum sollte dieser nicht über dieselbe verfügen können, und wenn sie nicht dem Staate gehörten, wie konnte dieser und nur dieser Eigenthum an denselben übertragen? Nur auf den Inhalt der Gesetze und nicht auf die Beweggründe ihrer Verfertiger kann es aber ankommen.

Der französische Gesetzgeber befand sich in einer Zwangslage. Das bürgerliche Gesetzbuch bestimmte¹⁾, dass das Eigenthum an Grund und Boden das Eigenthum an dem, was darüber und an dem, was darunter sei, in sich schliesse. Dies wollte man nicht offen ändern, daher verfiel man auf den Umweg, zwar nicht offen zu sagen, wohl aber thatsächlich zu bestimmen, dass die Bergwerksmineralien nicht dem Grundeigenthümer sondern dem Staate gehören. Nur sollte der Staat sein Recht an denselben nicht monopolistisch für sich, sondern im Interesse der Bürger „als Richter zwischen den Bewerbern, unparteiischer Schätzer der Rechte und Mittel derselben“ (für einen ausgiebigen Bergbau) ausüben dürfen²⁾. Die Richtigkeit dieser Ansicht dürfte sich ausser nach dem thatsächlichen Inhalt der Gesetze nach dem Berichte ergeben, welchen im Jahre 1810 der Graf Girardin im *Corps Législatif* abstattete³⁾:

1) Art. 552: *Code civil*. „La propriété du sol emporte la propriété du dessus est du dessous sauf les modifications résultant des lois et réglemens relatifs aux mines et des lois et réglemens de police.

2) Bericht des Grafen Angély (Achenbach, französisches Bergrecht S. 97).

3) Bei Achenbach S. 101 ff.

„Aus dem Vorhergehenden ergibt sich,“ heisst es in diesem Berichte, „dass die Bergwerke als Eigenthum Aller, Niemandem in Wirklichkeit allein zustehen und folgerichtig unter die Staatsdomainen gehören, deren Theil sie auch bilden müssen, um überhaupt betrieben zu werden.“ Und weiter: „Wem soll nun dies Eigenthum (an den Bergwerksmineralien vor der Verleihung) gehören? Wenn es untrennbar von der Oberfläche wäre, so würde es allen Grundeigenthümern und demgemäss bestimmten Privaten zustehen. Dies Eigenthum würde wie ein Land ohne Früchte sein, weil es nicht gepflegt werden würde. Damit dies eintrete, erscheint es nothwendig, dass der Staat darüber verfüge. Aber wem soll schliesslich das Eigenthum an den Bergwerksmineralien zustehen? Nach der Meinung Ihrer Kommission, meine Herren, dem Staate. Sie nimmt an, dass der Entwurf dies offen ausgesprochen haben würde, wenn derselbe dem bürgerlichen Gesetzbuche vorausgegangen wäre. Jetzt aber dies positiv bestimmen, würde eine der Hauptvorschriften desselben (nämlich Art. 552 des *code civil*) verletzt haben. Das bürgerliche Gesetz angreifen, ist stets eine missliche Sache. Das hat man vermeiden wollen und man hat dies gut ausgeführt“

„Auszusprechen nun, dass die Bergwerksmineralien Domainaleigenthum seien, würde eine gänzliche Aufhebung des Artikels 552, keine Modifikation desselben sein. Gerade diese Modifikation war eine schwer zu lösende Frage, sie ist auf die befriedigendste Weise gelöst worden, wie sie dem Interesse der Gesellschaft am meisten nützt. Es ist dies durch die Verordnung geschehen, dass die Bergwerke nur auf Grund eines vom Staatsrathe beschlossenen Concessionsaktes betrieben werden dürfen, dieser Akt aber die Rechte der Oberflächeneigenthümer auf die Erträge der concedirten Bergwerke feststellen will.“

Aus dem Voraufgeführten ergibt sich auch, dass eine vom Verfügungsrechte des Staates unabhängige Bergbaufreiheit in Frankreich nicht besteht. Der Bergbau ist frei, unabhängig von der Erlaubniss des Grundeigenthümers, aber unfrei, abhängig vom Willen des Staats als des Regalherrn.

Noch weniger besteht in Frankreich ein Erstfinderrecht, kraft eigenen Rechtes des Finders.

Unzweifelhaft stehen auf dem Standpunkte der Regalität der Bergwerke u. a. folgende Gesetze aus diesem Jahrhundert:

Die Spanische Bergordnung v. J. 1825, in welcher der König erklärt: ¹⁾

Pertenecienda à mi Corona y Sennorio Real el dominio supremo de las minas de todos mis Reinos.

Das Gesetz, den Regalbergbau betreffend für das Königreich Sachsen vom 22. Mai 1851 ²⁾.

§. 1: Zum Bergregal gehören alle Mineralien, die wegen ihres Metallgehalts nutzbar sind.

§. 2: Die Aufsuchung und Gewinnung derselben ist unter den im gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Bedingungen Jedermann freigegeben. Es bedarf jedoch hierzu einer vom Staate ertheilten Erlaubniss (Schürfen §. 32, Verleihen §. 50).

Das Allgemeine österreichische Berggesetz vom 23. Mai 1854 ³⁾.

§. 3: Unter Bergregale wird jenes landesfürstliche Hoheitsrecht verstanden, gemäss welchem gewisse, auf ihren natürlichen Lagerstätten vorkommenden Mineralien der ausschliesslichen Verfügung des Allerhöchsten Landesfürsten vorbehalten sind.

Das Allgemeine Berggesetz für die Preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 stellt an die Spitze die Trennung des Verfügungsrechts über die Bergwerksmineralien vom Grundeigenthume. Ausgenommen vom Verfügungsrechte des Grundeigenthümers sind nach §. 1 die Metalle mit Ausnahme der Raseneisenerze ⁴⁾, einzelne Halbmetalle, Arsenik, Mangan, Antimon, Schwefel, ferner die Alaun- und Vitriolerze, sodann

1) Wenzel, Handbuch des österreichischen Bergrechts S. 186.

2) Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen, 15. Stück v. J. 1851, S. 201 ff.

3) Abgedruckt und commentirt bei Wenzel S. 175 ff.

4) Eisen überhaupt gehört im Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz, in Neuvorpommern, der Insel Rügen und in den Hohenzollerischen Landen zum Grundeigenthume, §. 211.

Stein- und Braunkohlen¹⁾, Graphit, endlich Steinsalz, die mit denselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salze (Kalisalze) und die Soolquellen²⁾. Die Aufsuchung der Bergwerksmineralien, d. s. die von der Verfügung des Grundeigenthümers ausgeschlossenen Mineralien, ist Jedem nach Massgabe des Gesetzes gestattet. „Der Erwerb und Betrieb für Rechnung des Staats ist den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes unterworfen“ §. 2. Hieraus folgt, dass es nicht mehr vom Ermessen des Staates, soweit er das Bergregal hat, abhängt, ob er den Bergbau für sich, sei es an gewissen Mineralien, sei es in gewissen Distrikten reserviren kann, mit anderen Worten, dass er sein Regal nicht mehr im fiskalisch-monopolistischen Sinne ausnutzen darf.

Auf eigenem Grund und Boden darf Jeder ohne obrigkeitliche Erlaubniss schürfen, auf fremdem nur mit Einwilligung des Grundeigenthümers, welche ausser unter Gebäuden und einem Umkreise um dieselben bis zu 200 Fuss, in Gärten und eingefriedigten Hofräumen nicht versagt werden darf. Geschieht dies gleichwohl, so ist dieselbe, falls nicht überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen, durch die Bergbehörde zu ertheilen. §§. 4—8.

Die den gesetzlichen Erfordernissen entsprechende Muthung begründet — §. 22 — einen Anspruch auf Verleihung des Bergwerkseigenthums. Damit eine Muthung den gesetzlichen Erfordernissen entspreche, ist unter Anderem nothwendig, dass das in ihr bezeichnete Mineral an dem angegebenen Fundpunkte auf seiner natürlichen Ablagerung vor ihrer Einlegung entdeckt worden ist, oder dass sie auf das Mineralvorkommen eines verlassenen, noch nicht erweislich abgebauten Bergwerks eingelegt ist — §§. 15, 16. — Der Anspruch aus der Muthung kann im Rechtswege nicht gegen die Bergbehörde, sondern nur gegen diejenigen Personen verfolgt

1) In den ehemals chursächsischen Landestheilen gehören Stein- und Braunkohle zum Grundeigenthume §. 212, jetzt Gesetz vom 22. Februar 1869.

2) In denjenigen Landestheilen, wo das Provinzialrecht für Westpreussen vom 19. April 1844 gilt, sind nur Steinsalz und die Salzquellen von der Verfügung des Grundeigenthümers ausgeschlossen, §. 210.

werden — §. 23 —, welche dem Muther die Behauptung eines besseren Rechts entgegen setzen.

Der den gesetzlichen Erfordernissen entsprechende Fund giebt dem Finder das Vorrecht vor allen anderen, nach dem Zeitpunkte seines Fundes eingelegten Muthungen, wenn er innerhalb einer Woche nach gemachtem Funde Muthung einlegt. Sonst geht — §. 25 — die ältere Muthung der jüngeren vor. „Das Bergwerkseigenthum¹⁾ wird durch die von dem Oberbergamte ertheilte Verleihung, bestätigte Konsolidation oder Vertauschung von Grubenfeldern erworben.“ Der Bergwerkseigenthümer hat — §. 54 — die ausschliessliche Befugniss, nach den Bestimmungen des Berggesetzes das in der Verleihungsurkunde benannte Mineral in seinem Felde aufzusuchen und zu gewinnen, sowie alle hierzu erforderlichen Vorkehrungen unter und über Tage zu treffen.

Was nun die Frage anlangt, ob nach dem Preussischen Berggesetze die Bergwerksminerale bis zu ihrer Verleihung Zubehör zum Grundeigenthume sind, so bemerken in dieser Hinsicht die Motive des vorläufigen Entwurfes v. J. 1862²⁾ Folgendes:

„Hierbei musste zunächst die bis in die neueste Zeit festgehaltene Annahme verlassen werden, wonach die im Schoosse der Erde ruhenden Mineralien herrenlose Sachen oder „in bedingtem Sinne freistehende Sachen“ sein sollen, indem diese unrichtige Annahme zu unrichtigen Folgerungen und namentlich zu der Ansicht führt, als werde das Eigenthum der Mineralien durch das Finden erworben und als gewähre die Verleihung Eigenthumsrechte an denselben. Zur rationellen Begründung eines den Bedürfnissen des heutigen Bergbaues entsprechenden Bergbaurechts erscheint es unerlässlich, jene auch dem Allgemeinen (Preussischen) Landrechte zu Grunde liegende Anschauung aufzugeben und statt dessen anzuerkennen, dass die Mineralien in Wirklichkeit Bestandtheile des Grund und Bodens — *pars fundi* — sind, so lange sie sich noch un-

1) §. 68 des Grunderwerbgesetzes vom 5. Mai 1872, s. auch §. 50 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes.

2) Berlin 1862, S. 10 ff.

gewonnen auf ihrer natürlichen Lagerstätte befinden und dass sie bis zur Gewinnung nicht als Sachen im rechtlichen Sinne, mithin auch nicht als herrenlose Sachen erachtet werden können.“

Man erkennt hier die Ansichten des französischen Rechts und besonders diejenigen Napoleon's wieder. Indess dürfte die besonders von Achenbach für seine oben erwähnten Ansichten herangezogene Autorität des französischen Rechts¹⁾ nicht für das preussische Bergrecht entscheidend sein. Zunächst ist zu beachten, dass nach Ansicht Napoleon's und des französischen Rechts doch jedenfalls durch die Verleihung und nicht erst durch die Gewinnung die rechtliche Zugehörigkeit der Mineralien vom Grundeigenthume aufhört und ein neues Eigenthum an denselben beginnt²⁾. Zweitens dürfte es thatsächlich gar nicht richtig sein, dass bis zur Verleihung, geschweige denn bis zur Gewinnung, die Bergwerksmineralien im französischen Rechte dem Grundeigenthümer gehören; vielmehr möchte nach dem früher Ausgeführten anzunehmen sein, dass sie bis zur Verleihung dem Staate gehören. Drittens kommt für Frankreich die ausdrückliche Vorschrift des bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht, wonach das Grundeigenthum auch alles, was unter demselben ist, mitumfasst, während in Preussen eine gleiche oder ähnliche Vorschrift nicht besteht. Würde in Frankreich jene Vorschrift nicht gegolten haben, so hätte man offen den Satz ausgesprochen, den man stillschweigend hingestellt hat, dass nämlich die Bergwerksmineralien bis zu ihrer Verleihung dem Staate und nicht dem Grundeigenthümer gehören. Viertens erhält in Frankreich der Grundeigenthümer als solcher gewisse im Verleihungsakte festzusetzende Abgaben³⁾ vom Bergwerksbeliehenen, während dem preussischen Berggesetzbuche ein derartiger Anspruch des

1) Achenbach, französisches Bergrecht S. 145 ff.

2) „*Avant la concession*“ — sagte Napoléon (Achenbach fr. Bergr. S. 89) „*les mines ne sont pas des propriétés, mais des biens.*“ Art. 19 des *code des mines* v. J. 1810: „*Du moment où une mine sera concédée cette propriété sera distinguée de celle de la surface . . .*“

3) Achenbach, französisches Bergrecht S. 128 ff., Art. 6 und 42 des *code des mines* v. J. 1810.

Grundeigenthümers gänzlich fremd ist. Dasselbe giebt dem Grundeigenthümer weder ein Vorrecht zum Bergbau noch ein Mitbaurecht, noch erkennt es ihm ein Recht auf einen Grundkux zu.¹⁾ Aus diesen Gründen dürfte, selbst wenn in Frankreich die noch ungewonnenen Bergwerksmineralien zum Grundeigenthum gehören würden, deshalb noch keineswegs erwiesen sein, dass das Gleiche auch in Preussen gelten müsste.

Jedenfalls aber dürfte für Preussen anzunehmen sein, dass die Bergwerksmineralien auch nicht vor ihrer Verleihung zum Grundeigenthume gehören. Nach älterem Rechte gehörten sie nicht zu demselben und das Allgemeine Preussische Berggesetz hat hieran Nichts geändert, indem es die Bergwerksmineralien nach wie vor als vom Verfügungsrechte des Grundeigenthums ausgeschlossen erklärt. Der Grundeigenthümer darf nicht über dieselben aus eigener Macht verfügen, sonst verfällt er wie jeder Andere, der ohne Verleihung des Staates ein Bergwerksmineral sich zueignet, den Strafen des bereits erwähnten, noch heute geltenden Gesetzes vom 26. März 1856. Er kann auch keinen Dritten von der Verfügung über die unter seinem Grundeigenthume anstehenden Bergwerksmineralien ausschliessen. Von einem Verleihungsverfahren über Bergwerksmineralien, welche unter seinem Grundeigenthume anstehen, wird er nicht einmal benachrichtigt, noch weniger zu demselben gezogen. Auch er muss, wenn er das Bergwerkseigenthum unter seinem Grundeigenthum erwerben will, die allgemein für Alle geltenden Vorschriften erfüllen.²⁾ In keiner Weise und selbst nicht bei der Feldesstreckung wird auf sein Oberflächeneigenthum Rücksicht genommen. Es dürfte in Ansehung der rechtlichen Natur der Bergwerksmineralien noch endlich zu bemerken sein, dass die anerkannt ersten wissenschaftlichen Autoritäten, nicht blos des deutschen Rechts (von Gerber,

1) §. 226 Allgem. Pr. Berggesetz.

2) Dass er ohne obrigkeitliche Erlaubniss auf seinem Grundeigenthume schürfen kann (§§. 3 ff. des Preuss. Bergg., art. 12 des *code des mines*), ist ein Ausfluss seines Grundeigenthums und bildet keinen Gegensatz zu dem oben Ausgeführten. Denn das Schürfen ist kein Bergbau, sondern nur die Vorbereitung zu demselben. In Zusammenhang hiermit steht, dass sich der Grundeigenthümer zwar nicht das Schürfen, wohl aber den Bergbau unter seinem Wohnhause gefallen lassen muss.

Beseler), sondern sogar des Römischen Rechts (Windscheid) sich gegen die Zugehörigkeit dieser Mineralien zum Grundeigenthum aussprechen.¹⁾

Die Bergwerksmineralien sind aber auch nach dem Preussischen Allgemeinen Berggesetze nicht herrenlose Sachen; denn sie werden nicht durch die Inbesitznahme, sondern durch die Verleihung erworben. Insbesondere ist der Fund keine Inbesitznahme, sondern gemäss §. 15 nur die Entdeckung eines Bergwerksminerals auf seiner natürlichen Ablagerung. Ein Fund im Sinne des Allgemeinen Berggesetzes liegt sogar nach der constanten Praxis schon dann vor, wenn das Vorhandensein des Minerals in irgend einer Weise z. B. durch die Bohrprobe nachgewiesen ist.²⁾ Selbst die Aufschliessung auf den Augenschein ist nicht unbedingt erforderlich; sie ist nur nothwendig, wenn in anderer Weise der Nachweis des Vorhandenseins eines Bergwerksminerals nicht zu führen ist.

Wo der Nachweis von dem Vorhandensein eines Bergwerksminerals schon geführt ist, z. B. wenn auf das Mineralvorkommen eines verlassenen Bergwerkes Muthung eingelegt wird, bedarf es keines neuen Fundes, noch einer Inbesitznahme. Der Fund giebt auch nach dem Preussischen Berggesetz kein Bergwerkseigenthum, sondern nur in gewissen Fällen ein Vorrecht zum Muthen.

Ebensowenig legt meines Erachtens das Preussische Berggesetz der Muthung die Bedeutung eines bedingten oder eines werdenden Eigenthums, oder die Bedeutung einer deutschrechtlichen Gerechtigkeit bei. Die Muthung an sich giebt überhaupt kein Recht; nur die den gesetzlichen Erfordernissen entsprechende Muthung, das soll heissen, nicht die Muthung allein, sondern neben ihr noch der Fund, die rechtzeitige Einreichung gültiger Situationsrisse u. s. w., dies Alles zusammen begründet erst einen Anspruch auf Verleihung des Bergwerkseigenthums, also noch immer nicht das Bergwerkseigenthum selbst. Denn dieser Anspruch giebt dem Muther weder ein gegenwärtiges, noch ein unmittelbares Recht, weder ein

1) S. oben §. 29; auch Baron in der Zeitschr. f. Bergrecht XIX, S. 45 ff.

2) S. Erkenntniss des Ober-Tribunals zu Berlin vom 7. September 1869 (Zeitschr. f. Bergrecht XI, S. 281 ff. Entscheid. Bd. 62, S. 282 ff.

Recht an den gemutheten Mineralien, noch an den Grundstücken, unter welchen diese anstehen. Vielmehr giebt auch die gültige Muthung keinen andern Anspruch, wie etwa das Gesuch des Besitzers eines ordnungsmässigen Dampfkessels einen Anspruch giebt auf Koncessionirung desselben, oder der Antrag eines Hypothekengläubigers einen Anspruch giebt auf Eintragung einer gültig für ihn bestellten Forderung. Hieran dürfte es Nichts ändern, dass nach §. 19 des Allgemeinen Berggesetzes, solange eine Muthung Gültigkeit hat, das in dem der Muthung beigefügten Situationsrisse angegebene Feld gegen Muthungen Dritter gesperrt ist; denn hierdurch werden zwar neue Muthungen zeitweilig ausgeschlossen, aber die alte Muthung bleibt, was sie war. Ebensowenig dürfte der Muthung dadurch der Charakter eines bedingten oder beginnenden Eigenthums oder derjenige einer deutschrechtlichen Gerechtigkeit beigelegt worden sein, dass der Anspruch aus derselben gegen diejenigen Personen im Rechtswege verfolgt werden kann — §. 23 —, welche dem Muther die Behauptung eines besseren Rechtes entgegensetzten; denn auch der zu Unrecht nicht eingetragene Hypothekengläubiger kann seinen Anspruch dem gegenüber verfolgen, der an seiner Statt eingetragen worden ist, und doch hat er unzweifelhaft weder eine bedingte noch eine beginnende Hypothek, noch ein anderes dingliches Recht irgend welcher Art. Daraus, dass Jemand ein Recht zu klagen hat, folgt doch noch nicht, dass er Eigenthum oder eine deutschrechtliche Gerechtigkeit haben muss. Das Recht aus der Muthung kann aber ganz gewiss nicht als ein das Grundeigenthum bestrickendes Recht angesehen werden, da es im Grundbuche nicht eingetragen ist, es auch nicht zu denjenigen Rechten gehört, welche, ohne eingetragen zu sein, das Grundeigenthum bestricken, d. h. gegen dritte Erwerber wirken.¹⁾ Das Recht aus der Muthung kann auch nicht gegen den eingetragenen Eigenthümer eines Bergwerks geltend gemacht werden, da das Bergwerkseigenthum den Vorschriften des Grunderwerbsgesetzes vom 5. Mai 1872²⁾ unterworfen ist. Ueberhaupt darf hier Alles wiederholt werden, was oben in §. 28 bei Besprechung des gemeinen Bergrechts ausgeführt worden ist.

1) §. 12 des Grunderwerbsgesetzes vom 5. Mai 1872.

2) §. 68 des genannten Gesetzes.

Das Bergwerkseigenthum des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes ist ein Sacheigenthum; es giebt nicht bloß das Recht auf Gewinnung der Mineralien, sondern diese unmittelbar.¹⁾ Der Umstand, dass der Bergwerkseigenthümer berechtigt ist, auch alle zur Ausübung seines Eigenthums erforderlichen Vorrichtungen unter und über zu Tage zu treffen, steht der Annahme eines Sacheigenthums nicht entgegen. Das Bergwerkseigenthum ist stärker als das Grundeigenthum, weil der Bergbau der Regel nach volkswirtschaftlich wichtiger als die Grundeigenthumsnutzung ist, dagegen ist es schwächer als z. B. das Eisenbahneigenthum; ebenso wie daher das Grundeigenthum dem Bergwerkseigenthum, muss dieses den Eisenbahnen weichen.²⁾ Aus diesem Grunde ist der Bergwerkseigenthümer berechtigt, das Grundeigenthum, die Erdoberfläche nebst den darauf befindlichen Gebäuden, zu Brüche zu bauen, falls nicht überwiegende Gründe des Gemeinwohls entgegenstehen, oder falls nicht, wie sich das Allgemeine Berggesetz ausdrückt³⁾, die Einwirkung des Bergbaues eine „gemeinschädliche“, das heisst meines Erachtens eine solche ist, dass durch den Bergbau im gegebenen Falle dem Gemeinwohl mehr geschadet als genützt wird. Der Grundeigenthümer kann gegen Beschädigungen durch den Bergwerkseigenthümer nicht die *actio negatoria* noch die Possessorienklage anstellen, sondern hat nur einen persönlichen Anspruch auf Ersatz des ihm durch den Bergbaubetrieb verursachten Schadens — §§. 148. — Aus dem vorangeführten Grunde hat auch ferner der Bergwerkseigenthümer zu Grubenbauen, Halden, Ablade- und Niederlageplätzen, Wegen, Eisenbahnen, Kanälen, Maschinenanlagen, Wasserläufen, Teichen, Hülsfbauen, Zechenhäusern und anderen zu Betriebszwecken bestimmten Tagegebäuden, Anlagen und Vorrichtungen, zu Aufbereitungsanstalten, Soolleitungen und Soolbehältern das Zwangsenteignungsrecht gegen den Grundeigenthümer — §§. 135 ff. —

Das durch die Verleihungsurkunde des Oberbergamts entstehende Bergwerkseigenthum ist nicht bloß wie dasjenige des

1) S. oben §. 29.

2) §§. 135 ff., 153 ff.

3) §. 196.

Preussischen Allgemeinen Landrechts ein *jus in re aliena*, sondern ein volles Eigenthum.

Aber wenn einerseits durch die Verleihung und andererseits nicht vor der Verleihung ein volles Eigenthum an den verliehenen Mineralien dem Beliehenen gegeben wird, und wenn ferner bis zur Verleihung die Bergwerksmineralien weder rechtliche Bestandtheile des Grundeigenthums noch herrenlose Sachen sind, wem steht bis zu jenem Zeitpunkte das Eigenthum an denselben zu? Meiner Annahme nach dem Staate. Diese Mineralien sind aber nicht mehr fiskalische, sondern öffentliche Sachen; der Staat hat sie nicht zu eigen, um sie ausschliesslich für den Fiskus zu verwenden, sondern um über dieselben im Interesse der Gesamtheit nach Massgabe des Gesetzes zu verfügen.

Gegen eine solche Annahme spricht nun meines Erachtens nicht der Umstand, dass, wenn der Staat für sich Bergwerke betreiben will, er dieselben wie jeder Dritte erst erwerben muss; denn der Staat kommt hier in doppelter Eigenschaft in Betracht, einmal als Vertreter der Gesamtheit und sodann als Berg-Fiskus, als Jemand, der wie ein Privater eine privatwirthschaftliche Unternehmung betreiben will und eben deshalb keinen Vorzug vor jedem anderen Konkurrenten haben soll. Wenn der Staat und der Berg-Fiskus nicht etwas Verschiedenes wären, wie könnte der erstere dem letzteren Bergwerkseigenthum übertragen? Die Gesetzgebung hatte im Jahre 1865 zu einer ihrer hauptsächlichsten Aufgaben, den Berg-Fiskus vom Staate zu trennen, die Bergwerksmineralien von fiskalischen Sachen, die sie früher waren, in öffentliche Sachen, die sie heute sind, umzuwandeln. Es wird aber wohl Niemand behaupten, dass eine Staatseisenbahn aufhören sollte, Staatseigenthum zu sein, wenn etwa ein Gesetz vorschreiben würde, dass der Staat (als Bergwerks-, Forst-, Domainenbesitzer) nur unter den nämlichen Bedingungen wie jeder Andere dieselben benutzen dürfe.

Auch der Umstand, dass dem Staate vorgeschrieben wird, wie er sein Eigenthum an den Bergwerksmineralien ausüben muss, und dass er dasselbe nach Massgabe des Gesetzes Bergbaulustigen zu übertragen hat, dürfte die Annahme des Eigenthums nicht ausschliessen. Denn auch der Verkäufer einer

Waare darf nicht frei über dieselbe verfügen, er ist verpflichtet, sie dem Käufer zu übergeben; aber gleichwohl bleibt er, bis er Letzteres gethan hat, Eigenthümer derselben. Die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist gesetzlich verpflichtet, oder richtiger, hat sich selbst verpflichtet, unter gewissen Bedingungen das Eigenthum an Theilen der ihr gehörigen Ländereien Ansiedelungslustigen zu übertragen; aber dessenungeachtet ist sie Eigenthümerin der noch nicht übertragenen Ländereien.

Der Staat ist, wie mir scheint, deshalb Eigenthümer der noch unverliehenen Bergwerksmineralien, weil er und nur er mit Ausschluss aller Anderen über dieselben verfügen darf. Dass er Eigenthümer ist, dürfte sich auch daraus zeigen, dass er Eigenthum an denselben überträgt. Dies lässt sich, wie mir scheint, nicht aus seiner Polizeihöheit erklären, wie dies allerdings die Motive des vorläufigen Entwurfs¹⁾ meinen; denn dieselbe kann den Staat doch nur berechtigen, die Erlaubniss zum Bergbaubetriebe, aber nicht das Eigenthum an den verliehenen Mineralien zu ertheilen; ebenso wie sie den Staat nur berechtigt, die Erlaubniss zur Anlage einer Fabrik oder zur Benutzung eines Dampfkessels, nicht aber das Eigenthum an einer solchen Anlage oder an einem Dampfkessel zu geben.

Wie man das Recht des Staates zur Verleihung des Bergwerkseigenthums lediglich aus seiner Polizeihöheit ableiten will, wenn man mit jenen Motiven davon ausgeht, dass die Bergwerksmineralien bis zur Gewinnung dem Grundeigenthümer gehören, dürfte um so weniger erfindlich sein, als der Letztere weder eine Entschädigung hierfür, noch eine Benachrichtigung erhält²⁾.

Dass es nicht angeht, das Recht des Staates zur Verleihung des Bergwerkseigenthums durch seine Polizeihöheit zu begründen, dürfte auch daraus folgen, dass der Bergbau als

1) S. 13: „Hiernach kann das Recht des Staates, den Privatbergbau im polizeilichen und staatswirthschaftlichen Interesse zu beaufsichtigen, sowie die Berechtigung zum Bergbaubetriebe zu ertheilen, unbedenklich aus der Polizeihöheit hergeleitet werden.“

2) S. auch von Beughem, Bemerkungen S. 11.

solcher gar keiner polizeilichen Genehmigung bedarf. Wo die Verfügung über die Bergwerksmineralien dem Grundeigenthümer zusteht¹⁾, oder wo das Privatregal²⁾ vorkommt, kann der Bergbau ohne jede Erlaubniss des Staates, aber nur mit Erlaubniss des betreffenden Grundeigenthümers oder Privatregalherrn betrieben werden. Und doch ist die Polizeihöheit im ganzen Staate die nämliche!

Für die Annahme des Staatseigenthumes an den noch unverliehenen Bergwerksmineralien spricht auch das französische Recht, welches bekanntlich dem preussischen Berggesetze vielfach als Vorbild gedient hat³⁾. In Frankreich sind die Bergwerksmineralien bis zur Verleihung thatsächlich Staatseigenthum und man würde dies offen ausgesprochen haben, wenn dem nicht der auf das bürgerliche Gesetzbuch gestützte Anspruch des Grundeigenthümers im Wege gestanden hätte. Ein solcher Anspruch des Grundeigenthümers ist aber in Preussen nicht vorhanden.

Endlich spricht für das Staatseigenthum, dass nach der constanten Praxis in Preussen und Frankreich die ohne Verleihung des Staates gewonnenen Bergwerksmineralien nicht dem Grundeigenthümer, noch dem Gewinner derselben, sondern regelmässig dem Staate gehören⁴⁾.

Glaubt man aber selbst ein Eigenthum des Staates an den noch unverliehenen Bergwerksmineralien nicht billigen zu können, so wird man doch, wie ich glaube, das Fortbestehen des Bergregals in dem Sinne anerkennen müssen, dass auch heute noch in Preussen, soweit nicht einerseits das Privat-

1) Z. B. in Schlesien rücksichtlich des Eisens, in den vormalen sächsischen Landestheilen rücksichtlich der Kohlen.

2) Dasselbe ist nach §. 250 des Allgemeinen Berggesetzes in Geltung geblieben.

3) S. Achenbach, französisches Bergrecht S. 3 ff.

4) Achenbach, französisches Bergrecht S. 121 ff. wo diese Praxis allerdings bekämpft wird. Das einzelne, diese Praxis als unrichtig verwerfende Urtheil eines französischen Gerichtshofes kann meines Erachtens schon deshalb nicht für das preussische Recht entscheidend sein, weil sich dasselbe auf die schon erwähnte Vorschrift des Artikel 552 im bürgerlichen Gesetzbuche stützt, welche in Preussen nicht gilt.

bergregal in Frage kommt, und andererseits nicht die Mineralien der Verfügung des Grundeigenthümers unterworfen sind, alle Rechte an den Bergwerksmineralien vom Staate ausgehen und Niemand kraft eigenen, Jeder vielmehr nur kraft des ihm vom Staate verliehenen Rechts Bergwerke besitzen kann. Dass die Zeit, in welcher das Allgemeine Preussische Berggesetz entstand, die Bezeichnung Bergregal perhorrescirte, wird bei den damals herrschenden Anschauungen¹⁾ und den Vorstellungen, welche sich dieselbe von einem Regale machte, leicht begreiflich erscheinen.

Auch die landesgesetzliche²⁾ Bergbaufreiheit des heutigen preussischen Rechts ist nichts Anderes als eine Folge des fortbestehenden Bergregals. Sie reicht deshalb nicht weiter, wie jenes Regal, erstreckt sich daher nicht auf die dem Grundeigenthümer oder einem Privatregalherrn gehörigen Mineralien; sie reicht aber — und dies ist eine weitere Aenderung des früher geltenden Rechts — auch nicht weniger weit als das Regal. Sie kann weder in Ansehung gewisser Mineralien, noch in Ansehung gewisser Distrikte ausgeschlossen werden.

Einen Rest der früheren Auffassung von der fiskalischen Natur des Bergregals bilden die Bergwerksabgaben. Man kann dieselben meines Erachtens nicht auf die Finanzhoheit des Staates gründen; denn sie werden nicht von allen, sondern nur von den staatlich verliehenen Bergwerken erhoben. Deshalb brauchen die Kohlengruben in den vormals sächsischen Landestheilen und die von Privatregalherrn verliehenen Bergwerke keine Bergwerksabgaben zu entrichten. Dass diese Abgaben allmählich bis auf zwei Procent des Bruttoertrages ermässigt und zur Hälfte als Aufsichtssteuern bezeichnet wor-

1) Dieselben treten besonders deutlich hervor in dem vom Herrn von Beugheim erstatteten Kommissionsberichte des Abgeordnetenhauses (Zeitschrift für Bergrecht VI, S. 301) und in den Motiven des endgültigen Entwurfes (daselbst S. 80, 81). Dagegen wurde in der Herrenhauskommission die Frage aufgeworfen, wie denn anders der Staat gewisse Mineralien von der Verfügung des Grundeigenthümers ausschliessen könne als durch das Bergregal. Siehe Achenbach, deutsches Bergrecht I, S. 107, 108.

2) Auch ein Privatregalherr kann die seinem Regale unterworfenen Mineralien frei geben.

den sind, dürfte deren rechtliche Natur nicht ändern können. Der Kohlenbergbau in den vormaligen sächsischen Landestheilen unterliegt der nämlichen Aufsicht wie in den übrigen Landestheilen, für jene gilt dieselbe Finanzhoheit wie für diese, und doch braucht der nicht regale Kohlenbergbau keine Bergwerksabgaben zu entrichten! Auch die Form der Steuer als Bruttosteuer verräth, wie mir scheint, ihren geschichtlichen Ursprung und zeigt gleichfalls, dass sie keine Steuer sondern nur Preis für die Ueberlassung des Bergbaurechts von Seiten des Regalherrn gewesen ist.

Halle a. S., im Pfefferschen Verlage

erschien:

- Bischof, Bergrath F.**, Die Steinsalzwerke bei Stassfurt. 2. umgearb. Auflage. Mit Abbildgn. u. 1 Karte. gr. 8. 1875. 3 M. 60 Pf.
- Girard, Prof. Dr.**, Geologische Wanderungen. I. Wallis, Vivarais, Velay. 2. Aufl. Nebst Karten, Profilen und Ansichten. gr. 8. 1861. 3 M.
- Ochsenius, Bergingenieur C.**, Die Bildung der Steinsalzlager u. ihrer Mutterlaugensalze unter speciell. Berücksicht. der Flötze v. Douglasshall in der Egelnschen Mulde. Mit Abbild. u. K. gr. 8. 1877. 6 M.
- Bergpolizeiverordnung**, allgemeine, f. den Verwaltungsbezirk des königl. Oberbergamts zu Halle a. d. S. Vom 15. Juli 1873. Amtlich. 16. 1873. Nebst Nachtr. v. 15. Novbr. 1877. 80 Pf.
- — Auszug. (Als Plakat f. d. Kauenstuben.) gr. Folio. 1873. 20 Pf.
- Carus, Dr. G.**, Die selbständige Klagbarkeit der gesetzlichen Zinsen nach römischem, gemeinem deutschem Recht u. der neuern Gesetzgebung. Eine von der Juristen-Facultät zu Halle gekrönte Preisschrift. gr. 8. 1876. 1 M. 50 Pf.
- Colberg, Dr. H.**, Ueber das Ehehinderniss der Entführung. Juristische Abhandlung. gr. 8. 1869. 2 M.
- Ueber die Bedeutung des öffentlichen Glaubens des Hypothekenbuchs nach A. L. R. und des Grundbuchs nach dem Gesetz vom 5. Mai 1872 über den Eigenthumserwerb etc. in Beziehung auf den Erwerb von Hypotheken und Grundschulden durch Cession. gr. 8. 1877. 3 M.
- Dernburg, Prof. Dr.**, Rechtsgutachten über den zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt obwaltenden Streit bezüglich der Festungswerke bei der Stadt Basel mit Rücksicht auf die Lehre von den öffentlichen Sachen. gr. 8. 1862. 80 Pf.
- Fitting, Prof. Dr.**, Grundriss zu Vorlesungen über römischen Civilprocess. Für das Bedürfniss seiner Zuhörer bestimmt. gr. 8. 1863. 40 Pf.
- Grundriss zu Vorlesungen über Institutionen. Für das Bedürfniss seiner Zuhörer bestimmt. 2. veränd. u. verb. Aufl. gr. 8. 1876. 1 M. 50 Pf.
- Hase, Dr. E. F.**, Das jus postliminii und die fictio legis Corneliae. Eine rechts-histor. Abhandlung. gr. 8. 1851. 3 M.
- Jacobson, Geh. Rath Dr.**, Das evangelische Kirchenrecht des preussischen Staates und seiner Provinzen. 2 Abtheilungen. gr. 8. 1864. 10 M. 50 Pf.
- Magistri Ricardi Anglici** ordo judiciarius ex codice Duacensi, olim Aquicinctino, nunc primum editus per Car. Witte. gr. 4. 1853. 4 M.
- Sachsenspiegel**. Das sächsiche Landrecht nach der Quedlinburger Pergamenthandschrift herausg. von Prof. Dr. Göschen. Lex.-8. 1853. 1 M. 20 Pf.
- Schollmeyer, Dr.**, Der gesetzliche Eintritt in die Rechte des Gläubigers. Ein Beitrag zur Erläuterung. der §§ 45—50, Thl. 1. Tit. 16 des preuss. allgem. Landrechts. gr. 8. 1877. 1 M. 60 Pf.
- Witte, Prof. Dr. H.**, Die Bereicherungsklagen des gemeinen Rechts. gr. 8. 1859. 5 M.

220 . 236-37-38-39-40-865-282

169-~~170~~ 203 207

Arndt, Adolf,

Zur Geschichte und Theorie des Bergregals und der Bergbaufreiheit

Halle 1879

Metall. 1 x

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11390803-8